



Joachim Lehmann

Untersuchungen zur Agrarpolitik und Landwirtschaft im faschistischen Deutschland während des Zweiten Weltkrieges (1942-1945)

Textbd.

1977

<http://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn781372666>

Band (Druck) Freier  Zugang  OCR-Volltext

Untersuchungen zur Agrarpolitik und Landwirtschaft
im faschistischen Deutschland während des zweiten
Weltkrieges (1942 - 1945)

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
Doktor eines Wissenschaftszweiges
(doctor philosophiae)



vorgelegt
der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften
des Wissenschaftlichen Rates
der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

von Joachim Lehmann
geb. am 13.10.1943 in Stendal

Dekan: Prof. Hermann

Gutachter: Prof. Bartholol

Gutachter: Prof. Cline

Gutachter: Dr. Licholte

Tag der Promotion: 6. 10. 77

Inhaltsverzeichnis

Seite

| | | |
|----------|---|-----|
| | Vorwort | |
| | Einleitung | 1 |
| 1. | Ziele der faschistischen Agrarpolitik und Versuche ihrer Realisierung | |
| 1.1. | Zu den agrarpolitischen Vorstellungen Herbert Backes | 20 |
| 1.2. | Veränderungen im Leitungsapparat | 42 |
| 1.3. | Zwangsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung und Erfassung der Produktion | 51 |
| 1.4. | Zusammenfassung | 72 |
| 2. | Produktionsbedingungen der deutschen Landwirtschaft im Kriege | |
| 2.1. | Bereitstellung von Landmaschinen und Geräten für die Landwirtschaft | 77 |
| 2.2. | Versorgung der Landwirtschaft mit Mineräldünger | 97 |
| 2.3. | Bemerkungen zur Arbeitskräftelage und zur Bodennutzung | 113 |
| 2.4. | Zusammenfassung | 120 |
| 3. | Landwirtschaftliche Produktion im Kriege | |
| 3.1. | Zur Pflanzenproduktion | |
| 3.1.1. | Aufgaben und Zielstellungen | 123 |
| 3.1.2. | Einzelne Fruchtarten | 129 |
| 3.1.2.1. | Getreide | 129 |
| 3.1.2.2. | Hackfrüchte | 136 |
| 3.1.2.3. | Ölfrüchte | 141 |
| 3.1.3. | Zusammenfassung | 145 |
| 3.2. | Zur Tierproduktion | |
| 3.2.1. | Probleme der Futtergrundlage | 149 |
| 3.2.2. | Einzelne Tierarten | 157 |
| 3.2.2.1. | Rinder | 157 |
| 3.2.2.2. | Schweine | 163 |
| 3.2.2.3. | Kleintiere | 169 |
| 3.2.2.4. | Zum Aufkommen anderer Tierarten | 173 |
| 3.2.3. | Zusammenfassung | 175 |

II.

| | <u>Seite</u> |
|-----------------------------------|-------------------------|
| 4. Zur Situation bei Kriegsende | 178 |
| Schlußbemerkung | 199 |
| Quellen- und Literaturverzeichnis | I - VIII |
| Tabellenanhang | (gesondert gebunden) |

Vorwort

Mit den hier vorgelegten Untersuchungen zur Agrarpolitik und Landwirtschaft im faschistischen Deutschland während des Zweiten Weltkrieges soll ein Beitrag zur weiteren Untersuchung der Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 - 1945 geleistet werden. Die vorliegende Arbeit ordnet sich in Vorhaben der Forschungsgruppe 'Agrargeschichte' der Sektion Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität ein. Dabei stellt sie unter partiell veränderter Fragestellung den Versuch der Weiterführung von Forschungen zur Agrarpolitik des faschistischen deutschen Imperialismus bei der Vorbereitung und Führung des Zweiten Weltkrieges dar, die in Rostock von Rolf Melzer¹⁾ begonnen wurden.

Territorial wurde für die Untersuchungen der jeweilige Gebietsstand des deutschen Reiches zugrunde gelegt.

Der Gegenstand der Untersuchungen fand bislang in der wissenschaftlichen Literatur, die sich zeitlich vor allem mit der Vorkriegszeit und gelegentlich noch mit der Anfangsphase des Krieges beschäftigte, kaum Beachtung.²⁾ Eine Ursache hierfür mag in der komplizierten Quellensituation liegen, die für die Jahre 1942 bis zur Befreiung vom Faschismus nur sehr verstreut vorhandene, kaum zusammenhängende Bestände finden läßt. Hervorgehoben wurde diese Situation vor allem durch die plötzlichen Aktenvernichtungen beim Zusammenbruch des faschistischen Regimes, die Einbußen durch direkte Kriegseinwirkungen und durch die in den ersten Nachkriegsjahren eingetretenen Verluste.

Die Ergebnisse und Aussagen der Arbeit stützen sich in der

1) Melzer, Rolf, Studien zur Agrarpolitik der faschistischen deutschen Imperialisten in Deutschland im System der Kriegsplanung und Kriegsführung 1933-1941, Phil.Diss. Rostock 1966

2) Vgl. ebenda, Im Vorwort und S.46 ff. die Erfassung und Wertung der relevanten Literatur. Seitdem befaßten sich ausführlicher nur Hanau, Arthur/Plate, Roderich, Die deutsche Preis- und Marktpolitik im Zweiten Weltkrieg, Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd.28, Stuttgart 1975, mit dem Problemkreis

Regel auf erstmals ausgewertete archivalische Quellen.³⁾ Wesentliche Aufschlüsse ergaben im Zentralen Staatsarchiv der DDR in Potsdam die Bestände des ehemaligen Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft und die Unterlagen des Wilhelmstraßen-Prozesses (Fall XI). In den Staatsarchiven der DDR wurden mit großem Gewinn die zum Teil erst seit jüngerer Zeit benutzbaren, für das Thema relevanten Bestände der Staatsarchive Weimar und Magdeburg benutzt. In den übrigen Staatsarchiven erwies sich die Quellenbasis zum Thema als relativ schmal. Statistische Hauptquellen waren das Statistische Handbuch von Deutschland 1928 - 1944 und im besonderen Maße sein Vorläufer, das Statistical Handbook of Germany. Wichtige Informationen ergab das Pressearchiv des ehemaligen Reichslandbundes, das mit seinem Hauptteil im Museum für Deutsche Geschichte in Berlin, teilweise aber auch im ZStA Potsdam bewahrt wird. Für die Durchsicht der zeitgenössischen Literatur bot die Deutsche Bücherei in Leipzig gute Möglichkeiten.

Die sich aus der Quellenlage ergebenden Probleme mußten zu Beschränkungen bei einer an sich wünschenswerten Darstellung der Entwicklung wichtiger Produktivkräfte führen. So lassen sich für den untersuchten Zeitraum 1942 - 1945 beim Hauptproduktionsmittel Boden nur begrenzte Feststellungen hinsichtlich der Entwicklung der landwirtschaftlichen Nutzfläche und der Bodennutzung treffen. Für den Krieg völlig fehlendes Material machte Aussagen im Hinblick auf eventuelle Veränderungen der Betriebsgrößenstruktur unmöglich. Hinsichtlich der Bereitstellung von Landmaschinen ließen die Quellen eine Untersuchung des Maschinenbesatzes oder der Zugkraftentwicklung ebenfalls nicht zu.

Trotz dieser in der Sache zu machenden Einschränkungen können die gewonnenen Erkenntnisse dazu beitragen, die Vorstellungen von der politischen, ökonomischen und moralischen Unterlegenheit der imperialistischen Ordnung des faschistischen Deutschland für einen Einzelbereich zu erweitern. Aus diesem Grunde kann durch die Untersuchung eines Details die

3) Eine Ausnahme bildet die Benutzung der von Hanau/Plate auf der Basis von in der DDR nicht erhältlichen Quellen gegebenen statistischen Zusammenstellungen

Gesetzmäßigkeit der Niederlage des deutschen Imperialismus in dem von ihm entfesselten verbrecherischen Krieg einmal mehr unterstrichen werden.

An dieser Stelle möchte ich allen danken, die mir bei meiner Arbeit Rat und Unterstützung gegeben haben.

Einleitung

Mit der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland im Januar 1933 wurde jener Partei die politische Macht übertragen, „deren Programm den Interessen der reaktionärsten Gruppen des Monopolkapitals des Großgrundbesitzes und der Militärs am meisten entsprach.“¹⁾ Mit der Machtübertragung an den deutschen Faschismus traten auch die Vorbereitungen für einen neuen Krieg, die der deutsche Imperialismus bereits angesichts seiner Niederlage im ersten Weltkrieg eingeleitet und unter den Bedingungen der bürgerlich-parlamentarischen Republik von Weimar vorangetrieben hatte, unter veränderten Bedingungen in eine neue Phase. Ziel der angestrebten kriegerischen Auseinandersetzung war die Revision der Ergebnisse des ersten Weltkrieges, die „Neuordnung“ Europas im Interesse des deutschen Imperialismus und letztlich die Erringung der Vorherrschaft in der Welt. Zur Erreichung dieses Zieles gingen die deutschen Imperialisten und Militaristen nach 1933 daran - unter konsequenter Ausnutzung der Möglichkeiten, die ihnen die faschistische Form der Machtausübung bot - den geplanten Krieg umfassend vorzubereiten.

Die Rolle der Landwirtschaft und Ernährung im Rahmen der systematischen Kriegsvorbereitungen auf ökonomischem Gebiet ergab sich aus dem grundsätzlichen Verhältnis von Ökonomie und Krieg, von dem Engels feststellt, daß „der Sieg der Gewalt auf der Produktion überhaupt (beruht), also ... auf den der Gewalt zur Verfügung stehenden materiellen Mitteln.“²⁾ An gleicher Stelle führte er weiter aus: „... die Gewalt wird also wieder durch die Wirtschaftslage bestimmt, die ihr die Mittel zur Ausrüstung und Erhaltung ihrer Werkzeuge verschafft. Nichts ist abhängiger von ökonomischen Vorbedingungen als gerade Armee und Flotte. Bewaffnung, Zusammensetzung, Organisation, Taktik und Strategie hängen vor allem ab von der jedesmaligen

-
- 1) Klassenkampf, Tradition, Sozialismus, Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, Grundriß Berlin 1974, S. 443
 - 2) Friedrich Engels, Anti-Dühring, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke (MEW), Bd. 20, Berlin 1962, S. 154

Produktionsstufe und den Kommunikationen." ³⁾ Engels wies den Krieg als Produkt sozialökonomischer Verhältnisse nach, die Abhängigkeit jeden Krieges von den bestehenden ökonomischen Bedingungen.

Die besondere Bedeutung der Ernährung - mit der landwirtschaftlichen Produktion als ihrer Voraussetzung - im Komplex der ökonomischen Vorbedingungen eines Krieges hat Lenin wiederholt unterstrichen. Bei der Analyse der militärischen Lage der jungen Sowjetmacht unter den Bedingungen imperialistischer Aggression und Intervention sowie des Bürgerkrieges gegen die konterrevolutionären Kräfte im Lande machte er auf folgende wesentliche Zusammenhänge aufmerksam: „Um den Krieg richtig zu führen, braucht man ein festorganisiertes Hinterland. Die beste Armee, die ^{der Sache} der Revolution ergebensten Menschen werden vom Gegner sofort vernichtet werden, wenn sie nicht genügend bewaffnet, gepflegt und ausgebildet sind.“ ⁴⁾ Klarer noch faßte er die Zusammenhänge in folgender Einschätzung zusammen: „Für die Verteidigung bedarf es einer festen und starken Armee, eines starken Hinterlandes, Eine feste und starke Armee aber erfordert in erster Linie eine straffe Organisation des Ernährungswesens.“ ⁵⁾ An anderer Stelle machte er auf die nachteiligen Folgen einer „unerhörten Zerrüttung des Ernährungswesens“ für die Kriegführung aufmerksam. ⁶⁾

Die von Lenin herausgearbeiteten objektiven Zusammenhänge sind heute Allgemeingut der Militärtheorie. „Die Vorbereitung der Landwirtschaft, die das gesamte Land mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen versorgt, gehört ebenfalls zu den wichtigsten Aufgaben, wenn es gilt, die Wirtschaft auf einen Krieg vorzubereiten.“ ⁷⁾

Grundsatz jeder Beurteilung der in diesem Zusammenhang

3) Ebenda, S. 155

4) W.I.Lenin, Auf sachlicher Basis, Werke, Bd.27, S.61

5) Ebenda, S. 372

6) W.I.Lenin, Zur Geschichte der Frage eines unglücksoligen Friedens, Werke, Bd.26, S.447

7) Militärstrategie, unter Redaktion von W.D.Sokolowski, Berlin 1965, S.439; vgl. auch ebenda, S. 45 f.

wirkenden objektiven Gesetze muß jedoch sein, ihre Wirkung bei der Vorbereitung und Führung kriegerischer Auseinandersetzungen unter dem Gesichtspunkte der Klasseninteressen zu betrachten, für die ein bewaffneter Kampf stattfindet. Die Beachtung dieses Grundsatzes ist die Voraussetzung für die klassenmäßige Einordnung und Bewertung der Agrarpolitik des deutschen Faschismus im Rahmen der Vorbereitung und Führung des verbrecherischen zweiten Weltkrieges.

Bürgerliche Theoretiker und Militärs in Deutschland hatten sich seit langem mit der Bedeutung der Landwirtschaft und Ernährung für die Führung eines imperialistischen Krieges beschäftigt. Bereits um die Jahrhundertwende wurde die Forderung erhoben, die „gesamte Volksernährung sozusagen als erweitertes Problem der Heeresverpflegung“ zu betrachten und für den Kriegsfall zu sichern.⁸⁾ Derartige Stimmen blieben jedoch sehr vereinzelt und fanden kaum Berücksichtigung bei den strategischen Überlegungen vor dem ersten Weltkrieg, so daß der deutsche Imperialismus auf land- und ernährungswirtschaftlichem Gebiet unvorbereitet in diesen Krieg ging. Diese Tatsache hatte ihre Ursache nicht zuletzt in den abenteuerlichen Planungen, die von einer nur kurzen Kriegsdauer ausgingen.

Das Debakel der deutschen Kriegsernährungswirtschaft 1914 bis 1918 und seine Folgen führten zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg im Ergebnis einer umfassenden Analyse zu konzeptionellen Vorstellungen, die eine Wiederholung derartiger Ereignisse verhindern sollten.⁹⁾ Die Auswertung der Kriegserfahrungen auf diesem Gebiet ordneten sich in die Erkenntnisse der Militärtheorie des imperialistischen Deutschlands wie anderer imperialistischer Länder ein, „daß der moderne Krieg komplexen Charakter besitzt, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfaßt und total, allumfassend geführt werden muß, daher das ökonomische und moralische Potential eine ausschlaggebende Rolle bei der Erringung des Sieges spielt und ein enger Zusammenhang zwischen Front und

8) Zit. bei Hans-Adolf Jacobsen, Zur Konzeption einer Geschichte des Zweiten Weltkrieges 1939-1945, Frankfurt/Main 1964, S. 46

9) Vgl. hierzu ausführlich Rolf Melzer, a.a.O., S. 1 ff.

Hinterland besteht."¹⁰⁾

In der Theorie des totalen Krieges und der weiterentwickelten Blitzkriegsstrategie fanden die ernährungswirtschaftlichen Momente ihre Berücksichtigung. Ludendorff schrieb hierzu 1935: „Es ist selbstverständlich, daß die Versorgung von Volk und Heer mit Verpflegung, Futter ... auch an erster Stelle steht.“¹¹⁾

Die relevanten Gesichtspunkte dieser Theorie wurden vom Oberkommando der faschistischen Wehrmacht 1938 noch einmal zusammengefaßt: „Es widerspricht den Grundsätzen des totalen Krieges der Zukunft, zu glauben, daß die Aufgaben 'Führung des Waffenkrieges', die 'Ausrichtung des Propaganda- und Wirtschaftskrieges auf die Ziele des Waffenkrieges' und die 'Organisation der kämpfenden Nation zur Unterstützung des Waffenkrieges' getrennt werden könne. Sie müssen gerade auf das engste vereinigt sein...“¹²⁾

Die Berücksichtigung der Propaganda wies auf das Problem der Stimmung und moralischen Haltung der Truppe und der Menschen im Hinterland hin, das besonders die faschistischen Experten beschäftigte. Ein wesentliches Moment solcher Überlegungen bestand in der Überzeugung, daß „von ausreichender Ernährung sowohl die Kampf- wie die Arbeitsleistung abhängt und der Wille des Volkes zum Durchhalten dadurch entschei-

-
- 10) Förster, Gerhard, Totaler Krieg und Blitzkrieg. Die Theorie des totalen Krieges und des Blitzkrieges in der Militärdoktrin des faschistischen Deutschlands am Vorabend des zweiten Weltkrieges, Militärhistorische Studien 10, Neue Folge, Berlin 1967, S. 67; vgl. auch S. 64 f. und S. 94 ff.
- 11) Ludendorff, Erich, Der totale Krieg, München 1935, S. 37
- 12) Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 14. November 1945 - 1. Oktober 1946, (IMG), Nürnberg 1947 ff., Bd. XXXVIII, Dok. 211 - L, Abhandlung des Chefs OKW vom 19.4.1938, Die Kriegsführung als Problem der Organisation", S. 37; vgl. auch Georg Thomas, Wirtschaftliche Wehrkraft und Landesverteidigung, in: Militärwissenschaftliche Rundschau, Jg. 1938, H.4, S. 488, „Waffen und Wirtschaftskrieg sind für künftige Zeiten untrennbar.“

dend beeinflusst wird.¹³⁾ Die Sorge vor „Stimmungseinbrüchen“ bei der Bevölkerung zog sich als roter Faden durch die gesamte Agrar- und vor allem Ernährungspolitik und gewann unter den Bedingungen des Krieges eine noch gesteigerte Bedeutung.

Auf der Grundlage der geschilderten Erkenntnisse gingen der deutsche Imperialismus und seine faschistischen Handlanger unmittelbar nach der Errichtung der faschistischen Diktatur daran, unter Berücksichtigung der „Lehren“, d.h. der Erfahrungen beim Scheitern des ersten Weltkrieges, die Landwirtschaft Deutschlands auf einen neuen Krieg vorzubereiten. Dabei mußten den Theoretikern und Planern des Imperialismus auf Grund der klassenbedingten Grenzen ihrer Erkenntnisfähigkeit die grundlegenden Ursachen der Niederlage des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg, die aus dem Charakter der Gesellschaftsordnung, dem Grad der politischen Stabilität des Staates, dem vorhandenen ökonomischen Potential und der politisch-moralischen Haltung der Volksmassen herrührten, im wesentlichen verborgen bleiben. Die äußeren Erscheinungsformen der Ernährungswirtschaft im Krieg 1914 bis 1918 in bezug auf Konzeption, verwaltungstechnisches Herangehen und Umsetzungsversuche der Agrarpolitik wurden dagegen in einer umfangreichen Publizistik einer detaillierten Analyse unterzogen und entsprechende Schlußfolgerungen abzuleiten versucht.¹⁴⁾

Die Bemühungen um eine „Instrumentalisierung der Agrarbewegung“¹⁵⁾ für die Zwecke des Faschismus begannen bereits etliche Zeit vor der Errichtung der faschistischen Diktatur im Rahmen ihrer systematischen Vorbereitungen durch die Monopol-

13) Hesse, Kurt, Wehrwirtschaft als wissenschaftliche, militärische und wirtschaftliche Aufgabe, in: Kriegswirtschaftliche Jahresberichte, Jg. 1938, S. 19; vgl. auch A. von Belli, Das Volk in Waffen, in: Militärwissenschaftliche Rundschau, Jg. 1936, H.1, S. 31; Hans-Joachim Riecke, Ernährung und Landwirtschaft im Kriege, in: Bilanz des Zweiten Weltkrieges, Oldenburg 1953, S. 331

14) Die Vorbereitung der Ernährungswirtschaft wird detailliert untersucht von Rolf Melzer, a.a.O., ebenda S. 10, Anm. 2, findet sich die relevante marxistische Literatur

15) Bracher, Karl-Dietrich, Die deutsche Diktatur, Entstehung, Struktur und Folgen des Nationalsozialismus, Köln-Berlin(West) 1969, S. 169

bourgeoisie und den Großgrundbesitz.¹⁶⁾ Bei der faschistischen Unterwanderung der landwirtschaftlichen Interessenvertretungen und Verbände spielte Richard Walther Darré¹⁷⁾ eine besondere Rolle. Mittels des von ihm aufgebauten „agrarpolitischen Apparates“ der faschistischen Partei wurde diese Aufgabe angegangen, um drei strategische Hauptziele zu erreichen: 1. Ausnutzung der Unruhe und Bauernstreiks gegen die bestehende Regierung im Kampf um die Macht. 2. Sicherung der außenpolitischen Grundlagen und Gewinnung des Bauerntums als „Lebensmotor für den Volksorganismus und biologischen Bluterneuerungsquell des Volkskörpers“, wie es im faschistischen Jargon hieß. 3. Einsatz von Bauern als Träger der Besiedlung des neuen,

-
- 16) Neueste marxistische Erkenntnisse finden sich hierzu bei Kurt Neumann, Die Rolle des Reichslandbundes bei der Vorbereitung und Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland (1928 - 1933), Phil.Diss., Rostock 1977
- 17) Richard Walter Darré, geboren am 14. Juli 1895 in Belgrano/Argentinien begann nach dem Besuch argentinischer, deutscher und englischer bürgerlicher Eliteschulen im Jahre 1914 an der Deutschen Kolonialschule in Witzenhausen eine Ausbildung als Überseefarmer, die er, mit einer Unterbrechung durch den imperialistischen ersten Weltkrieg, an dem er als Kriegsfreiwilliger teilnahm und bis zum Leutnant avancierte, im Jahre 1920 als Diplomkoloniallandwirt abschloß. Nach kurzer landwirtschaftlicher Praxis studierte er ab 1922 in Halle Landwirtschaft, wobei er sich besonders der Tierzucht und Vererbungsfragen widmete. 1925 verließ er die dortige Universität als Diplomlandwirt. 1927 bis 1929 unternahm er verschiedene Reisen, die ihn nach Finnland und in die baltischen Staaten führte, wo er 1928/29 als landwirtschaftlicher Sachverständiger an der Deutschen Gesandtschaft in Riga tätig war. 1930 kam er in Verbindung mit der Naziartei und entwarf auf der geistigen Basis seiner programmatischen Veröffentlichung „Das Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse“, im Frühjahr 1930 deren erstes Agrarprogramm und wurde mit dem Aufbau des „Agrarpolitischen Apparates“ der NSDAP betraut. Nach der Machtübertragung an den deutschen Faschismus wurde Darré, im Zuge der 'Gleichschaltungs'-Aktionen, die „Reichsführergemeinschaft des deutschen Bauernstandes“ und die Präsidentschaft des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften übertragen. Nach dem kurzen Zwischenspiel des deutschen nationalen Ministers Hugenberg wurde er am 29. Juni 1933 Reichs- und Preussischer Minister für Ernährung und Landwirtschaft und bald darauf erster Reichsbauernführer.
Zur Biographie vgl. Neue Deutsche Biographie, Bd. 3, (West)Berlin 1953, S. 517

von den Slawen zu erobernden Siedlungslandes im Ostraum.¹⁸⁾

Nach der Ablösung Hugenbergs, der u.a. das Landwirtschaftsressort im ersten Hitler-Kabinett innehatte, und der Einsetzung Darrés als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wurden die Bemühungen intensiviert, die Landwirtschaft endgültig in das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus einzubeziehen, vor allem im Hinblick auf die Bedürfnisse des deutschen Monopolkapitals bei der Realisierung seiner Expansionsbestrebungen. Entscheidender organisatorischer Schritt hierzu war die Errichtung der Zwangsorganisation des Reichsnährstandes im September 1933.¹⁹⁾ Im Reichsnährstand waren auf Grund einer gesetzlichen Zwangsgliedschaft alle land- und ernährungswirtschaftlichen, forst- und holzwirtschaftlichen Betriebe, die landwirtschaftlichen Genossenschaften und die neu eingerichteten wirtschaftlichen Zusammenschlüsse auf dem Gebiet der Land- und Ernährungswirtschaft zusammengeschlossen.²⁰⁾

-
- 18) Aus einer geheimen Denkschrift Darrés für Hitler vom Sommer 1930, Wilhelmstraßen-Prozeß, Fall XI, ADB Iol, Dok.NG-448 Exhibit 999, zit. bei Horst Gies, NSDAP und landwirtschaftliche Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, H.3/1967, S.344; Bracher weist die Herkunft dieses Dokuments a.a.O. nicht aus.
- 19) Gesetz über die Zuständigkeit des Reiches für die Regelung des ständischen Aufbaus der Landwirtschaft, 15.7.33, RGBl., Teil I, S. 495
Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes und Maßnahmen zur Markt- und Preisregelung landwirtschaftlicher Erzeugnisse 13.9.33 RGBl., Teil I, S. 626;
Dazu Verordnungen im RGBl. Teil I, am 8.12.33, 15.1.34, 16.2.34, 23.6.34, 6.7.34, 22.8.34, 13.9.34 und 4.2.35;
Bei Alfred Sohn-Rethel, Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, Frankfurt/Main 1973, S. 78 ff. gibt es interessante Hinweise für die direkte Einflußnahme von Interessensvertretern des deutschen Monopolkapitals bei der Installierung des faschistischen Reichsnährstandes. Ziel dieser Aktivitäten war der Ausgleich der wirtschaftspolitischen Interessengegensätze von Schwerindustrie und Landwirtschaft, und hier besonders des Großgrundbesitzes, auf Kosten der Bauern. Gleichzeitig wird auf die Folgen der Ablösung Hugenbergs im Hinblick auf eine relative Eigenwicklung der Politik Darrés verwiesen.
- 20) Tonow, Werner, Chronik der Agrarpolitik und Agrarwirtschaft des Deutschen Reiches von 1933 - 1945, 188. Sonderheft, Berichte über Landwirtschaft, Neue Folge, Hamburg-(West)Berlin 1972, S. 13

Neben dem Anliegen, die deutsche Landwirtschaft umfassend in das System der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen einzubauen, spielten die handelspolitischen Vorstellungen des deutschen Monopolkapitals bei den Überlegungen dieser Kreise zur bislang nicht völlig erreichten Einbeziehung der Landwirtschaft in das staatsmonopolistische System die entscheidende Rolle. Die theoretische Konzeption für die Durchsetzung ihrer Vorstellungen ließen die deutschen Monopole unter der Bezeichnung „Agrarkartellierung“ in einem ihrer Interessenverbände, dem „Mittleuropäischen Wirtschaftstag“, entwickeln.²¹⁾ Ausgangspunkt waren Überlegungen einer Verlagerung des Außenhandels von Übersee nach Europa, eine Maßnahme, von der die Großagrarien und Junker weit weniger betroffen sein würden als die Klein- und Mittelbauern, da die agrarischen Überseeimporte mehr mit der Produktion des Großgrundbesitzes konkurrierten, die Erzeugnisse der europäischen Nachbarländer aber mehr mit den Produkten der bäuerlichen Landwirtschaft. Gegen den Schutz ihrer Klasseninteressen durch ein staatliches Außenhandelsmonopol für ihre Produkte unterstützten die Junker die Monopolindustrie dabei, den deutschen Bauern das System der „Agrarkartellierung“ aufzuerlegen. Damit hatten die Monopole diejenigen Partner gefunden, mit denen die Grundvoraussetzung für die Realisierung ihrer Pläne zu schaffen war; der Entzug der Freiheit der Interessenvertretungen für die Bauern.²²⁾ Produktion und Distribution der bäuerlichen Erzeugnisse wurden nach dem Vorbild industrieller Kartelle zwangsweise organisiert, wobei der Absatz der vorgeschriebenen Produktion über den Staatsapparat bzw. den Reichsnährstand erfolgte. Als eine einzige „Entschädigung“ für den Verlust ihrer Freiheit im Rahmen der Zwangswirtschaft bot man den Bauern feste Preise für ihre Produkte. Diese Festpreise ermöglichten den Bauern eine gewisse Gewinnspanne, die sie gegen nachteilige Folgen der Einfuhrpolitik relativ absicherte. Vor allem aber war dem Monopolkapital und seinen junkerlichen Handlangern daran gele-

21) Zur „Agrarkartellierung“ vgl. im Detail Sohn-Rethel, a.a.O., S. 78 ff.

22) Vgl. zu dieser Seite der Problematik Wilhelm Herferth, Der faschistische „Reichsnährstand“ und die Stellung seiner Funktionäre im Bonner Staat, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) H. 5, 1962, S. 1046 ff.

gen, erstmalig den Agrarmarkt zu organisieren und damit zum Instrument ihrer imperialistischen Interessen zu machen.

Nachdem ursprünglich Hugenberg in seiner Eigenschaft als erster Wirtschaftsminister und Reichsernährungsminister der Hitler-Regierung die Berücksichtigung der industriellen Interessen absichern sollte, verfiel man, nachdem Hugenberg noch die Grundlage der neuen Politik hatte legen können, auf Darré, der als Mitglied der faschistischen Führung von dieser bei ihren Ambitionen zur Machtausbreitung akzeptiert wurde und von dem man annahm, daß er die Politik im gewünschten Sinne fortführen würde. Unter zeitweiliger Zurückstellung der spezifisch industriellen Wünsche trieb er die Kartellierung voran, unterwarf die deutsche Landwirtschaft und in ihr vor allem die Bauern der Beherrschung und Kontrolle durch den Reichsnährstand. Verbunden damit nutzte er die Chance der persönlichen Machterweiterung, die die Übernahme des Ministeriums und die gleichzeitige Führung der landwirtschaftlichen Zwangsorganisation bot, konsequent aus. Ein „berufsständischer“ Reichsnährstand bildete für Darré in den zahllosen Auseinandersetzungen innerhalb der faschistischen Führungsschicht die entscheidende Hausmacht, an dessen Ausbau und politisch relevanter Unabhängigkeit er ständig arbeitete, ebenso wie er alle Angriffe hierauf zurückzuweisen versuchte. Eine solche Hausmacht schien ihm Voraussetzung zur Durchsetzung seiner Ideologie der Schaffung eines den Bedingungen des 20. Jahrhunderts angepaßten rassistischen „Adelsbauerntums“, einer romantisierenden Bauerntümelei und einer auf den Pfeilern „Blut und Boden“ ruhenden „lebensgesetzlichen Lebensweise“. Die Befangenheit in seinen pseudowissenschaftlichen Vorstellungen ließ ihn auch die katastrophalen Folgen seiner eigenen Agrarpolitik, wie etwa im Falle des „Reichserbhofgesetzes“²³⁾, für das von ihm so hoch bewertete „Bauerntum“ verkennen. Die Art und Weise der Durchführung des Erbhofgesetzes, übrigens keine originäre Erfindung Darrés, mußte zu erheblichen Schäden im betriebswirtschaftlichen System eines Großteils der landwirtschaftlichen Betriebe führen, da durch die Immobilisierung des bäuerlichen Grundkapitals Realkredite nicht mehr aufgenommen werden konnten und die Preispolitik der faschistischen

23) s. nächste Seite

Wirtschaftsführung eine Eigenkapitalbildung kaum ermöglichte, beides Faktoren, die die Beschaffung der notwendigen Betriebsmittel ungeheuer erschwerte und eine weitgehende Behinderung des technischen Fortschritts in den Bauernwirtschaften zur Folge hatte. Notwendigste Erfordernisse im Rahmen der wirtschaftlichen Gesamtplanung des faschistischen Regimes wurden nur in unabdingbar notwendiger Höhe durch Staatskredite abgedeckt, was trotz der erheblichen Benachteiligung der Landwirtschaft in Relation zu den Monopolen unweigerlich zu einer Abhängigkeit im Kapitalbereich vom faschistischen Staat als Machtinstrument der Monopolbourgeoisie führen mußte.²³⁾ Waren entsprechende finanzielle Voraussetzungen aber nicht gegeben, konnten die mittels Propaganda und staatlicher Repression angestrebte Intensivierung nur auf dem Wege der erhöhten Ausbeutung der in der Landwirtschaft tätigen Menschen erreicht werden.

Mit der Verkündung des faschistischen Vierjahresplanes 1936, der einen neuen Abschnitt intensivster Kriegsvorbereitung einleitete, und Veränderungen im Mechanismus der Gesamtwirtschaft des faschistischen Deutschlands zur Folge hatte, begann auch eine neue Phase der Agrarpolitik.

Innerhalb des Apparates des Vierjahresplanes wurde neben

-
- 23) RGBl., 29.9.33, Teil I, S. 685. Dazu Verordnungen im RGBl., Teil I, am 19.10.33, 19.12.33, 27.4.34, 24.7.33 und 4.7.35; Vorstehende Verordnung wurde aufgehoben und neu zusammengefaßt durch die Erbhofrechtsverordnung, RGBl., 21.12.36, Teil I, S. 1069 und die Erbhofverfahrensordnung RGBl., 21.12.36, Teil I, S. 1082. Einige der von der Landbevölkerung als besonders drückend empfundenen Bedingungen wurden bereits in einer Verordnung vom 26.4.39, RGBl., Teil I, S. 843 und dann unter dem Druck der Kriegsergebnisse durch Verordnungen vom 28.9.40, RGBl. Teil I, S. 1311 und 22.1.41 RGBl., Teil I, S. 60, entscheidend aber durch die sog. Erbhoffortbildungsverordnung vom 30.9.43, RGBl., Teil I, S. 549 verändert; Zu den Auswirkungen des Reichserbhofgesetzes vgl. A. Petruschow, Agrarverhältnisse in Deutschland und die Agrarreform, Berlin 1948, S. 218; G.G. Kotzow, Agrarverhältnisse und Bodenreform in Deutschland, I. Teil, Berlin 1959, S. 60 ff.; Klaus-Dieter Hoeft, Zur Agrarpolitik des deutschen Imperialismus 1933 bis zur Gegenwart, Berlin o.J. (1960) S. 48 ff.
- 24) Pacyna, Günther, Agrarfabriken oder Bauernhöfe, Hamburg 1958, S. 210 f.; vgl. auch Sohn-Rethel, a.a.O., S. 100 f.

anderen eine Geschäftsgruppe Ernährung eingerichtet. Ihr oblag die Aufgabe, im Rahmen der praktischen Durchführung der Kriegsvorbereitung über die Person ihres Leiters die Maßnahmen des Reichsernährungsministeriums und des Reichsnährstandes mit denen des Vierjahresplanes zu koordinieren. Zum Leiter der Geschäftsgruppe Ernährung bestimmte Göring in seiner Eigenschaft als „Generalbevollmächtigter für den Vierjahresplan“ den Staatssekretär Darrés Herbert Backe. Durch die Struktur und die Kompetenzen des Verjahresplan-Apparates war Backe gegenüber seinem Minister weisungsberechtigt.²⁵⁾ Faktisch bedeutete dies, daß Darré mehr und mehr den Einfluß auf die Agrarpolitik und ihre Umsetzung verlor.²⁶⁾ Die Bedeutung dieser Sachlage ergab sich vor allem daraus, daß Backe in wesentlichen Fragen Auffassungen vertrat, die sich von denen seines formellen Vorgesetzten unterschieden. Dabei handelte es sich um den Standort und die Funktion des Reichsnährstandes im politisch-ideologischen und ökonomischen System des Faschismus. Die Divergenzen bezogen sich auf die Zuständigkeit des Reichsnährstandes oder der faschistischen Partei für die ideologische Beeinflussung der Landbevölkerung und auf das Unterstellungsverhältnis des Reichsnährstandes zum Reichsernährungsministerium.

Die ideologisch verkrämten „berufsständischen“ Sonderinteressen Darrés und seiner Anhänger wirkten sich zunehmend störend für die Politik der Monopole im Vierjahresplan und noch gravierender unter den Bedingungen des Krieges aus.

Ohne daß die breite Öffentlichkeit etwas von den Veränd-

-
- 25) Carroll, Berenice A., Design for total war, Arms and Economics in the third Reich, Studies in European History, XVII, The Hague - Paris 1968, S. 131; vgl. auch ZStA, Fall XI, Nr. 546, Dok. IB 28, S. 118, Vernehmung Görings am 6.9.46; Dok. IA 11, S. 33, Germany, Basic Handbook, Economic Survey, Section S, Standard of living and Rationing, Foreign Office and Ministry of Economic Warfare, Economic Advisory Branch, August 1944, Page 24
- 26) Lovin, Clifford R., Die Erzeugungsschlacht 1934-36, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie (ZAA) Heft 2/1974, S. 230, „Auch eine Durchsicht der Protokolle des Generalrates des Vierjahresplanes macht klar, daß die effektive Kontrolle der Agrarpolitik aus den Händen Darrés genommen worden war.“

rungen erfuhr, wurde Backe die 'ausschlaggebende Persönlichkeit in den Fragen der Ernährungswirtschaft', die im Gegensatz zu Darré auch nach Kriegsbeginn direkten Zugang zu den höchsten Spitzen des faschistischen Staates hatte.²⁷⁾

Wesentliches Ziel der eingeleiteten Maßnahmen und des ausgeübten massiven staatsmonopolistischen Druckes auf die deutsche Landwirtschaft war die Verringerung der Abhängigkeit vom Ausland bei der Versorgung mit Nahrungs- und Futtermitteln, die Erringung einer höchstmöglichen Autarkie. Diesem Problem und seinen umfassenden Auswirkungen wurde kardinale Bedeutung zuerkannt.²⁸⁾ Um das erstrebte Ziel im Rahmen der Kriegsvorbereitungen erreichen zu können, kam es auf eine Steigerung und in gewissem Umfang auch Umstrukturierung der inländischen Produktion an, die mittels der ab 1934 propagierten und durchgeführten „Erzeugungsschlachten“ zu erreichen versucht wurde. Hauptanliegen der faschistischen Agrarpolitik und -planung war dabei die „Steigerung der Flächenproduktivität“²⁹⁾ in allen Zweigen der Produktion und die sparsamste Verwendung der Produkte, um den Selbstversorgungsgrad zu erhöhen. Schwerpunkte der „Erzeugungsschlacht“ waren die Steigerung der tierischen Produktion, deren Umstellung auf die wirtschaftseigene Futterbasis, die Erweiterung des Ölpflanzenanbaus und die Förderung des Anbaus von Futterpflanzen.

Trotz relativer Erfolge der angeführten Bestrebungen - besonders bei der Erzeugung von Futtergetreide, Kartoffeln und Ölfrüchten - wurde das Ziel der Ernährungsautarkie niemals erreicht. Besonders deutlich war kurz vor Kriegsausbruch die Einfuhrabhängigkeit bei Futter mit 30 Prozent und bei Fett mit 43 Prozent. Insgesamt gesehen konnte der Selbstversorgungsgrad von 80 Prozent im Jahre 1933/34 auf 83 Prozent

27) ZStA, Fall XI, Nr. 546, Dok. IA 10, S. 31, Affidavit von Hermann von Hanneken am 6.8.47; Dok. IA 8, S. 25, Affidavit von Rudolf Harmer, a.a.

28) Ludendorff, Erich, a.a.O., S. 36;
vgl. auch Major Beutler, Gesichtspunkte für die Beurteilung der wehrwirtschaftlichen Kraft, in: Kriegswirtschaftliche Jahresberichte, Jg. 1936, S. 27

29) Reichsbauerntage in Goslar, Tagungsberichte 1934/1938, Berlin o.J., S. 74

im Jahre 1938/39 erhöht werden.³⁰⁾ Backe hat in einer Veröffentlichung die angeblich „unbestreitbaren Erfolge“ der „Erzeugungsschlacht“ hervorgehoben, die zu erheblichen Reservebildungen geführt hätten, mußte aber gleichzeitig eingestehen, daß 'auf einzelnen und sehr wichtigen Gebieten zeitweise noch dauernde Verknappungen nicht zu vermeiden' waren.³¹⁾ Wichtig bleibt in diesem Zusammenhang festzustellen, daß die relative Mehrerzeugung unter anderem wegen der Bildung strategischer Rücklagen und der Zunahme der Bevölkerung nicht zu einer Verbesserung der Versorgung führte, sondern im Gegenteil überhaupt nicht wirksam wurde.³²⁾ Die Leistungen der Landwirtschaft, erpreßt durch ihre vollständige staatsmonopolistische Organisierung, beruhten zum entscheidenden Teil auf der intensivierten Ausbeutung der in ihr beschäftigten werktätigen Menschen. Diese Tatsache mußte, wenn auch propagandistisch verhüllt, von faschistischen Agrarpolitikern bestätigt werden.³³⁾

Ein entscheidendes Motiv der faschistischen Agrarpolitik bestand von Anfang an darin, ihren Anteil an den notwendigen Vorleistungen für die aggressive Expansionspolitik zu leisten und dafür zu sorgen, „daß die außenpolitische Entschlußfreiheit nicht durch Sorgen um die Sicherung der pri-

30) Petzina, Dieter, Autarkiepolitik im dritten Reich, Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Nr. 16, Stuttgart 1968, S. 95;
In der Literatur finden sich auch abweichende Zahlen. Burton H. Klein, Germany's Economic Preparations for war, Cambridge Massachusetts 1959, S. 49 gibt eine Steigerung von 81 Prozent auf 89 Prozent an. Wiederum andere Werte gibt Horst Hemberger, Zu einigen Problemen der Rohstoffversorgung und der Versorgung der Bevölkerung mit Verbrauchsgütern im faschistischen Deutschland in der Periode der Vorbereitung und Durchführung des 2. Weltkrieges, in: Der deutsche Imperialismus und der 2. Weltkrieg, Bd. 3, 1962, S. 240. Zweckoptimistisch und daher unrealistisch die bedeutend höher liegenden Werte von E. Ertel, Die Grundlagen der deutschen Volksernährung, Leipzig 1938, S. 63

31) Backe, Herbert, Um die Nahrungsfreiheit Europas, Leipzig 1942, S. 17 f.

32) Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 6, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland 1933-1945, Berlin 1964, S. 120

33) Backe, Herbert, Nahrungsfreiheit, a.a.O., S. 174

mitivsten Lebensbedürfnisse des Volkes, hier also der Volksernährung, gehemmt werden durfte." ³⁴⁾ Da diese Politik durch imperialistischen Krieg realisiert werden sollte, waren die Vorkehrungen auf land- und ernährungswirtschaftlichem Gebiet diesem Fall untergeordnet. Dies war der Grund dafür, daß die Behörden des Reichsernährungsministeriums und die Organe des Reichsnährstandes bei Kriegsbeginn relativ reibungslos zum Apparat der faschistischen Kriegsernährungswirtschaft zusammengefaßt werden konnten. ³⁵⁾

Unter den Bedingungen des Krieges mußten sich die landwirtschaftlichen Erzeugungsbedingungen weiter komplizieren. Die bereits vor 1939 durch die Abwanderung von Arbeitskräften vor allem zur Rüstungsindustrie angespannte Kräftelage der deutschen Landwirtschaft wurde im Kriege durch die vergleichsweise hohen Anteile der Landwirtschaft an den Einziehungen zur faschistischen Wehrmacht weiter zugespitzt. Die Belastung der verbleibenden Werk tätigen, besonders aber der Bauersfrauen, nahm weiter zu. Den Ausweg suchte das Regime im Einsatz von Kriegsgefangenen und zwangsverschleppten Arbeitskräften aus den bereits okkupierten Ländern ³⁶⁾, die zu Beginn des Krieges noch vornehmlich in der Landwirtschaft eingesetzt wurden. Aber auch die Zuführung von Produktionsmitteln in allen Bereichen, besonders aber auf dem Gebiet der Mineraldünger und landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, beeinträchtigte durch die ständig wachsende Konkurrenz der Rüstung zunehmende Schwierigkeiten. Unter diesen erschwerten Bedingungen wurden als Kriegsprogramm für die deutsche Landwirtschaft grundlegende Aufgaben gestellt, die im Verlaufe des Krieges, da sie sich aus den objektiven ökonomischen Zwängen ableiteten, nur geringfügig variiert und modifiziert wurden. Dabei

34) Behrens, Gustav, Der Bauer im Kriege, Deutsche Wirtschaftszeitung, 28.12.39

35) Siehe hierzu Rolf Melzer, a.a.O., S. 51 ff.; Die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich Land- und Ernährungswirtschaft finden sich zusammengefaßt bei Werner Tornow, a.a.O., S. 138 ff.; Zum Grundsätzlichen vgl. Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 - 1945, Bd. 1, 1939 - 1941, 2. Aufl., Berlin 1972, S. 65 ff.

36) Deren Ausbeutung war als Kriegsziel des deutschen Imperialismus seit langem geplant; vgl. Eichholtz, a.a.O., S. 88 f.

handelte es sich um die Forderung nach Intensivierung der pflanzlichen und tierischen Produktion, die Erweiterung des Hackfruchtanbaus und die Ausdehnung der Anbaufläche für Ölfrüchte.³⁷⁾

Bereits die umfassenden Vorbereitungen für den Überfall auf die Sowjetunion führten zu erhöhten Belastungen auch der Landwirtschaft. Der heldenhafte Widerstand der Völker der Sowjetunion gegen den faschistischen Aggressor und der Sieg der Sowjetarmee vor Moskau im Dezember 1941 waren die entscheidenden Ursachen für das Fiasko der Blitzkriegskonzeption. Um die Jahreswende 1941/42 wurde die faschistische Führung durch die militärische Lage gezwungen, Überlegungen im Sinne einer Umorientierung auf einen längerfristigen Krieg anzustellen. Verbunden mit dem Scheitern der Blitzkriegsstrategie war die Krise der ihr zugrundeliegenden kriegswirtschaftlichen Konzeption. Der Widerspruch zwischen vorhandenem Potential und den verfolgten verbrecherischen Zielen trat immer offener zutage. Das Frühjahr 1942 war gekennzeichnet durch die Versuche, die Kriegswirtschaft und die faschistische ^{Wirtschaft} ~~Wirtschaft~~ auf einen längeren Krieg, vor allem gegen die Sowjetunion einzustellen. Insbesondere das kriegswirtschaftliche Leitungssystem wurde in einem Prozeß umgestaltet, dessen Anfänge bis in das Jahr 1941 zurückreichten.³⁸⁾

In diesem Gesamtzusammenhang sind die Vorgänge um die Ablösung Darrés einzuordnen. Unmittelbarer Anlaß war zum Teil die Schwierigkeit auf dem Ernährungssektor, die sich in Rationskürzungen des Frühjahrs 1942 niederschlug. Tatsächlich aber lagen die Gründe tiefer und in ihrer Entstehung bereits in der Vorkriegszeit.

Die Haltung der faschistischen Führung zu Darré wurde entscheidend beeinflußt von der Meinung über seine Verwendbarkeit in den Fragen der praktischen Ernährungssicherung als einer Grundlage für die Führung des Krieges im Interesse des

37) „Appell an das Landvolk“ von Göring, NS-Landpost, 23.2.40

38) Deutschland im 2. Weltkrieg, Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Juni 1941 bis November 1942), Berlin 1975, S. 285

deutschen Monopolkapitals. Gemessen wurde seine Leistung an der Effektivität und Konstruktivität seiner Maßnahmen in dieser Richtung. Hieran bestanden nun erhebliche Zweifel. Die Hauptkritik der Widersacher Darrés an seiner ideologisch-orientierten Politik von „Blut und Boden“ hatte bereits vor dem Kriege darin bestanden, daß man argwöhnte, sie führe zu einer Vernachlässigung der agrarwirtschaftlichen Aufgaben der Landbevölkerung, begünstige eine Absonderung des Bauerntums - was besonders den Führungsanspruch der faschistischen Partei tangierte - und unterstützte eine Abwendung der Bauern von den politischen und ökonomischen Erfordernissen.³⁹⁾ Während des Krieges, als die ökonomischen Fragen objektiv in den Vordergrund rückten, verstärkten sich solche kritischen Tendenzen. Gesehen werden muß bei der Beurteilung der Situation auch die Tatsache, daß mit Backe und seiner Verantwortung im Rahmen des Vierjahresplanes eine personelle Alternative vorhanden war, die sachlich dadurch gekennzeichnet wurde, daß sie ihr Interesse eindeutig auf landwirtschaftliche und ernährungswirtschaftliche Aufgabenstellungen und die mit ihr im Zusammenhang stehenden wirtschaftspolitischen Fragen konzentrierte. Da die unmittelbare Kriegssituation diese agrarpolitische Richtung objektiv förderte, mußte Darré mit seiner auf lange Sicht gedachten Politik mehr und mehr in einen partiellen Gegensatz zu den drängenden Tagesinteressen des deutschen Imperialismus geraten, beschränkt auf seine Brauchbarkeit für die Realisierung von dessen Zielen. Seine Fähigkeiten in dieser Richtung wurden mit Zunahme der Schwierigkeiten auf dem Ernährungssektor infolge des Scheiterns der faschistischen Blitzkriegspläne durch den Widerstand der Völker Europas und besonders der Sowjetunion von einflußreichen Repräsentanten des faschistischen Regimes zunehmend kritisch beurteilt.⁴⁰⁾ Seine ideologischen Vorstellungen wurden in taktisch notwendigen propagandistischem Maße weiterverbreitet, um eine entsprechende Beeinflussung der Bauern zu gewährleisten. Bei der massiven ideologischen Einflußnahme der Vorkriegsjahre wäre ein offensichtlicher Kontinuitätsbruch in der Propaganda

39) ZStA, Fall XI, Nr. 546, Dok. IB 25, S. 106, Affidavit von Günther Pacyna am 1.8.48

40) s. nächste Seite

auch kaum denkbar gewesen. Zugleich trat aber die Propagierung betriebswirtschaftlicher Themen mehr und mehr in den Vordergrund.

Am 12. Mai 1942 schließlich wurde Darré zu Göring zitiert, der ihm eröffnete, Hitler habe entschieden, Herbert Backe die drei bisher von Darré wahrgenommenen Ämter des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichsbauernführers und eines Reichsleiters im Reichsamt für Agrarpolitik in der Reichsleitung der NSDAP voll verantwortlich zu übertragen.⁴¹⁾ Über Presse und Rundfunk wurde ab 23. Mai 1942 folgende Meldung des Deutschen Nachrichtenbüros verbreitet: „Urlaub des Reichsministers Darré. Reichsminister Darré hat aus gesundheitlichen Gründen einen längeren Urlaub angetreten. Der Führer hat für diese Zeit Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Herbert Backe mit der Führung der Geschäfte des Reichsministers und Preußischen Mini-

40) Ebenda, Dok. IB 28, S. 119, Verhör Görings am 6.9.46, „Darré war mir zu mystisch und nicht praktisch genug... Darré schwamm in seinen Ausführungen sofort und war dann schnell in der Völkerwanderung drin. Und die nützte mir nichts.“; Goebbels Tagebücher aus den Jahren 1942-1943, mit anderen Dokumenten herausgegeben von Louis P. Lochner, Zürich 1948; S. 205, Eintragung vom 19.5.42, „Darré ist ein großer Versager und den Kriegsaufgaben in keiner Weise gewachsen.“; S. 208, Eintragung vom 21.5.42, „Ich habe ja von Darré nie viel gehalten. Seine Theorien sind reine Literatur. Auch seine Parole von Blut und Boden ist durch ihn und seine Hintermänner so totgeritten worden, daß man heute damit kaum noch einen Hund hinter dem Ofen hervorlocken kann.“; Staatsarchiv Weimar (StAW), Landesbauernschaft Thüringen, Nr. 299/3, Bericht über den Krankheitsurlaub des Reichsministers Darré, Weimar, 1.6.42 („Bericht des SD Weimar, der dem Lbf. vom Leiter des SD zur Verfügung gestellt wurde“), „Es sei schon lange bekannt gewesen, daß der Reichsbauernführer seinen Aufgaben nicht gewachsen gewesen sei. Bei Ausbruch des Krieges sei immer wieder betont worden, daß die Ernährungslage des deutschen Volkes durchaus gesichert und absolut nichts zu fürchten sei. Demgegenüber aber sei heute die Ernährungslage katastrophal. Schuld trage der Reichsbauernführer, der die Lage in Wirklichkeit nicht habe überblicken können, was zu absoluten Trugschlüssen geführt habe.“ An diesem Beispiel zeigt sich, daß auch in der breiten Öffentlichkeit derartige Meinungen verbreitet waren.

41) Vgl. zu dem gesamten Vorgang ZStA, Fall XI, Nr. 546, Dok. IB 31 - 34, S. 123 - 133

sters für Ernährung und Landwirtschaft beauftragt."42)

Darré verlebte die Zeit bis Kriegsende ohne ernsthafte Behelligung in einem Sommerhaus in der Schorfheide. Juristisch wurde er niemals aus seinen Funktionen entlassen, obwohl er mehrfach darum nachkam, aus dem Portefeuille entlassen zu werden.⁴³⁾

Backe wurde schließlich am 1. April 1944 durch Führer-erlaß zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich ernannt und weiter mit der Führung der Geschäfte des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft beauftragt.⁴⁴⁾

An der Glaubwürdigkeit des offiziell angegebenen Grundes für Darrés Ausscheiden an der Spitze des Reichsministeriums und des Reichsnährstandes bestanden in der Öffentlichkeit erhebliche Zweifel. Diese werden belegt durch einen Situationsbericht des Sicherheitsdienstes der SS, wobei davon auszugehen ist, daß die hier getroffenen Feststellungen in ihrer Tendenz für die Mehrheit der interessierten Bevölkerung Deutschlands zutrafen.

Ausgehend von der aktuellen Ernährungslage, stellte der SD auf Grund seiner übereinstimmenden Informationen fest, „daß man an einen Krankheitsurlaub des Reichsbauernführers nicht glaube“, denn „es sei schon lange bekannt gewesen, daß

42) Ebenda, Dok. IB 32, S. 130, Völkischer Beobachter, Süd-deutsche Ausgabe München, 26.5.42; vgl. auch Pressearchiv des ehemaligen Reichslandbundes, Museum für Deutsche Geschichte Berlin, R.W. Darré 12, S. 59, DNB-Meldung vom 23.5.42

43) Die Beweggründe hierfür enthüllte Goebbels: „Der Führer hat sich nun endlich entschlossen, Darré auffliegen zu lassen. Sein Nachfolger wird Backe werden. Ich bitte den Führer dringend darum, daraus nicht in der Öffentlichkeit eine Haupt- und Staatsaktion zu machen, weil sonst die Gefahr besteht, daß alle Fehler in der Ernährungspolitik ... Darré und damit dem nationalsozialistischen Regime in die Schuhe geschoben werden. Denn Darré ist ja nun einmal ein nationalsozialistischer Minister. Der Führer geht darauf ein und ist auch bereit, nur eine Mitteilung über eine Krankheit Darrés herauszugeben, die ihn vorläufig an der Ausübung seines Amtes verhindert. Er solle unterdes von Backe vertreten werden.“ Goebbels Tagebücher, a.a.O., S. 208, Eintragung vom 21.5.42

44) ZStA, Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft (REM) Personalakte 10, Herbert Backe, Bl. 124

der Reichsbauernführer seinen Aufgaben nicht gewachsen gewesen sei." Die Nachricht von der Ablösung „erregte in bäuerlichen Kreisen großes Aufsehen, jedoch keine Bestürzung." Insgesamt gehe man davon aus, daß es sich um einen „Zwangsurlaub" handle, „Darré nicht wieder erscheint und Backe sein Nachfolger bleibt.“⁴⁵⁾

45) Vgl. Anm. 40, StAW, SD-Bericht

1. Ziele der faschistischen Agrarpolitik und Versuche ihrer Realisierung

1.1. Zu den agrarpolitischen Vorstellungen Herbert Backes

Der seit dem 21. Mai 1942 mit der Führung der Geschäfte des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsbauernführers sowie des Reichsamtes für Agrarpolitik der faschistischen Partei beauftragte Staatssekretär Herbert Backe¹⁾ formulierte seine Absage an die Politik seines Vor-

- 1) Zentrales Staatsarchiv Potsdam (ZStA), Fall XI, Nr. 546, Darré-Dokument Nr. I B 31, Mitteilung des Chefs der Reichskanzlei Lammer vom 21.5.1942, S. 128, Führerverfügung V 5/42 vom 16.5.1942.

Herbert Backe, als Sohn deutscher Eltern am 1. Mai 1896 in Batumi im zaristischen Rußland geboren, besuchte deutsche Schulen in Rußland, bevor er 1914 in Deutschland sein Abitur ablegte. Den ersten Weltkrieg erlebte er wieder in Rußland als Zivilinternierter. Bei Kriegsende wieder nach Deutschland gekommen, nahm er nach verschiedenen Tätigkeiten als Hilfsarbeiter 1920 an der Universität Göttingen ein Studium auf. Nach dessen Abschluß folgten Anstellungen als Gutsverwalter, 1924 Hochschulassistent in Hannover und Kreislandbundvorsitzender in Ahlfeld/Leine. Durch Heirat war Backe 1928 Domänenpächter geworden. 1930 Mitglied der faschistischen Partei, arbeitete er bald konzeptionell mit Darré im „agrarpolitischen Apparat“ zusammen. Im Juli 1933 wurde Backe Reichskamassar und im Oktober des gleichen Jahres zum Staatssekretär im Reichsernährungsministerium bestellt. 1936 wurde er Leiter der Geschäftsgruppe Ernährung in der faschistischen Vierjahresplan-Behörde.

Zur Biographie vgl. Neue Deutsche Biographie, Bd. 1, Berlin 1953, S. 504 f.

Es finden sich unterschiedliche Angaben: Dallin, Alexander, Deutsche Herrschaft in Rußland 1941 bis 1945, Eine Studie über Besatzungspolitik, Düsseldorf 1958, S. 51, Anm. 1, nennt Tiflis als Geburtsort; Brandt, Karl, Management of Agriculture and Food in the German-occupied and other areas of Fortress Europe, A Study in Military Government, Stanford, California, o.J. (1953), S. 57, gibt 1925 bis 1926 als Studienjahre an. Beide Autoren verweisen übereinstimmend ebd. auf die Tatsache einer Ablehnung der Dissertation „Die russische Getreidewirtschaft als Grundlage der Land- und Volkswirtschaft Rußlands“ durch die Universität Göttingen im Jahre 1926. Backe veröffentlichte sie 1941 in Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion im Eigenverlag „Für den - Folge s.n.S. -

gängers Richard Walther Darré in seiner Grundsatzrede vom 27. Juni 42 in Hannover, wobei er sich deutliche Seitenhiebe gegen seinen ehemaligen Vorgesetzten nicht versagte: „Die zukünftigen Aufgaben können nicht durch verschwommene Romantik gelöst werden, sondern nur durch einen idealen Realismus. Nicht wer etwas gemacht hat ist wesentlich, sondern daß etwas gemacht wird. Nicht Prestige oder Zuständigkeit sind entscheidend, sondern allein die Aufgabe an sich.“²⁾

Backe charakterisierte mit diesen Worten den unterschiedlichen Modus des Herangehens an die Lösung der Probleme im Klasseninteresse der Monopolbourgeoisie. Bereits für das erste Kriegsjahr ließen sich diese Unterschiede an grundsätzlichen Äußerungen Darrés und Backes zu Fragen der landwirtschaftlichen Produktion deutlich herausarbeiten.³⁾ Ausgangspunkt für beide war die vor allem durch Arbeitskräfteentzug, Entzug von technischen Produktionsmitteln und geringen Zuführungen auf diesem Gebiet, erhebliche Kürzungen bei Düngemitteln und bedeutende Einschränkungen des Transportraumes gekennzeichnete Lage der Landwirtschaft. Darré verwendete einen guten Teil seiner Denkschrift vom 27. November 1939 zur Selbstdarstel-

- 1) -Folge-
Dienstgebrauch“, ZStA, Fall XI, Nr. 164, S. 68, Verhör Darrés am 27.8.48, hier die Feststellung Darrés, daß Backe nicht Landwirtschaft, sondern Volkswirtschaft studiert habe.
Kehrl, Hans, Krisenmanager im Dritten Reich, 6 Jahre Frieden - 6 Jahre Krieg, Düsseldorf 1973, S. 49, nennt 1926 als Eintrittsjahr in die faschistische Partei.
- 2) NS-Landpost, Nr. 27, 3.7.42, Für den Grad der Verbreitung einer solchen Haltung gibt ein Brief von Hans Hansen (Hauptstabsleiter im Reichsamt für Agrarpolitik) vom 28.6.42 an Rudi Peuckert, Landesbauernführer von Thüringen, Auskunft, in dem es heißt: „Und nun ist das (Darrés Gedankengut, J.L.) plötzlich nichts, wird in einigen Landesbauernschaften - aufatmend fast - festgestellt, daß nun endlich die klare Vernunft gesiegt habe, daß nun der richtige Weg eingeschlagen werde.“
StAW, Landesbauernschaft Thüringen, Nr. 299/3
- 3) ZStA, Fall XI, Nr. 392, ADB 106, S. 11-82, Dok. NG-453, Denkschrift Darrés „Aufgaben der Produktion in der Landwirtschaft im Kriege“ vom 27.11.39, Stellungnahme Darrés zu: Anregungen zum Kriegserzeugungsplan der Landwirtschaft vom 10.11.39, vom 27.11.39;
S. 92-117, Dok. NG-1408, Ausführungen Staatssekretär Backes im Generalrat am 14.2.1940

lung und Betonung seiner bisherigen Leistungen, beklagte mangelnde Abstimmung mit anderen beteiligten Dienststellen der Wehrmacht, des Wirtschaftsministeriums und Vierjahresplanes und fehlende Unterrichtung über wichtige Entscheidungen, die auch die landwirtschaftliche Produktion erheblich tangierten. Abschließend verfaßte er einen Forderungskatalog, dessen Erfüllung seiner Meinung nach die Voraussetzung für die Erhaltung der Produktion auf dem gewünschten Niveau darstellte, der an den realen, d.h. äußerst begrenzten ökonomischen Möglichkeiten des deutschen Imperialismus völlig vorbeiging und unter den gegebenen Bedingungen absolut illusorisch war.

Backe dagegen beschränkte sich auf eine nüchterne Analyse der Situation, aus der er unter Beachtung der gegebenen Möglichkeiten und vorhandenen Ressourcen Vorschläge ableitete, die eine Weiterführung der landwirtschaftlichen Produktion unter Berücksichtigung der vorhandenen Möglichkeiten zum Ziele hatten. Dabei schlug er unter Vermeidung pessimistischer Prognosen bei relativ offener Ansprache der bestehenden neuralgischen Punkte selbst unpopuläre Maßnahmen vor, wie z.B. erhebliche Einschränkungen auf der Konsumenten-⁴⁾ Abschließend ging er auf die von ihm scharf abgelehnte Politik Darrés der Beruhigung der Öffentlichkeit ein und stellte dann den Zusammenhang zwischen Blitzkriegsführung und Eingriffen in die landwirtschaftliche Produktion her, um den Forderungen nach rücksichtsloser Durchführung der von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen entsprechenden Nachdruck zu verleihen.⁵⁾ Seine bisherigen Aktivitäten im Rahmen der systematischen Kriegsvorbereitungen auf landwirt-

4) Ebenda, S. 110

5) Ebenda, S. 116 f., „Abschließend muß ich auf folgendes mit allem Nachdruck hinweisen: Weitgehende Stärkung der Truppe im Kriege muß zwangsläufig durch Einziehung von Mensch und Tier, Drosselung der Produktionsmittel usw. zu einer Schwächung der Erzeugungskraft der Landwirtschaft führen. Je rücksichtsloser gegenüber dieser Produktionskraft die Eingriffe geschehen, desto sicherer muß auch ein schneller militärischer Sieg sein. ... Es muß möglich sein, beide Notwendigkeiten zu vereinbaren und dieses wird weitgehend möglich sein, wenn die hier vorgeschlagenen Maßnahmen rücksichtslos zur Durchführung kommen.“

schaftlichem Gebiet, besonders auch im Rahmen des Vierjahresplanes, trugen ihm Lob und Anerkennung der faschistischen Interessenvertreter des deutschen Imperialismus ein⁶⁾ und verliehen seinen Vorstellungen Gewicht.

Aber neben seinen fachlichen „Qualitäten“, die ihn nach Ansicht der herrschenden Klasse geeignet erscheinen ließen, das ihm anvertraute Ressort optimal zu organisieren und zu leiten, ergaben sich noch weitere Gründe, die Backe für eine Verwendung empfahlen.

Dabei spielte die Übereinstimmung in Weiderseits interessierenden Grundfragen mit Himmler, die enge Zusammenarbeit mit Göring und nicht gegebene Interessenüberschneidungen mit der Führung der faschistischen Partei eine wichtige Rolle. Sehr früh hatte der vor allem volks- und betriebswirtschaftlich orientierte Backe erkannt, daß die Durchsetzung seiner wirtschaftspolitischen Konzeption nur gemeinsam mit der Nazipartei möglich sein würde. In klarer Erkenntnis dieser Sachlage distanzierte er sich beizeiten von den ideologischen Vorstellungen Darrés, soweit sie ihn in Kollision mit den Führungsvorstellungen der faschistischen Partei bringen mußten, da er deren Anspruch auf absolute Dominanz in der „Menschenführung“ bedingungslos respektierte. Durch die

6) Goebbels Tagebücher aus den Jahren 1942-43, a.a.O., S. 205, Eintragung vom 19.5.1942, S. 108, Eintragung vom 21.5.1942; hier wurde Backe als „erstklassiger Praktiker“ bezeichnet. „Backe führt seine Aufgabe in vorbildlicher Weise durch. Auf ihn kann man sich verlassen.“ Berliner Lokalanzeiger, 24.5.42, „Seine überaus klare und zielbewußte Art, seine großen Sachkenntnisse und praktischen Erfahrungen bieten die Gewähr für eine erfolgreiche Neuerung der deutschen Ernährungswirtschaft trotz der Schwierigkeiten der jetzigen Kriegszeit.“ ZStA, Fall XI, Nr. 203, S. 82, Verhör Hermann Reischle am 1.10.48, Backe: „Kenner und Köhner landwirtschaftlicher Praxis“, Fall XI, Nr. 164, S. 68 f., Verhör Darrés am 27.8.48; dieser bezeichnet Backe als „sehr fleißigen Arbeiter“, „scharfen analytischen Kopf“, nennt ihn aber gleichzeitig wenig konstruktiv und realistisch. Kehrl, Hans, a.a.O., S. 50, Backe sei „ein theoretisch und praktisch erfahrener Agrarwirtschaftler und einfallsreicher Agrarpolitiker, kurz ein Köhner“ gewesen.

Einnahme dieser Position erhielt er Handlungsfreiheit auf den ihn vor allem interessierenden Gebieten der Agrarpolitik. Wegen seiner klaren Unterordnung unter die Forderungen der NSDAP⁷⁾, die ihm als überzeugtem Faschisten ohne jede Einschränkung möglich war, übertrug man ihm die „weltanschauliche und politische Ausrichtung des Landvolkes ... im Rahmen der Menschenführung der Partei“ mittels des im September 1942 in „Reichsamt für das Landvolk“ umbenannten bisherigen „Reichsamtes für Agrarpolitik“. ⁸⁾ Auf diese Weise wurde honoriert, daß Backe aus der Sicht der faschistischen Partei, deren Anspruch auf die politische und ideologische Einflußnahme auch auf die Bauern als Parteidomäne anerkannte und damit das zum Teil lästige Beispiel des Reichsnährstandes als denkbarem Vorbild für andere Berufsgruppen liquidierte. Dies würde deutlich aus dem ersten Kommentar der offiziellen „NS-Parteikorrespondenz“ nach dem Sturz Darrés zu der programmatischen Rede Backes am 27. Juni 1942 in Hannover, „die vor allem das Primat der Partei auf dem Gebiet der bäuerlichen Menschenführung in den Vordergrund stellt.“ Weiter wurde ausgeführt: „Es ist ... oftmals gefragt worden, ob nicht die Agrarpolitik in Deutsch-

7) ZdR, Nr. 145, 27.6.42, Aufgabenverteilung zwischen Partei und Reichsnährstand, Grundlegende Rede von Staatssekretär Backe am 27.6.42 in Hannover, „Allein die Partei besitzt den dynamischen und revolutionären Schwung und den Zukunftssinn, der notwendig ist, um die agrarpolitischen Grundsätze und Richtlinien rein zu erhalten, weiterzugestalten und darüber zu wachen, daß diejenigen Stellen, denen die Durchführung der Agrarpolitik obliegt, zu jeder Zeit und unter allen Umständen den richtigen Weg steuern“;

NS-Landpost, Nr. 27, 3.7.42, „Entsprechend dem Grundsatz, daß Menschenführung Aufgabe der Partei ist, habe ich die bisherige Reichshauptabteilung I des Reichsnährstandes aufgelöst. ... Ihre Aufgaben, soweit es sich um solche der politischen Führung handelt, übertrug ich dem Reichsamt für Agrarpolitik in der NSDAP. Die sonstigen Aufgaben der ehemaligen Reichshauptabteilung I, wie die berufliche, soziale, wirtschaftliche und rechtliche Betreuung und Förderung des Landvolkes einschließlich der Gefolgschaft, die Aufgaben des Arbeitseinsatzes und die Durchführung unserer Bodenordnung wurden der Reichshauptabteilung II zugewiesen.“

8) Völkischer Beobachter, Nr. 249, 6.9.42; Großdeutscher Pressedienst, 152, 3.7.42

land zu sehr in ein ständisches Fahrwasser gerate, ob nicht doch zu sehr der einzelne Stand als vielmehr das Volk gesehen werde. Diese Zweifel hat Staatssekretär Backe grundsätzlich beseitigt, indem er feststellte, daß gerade die Agrarpolitik des neuen Reiches zutiefst in der nationalsozialistischen Weltanschauung verwurzelt sei. ... Staatssekretär Backe hat keine Zweifel darüber gelassen, daß er für den Agrarsektor dieses Primat der Partei voll und ganz zur Geltung bringen wird. ... Die deutsche Agrarpolitik steht damit vor einem neuen Abschnitt ihrer Geschichte. Mehr noch als bisher wird der politische Führungsgrundsatz der Partei hervortreten ...⁹⁾ Daß, selbst bei der Darstellung der Genesis der faschistischen Agrarpolitik, der Name Darré nicht einmal erwähnt wird, überrascht nicht.

Backe wurde durch das Organ Bormanns bescheinigt, daß er „aus seiner Überzeugung klare Folgerungen im Hinblick auf die Aufgabenverteilung zwischen Reichsamt für das Landvolk der NSDAP, dem Reichsnährstand und dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft gezogen“ habe.¹⁰⁾ Ein knappes Jahr später ließ Backe die Umbenennung des Reichsamtes als symbolisch für die „überragende Bedeutung der grundsätzlichen, insbesondere auch biologischen Fragen der Agrarpolitik gegenüber den praktischen Einzelfragen der Ernährungspolitik“ unterstreichen, „die heute aus kriegsbedingten Gründen häufig im Vordergrund stehen müssen.“¹¹⁾

9) NS-Parteikorrespondenz, Nr. 148, 27.6.42, Partei und Bauerntum, Die NSDAP als Trägerin des Bauerntumsgedankens - Ausrichtung der Agrarpolitik ein Primat der Partei - Verwirklichung der großen agrarpolitischen Zielsetzungen des Nationalsozialismus.

Vgl. auch Großdeutscher Pressedienst, 152, 3.7.42, „Damit hat Staatssekretär Backe das Bauerntum vor der Gefahr bewahrt, allzusehr in ein ständisches Fahrwasser zu geraten, und hat vielleicht alle anderen Berufe einmal auf die Möglichkeit einer solchen Gefahr aufmerksam gemacht.“

10) Ebenda, Bezeichnend ist, daß hier bereits vom Reichsamt für das Landvolk gesprochen wird, eine Umbenennung des Reichsamtes für Agrarpolitik, die erst am 5.9.42 durch Führeranordnung erfolgte.

11) Deutsche Agrarpolitik (DAP), Heft 4/1943, Agrarpolitische Rundschau, S. 130

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der Umstand, daß es Backe erlaubt wurde, eine neue Zeitschrift „Deutsche Agrarpolitik“ zur propagandistischen Unterstützung seiner politischen Linie, die sich mit der der faschistischen Partei deckte, herauszugeben, „vom Führer persönlich genehmigt und vom Zentralverlag der Partei übernommen“, wie die „NS-Landpost“ berichtete.¹²⁾

Interessanterweise haben vor allem wirtschaftspolitische Publikationsorgane die Tatsache des Auftretens Backes als Agrarpolitiker und nicht als „Fachmann“ hervorgehoben.¹³⁾ Sein politisches Glaubensbekenntnis legte Backe von Mitte 1942 an, nach der Absetzung Darrés, in vielen Reden, Aufsätzen und vor allem in seiner neuen Zeitschrift „Deutsche Agrarpolitik“ und in seinem programmatischen Buch „Um die Nahrungsfreiheit Europas“ ab. In der wirtschaftspolitischen Zeitschrift „Der Vierjahresplan“ artikuliert er das Credo „Gesunde Agrarpolitik als Voraussetzung einer gesunden Ernährungswirtschaft“.¹⁴⁾

Hier wurden die Fragen der politischen Kompetenzverteilung, der aktuellen und grundsätzlichen betriebswirtschaft-

12) Deutsche Agrarpolitik, Heft 2/1943, Das erste Echo, S. 59 f.

Hier sind erste Pressestimmen zum Erscheinen der Zeitschrift auszugsweise veröffentlicht.

13) Wirtschaftspolitischer Dienst, 150, 3.7.42, Offensichtlich sei die Auflösung der Hauptabteilung I des Reichsnährstandes mißverstanden worden, „als sei das die Abkehr eines 'Fachmannes' von der Politik. ... Das Gegenteil ist aber richtig. Bei genauem Lesen des Textes seiner Rede wird klar, daß die Übergabe der agrarpolitischen Aufgaben an die Partei keine Abkehr von der Politik, sondern im Gegenteil ein Bekenntnis zur Politik ist.“

Die deutsche Volkswirtschaft, 20, 15.7.42, „Backe sprach in Hannover als Politiker. Dies hat vielleicht diejenigen überrascht, die ihn in den letzten Jahren immer wieder als Staatssekretär für die ernährungswirtschaftlichen Fragen erlebten und dabei übersehen, daß all die wirtschaftlichen Maßnahmen, die Backe als Staatssekretär vertrat, in der politischen Grundlage alten nationalsozialistischen Kämpfertums wurzelten.“

14) Der Vierjahresplan, Zeitschrift für nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, Heft V/1942, S. 314 ff.

lichen Erfordernisse ebenso behandelt wie Probleme der perspektivischen Agrarpolitik, etwa der Zusammenhang von Erbhofentwicklung im Reich und Neubesiedlung geraubter Gebiete.

Grundsätzlicher in seiner Aussage war der Leitartikel „Die Aufgaben der deutschen Agrarpolitik“ im ersten Heft der „Deutschen Agrarpolitik“¹⁵⁾, der u.a. die Hauptthesen seines bereits erwähnten Buches berücksichtigt, auf die noch einzugehen sein wird.

Ausgangspunkt seiner Überlegungen war die von ihm herausgestellte Doppelfunktion der Landbevölkerung „als Blutquell und Ernährer der Nation“¹⁶⁾, wobei dahingestellt sein mag, inwieweit die Terminologie ein Zugeständnis an die über Jahre hinweg erfolgte Propaganda darstellte. Bereits in der Ansprache des gesamten „Landvolkes“ zog er den Kreis bewußt weiter und unterschied sich damit von den Vorstellungen Darrés über einen „Neuadel aus Blut und Boden“, der sich auf die Bauern und dann noch in der auf der Basis des „Reichserbhofgesetzes“ stark eingeschränkten faschistischen Interpretation des Wortes beschränkte. Seine Vorstellungen hierzu fügen sich in die größeren Zusammenhänge faschistischer Gesamtpolitik ein, die zu diesem Zeitpunkt davon ausging, daß „zum ersten Mal seit einem Jahrtausend... die deutsche Raumenge gesprengt“ worden sei. Basierend auf dieser Prämisse versuchte er die Notwendigkeit der Lösung des, wie er es nannte, „Menschenproblems“ als Voraussetzung zur Beherrschung der zusammengeraubten Gebiete klarzumachen. Nach seiner Auffassung wurde im Zusammenhang mit der Besiedlung des eroberten Raumes und des Ausgleichs der jahrzehntelangen Abwanderung vom Lande die Frage der Erhaltung des Anteils der Landbevölkerung und deren - im Sinne der faschistischen Rassenideologie - „Aufartung“ „zu der entscheidenden Schicksalsfrage des gesamten deutschen Volkes“.

15) Backe, Herbert, Die Aufgaben der deutschen Agrarpolitik, in: DAP, 1. Jg./Nr. 1, 1942, S. 3-7, hieraus auch die folgenden Zitate und Feststellungen, falls nicht anders angemerkt.
Das erste Heft erschien im Oktober 1942.

16) Ebenda, Zum Geleit, S. 1

In der Frage der Ernährungssicherung ging er von dem Grundsatz aus, die Basis hierfür in der Produktion des deutschen Reiches und der seit 1938 annektierten Gebiete zu sehen. Alle Maßnahmen der faschistischen Agrarführung seit 1933, vor allem die Marktordnung und das System der Anforderungen in den sogenannten „Erzeugungsschlachten“ waren darauf gerichtet, die durch die forcierte Aufrüstung erheblich beschränkten Ressourcen an Produktionsmitteln und Arbeitskräften mit höchstmöglichem Effekt in Ansatz zu bringen. Das angestrebte Ziel im Hinblick auf eine weitgehende Autarkisierung des faschistischen Deutschlands auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion blieb bei relativen Erfolgen in einzelnen Bereichen auf Grund der bestehenden objektiv begrenzten Möglichkeiten unerreicht. Die Auswirkungen des Krieges mußten den Widerspruch zwischen Absicht und Realisierungsmöglichkeit naturgemäß noch verschärfen. Diese Tatsache anzuerkennen, konnte auch Backe nicht umhin, wenn er feststellen mußte, daß alle bisher auf agrarpolitischem und ernährungswirtschaftlichem Gebiet „zurückgestellten Aufgaben ... nun nach dem Kriege beschleunigt in Angriff genommen werden müssen.“

In der konkreten historischen Situation bot die uneingeschränkte Ausplünderung der überfallenen Länder Europas eine zeitweilige Möglichkeit, die Folgen der Abschnürung Hitlerdeutschlands vom Weltmarkt zum Teil zu kompensieren oder zu mildern. Das dieser Politik zugrunde liegende Prinzip ist von Göring in zynischer Offenheit dargelegt worden: „Wenn gehungert wird, dann hungert nicht der Deutsche, sondern andere, wenn gehungert werden muß.“¹⁷⁾ Backe entwickelte nun auf der Grundlage der von ihm angenommenen „erfolgtten Sprengung der Raumenge“ eine Konzeption für die Ausbeutung der unter faschistischer Herrschaft stehenden Gebiete Europas, die die vielfältigen

17) Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1947 ff., (IMG) Band XXIX, S. 385, Dok. 170-USSR, Stenographischer Bericht über die Besprechung des Reichsmarschalls Göring mit den Reichskommissaren für die besetzten Gebiete und den Militärbefehlshabern über die Ernährungslage, 6.8.42

Planungen der führenden deutschen Monopole zur „Neuordnung Europas“ unter ihrer Ägide und in ihrem Profitinteresse auf dem Gebiet der Landwirtschaft und Ernährung flankierte und ergänzte. Die aus seinem bisherigen Lebensweg resultierenden „Spezialkenntnisse“ im Hinblick auf die Sowjetunion, auf die noch einzugehen sein wird, wiesen ihn zudem, aus der Sicht der führenden Monopolgruppen, als einen „Experten“ für das Hauptziel im Rahmen des Expansionsprogramms des deutschen Imperialismus aus - die Eroberung der Sowjetunion und die Zerschlagung des ersten sozialistischen Staates.

Sachliche Voraussetzung war, nach Backe, „der Einsatz der gesamten deutschen Volkswirtschaft für die Durchführung der deutschen Agrarpolitik mit dem Ziele, eine für Jahrhunderte lebensfähige Struktur der Landwirtschaft in Mitteleuropa zu erreichen.“ Basierend auf der „Erzeugungskraft Großdeutschlands“ mit „absolut entscheidender Bedeutung“ wies er den geraubten und okkupierten Gebieten „die Rolle des bisherigen Weltmarktes“ zu. In seinen Ausführungen erteilte er der „liberalen Weltwirtschaftsentwicklung“ eine deutliche Absage, die er aus den Erfahrungen des imperialistischen kaiserlichen Deutschlands im ersten Weltkrieg motivierte. In dem faschistischen Modell der Einbeziehung der Landwirtschaft in das staatsmonopolistische System sah er „zum erstenmal die Möglichkeit einer friedlichen Zusammenarbeit der europäischen Völker.“ Unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen diese „Zusammenarbeit“ erfolgen sollte, wurde in zwar zurückhaltenden, doch eindeutigen Formulierungen deutlich, die an der Hegemonie des Aggressors im Rahmen einer kontinentaleuropäischen Land- und Ernährungswirtschaft keinen Zweifel ließen.¹⁸⁾ In demagogischer Weise, unter völliger Ausklammerung der Schuld des deutschen Imperialismus am Kriege, wurde in zynischer Deutlichkeit auf die Tatsache verwiesen, daß der bisherige Verlauf des Krieges mit der Errichtung der Herrschaft des deutschen Faschismus über weite Teile Europas, die betroffenen europäischen Völker zwingt, sich auf die Kräfte des eigenen Raumes zu besinnen.

18) -s.n.S.-

Bereits in der ersten Phase des Krieges hatte Backe erste Grundgedanken seiner Konzeption eines kontinental-europäischen Großwirtschaftsraumes geäußert¹⁹⁾, wobei er ausgehend von der Situation im ersten Weltkrieg und im Vergleich dazu die ernährungswirtschaftliche Situation der europäischen Alliierten Großbritanniens kennzeichnete, und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß sie im bisherigen Verlauf des zweiten Weltkrieges durch die Beherrschung weiter Teile Europas durch das faschistische Deutschland nicht aus britischen Überseebesitzungen und aus Amerika versorgt werden könnten, die Meinung vertrat, daß diese „nunmehr umso mehr Verständnis für konstruktive Pläne haben.“²⁰⁾

Die im Interesse der Realisierung der Vorherrschaftsbestrebungen des deutschen Imperialismus liegenden Pläne entwickelte Backe in seinem Buch, dessen Zweck er vor allem

-
- 18) Backe, Herbert, Um die Nahrungsfreiheit Europas, Weltwirtschaft oder Großraum, Leipzig 1942, S. 235, „So stellt Großdeutschland die reichen Erfahrungen seines Bauerntums und seiner Agrarpolitik der zentralen geordneten Führung der gesamten Ernährungswirtschaft aller Länder zur Verfügung.“
Vgl. auch Backe, Herbert, Die europäische Landwirtschaft an der Wende, Rückblick und Ausblick, Sonderdruck der internationalen Agrar-Rundschau (IAR), Februar 1941, S. 13, „Die deutsche Landwirtschaft hat mit ihrem Kampf um die Nahrungsfreiheit den Weg gewiesen, den auch die übrigen Staaten zu beschreiten haben, wenn sie ihre schon verlorene Unabhängigkeit vom Weltmarkt wieder gewinnen wollen.“
- 19) Ebenda, S. 10 f.;
vgl. auch Hans Kehr, a.a.O., S. 206, „Er fühlte sich gefordert, als quasi europäischer Ernährungsminister Produktion und Bedarf im europäischen Raum, soweit er von uns besetzt oder mit uns verbündet war, irgendwie in Ausgleich zu bringen.“
- 20) Ebenda, S. 11;
Vgl. auch Backe, Herbert, Um die Nahrungsfreiheit Europas, 2. Auflage, Leipzig 1943, S. 12, Im Vorwort zu dieser Neuauflage wies der Verfasser auf die Tatsache des Erscheinens zu einem Zeitpunkt hin, da Europa ernährungswirtschaftlich auf sich gestellt sei und fehlende Überseeimporte aus dem eigenen Raum decken müsse. „Dieses zwingende Muß wird zum Impuls für eine Gemeinschaftsleistung, die in der europäischen Großraumwirtschaft ihre höchste Vollendung finden wird.“

darin sah, „die Erkenntnis über die landwirtschaftlichen Aufgaben bei der Neugestaltung Europas zu vermitteln und zu vertiefen, um alle Kräfte für dieses Ziel einheitlich und gemeinsam zum Einsatz zu bringen.“²¹⁾

Bei allen Überlegungen spielten neben den im engeren Sinne wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten auch die allgemeinen Fragen faschistischer Politik ihre Rolle, wenn davon gesprochen wurde, daß die Großraumwirtschaft gekennzeichnet sei „durch den Zusammenschluß der Völker gleicher oder verwandter Rasse und gleichen Raumes.“²²⁾ Welches Schicksal den Völkern und Staaten zgedacht war, die nicht in diese faschistische Klassifizierung paßten, zeigte die verbrecherische Okkupationspolitik vor allem in den östlichen Nachbarstaaten Deutschlands mit erschreckender Deutlichkeit. Diese Völker waren in den Vorstellungen Backes nicht berücksichtigt, wenn er den die faschistische „Neuordnung Europas“ betreffenden Hauptgedanken seines Buches formulierte: „Die Völker Europas gehören zu einer Lebensgemeinschaft und sind in ihrer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung aufs engste miteinander verbunden. In der Unabhängigkeit Kontinentaleuropas liegt daher die Stärke jedes Landes und in der stetigen Leistungsverbesserung auf allen Gebieten die Garantie für deren Bestand und das wirtschaftliche Wohl jedes Volkes.“ In einer arbeitsteiligen kontinentaleuropäischen Agrarwirtschaft sei die Zukunftsaufgabe „nicht die Autarkie jedes einzelnen europäischen Staates..., sondern die Autarkie des Großraumes Kontinentaleuropa.“²³⁾ Diese überspitzten Autarkievorstellungen blieben selbst in der zeitgenössischen Literatur nicht unwidersprochen.²⁴⁾

Die von Backe gebrauchten Formulierungen unterstellten eine weitgehende Berücksichtigung der Lebensinteressen der europäischen Völker. Diese Feststellungen waren demagogischer Natur und dienten einzig und allein der Verschlei-

21) Ebenda

22) Backe, Herbert, Nahrungsfreiheit, a.a.O., S. 216

23) Ebenda, S. 11, S. 218

24) -s.n.S.-

rung der Hegemoniebestrebungen des deutschen Imperialismus. Backe befolgte damit eine taktische Linie des deutschen Monopolkapitals, die in der Entwicklung entsprechender „Neuordnungspläne“ bereits im Jahre 1940 eindeutig formuliert worden war, wenn zu diesem Zeitpunkt eindringlich darauf aufmerksam gemacht wurde, „diese kontinentaleuropäische Großraumwirtschaft unter deutscher Führung nicht als deutsche Großraumwirtschaft zu bezeichnen. ... Wir müssen immer nur von Europa sprechen, denn die deutsche Führung ergibt sich ganz von selbst aus dem politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, technischen Schwergewicht Deutschlands und seiner geographischen Lage.“²⁵⁾ Derartige taktische Schritte waren notwendig, da in Wirklichkeit alle Pläne des faschistischen deutschen Imperialismus und unter ihnen natürlich auch die ihnen entsprechende agrarpolitische Konzeption Backes in diesem Zusammenhang gegen die Lebensinteressen der Völker Europas und auch des deutschen Volkes gerichtet waren und die Widersprüche zwischen den angestrebten Zielen und den vitalen Interessen der europäischen Völker bei dem Versuch der Realisierung eine unerhörte Verschärfung erfahren mußten. Bereits im Sommer 1940 wurden durch das ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands der menschenfeindliche imperialistische Charakter all dieser Konzep-

-
- 24) Zimmermann, Werner, Der Umbruch der Weltagrарwirtschaft, Leipzig 1943, S. 3, Hier die Feststellung, daß die Schaffung eines unabhängigen europäischen Lebensraumes nicht bedeuten könne, „daß sich der Kontinent künftig von einem Güteraustausch mit Übersee ausschließen will, doch wird der Güterverkehr in zunehmendem Maße auf solche Erzeugnisse abgestimmt sein, die in Europa garnicht oder unzureichend gedeihen und nach wie vor aus Übersee, insbesondere aus tropischen und subtropischen Zonen herangezogen werden.“
- 25) Bundesarchiv Koblenz, Nr. R 43 II/312, Bl. 3394o9, Denkschrift: Errichtung eines Reichskommissariats für Großraumwirtschaft vom 31.5.1940, zitiert bei Drechsler, Karl/Dress, Hans/Hass, Gerhart, Der Platz Zentral-europas in der Konzeption der Großraumwirtschaft (Zum Problem der Kriegsziele des faschistischen deutschen Imperialismus in Europa 1939/1945), in: Bulletin des Arbeitskreises "Zweiter Weltkrieg", Nr. 1/2, 1970, S. 6

tionen entlarvt: „Der Plan der Schaffung eines neuen Europas... läuft auf nichts anderes heraus, als über ganz Europa die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus zu errichten, den unterworfenen und abhängigen Völkern reaktionäre, volksfeindliche totalitäre Regierungen aufzuzwingen, die seine willfährigen Werkzeuge sind. Ein solches „neues Europa“ wäre ein Europa mit entrechteten, versklavten Arbeitern und Bauern, ein Europa der Not, des Elends, des Hungers der werktätigen Massen.“²⁶⁾ Diese Einschätzung widerlegt die Gangbarkeit des Weges über eine „europäische Lebensgemeinschaft“ zu dem Ziel „Nahrungsfreiheit und Unabhängigkeit vom Weltmarkt“, es sei denn, die Lösung erfolgte im eklatanten Widerspruch zu den Interessen der Völker, wobei das wahre Wesen der imperialistischen Politik deutlich zutage treten mußte, nämlich die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus in Europa zu errichten, um im Konkurrenzkampf der imperialistischen Mächte und Monopole eine Neuverteilung der Machtbereiche zu erzwingen, das Potential eines neugewonnenen Bereiches rücksichtslos auszunutzen und ihn gegen seine imperialistischen Konkurrenten zu sichern. Was unter Berücksichtigung dieser Prämisse von Backe unter einer „europäischen Lebensgemeinschaft“ verstanden wurde, ist leicht vorstellbar.

Dabei war der Katalog der Methoden vielgestaltig und sollte differenzierte Anwendung finden. Immer jedoch galt das Primat der Realisierung der ökonomischen und politischen Interessen des deutschen Imperialismus.

Der Erreichung dieses Zieles waren auch alle Maßnahmen untergeordnet, die die faschistische Agrarführung vorsah, um die Ausplünderung Europas und die Nutzung der europäischen landwirtschaftlichen Ressourcen im Machtbereich des faschistischen deutschen Imperialismus zu gewährleisten. Eine der wichtigsten organisatorischen Maßnahmen war im Herbst des Jahres 1942 die Errichtung eines „Institutes

26) Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1966, Bd. 5, S. 277;
Zentrales Parteiarchiv, Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, 3/1/2224, Bl. 8

für europäische Landbauforschung und Ernährungswirtschaft²⁷⁾, dessen Hauptaufgabe die Analyse der Land- und Ernährungswirtschaften der europäischen Länder war, um auf diese Weise zuverlässiges Zahlenmaterial als Voraussetzung für eine realistische Einschätzung der Liefermöglichkeiten dieser Länder zu erhalten und entsprechende Maßnahmen einleiten zu können. Neben der laufenden Arbeit dieses Institutes fanden eine Reihe von Tagungen statt, die sich speziellen Fragen einer arbeitsteiligen europäischen Agrarwirtschaft widmeten und von denen der unter dem Thema „Agrarpolitik und Betriebslehre“ im Oktober 1942 in Dresden durchgeführten Arbeitstagung der Fachsparte „Landwirtschaft und allgemeine Biologie“ des Forschungsdienstes des Reichsforschungsrates und einer weiteren Arbeitstagung Anfang Juli 1943 im Reichsernährungsministerium, an der die Gauamtsleiter für das Landvolk, die Landesbauernführer und die Chefs der deutschen landwirtschaftlichen Verwaltungen der im faschistischen Machtbereich liegenden europäischen Länder teilnahmen, besondere Bedeutung zukam. Für die Dresdener Tagung wurde einleitend darauf hingewiesen, daß sich die Aufgabe im Gegensatz zur Vergangenheit nicht mehr darin erschöpfte, „im beschränkten Raum und unter begrenzten Möglichkeiten Lösungen zu suchen, die bestenfalls eine Milderung bestehender Mißstände bringen konnten“, sondern daß „heute Neuland und die schier unbegrenzten Möglichkeiten zu aufbauender Neugestaltung“ vor den Versammelten lägen.²⁸⁾ Die Referenten behandelten das breite Spektrum der Probleme von der „Festigung des deutschen Volkstums“ über die Deckungsmöglichkeiten des Nah-

-
- 27) ZStA, Fall XI, Nr. 143, S. 66, Verhör Hans-Joachim Rieckes am 13.8.48, vgl. auch Riecke, Hans-Joachim, Ernährung und Landwirtschaft im Kriege, in: Bilanz des Zweiten Weltkrieges, Oldenburg 1953, S. 341; In beiden Fällen findet sich die demagogische Schutzbehauptung Rieckes, Aufgabe des Institutes sei es vor allem gewesen, durch objektives Material „den unsinnigen Vorstellungen der politischen Führung über die Leistungsfähigkeit der besetzten Gebiete... zu begegnen.“ Vgl. auch Hans Kehrl, a.a.O., S. 206
- 28) Forschungsdienst, Sonderheft 18, Agrarpolitik-Betriebslehre, Aktuelle Probleme, Arbeitstagung des Forschungsdienstes, Dresden, Oktober 1942, Neudamm 1943, Wilmann, W., Zum Geleit, S. 4

rungsbedarfs bis hin zu den Gestaltungsmöglichkeiten einer europäischen Ernährungswirtschaft. Besonders breiten Raum nahm „Die Nahrungssicherung als europäische Aufgabe“ in der Diskussion ein. Als besonders positiv für die konkreten Vorhaben wurde in einem Bericht in Backes „Deutscher Agrarpolitik“ hervorgehoben, daß eine „straffe Führung“ verhindere, daß die Behandlung der anstehenden Fragen nicht wie in der Vergangenheit in „unfruchtbaren Methodenstreit“ steckenbleibe, „sondern daß wirklich brauchbare Ergebnisse für die wirtschaftspolitische Führung erzielt“ wurden.²⁹⁾ Die Ergebnisse derartiger Arbeitstagungen fanden Berücksichtigung bei den Entscheidungen der faschistischen Agrarführung, während die Arbeitsergebnisse des Institutes direkt in die sogenannten Kriegsernährungsbilanzen, einem Kernstück kriegswirtschaftlicher Planung auf dem Gebiet der Landwirtschaft und Ernährung des faschistischen Deutschlands im Kriege, einfließen.

Bei allen Überlegungen und Planungen für eine europäische Agrarwirtschaft ging Backe immer von dem bereits erwähnten Grundsatz einer leistungsfähigen Landwirtschaft in Deutschland selbst aus. Die Betonung der Notwendigkeit der Erhaltung und wenn möglich Steigerung der Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft trug der Realität eines auch unter Einbeziehung anderer europäischer Länder beschränkten landwirtschaftlichen Potentials Rechnung, das eine Vernachlässigung der Intensivierungsbemühungen in der deutschen Landwirtschaft unter Hinweis auf eventuelle Lieferungen aus okkupierten Ländern oder Satellitenstaaten verbot. Seine Vorstellungen gingen daher in die Richtung, im Rahmen seiner europäischen Konzeption das System der faschistischen Organisation der deutschen Landwirtschaft nach und nach, unter Berücksichtigung der jeweiligen Besonderheiten, allen unter deutscher Herrschaft stehenden oder von Deutschland abhängigen Ländern Europas aufzuerlegen. Dabei machte er auf die angestrebten Veränderungen im Sinne einer Intensivierung wiederholt unmißverständlich aufmerk-

29) DAP, 1. Jg./Heft 3, 1942, S. 96, Agrarpolitische Rundschau

sam. 30) Den „Beweis“ für derartige Forderungen versuchte er mit dem Hinweis auf die ungünstigeren Versorgungssituationen der Bevölkerung in den anderen Ländern zu erbringen, wobei er als Ursache hierfür einzig und allein die Folgen „verfehlter liberaler Wirtschaftspolitik“ der Vergangenheit sah, „die zu einer Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Eigenerzeugung führte.“ Der kaum zu überbietende Zynismus solcher Ausführungen wird deutlich, wenn man an die erheblichen Lieferungen dieser Länder an die faschistische Okkupationsarmee und nach Deutschland denkt. Backe formulierte in diesem Zusammenhang den für ihn einzig denkbaren Weg zur Lösung des Problems im Sinne des deutschen Imperialismus: „Der Einfluß der deutschen Agrarpolitik, der auch in diesen Ländern eine bessere Ausnutzung der landwirtschaftlichen Erzeugungsgrundlagen erreicht hat, wird aber hier von Jahr zu Jahr immer mehr Wandel schaffen.“³¹⁾

Neben den wirtschaftspolitischen und den bereits angeführten rassepolitischen Erwägungen nahm der bevölkerungspolitische Gesichtspunkt einer europäischen Agrarentwicklung unter faschistischer Herrschaft in den konzeptionellen Vorstellungen Backes einen entscheidenden Platz ein. Basis aller Überlegungen in dieser Richtung waren die faschistischen Theorien vom Landvolk als „Blutquell der Nation“ und vom „Volk ohne Raum“. Bezugnehmend auf eine voreilig angenommene „Lösung der Raumfrage“ im faschistischen Sinne durch „Sprengrung der Raummenge“ wurde der Grundgedanke relevanter faschistischer Theorie entwickelt, die Sicherung militärisch

-
- 30) Backe, Herbert, Nahrungsfreiheit, a.a.O., S. 229, „Es dürfte damit klargestellt sein, daß eine wirtschaftliche Einbeziehung neuer Überschußgebiete (gemeint sind vor allem die zeitweilig besetzten Gebiete im Süden der Sowjetunion, J.L.) in die Versorgung Kontinentaleuropas keineswegs ein Nachlassen der Intensität der eigenen Landwirtschaften nach sich ziehen darf.“;
Backe, Herbert, Europäische Landwirtschaft, a.a.O., S. 12, „drittens muß noch betont werden, daß alle Staaten... zwangsläufig auch die Intensität ihrer Landwirtschaft steigern müssen, um so zur Förderung des neuen Gleichgewichts beizutragen.“
- 31) Backe, Herbert, Ins fünfte Jahr der Kriegserzeugungsschlacht, Zum Erntedank 1943, in: DAP, 2. Jg./Heft 1, 1943, S. 7

eroberten Gebiete durch die bäuerliche Besiedlung seitens des Eroberers.

In der Siedlungsfrage ergaben sich enge Berührungspunkte mit den in diese Richtung gehenden Vorstellungen der SS-Führung um Himmler. Backe begrüßte „es daher ganz besonders, daß der Reichsführer SS Himmler durch den ihm vom Führer erteilten Auftrag als Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums bei der großen Aufgabe der Neubesiedlung des Ostens entscheidend an der Aufgabe des Bauerntums teilnimmt.“³²⁾ Auch Himmler versäumte nicht, seine absolute Übereinstimmung mit Backe in dieser Frage vor seinen höchsten SS-Führern zu bestätigen: „Wenn die SS zusammen mit den Bauern, wir zusammen mit unserem Freund Backe dann die Siedlung im Osten betreiben, großzügig, mit Schwung und revolutionärem Drang, dann werden wir in 20 Jahren die Volkstums-grenze um 500 km nach Osten herausschieben.“³³⁾

Backe sah im Zusammenhang mit der Neubesiedlung der geraubten Gebiete auch die Notwendigkeit des Ausgleichs der Abwanderung aus der Landwirtschaft innerhalb Deutschlands, die durch die Siedler und vor allem durch den latenten Übergang in andere Wirtschaftszweige hervorgerufen wurde. Alle Momente zusammenfassend, kam er zu dem Schluß: „Die Frage des Wachstums und der Aufartung des Landvolkes wird damit zu den entscheidenden Schicksalsfragen des gesamten deutschen Volkes.“³⁴⁾ Die Analyse einer solchen Politik fördert klar ihren nicht nur gegen die Rechte und Interessen der Nachbarvölker, sondern auch gegen die Interessen des deutschen Volkes gerichteten barbarischen imperialistischen Charakter zutage.

32) NS-Landpost, 27, 3.7.42, Backe-Rede in Hannover am 27.6.42

33) Weltherrschaft im Visier, Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945, hrsg. von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler unter Mitarbeit von Willibald Gütsche und Wolfgang Ruge, Berlin 1975, S. 362; IMG, Bd. XXIX, S. 112, Dok. PS-1919, Himmler am 4.10.43 in Posen auf einer Tagung der SS-Gruppenführer

34) Backe, Herbert, Die Aufgaben der deutschen Agrarpolitik, in: DAP, 1. Jg./Heft 1, 1942, S. 7

Diese Position Backes läßt sich noch plastischer nachweisen an der von ihm zum Teil initiierten und hauptsächlich zu verantwortenden Politik auf dem Gebiet der Landwirtschaft in Vorbereitung und Durchführung des verbrecherischen Überfalls auf die Sowjetunion. Für diesen Fall der Expansions- und Aggressionsbestrebungen des deutschen Imperialismus, gerichtet gegen den ersten sozialistischen Staat der Welt, schien Backe aus der Sicht und der Interessenlage der deutschen Monopole und ihrer Handlanger auf Grund seiner Herkunft und seines Lebensweges die besten Voraussetzungen für die Mitarbeit an der Verwirklichung ihrer Ziele auf seinem engeren Fachgebiet mitzubringen.³⁵⁾ Seine Arbeit „Die russische Getreidewirtschaft als Grundlage der Land- und Volkswirtschaft Rußlands“³⁶⁾ ging von der Grundthese aus, daß der Getreideexport des zaristischen Rußlands auf der Tatsache beruht habe, daß die Überschußgebiete im Süden und Südosten des Zarenreiches Getreide exportierten und die Zuschußgebiete Mittel- und Nordrußlands auf Grund dieser Exportorientierung in Jahren der Mißernten unterversorgt wurden. Die Sowjetmacht habe durch eine künstlich geförderte industrielle Entwicklung diesen „natürlichen Mechanismus des russischen Getreideexportes“ gestört, da durch das Ansteigen der städtischen Bevölkerung nun der Überschuß für deren Versorgung benötigt würde. Auf diese Weise habe die Sowjetregierung die russischen Überschußgebiete ihrer eigentlichen Bestimmung entzogen, nämlich die Kornkammer Europas zu sein. Die planmäßige Entwicklung der sowjetischen Volkswirtschaft war nach Backes Auffassung gegen Europa gerichtet und stand in krassem Widerspruch zu der ökonomischen Geographie der Sowjetunion. Eine solche Meinung negierte einerseits völlig die komplizierten Bedingungen, unter denen der erste sozia-

35) Vgl. Anm. 1;

Brandt, Karl, a.a.O., S. 57, „As a German citizen born in Russia who migrated at the age of 23 to Germany after World War I, Backe nevertheless had the reputation among the leading members of the Nazi party of being a competent authority on Russian affairs“. Ebenda findet sich auch die Inhaltsangabe der abgelehnten Dissertation Backes „Die russische Getreidewirtschaft als Grundlage der Land- und Volkswirtschaft Rußlands“.

36) Vgl. Anm. 1

listische Staat innerhalb einer feindlichen imperialistischen Umwelt an den Auf- und Ausbau einer Volkswirtschaft ging, und war andererseits gekennzeichnet durch völliges Unverständnis gegenüber den dem Aufbau der sozialistischen Wirtschaft der Sowjetunion zugrundeliegenden Prinzipien. Aus seinen Auffassungen entwickelte Backe praktische Lösungsvorschläge, die die Wiederherstellung der Situation vor dem ersten Weltkrieg zum Ziele hatten. Derartige Vorstellungen fügten sich nahtlos in die Planungen des deutschen Imperialismus ein, so daß es nicht wunder nehmen kann, daß Backe federführend an der land- und ernährungswirtschaftlichen Planung der ökonomischen Ausplünderung nach dem Überfall auf die Sowjetunion beteiligt war.³⁷⁾ Unterstützt wurde er in seiner Tätigkeit von seinem engsten Mitarbeiter Hans-Joachim Riecke, der auch die Gruppe Landwirtschaft im „Wirtschaftsstab Ost“ leitete. Beide müssen auch als die Verfasser der „Wirtschaftspolitischen Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft“ gelten, die im wesentlichen Backes Gedankengängen aus seiner abgelehnten Dissertation folgen. Dieses „Schlüsseldokument imperialistischer Barbarei faschistischer Prägung“³⁸⁾ führt mit penibler Akribie alle zu treffenden Maßnahmen nüchtern und detailliert an bis hin zu ihrer kaum faßbaren mörderischen Konsequenz. Ziel faschistischer Politik sei es, „die Struktur von 1909/13 oder sogar die von 1900/02 wiederherzustellen.“ Der Zusammenhang mit den europakonzptionellen Vorschlägen Backes, die die entsprechenden Pläne der führenden Monopolgruppen ergänzten, wird deutlich bei Formulierungen, die den „Ersatz der Überseeimporten durch die Einführungen aus dem Osten“ vorsehen. Der geplante Kolonialstatus für die geraubten landwirtschaftlichen Überschußgebiete der Sowjetunion wurde unverhüllt angesprochen: „In Zukunft muß Südrußland das Gesicht nach Europa wenden. Seine Nahrungsmittelüberschüsse jedoch werden nur bezahlt werden können, wenn es seine industriellen Verbrauchs-

37) Vgl. hierzu Dietrich Eichholtz, a.a.O., S. 239 ff.

38) Ebenda, S. 240, das Dokument selbst in: IMG, Bd. XXXVI, S. 135 ff., Dok. EC-126, Hieraus auch die folgenden Zitate.

gegenstände aus Deutschland bzw. aus Europa bezieht. Die russische Konkurrenz der Waldzone muß daher fallen." Nicht mehr zu überbietender Höhepunkt und klarste Ausprägung faschistischer Völkermordideologie sind jedoch folgende Sätze: „Versuche, die Bevölkerung dort (im Norden der Sowjetunion, J.L.) vor dem Hungertod dadurch zu retten, daß man aus der Schwarz-erdezone Überschüsse heranzieht, können nur auf Kosten der Versorgung Europas gehen. Sie unterbinden die Durchhaltungsmöglichkeit Deutschlands im Kriege, sie unterbinden die Blockadefestigkeit Deutschlands und Europas. Darüber muß absolute Klarheit herrschen." Die logische Konsequenz einer solchen Politik war bereits im Mai 1941 im Beisein von Backe und wahrscheinlich auch von Riecke in einer Besprechung der Staatssekretäre in Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion fixiert worden. In einer Aktennotiz über diese Besprechung wurde festgehalten: „1. Der Krieg ist nur weiter zu führen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Rußland ernährt wird. 2. Hierbei werden zweifellos -zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.“³⁹⁾

- 39) ZStA, Fall XI, Nr. 415, S. 268, Dok. PS-2718, Aktennotiz über Ergebnis der heutigen Besprechung mit den Staatssekretären über Barbarossa, 2.5.41; ZStA, Fall XI, Nr. 143, S. 87, Verhör Rieckes am 13.8.48, Riecke konnte nicht umhin, sicher auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß dieser sich bereits durch Selbstmord der Verantwortung entzogen hat, eine solche Auffassung Backes zu bestätigen: „Im Reichsernährungsministerium ist eine solche Auffassung sicher nicht vertreten worden, wohl aber von Backe selbst. Backe hatte eine ... einseitige Einstellung, Ausrichtung auf Rußland, die daraus zu erklären ist, daß er Rußland-Deutscher war...“ Angesichts des klaren Sachverhaltes ist der Versuch Kehrls, die barbarischen Pläne seines persönlichen Freundes Backe in ihrer Wirkung verkleinern zu wollen, bezeichnend. Obwohl auch ihm die historischen Sachverhalte bekannt sein müssen, versucht er, die Ausrottungspläne auf ein Transportproblem zu reduzieren, indem er die Behauptung aufstellt, das Hauptproblem habe für Backe darin bestanden, den ungestörten Nachschub für die faschistische Wehrmacht in West-Ost-Richtung nicht durch Quertransporte in Süd-Nord-Richtung zu beeinträchtigen. (Kehrl, Hans, a.a.O., S. 224)

Bei der praktischen Durchführung seiner Pläne ging Backe daran, für die Mitglieder des landwirtschaftlichen Apparates in den okkupierten Gebieten der Sowjetunion Verhaltensmaßregeln festzulegen, seine berüchtigten „12 Gebote“, die sowohl das Verhalten der faschistischen Beamten als auch die Behandlung der einheimischen Bevölkerung regeln sollten.⁴⁰⁾ Alle Äußerungen Backes im Hinblick auf die Sowjetunion, ihre politische, ökonomische und kulturelle Entwicklung, sind gekennzeichnet von einem blindwütigen Antikommunismus, gepaart mit einer kaum vorstellbaren Menschenverachtung. Solche Einstellungen prädestinierten ihn neben seinen tatsächlich vorhandenen Sachkenntnissen über die ihm zugedachten Aufgaben bei der Erringung der Herrschaft des faschistischen deutschen Imperialismus über Europa als Basis für die angestrebte Weltherrschaft.

40) IMG, Band XXXIX, S. 366 ff., Dok. USSR 89

1.2. Veränderungen im Leitungsapparat

Die vorangehend in ihren Grundzügen skizzierte sowohl perspektivisch gedachte als auch aktuellen Aufgaben entsprechende konzeptionelle Arbeit wurde durch das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft und dem Reichsnährstand unter Führung Backes durch eine außerordentlich intensive und detaillierte Produktionspropaganda ergänzt, deren Zielstellungen sich an konkreten Produktionsvoraussetzungen und den unter den Bedingungen des Krieges wechselnden Erfordernissen für die Politik der herrschenden Klasse orientierten. Mit Hilfe der zur Verfügung stehenden Organisation wurden diese schnell und wirksam bis hin zum Produzenten vermittelt und unter Einsatz aller Mittel auf ihre Einhaltung und Realisierung gedrungen. Zu diesem Zweck wurde das System der Dienststellen des Ministeriums und des Reichsnährstandes im Sommer 1942 ¹⁾ im Rahmen der sogenannten „Verwaltungsvereinfachung“ reorganisiert, um den gestiegenen Anforderungen in bestmöglicher Weise entsprechen zu können und gleichzeitig neue Kräfte für die Zwecke der faschistischen Wehrmacht freizumachen, die an der deutsch-sowjetischen Front immer höhere Verluste hinnehmen mußte.

Für Backe bot die Befolgung der die Verwaltungsvereinfachung betreffenden „Führererlasse“ vom 21. August 1939 und vom 25. Januar 1942 die Möglichkeit, sowohl seine Intentionen im Hinblick auf die weitere Zusammenfassung der Dienststellen vom Ernährungsministerium und Reichsnährstand und die Verlagerung der Schwerpunkte auf produktionspolitische Zielstellungen als auch im Zusammenhang mit letzterem auf die Aufgabenverteilung zwischen bisheriger Reichshauptabteilung I und faschistischer Partei durchzusetzen. Backe ging es dabei um die konsequente Durchführung „der totalen Zusammenfassung aller Wirtschaftsstufen eines ganzen Wirtschaftszweiges“ als Basis für die von ihm unterstellte „Schlagkraft unserer Ernährungswirtschaft im Kriege“ und

1) Zur Organisation der Kriegsernährungswirtschaft im Grundsatz und bis zu diesem Zeitpunkt vgl. Rolf Melzer, a.a.O., S. 51 ff.

um den „Einsatz der richtigen Männer, die auf Grund ihrer nationalsozialistischen Weltanschauung für die einzelnen vielseitigen Wirtschaftsaufgaben die grundsätzlich richtigen Entscheidungen“ zu treffen hatten. Im gleichen Zusammenhang wandte er sich gegen starre Dogmen auf dem Gebiet der Verwaltung, wollte diesen Standpunkt aber „keinesfalls als Bekenntnis zum Improvisieren“ angesehen wissen, da die Improvisation „niemals an die Stelle planmäßiger Lenkung und von Grundsätzen treten darf, wie sie nun einmal für die Durchführung großer Aufgabengebiete, die sich auf weite Zeiträume erstrecken, notwendig sind.“²⁾ Der Grundsatz klarer Kompetenzverteilung hinsichtlich der politischen und ökonomischen Aufgaben fand bei der Kommentierung der Maßnahmen gebührende Beachtung, wenn davon gesprochen wurde, daß „sich neben einer wesentlichen Entlastung der Reichsnährstandsverwaltung eine grundsätzliche Vereinfachung der internen Verwaltung“ ergäbe, „die gleichzeitig zu der Möglichkeit der strafferer politischen Ausrichtung“ führe.³⁾ Backes Bemühungen um eine möglichst effektive Organisation des ihm zur Verfügung stehenden Apparates, bei denen er auf den entsprechenden organisatorischen Vorleistungen seines Vorgängers aufbauen konnte, fanden geradezu emphatische

2) Backe, Herbert, Ins fünfte Jahr der Kriegserzeugungsschlacht, ~~Fam~~ Erntedank 1943, in: DAP, 2. Jg., Heft 1/1943, S. 5

3) Kölnische Zeitung, Nr. 323/24, 28.6.42, vgl. Herbert Backe, Gesunde Agrarpolitik - Voraussetzung einer gesunden Ernährungswirtschaft, in: Der Vierjahresplan, Heft V/1942, S. 314, „In dem Augenblick, da mich der Führer mit der Führung der Geschäfte des Reichsleiters, des Reichsbauernführers und des Reichsernährungsministers beauftragte, habe ich mich daher entschlossen, eine klare Aufgabenverteilung zwischen dem Reichsamt für Agrarpolitik, dem Reichsnährstand und dem Reichsernährungsministerium durchzuführen. Gleichzeitig ergab sich die Möglichkeit grundsätzlicher Verwaltungsvereinfachung und die Gliederung einer einfachen und klaren Organisation, in der alle verfügbaren Kräfte auf das wesentlichste konzentriert werden konnten.“

Anerkennung⁴⁾ führender Exponenten der deutschen Monopole wie z.B. Hans Kehrls, der als Chef des Planungsamtes seit Herbst 1942 innerhalb des Mechanismus der faschistischen Kriegswirtschaft eine zentrale Position innehatte. Es liegt auf der Hand, daß derartige Urteile immer von der entsprechenden Klassenposition aus gefällt wurden, was eine Berücksichtigung der permanenten Verelendung der Bauern und der Ruinierung der deutschen Landwirtschaft mit Fortschreiten des Krieges weitgehend ausschloß.

Bei der Durchsetzung seiner Vorstellungen entfaltete Backe eine außerordentliche Aktivität auch im Kontakt mit den regionalen Dienststellen, wie eine Nachricht vom November 1942 aus Mecklenburg belegt, in der davon die Rede ist, daß „eine gewisse agrarwirtschaftliche Neuordnung innerhalb der Landesbauernschaft dem Staatssekretär Backe Anlaß zu viermaligen persönlichen Besuchen und Verhandlungen mit dem Gauleiter war.“⁵⁾ Gleichzeitig wird auch durch dieses Beispiel die enge Zusammenarbeit des amtierenden Reichsministers mit den Organen der faschistischen Partei unterstrichen. Die Bemühungen in dieser Richtung, die neben der bereits angeführten klaren Kompetenzverteilung bei der sogenannten „Menschenführung“ auch in organisatorischer Fest-

-
- 4) Kehrl, Hans, Dogma, Not und Freiheit, Planen und Lenken im totalen Krieg, in: Das Reich, Nr. 43, 22.10.44, „Ein überzeugendes Beispiel, was durch eine schöpferische Konzeption durch systematisches Durchdenken aller Probleme, durch Aufbau einer zur Lösung der Probleme befähigten Organisation und ihrer systematischen Durchbildung und Ausrichtung auf die angestrebten Ziele erreicht werden kann, bietet die deutsche Ernährungswirtschaft, die eine der gewaltigsten und erfolgreichsten Leistungen auf dem Gebiet der Wirtschaft in diesem Jahrhundert darstellt.“
Bezeichnend ist, daß Kehrl in seinen 1973 erschienenen Memoiren eine in der Tendenz gleichlautende Einschätzung für richtig hält: „Der von ihm (Backe, J.L.) gesteuerte Apparat war sachlich und personell mit Abstand die beste Organisation, die im Dritten Reich auf die Beine gestellt wurde. Keiner mußte sich im Reich um Ernährungsfragen kümmern. Man wußte, was möglich war, geschah.“ Kehrl, Hans, Krisenmanager, a.a.O., S. 56
- 5) Staatsarchiv Schwerin (StAS), Sonderarchiv „VdgB“ (Akten der Raiffeisengenossenschaften), Nr. G 69, Schreiben des Landesverbandes an den Reichsverband vom 20.11.42

legungen wie der Aufteilung einzelner Landesbauernschaften zur Herstellung der territorialen Kongruenz von Landesbauernschaft und Gau der Nazipartei ihren Ausdruck fanden, waren Teil „der Neugestaltung und Vertiefung der Zusammenarbeit der staatlichen Verwaltung und der Selbstverwaltung mit der NSDAP.“⁶⁾

Zur Realisierung seiner Vorstellungen ordnete Backe für das Reichsernährungsministerium und die Organisation des Reichsnährstandes Veränderungen im Apparat und damit verbundene Neuverteilungen von Aufgaben und Kompetenzen an.⁷⁾

Bereits seit Beginn des Krieges waren sowohl im Bereich des Ministeriums als auch des Reichsnährstandes Vereinfachungen in der Verwaltung entsprechend den zutage getretenen Erfordernissen vorgenommen worden. Dabei handelte es sich vornehmlich um Vereinfachungen bestimmter Verfahrenswege, die Verlagerung von Kompetenzen auf nachgeordnete Dienststellen, die Einstellung wenig effektiver Berichtsverfahren und zum Teil auch um Auflösungen und Zusammenlegungen von Dienststellen. Diese mehr oder weniger sporadischen und zufälligen Entscheidungen wurden von Backe mit Anordnung vom 29. Mai 1942 durch systematisch angesetzte und durchgreifende Maßnahmen in erheblich erweitertem Umfange und mit bedeutsamerer Konsequenz weitergeführt oder ersetzt. Auf diese Weise konnte Backe nach dem erzwungenen Rücktritt Darrés darangehen, unter Hinweis auf unnötige Doppelarbeit die noch nebeneinander bestehenden staatlichen Dienststellen und Einrichtungen des Reichsnährstandes zu liquidieren und eine weitgehende Homogenität des ihm

6) DAP, 1. Jg., Heft 4/1943, S. 130, Agrarpolitische Rundschau

7) Die Maßnahmen wurden einmal bei Übernahme der Geschäfte durch Backe im Frühsommer 1942 und dann noch einmal verstärkt im Spätsommer 1944 im Rahmen des „totalen Kriegseinsatzes“ durchgeführt. Die folgenden Aussagen beziehen sich auf die beiden nachstehend angeführten Quellen ZStA, REM, Nr. 944, Bl. 76 ff., Abschrift zu IC 2 - 282 (ohne Datum aus 1943) betr. Verwaltungsvereinfachung; Nr. 945, Bl. 45 ff., Reichsbauernführer an Goebbels am 16.8.44, betr. Vorschläge zur Durchführung des totalen Kriegseinsatzes im Reichsnährstand.

nachgeordneten Apparates anzustreben und die von ihm immer geforderte absolute Eingliederung des Reichsnährstandes in den faschistischen Staatsapparat successive weiterzutreiben. Wichtigste Veränderung war ohne Zweifel die Auflösung der alten Reichshauptabteilung I „Der Mensch“ und die Übertragung ihrer Aufgaben, sofern sie nicht an das „Reichsamt für Agrarpolitik der NSDAP“ übergangen, an die Reichshauptabteilung II und die in dieser eingerichteten Dienststelle eines Reichsgefolgschaftswartes. Diese war von nun an zuständig für die „berufliche, soziale, wirtschaftliche und rechtliche Betreuung und Förderung des Landvolkes einschließlich der Gefolgschaft, die Fragen des Arbeitseinsatzes und die Durchführung der neuen Bodenordnung.“⁸⁾ Die nunmehr eingerichtete Reichshauptabteilung I wurde anstelle der bisherigen ehrenamtlichen Reichsnährstandsfunktionäre mit Beamten besetzt und hatte reine Verwaltungsaufgaben. Wie die Berliner Zentrale wurden auch die untergeordneten Landes- und Kreisbauernschaften reorganisiert. Eine Reihe anderer Abteilungen, Referate und Dienststellen wurde völlig aufgelöst, wobei es vor allem solche traf, die sich bislang vornehmlich mit der Propagierung und Umsetzung der Politik Darrés befaßt hatten. Der mit dem Hinweis auf die notwendige Erhöhung der Effektivität der Verwaltung betriebene Prozeß der Stärkung oder doch zumindest Bestandssicherung bei den mit der landwirtschaftlichen Erzeugung und mit Marktfragen befaßten Abteilungen ließ solche Nebenwirkungen ohne weiteres zu.

Auf dem Gebiet der Hauptvereinigungen und Reichsstellen, deren Aufgabe vor allem in der Organisierung des ernährungswirtschaftlichen Marktes bestand, vereinfachte man die Geschäftsgänge, organisierte den Markt durch neue Zusammenschlüsse weiter und legte verschiedene Hauptvereinigungen und Reichsstellen zusammen.

In einem Bericht an Goebbels in dessen Eigenschaft als „Reichsbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz“ vom 16. August 1944 wurde über die im Verlaufe des Jahres 1942

8) Backe, Herbert, Gesunde Agrarpolitik - Voraussetzung einer gesunden Ernährungswirtschaft, in: Der Vierjahresplan, Heft V/1942, S. 314 f.

getroffenen Maßnahmen berichtet, daß damals „die bestehenden sechs Hauptabteilungen zu drei Hauptabteilungen zusammengelegt und eine große Anzahl von Sonderdienststellen aufgelöst (wurden), darunter das Stabsamt des Reichsbauernführers⁹⁾ mit sieben Hauptabteilungen, die Dienststelle für Ernährungssicherung beim Reichsbauernführer und den Landesbauernschaften, die Reichs-, Landes- und Kreisbauernräte und die Dienststellen von 17 Sonderbeauftragten einschließlich derer des Generalinspektors für die Erzeugungsschlacht.“

Während die Maßnahmen des Jahres 1942 vor allem der Straffung der Organisation und der Konzentration auf Fragen der Produktion und ihrer Verteilung dienen sollten, verfolgte die Stilllegungs- und Vereinfachungsaktion vom August 1944 andere Ziele. Die erheblichen Menschen- und Materialverluste, die der faschistischen Kriegsmaschine, vor allem an der deutsch-sowjetischen Front durch den heldenhaften Kampf des Sowjetvolkes zugefügt wurden, erforderten zunehmend Ersatzgestellung, die nur durch Herausnahme von Kräften aus der Produktion und Verwaltung denkbar war. Bei dieser Sachlage wurden rigorose Einsparungsmaßnahmen angeordnet, von denen auch das Reichsernährungsministerium und der Reichsnährstand in erheblichem Umfange betroffen waren.

Am 1. September 1939 verfügten die Reichsdienststellen des Reichsnährstandes über einen Personalbestand von 699 männlichen Dienstangehörigen. Bis 1. August 1944 waren an die Wehrmacht 444 Mann abgegeben worden, was knapp 3/4 der Kriegsverwendungsfähigen oder bedingt kv-tauglichen männlichen Dienstangehörigen der Jahrgänge 1884 und jünger entsprach. Bei den Hauptvereinigungen und Reichsstellen waren von den am 1. September 1939 beschäftigten 7.373 Arbeitskräften am 1. August 1944 noch 3.703 Arbeitskräfte,

9) Bereits am 1. Juni 1942 hatte Backe unter dem Vorwand kriegsnotwendiger „Verwaltungsvereinfachung“ die Auflösung des „Persönlichen Stabes des Reichsbauernführers (Kanzlei des Reichsbauernführers)“ verfügt.

ZStA, Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft (REM), Nr. 1898, Bl. 38, Dienstschriften des Reichsnährstandes Nr. 23/1942, S. 459

also etwa die Hälfte, tätig.¹⁰⁾ In diesem Falle sind die große Bedeutung dieser Einrichtungen für die Kriegsernährungswirtschaft und die ihnen im Laufe des Krieges zusätzlich übertragenen Aufgaben zu berücksichtigen, die trotzdem eine größere Schonung nicht begründen konnten. Alleiniger Maßstab waren „Arbeiten von entscheidender Bedeutung für die Weiterführung des Krieges“, wie in entsprechenden Anweisungen an die Landesbauernschaften und Kreisbauernschaften eindeutig festgestellt wurde.¹¹⁾

Bei ihren Bemühungen, den Anforderungen bei den Auskämmungsaktionen zu entsprechen, hatte die faschistische Agrarführung sich jedoch immer bemüht, den Personalbestand der Kreisbauernschaften, wenn irgend möglich, unangetastet zu lassen. Deshalb wies der Reichsobmann des Reichsnährstandes Gustav Behrens in dem erwähnten Bericht an Goebbels abschließend noch einmal auf die Notwendigkeit der weiteren Beachtung dieses Grundsatzes hin: „Auch in Zukunft wird so verfahren werden müssen, denn die Kreisbauernschaften gewinnen nicht nur bei der Erzeugung, sondern vor allem auch bei der Erfassung der Lebensmittel immer größere Bedeutung. Jede Schwächung der Kreisbauernschaften würde zu unübersehbaren Schäden in der Ernährungswirtschaft führen, die die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in Frage stellen.“¹²⁾ Ein solcher Standpunkt wurde eingenommen in klarer Erkenntnis der Lage, daß Eingriffe in den Personalbestand der unteren Ebene des organisatorischen Gebäudes der faschisti-

-
- 10) Abweichende Zahlen finden sich in einem Schreiben des Reichsernährungsministeriums an Goebbels vom 17.8.44. Hier wird für den Bereich der Reichsdienststellen des Reichsnährstandes, der Hauptvereinigungen und Reichsstellen am 1.8.44 gegenüber dem 1.9.39 eine Einsparung von 46 % der Kräfte konstatiert (4.603 gegenüber 8.644). Die im Rahmen des „totalen Kriegseinsatzes“ vorgesehenen weiteren Abgaben sollten noch einmal 455 Kräfte betragen, wonach dann 4.148 Mitarbeiter verblieben, was einer Gesamteinsparung von 53 % der Kräfte des Standes vom 1.9.1939 entsprach. ZStA, REM, Nr. 945, Bl. 44, Reichsernährungsministerium an Goebbels am 17.8.44
 - 11) Staatsarchiv Magdeburg (StAM), Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt, Nr. 3, Bl. 95, Reichsbauernführer an Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt vom 23.8.44
 - 12) ZStA, REM, Nr. 945, Bl. 48, Rückseite, Reichsbauernführer an Goebbels am 16.8.44

schen Land- und Ernährungswirtschaft bei der seit Jahren äußerst angespannten Kräftelage ein mühsam erhaltenes Gerüst endgültig zum Einsturz bringen mußten. Die Basis der Produktion durfte in keiner Weise mehr gefährdet werden, sollten nicht erhebliche Weiterungen auf diesem Gebiet durch Absinken der Leistung die Folge sein. Wenn schon unter dem Zwang der desolaten Gesamtlage des faschistischen Regimes Personalabgaben unumgänglich waren, schienen diese am ehesten aus den Dienststellen der Landesbauernschaften und der Berliner Zentrale möglich, da der relativ gut eingespielte Mechanismus des Agrarapparates hier Personalreduzierungen erlaubte, die sich nicht sofort und unmittelbar auf das Nahrungsmittelaufkommen auswirken mußten.

Die Veränderungen im land- und ernährungswirtschaftlichen Leitungs- und Regulierungsapparat entsprachen einer bereits kurz nach Kriegsbeginn von führenden Monopolvertretern erhobenen Forderung: „Notwendig ist vor allem eine einheitliche Führung der Wirtschaft und eine denkbar einfache Organisation.“¹³⁾

Die Notwendigkeit dieser Veränderungen wurde aus der Sicht der herrschenden Klasse unterstrichen durch die Niederlage der faschistischen Wehrmacht in der Schlacht vor Moskau im Dezember 1941, die das Scheitern der bis dahin verfolgten Blitzkriegsstrategie bedeutete. Dieses Fiasko zwang die faschistische Führung zu Überlegungen hinsichtlich der Umlagerung auf einen längerfristigen Krieg.¹⁴⁾ Die vor allem im Rüstungsbereich schon länger eingeleiteten Maßnahmen der Monopole „für eine beispiellose Zentralisation der wirtschaftsregulierenden Gewalt und für einen tief-

13) Anatomie des Krieges, Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, hrsg. und eingeleitet von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin 1969, S. 238, Dokument III, Aus der Aktennotiz des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes des OKW über die Besprechung am 18. Dezember 1939 mit führenden Vertretern des deutschen Monopolkapitals über die Schaffung einer einheitlichen staatsmonopolistischen Leitung in der Kriegswirtschaft.

14) Milward, Alan S., Die deutsche Kriegswirtschaft 1939-1945, Stuttgart 1966, S. 63, hier entsprechende Befehle Hitlers erwähnt.

greifenden Strukturwandel des staatsmonopolistischen Mechanismus der deutschen Kriegswirtschaft¹⁵⁾ mündeten ein in die Bestrebungen zur Umstellung der Wirtschaft auf einen „Totalen Krieg“. Anfang 1942 äußerte sich die „neue Stufe der staatsmonopolistischen Entwicklung des faschistischen deutschen Imperialismus“¹⁶⁾ in wesentlichen Veränderungen im kriegswirtschaftlichen Leitungssystem.

Die unter Backe durchgeführten Maßnahmen zur Reduzierung des Apparates führten zu der endgültigen Unterordnung des Reichsnährstandes unter das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, zu einer faktischen Verschmelzung bei gleichzeitiger Straffung. Die Regelungen ordneten sich damit ein in die Versuche, „durch den weiteren Austausch des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems.... die immer krasser zutage tretenden Widersprüche zwischen dem Potential der faschistischen Kriegswirtschaft und den Kriegszielen des deutschen Imperialismus zu überbrücken.“¹⁷⁾

15) Eichholtz, Dietrich, a.a.O., S. 132

16) Bleyer, Wolfgang, Staat und Monopole im totalen Krieg, Der staatsmonopolistische Machtapparat und die „totale Mobilisierung“ im ersten Halbjahr 1943, Berlin 1970, S. 43

17) Klassenkampf, Tradition, Sozialismus, a.a. O., S. 471

1.3. Zwangsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung und Erfassung der Produktion

Zur Erfüllung der der faschistischen Agrarführung durch die herrschende Klasse gestellten Aufgaben wurden innerhalb Deutschlands eine Fülle von Maßnahmen eingeleitet und Aktivitäten ausgelöst, die die Aufrechterhaltung und, wenn möglich, Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion auch im Kriege zum Ziele hatten. Die Palette dieser Maßnahmen war breit und reichte vom forcierten Ausbau bestimmter landwirtschaftswissenschaftlicher Disziplinen, von der Straffung und Umstrukturierung der Reichsnährstands-Organisation und der zuständigen staatlichen Dienststellen über eine umfangreiche und gezielte Propaganda auf ideologischem Gebiet, aber auch bei der Durchsetzung produktionspolitischer Forderungen, bis hin zu Repressiv- und Terrormaßnahmen gegenüber der deutschen Landbevölkerung, wobei zu deren Durchführung die speziellen Möglichkeiten der faschistischen Herrschaftsform des Imperialismus genutzt wurden.¹⁾

Bei entsprechenden, vor allem auch propagandistisch zu nutzenden Anlässen, wurde von seiten der Exponenten der faschistischen Agrarpolitik kaum eine Gelegenheit versäumt, die vorgeblich bejahende und unkritische Einstellung der deutschen Landbevölkerung zu den Forderungen der Führung hervorzuheben und die Notwendigkeit von deren Erhaltung energisch zu unterstreichen.²⁾ Daß das Hitlerregime durch

- 1) In den folgenden Darlegungen bleiben die vielfältigen unmittelbaren Eingriffe in die Betriebsführung, wie z.B. die Auflagen hinsichtlich des Anbaus bestimmter Früchte in bestimmtem Umfang oder in bezug auf die Viehhaltung als Folge eines Teils der zu behandelnden Maßnahmen, ausgeklammert.
- 2) ZStA, Fall XI, Nr. 391, ADB 1o5, Dok. PS-914, Rede Backes am 6.2.1943 vor Reichs- und Gauleitern der NSDAP in Posen, S. 17, „Wir haben erreicht, daß ohne staatliche Zwangsmaßnahmen, nur durch unseren Appell an die Haltung, die Ablieferung in den meisten Fällen größer geworden ist, als man selbst bei größtem Pflichtbewußtsein und Verantwortungsgefühl erwarten konnte.“; S. 54, „Diese Haltung wachzuhalten und zu stärken, ist daher die entscheidende Aufgabe der totalen Kriegsführung auf dem Ernährungsgebiet.“

seine jahrelange Propaganda bei der ländlichen Bevölkerung eine insgesamt zustimmende Haltung zum herrschenden faschistischen System, die objektiv gegen ihre eigenen Lebensinteressen gerichtet war, hervorzurufen imstande gewesen war, muß konstatiert werden, wenngleich auch bei der Landbevölkerung in Abhängigkeit vom Kriegsverlauf gewisse Veränderungen in der Einstellung eintraten.

Die große Bedeutung, die der intensiven propagandistischen Beeinflussung zugemessen wurde, kam u.a. in der umfangreichen Nutzung des Rundfunks und in der Erhaltung einer Vielzahl von Publikationsorganen des Reichsnährstandes sowohl auf Reichs- als auch auf regionaler Ebene bis zum Kriegsende zum Ausdruck, bis zu einem Zeitpunkt also, wo aus einer drückenden militärischen und ökonomischen Zwangslage heraus in der übrigen Presse bereits in erheblichem Umfange Einstellungen und Stillegungen von Zeitungen und Zeitschriften erfolgt waren.

Neben massiver und umfangreicher Propaganda waren aber bereits in der Zeit der Vorbereitung auf den Krieg umfassende und erfolgreiche Versuche unternommen worden, möglichst exakte und detaillierte Kenntnisse über den Wirtschaftsablauf und die Wirtschaftsverhältnisse des einzelnen Betriebes zu erlangen. Ziel der Erfassung aller verfügbaren betriebswirtschaftlichen Daten war eine optimale Leistungssteigerung und Leistungslenkung der landwirtschaftlichen Betriebe. Die für die einzelnen Betriebe, Kreis- und Landesbauernschaften existierenden statistischen Unterlagen wurden für die Zeit des Krieges durch die sogenannten Kriegsernährungsbilanzen, dem wichtigsten statistischen Planungsmaterial auf Reichsebene, ergänzt. Die Kriegsernährungsbilanzen wiesen, untergliedert in eine Einnahmen- und Ausgabenseite, einerseits die eigene Ernte, vorhandene Vorräte, die Übergangsbestände aus dem vorhergehenden Wirtschaftsjahr, die Einfuhren, d.h. in der Mehrzahl der Fälle das Raubgut aus überfallenen Ländern, und andererseits den gesamten Verbrauch der Zivilbevölkerung, den gesamten Wehrmachtsverbrauch, die für industrielle Verarbeitung benötigten Mengen landwirtschaftlicher Produkte, Ausfuhren, Saatgut sowie Schwund und andere Verluste aus. Unter den Be-

dingungen des Krieges erfüllte dieser Lenkungsmechanismus seine Aufgabe im Sinne der herrschenden Klasse so gut, daß die auf landwirtschaftlichem Gebiet eingeleiteten Maßnahmen staatsmonopolistischer Regulierung und Wirtschaftslenkung nur geringfügig weiterentwickelt und sich verändernden Situationen angepaßt werden mußte.

Die faschistischen Machthaber konnten eine relativ gro-
ße Effektivität erreichen, deren Grenzen durch die zur Ver-
fügung stehenden Kräfte und den Grad der Bereitschaft zur
Mitarbeit bei den Bauern gesetzt wurden.

Solche, gewissermaßen die Grundlage der dirigistischen
faschistischen Wirtschaftspolitik auf dem Gebiet der Land-
und Ernährungswirtschaft bildenden Verfahren wurden durch
vielfältige andere Maßnahmen ergänzt. Hier bildeten neben
einer umfassenden Statistik die landwirtschaftliche Wirt-
schaftsberatung, die Einrichtung von Hofpatenschaften, die
Propagierung von verschiedenen Formen der Gemeinschafts-
arbeit, umfangreiche Kontrollmaßnahmen, die Einsetzung von
Kommissionen zur Flur- und Hofbegehung und die Anwendung
eines breitgefächerten Strafenkatalogs wichtige Formen,
die ab 1942 entweder ausgebaut, intensiviert oder auch neu
zur Anwendung kamen.

Die sogenannte Hofpatenschaft stellte eine besondere
Form der Wirtschaftsberatung dar, die sich unmittelbar aus
der Einziehung einer großen Zahl von Betriebsleitern land-
wirtschaftlicher Betriebe ergab. In einer Vielzahl von Fäl-
len sahen sich die zurückgebliebenen Frauen oder andere
Kräfte aus mangelnder Sachkenntnis heraus außerstande, die
Wirtschaft in der geforderten Weise fortzuführen. Mit zu-
nehmender Kriegsdauer und damit wachsenden Verlusten an den
Fronten wurde dieses Problem ständig brennender. Zu Beginn
des Jahres 1943 sah sich die faschistische Agrarführung
darum vor die Notwendigkeit gestellt, diesem Fragenkomplex
erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Der kam sie in der Wei-
se nach, daß sowohl in der Propaganda als auch in entspre-
chenden Beratungen die Frage der Hofpatenschaft in den

Mittelpunkt gerückt wurde.³⁾ Einzelheiten wurden in einer Anordnung des Reichsbauernführers über die Errichtung von Hofpatenschaften einheitlich geregelt.⁴⁾ Die Hofpatenschaft stellte eine freiwillige Vereinbarung zwischen dem Betriebsleiter oder seinem Stellvertreter, in der Regel seiner Frau, und einem Hofpaten dar, der aus der Verwandtschaft oder Nachbarschaft gewonnen wurde und seine Tätigkeit unentgeltlich, aber verantwortlich leistete.⁵⁾ Andererseits war der Hofpate keine juristische Person, sondern Ratgeber und Beistand. Den Befürchtungen der Einberufenen, auf solche Weise könnte ihnen ihr Betrieb aus der Hand genommen werden, wurde in den offiziellen Verlautbarungen widersprochen, jedoch deutlich auf die Notwendigkeit dieser Maßnahme verwiesen.⁶⁾ Wegen der eindeutigen Priorität der Erhaltung der Wirtschaftskraft nahm in vielen Fällen die Übertragung einer Hofpatenschaft den Charakter einer Zwangsmaßnahme an, für die vielfältige gesetzliche Bestimmungen jederzeit eine Handhabe finden ließen.

Für die faschistischen Agrarpolitiker stellte die Hofpatenschaft die höchste Form all der Aktivitäten dar, die in der Propaganda unter der Sammelbezeichnung „Gemeinschaftshilfe“ zusammengefaßt wurden. Die „Gemeinschaftshilfe“ nahm im Verlaufe des Krieges einen zunehmend umfassenderen Charakter an. Handelte es sich anfangs vornehmlich um nachbarliche Hilfeleistungen, und diese auch noch auf gelegentliche Aushilfen vor allem in Erntezeiten beschränkt, so wurden daraus nach und nach zum Teil Formen der kollektiven Maschinennutzung und begrenzten Arbeitsteilung in den Gemeinden.

3) NS-Landpost, Nr. 9, 26.2.43, Was ist sieg wichtig?, „Auf der gemeinsamen Tagung der Landesbauernführer und Gauamtsleiter (mit Backe, J.L.) ist deshalb besonders von der Sicherung der Betriebsführung... gesprochen worden.“

4) Zeitschriftendienst des Reichsnährstandes (ZD), Nr. 16, 1.3.43, Der Hofpate

5) ZD, Nr. 7, 29.1.43, Sicherstellung der Führung verwaiseter Betriebe

6) ZD, Nr. 16, 1.3.43, Der Hofpate, „Die Hofpatenschaft verfolgt vielmehr den Zweck, dem Einberufenen seinen Besitzstand und der Kriegswirtschaft die Erzeugungskraft des Betriebes im Lebenskampf des deutschen Volkes zu erhalten.“

In der Argumentation wurde zur Verbrämung der elementaren kriegswirtschaftlichen Interessen an die verlogene Parole einer „Volksgemeinschaft“ angeknüpft, die die klassenbedingten Interessenunterschiede der großen Mehrheit der Bauern und der herrschenden Klasse kaschieren sollte. Bei der Organisierung und Durchsetzung der „Gemeinschaftshilfe“ wurden sowohl staatliche Zwangsmaßnahmen als auch gezielte Propaganda kombiniert eingesetzt.⁷⁾ In die Durchführung der geplanten Maßnahmen wurden alle verfügbaren landwirtschaftlichen Organisationen einbezogen.⁸⁾

Die Bereitschaft zu umfassender „Gemeinschaftshilfe“ war nicht überall gleichmäßig entwickelt, wie eine Veröffentlichung der faschistischen Partei aus den annektierten österreichischen Gebieten beweist. Unter dem Titel „Nachbarschaftshilfe ist zwingendes Gebot. Ein Mahnruf an wehrdienstbefreite Bauern und Landarbeiter“ hieß es: „Der ukgestellte Bauer und Landarbeiter muß wissen, daß sich seine Pflicht zum Einsatz seiner ganzen Person nicht am eigenen

-
- 7) StAW, Thüringisches Wirtschaftsministerium, Nr. 189, Bl. 10, Landrat Arnstadt am 12.3.42 an das Ministerium des Innern, „Die Gemeinschaftshilfe auf dem Lande soll in der Weise organisiert werden, daß die Ortsbauernführer das Recht erhalten, kleinere Landwirte, die nach ihrer bewirtschafteten Fläche nicht voll ausgelastet sind, anderweitig einzusetzen.“; StAM, Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt, Nr. 180, Abschrift eines Briefes des Reichsbauernführers an die Landesbauernführer vom 9.11.44, „Die 6. Kriegserzeugungsschlacht wird daher durch folgende vier Stoßaufgaben, auf die wir zunächst alle Kräfte konzentrieren, gekennzeichnet: „... 4. Gemeinschaftsarbeit bei allen Arbeiten und Aufgaben, die über die Kraft des einzelnen hinausgehen.“; Nr. 184, Dienstliche Mitteilungen der Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt, 5/43, 4.1.43, „Die Reichsnährstandspropaganda hat in den nächsten Monaten die Aufgabe, sich ganz für die Gemeinschafts- und Nachbarschaftshilfe einzusetzen. Für diese Werbung muß die Tagespresse, soweit sie vom Landvolk gelesen wird, und die kleine Provinzpresse gewonnen werden. ... Es ist ferner Klarheit zu schaffen, auf welchen Gebieten und weshalb die Nachbarschaftshilfe in manchen Orten nicht geklappt hat. Meldung bis 16.11.43“
- 8) StAD, Reichsnährstand, Nr. 14, Landesbauernschaft an Kreisbauernschaften am 25.1.44, Betr. Errichtung betriebswirtschaftlicher Arbeitsgemeinschaften durch die Landwirtschaftlichen Vereine

Hof erschöpft, sondern die gesamte Dorfgemeinschaft umfaßt.⁹⁾ Hinter einer solchen Formulierung stand die zwar unausgesprochene, doch jedermann bewußte Möglichkeit der faschistischen Dorfführung, all diejenigen, die sich solche Gedankengänge nicht zu eigen machten, einziehen zu lassen, um die verbliebenen Männer umso willfähriger für die Kriegswirtschaft einspannen zu können.

Alle Überlegungen der faschistischen Agrarführung im Hinblick auf die „Gemeinschaftshilfe“ gingen von der klaren Einschätzung aus, daß „zu den wichtigsten Intensitätsfaktoren in der Landwirtschaft ... neben dem Betriebsführer der arbeitende Mensch“ gehört¹⁰⁾ und daß diesem Faktor bei den in diesem Bereich ständig abnehmenden qualitativen Ressourcen enorme Bedeutung zukam.

Ein nicht kalkuliertes und deshalb besonders schwierig zu bewältigendes psychologisches Problem ergab sich für die faschistische Agrarpropaganda im Zusammenhang mit der Gemeinschaftshilfe. Bereits bestehende genossenschaftliche Einrichtungen sowie die durch Einberufungen und zunehmenden Mangel an Produktionsmitteln notwendige Gemeinschaftsarbeit, Nachbarschaftshilfe, der Landmaschinenaustausch, die Ackerhilfe und die gemeinschaftliche Benutzung von größeren betriebswirtschaftlichen Anlagen führten offensichtlich in nicht unbeträchtlichen Teilen der Landbevölkerung zu Vergleichen, die den faschistischen Machthabern sehr ungelegen kamen, so daß Backe seinen persönlichen Referenten Backhaus zu folgender grundsätzlichen Stellungnahme¹¹⁾ veranlaßte: „Wenn diese Entwicklung (der Formen der Gemeinschaftshilfe, J.L.) im Verlaufe des Krieges von den zuständigen Führungsstellen mit allen Mitteln gefördert wurde, so bedeutet das natürlich keineswegs - wie einige Vir-

9) NS-Gaudienst, Tirol-Vorarlberg, Folge 104, 6.5.42

10) NS-Landpost, Nr. 46, 10.11.44, Erweiterte Aufgaben - Gemeinschaftsarbeit im 6. Kriegsjahr

11) StAS, Sonderarchiv „VdGB“ (Akten der Raiffeisengenossenschaften), Nr. G 80, Abschrift aus Zeitungsdienst des Reichsnährstandes (ZdR), Nr. 277, 1.12.43, Backhaus, Karl-Heinz, Deutsche Agrarpolitik der Leistungsbereitschaft

lichternde Gemüter zu glauben scheinen - den Anfang eines Weges zur Kollektivierung." Die von Backhaus angeführte Argumentation enthält keinerlei sachliche Gründe, sondern bediente sich ausschließlich Unterstellungen und ideologischer Phrasen, wie von der Gemeinschaftsarbeit als „Ausdruck eines dem Volksganzen verpflichteten Einsatzes" und der persönlichen, willensmäßigen Bereitschaft, „die nicht geknebelt, sondern nur noch angespornt" würde. Die absolute Haltlosigkeit der Beweisführung auf der Basis einer unwissenschaftlichen Theorie und verschwommenen Ideologie bringt folgender Satz besonders deutlich zum Ausdruck: „Die Gemeinschaftsarbeit und die Gemeinschaftsform, wie sie der Nationalsozialismus entwickelt hat und wie sie uns heute vor allem in der Landwirtschaft entgegentreten, sind der Ausdruck einer organischen Lebensauffassung und eines volksbewußten Arbeitswillens und der schärfste Gegensatz zu ausbeuterischen plutokratischen Wirtschaftsformen und zum seelenlosen Kollektivismus der Bolschewisten." Er enthält die gebräuchlichen Vokabeln der faschistischen Propagandamaschinerie und verkennt zudem in seiner Aussage einerseits die Tatsache der objektiven Erfordernisse, die zu der genannten Entwicklung führten, und andererseits den diametralen Gegensatz zwischen sozialistischen Kollektivwirtschaften und der Gemeinschaftsarbeit faschistischer Prägung, nämlich die Zielstellung der Arbeit, die in dem einen Fall den tatsächlichen Interessen des Volkes und in dem anderen objektiv zur Unterstützung der weiteren Führung eines verbrecherischen Krieges dienen.

Konnten die verschiedenen Formen der Gemeinschaftshilfe unter Berücksichtigung der zu machenden Einschränkungen noch als relativ freiwillige Handlungen der betreffenden Bauern oder ihrer Angehörigen bezeichnet werden, so sah das Instrumentarium der faschistischen Agrarpolitik auch Maßnahmen vor, die rigorose Eingriffe in elementare Rechte der Landbevölkerung zur Sicherstellung der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse für die Zwecke des imperialistischen Krieges darstellten.

Wesentlicher Ausgangspunkt aller Kontroll- und Repressivmaßnahmen der faschistischen Führung war das Bemühen um

eine möglichst intensive Nutzung der vorhandenen, beschränkten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die grundsätzliche gesetzliche Orientierung hierfür war bereits mit der Verordnung zur Sicherung der Landbewirtschaftung vom 23. März 1937 und ihren Durchführungsbestimmungen gegeben worden.¹²⁾ Die Entwicklung der Kriegslage und daraus sich ableitende ständig steigende Anforderung an die Kriegsernährungswirtschaft des faschistischen Deutschlands führten zu wiederholten Modifikationen und zur Neufassung der Verordnung am 20. Januar 1943¹³⁾, die, unter Vereinfachung des Verfahrens, vor allem die Absicht verfolgte, den Hofbesitzer bei etwaiger Nichtbefolgung der ihm erteilten Produktionsauflagen zu deren Erfüllung unter Anwendung folgender Skala des Druckes zu zwingen:

1. Aufforderung an den Nutzer landwirtschaftlicher Grundstücke zur besseren Wirtschaftsführung;
2. Wirtschaftsüberwachung durch einen Vertrauensmann des Reichsnährstandes;
3. Bewirtschaftung durch einen Treuhänder;
4. Zwangsverpachtung des Betriebes;
5. Veräußerung des Betriebes auf dem Wege der Zwangsversteigerung.¹⁴⁾

Zur kontinuierlichen Überwachung wurden die Möglichkeit der Zwangsversteigerung und die Abschaffung der bisherigen

12) RGBl., Teil I, 23.3.1937, S. 422; Durchführungsverordnung RGBl., Teil I, 22.4.1937, S. 585

13) RGBl., Teil I, 20.1.43, S. 35, Durchführungs- und Ergänzungsverordnung; ebenda, S. 29

14) Ebenda;

Vgl. auch ZdR, Nr. 36, 15.2.43, StAM, Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt, Nr. 180, Landesbauernführer an Kreisbauernschaften am 20.11.44, Abschrift eines Briefes des Reichsbauernführers an die Landesbauernführer vom 9.11.44, „Solche Betriebe, die den Anregungen nicht Folge leisten, insbesondere böswillig passiven Widerstand leisten, sind dem Kreisbauernführer zur Veranlassung geeigneter Maßnahmen zu melden. Im äußersten Falle kann der Kreisbauernführer in seiner Eigenschaft als Leiter des Ernährungsamtes von den im § 8 der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse vom 27.8.39 vorgesehenen Möglichkeiten des Eingriffs in die Wirtschaftsführung Gebrauch machen.“

Befristung von Zwangsmaßnahmen auf vier Jahre festgelegt. Außerdem wurde der Beschwerdeweg kompliziert. Bereits in der ersten Phase des Krieges waren auf regionaler Ebene Gründungen von Landwirtschaftlichen Treuhandgesellschaften vorgenommen worden, deren Aufgabe darin bestand, entsprechende landwirtschaftliche Betriebe oder Eigentümer „durch Fachleute überwachen, beraten und betreuen zu lassen, um den geordneten Wirtschaftsablauf ihrer Betriebe sicherzustellen.“¹⁵⁾ Die regionalen Unterlagen für das Gebiet der Landesbauernschaft Thüringen, und es gibt keine Anhaltspunkte für eine generell andere Situation in den übrigen Teilen des faschistischen Deutschlands, weisen eine Vielzahl von Treuhandverfahren aus. Solche Eingriffe in die Betriebsführung unter Anwendung auch schärfster Zwangsmaßnahmen nahmen ab 1941/42 erheblich zu.¹⁶⁾ Eine verhängnisvolle Rolle spielten bei der Einleitung und Durch-

-
- 15) StAW, Landesbauernschaft Thüringen, Nr. 220, § 2 der Satzung des am 16.3.40 gegründeten „Landwirtschaftlichen Treuhandverbandes für die Landesbauernschaft Thüringen, GmbH.“
- 16) Ebenda, Nr. 84b, z.B. in den Treuhandverfahren gegen: Bäuerin Elisa Lippe, Wieselbach, 21.9.42, „Sie müssen strengstens auf die Erfüllung Ihrer Pflichten in jetziger Zeit hingewiesen werden und Sie dürfen nicht darüber im Unklaren gelassen werden, daß Ihnen die Treuhand-Unterstellung bevorsteht, wenn nicht sofort Besserung erfolgt.“; Bauer Ottomar Burggraf, Niederzimmer, o.D. 1942, „Der Bauer Burggraf ist der Hemmschuh für die Leistungsfähigkeit des Betriebes. Vielleicht kann er zur Wehrmacht als Arbeitssoldat oder zur Organisation Todt eingezogen werden oder er wird in einen Rüstungsbetrieb zwangsverpflichtet.“ Handschriftlicher Vermerk: „Abmeyerung wegen Unfähigkeit einen Betrieb zu führen.“; Otto Braun, Großrustedt, o.D., „Im 5. Kriegsjahr kann ein Betrieb in dieser Größe, der nichts für das deutsche Volk leistet, aufgelöst werden. ... In seiner Wohnung kann das alte Ehepaar bleiben und die restlichen 1.75 ha bewirtschaften nebst Garten. Sohn und Frau müßten dienstverpflichtet werden in einen Rüstungsbetrieb.“; Karl Müller, Hochstedt, o.D., „Ein Treuhänder aus dem Ort würde keinen Einfluß haben. Nur schärfster Zwang durch tatkräftiges Eingreifen der Treuhandgesellschaft, die die volle Verantwortung für den Betrieb und seine Leistungssteigerung übernehmen muß, kann da helfen.“; Ida Hebestreit, Ustedt, Mai 1944, „Baldigst Auflösung des Betriebes. Einzelverpachtung der Acker im Dorf. Unterbringung des Sohnes in dienstverpflichtete Arbeit.“

führung dieser Verfahren die Ortsbauernführer des Reichsnährstandes, aber auch oft die Nachbarn, die durch die faschistische Propaganda infiziert oder durch Hoffnungen auf persönliche Vorteile korrumpiert andere Einwohner wegen angeblicher oder tatsächlicher Verfehlungen gegen bestehende faschistische Gesetze oder Verordnungen denunzierten. Auf der anderen Seite finden sich jedoch auch Beispiele dafür, daß die Bewohner eines Dorfes sich nicht zur Vollstreckung eingeleiteter Treuhandmaßnahmen benutzen ließen. Bei der Bewertung der Haltung mancher Ortsbauernführer bleibt zu berücksichtigen, daß sich diese ebenfalls erheblichem Druck ihrer übergeordneten Kreisbauernschaften im Hinblick auf die Produktion ihres Verantwortungsbereiches ausgesetzt sahen.

Bezeichnend für das faschistische Regime war die unterschiedliche Konsequenz bei der Durchführung der geschilderten Zwangsmaßnahmen, die sehr viel zurückhaltendere und schonendere Behandlung von Gutsbesitzern oder Gutspächtern und oft erhebliche juristische Prozeduren bei eventuell gegen diesen Personenkreis eingeleiteten Verfahren erkennen ließ.¹⁷⁾ Hier offenbarte sich der Klassencharakter der faschistischen Herrschaft auf dem Lande auch in einem Teilproblem klar und deutlich.

Die Überwachungs- und Repressivmaßnahmen wurden bis in die letzten Monate des Krieges hinein unverändert beibehalten. Noch im Februar 1945 verwies das Mecklenburgische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten auf die dringende Notwendigkeit, „daß bei der Überwachung der Domänen ein schärfster Maßstab angelegt und die Pächter veranlaßt werden, sowohl ihre Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit und in der Erzeugungsschlacht als auch ihren pachtvertraglichen Verpflichtungen genauestens nachzukommen, soweit dies bei den kriegswirtschaftlichen Bestimmungen möglich ist.“¹⁸⁾ Selbst zu diesem Zeitpunkt wurde auf die Ein-

17) Ebenda, Nr. 625, Nr. 677

18) StAS, Mecklenburgisches Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Nr. 2 A 14/c2, A 5548, Schreiben vom 5.2.45

haltung der staatlichen fiskalischen als auch privatwirtschaftlichen Interessen peinlichste Sorgfalt verwandt.

Besondere Bedeutung kam bei der insgesamt komplizierten Ernährungslage der möglichst vollständigen Erfassung aller Produkte zu, woraus sich die Tatsache erklärte, daß seitens der faschistischen Agrarführung der Ablieferung durch die landwirtschaftlichen Betriebe allergrößte Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Auf der anderen Seite waren die Versuche der Produzenten erklärlich, den Ablieferungszwang, wenn irgend möglich, zumindest teilweise zu durchbrechen. Die faschistischen Behörden und ihre Repräsentanten konnten nicht umhin, sowohl auf regionaler Ebene als auch für das gesamte Reichsgebiet, derartige Erscheinungen festzustellen und einzugestehen, was als gewisser Anhaltspunkt für das Ausmaß solcher Versuche gewertet werden darf.¹⁹⁾ Ausgehend von dieser Sachlage wurden für Vergehen auf diesem Gebiet ein umfangreicher Strafenkatalog in Anwendung gebracht, der die offensichtlich nicht mehr ausreichende propagandistische Beeinflussung nach und nach ergänzte und in ihrer Wirkung ersetzte. Drakonische Strafen sollten neben der Erzwingung der Ablieferung auch zur Folge haben, daß derartige Beispiele von Ablieferungsver-säumnissen nicht nachgeahmt werden.²⁰⁾

19) StAW, Thüringisches Ministerium des Innern, Nr. 68, Landrat Arnstadt am 23.4.42 an das Landesernährungsamt, „Eine Reihe von Beobachtungen... ließen erkennen, daß die Disziplin der bäuerlichen Produzenten in bedrohlicher Weise nachgelassen hatte.“; Flensburger Nachrichten, Nr. 203, 30.8.44, Backhaus, Karl-Heinz, Das Landvolk im totalen Krieg, „Es wäre unsinnig zu verkennen, daß bei den jahrelangen gegebenen Arbeitsanstrengungen hier und da solche Erscheinungen (u.a. Versuche Ablieferungspflicht und Fütterungsverbot zu umgehen, J.L.) gegeben sind.“ Vgl. auch StA, Fall XI, Nr. 391, ADB 105, Dok. PS-914, S. 44, Rede Backes vor Reichs- und Gauleitern der NSDAP am 6.2.43 in Posen

20) StAW, Thüringisches Wirtschaftsministerium, Nr. 165, Rundspr. des Reichsernährungsministers vom 8.11.44, Betr. Zwangsmaßnahmen bei Nichterfüllung der Ablieferungspflicht, „Mit Recht wird, auch aus den Kreisen pflichttreuer Erzeuger, gefordert, gegen die Säumigen scharf einzuschreiten, damit sie nicht durch ihr schlechtes Beispiel noch größeren Schaden anrichten.“

Im einzelnen wurden folgende Strafmaßnahmen vorgesehen:

- Entzug von Sonderzuteilungen;
- Untersagung der Kleintierhaltung ganz oder teilweise, auf Zeit bzw. für die Dauer des Krieges und Einziehung der Tiere;
- Entzug der Selbstversorgereigenschaft.

In jedem Falle sollte die Ablieferung durch die Ernährungsämter ohne besonderen Verwaltungsakt durch formlosen Polizeieingriff erzwungen werden. Wiederholungen unvollständiger Ablieferung oder Verzug sollten durch Androhung der Treuhänderschaft unterbunden werden.²¹⁾

Auch anderen Hinterziehungsversuchen wurde mit unverhältnismäßig hohen Strafandrohungen entgegenzuwirken versucht. Dabei nahmen die Strafmaßnahmen und ihre Anwendung mit Fortschreiten des Krieges erhebliche Ausmaße an.²²⁾ Den Ortsbauernführern wurde unter Androhung der Absetzung und Bestrafung folgende Richtschnur ihres Handelns vorgegeben: „Sentimentalitäten und irgendwelche Rücksichtnahme auf gute Nachbarn und selbst Verwandte müssen nun endlich verschwinden und einer größeren Härte Platz machen.“ Solche Art Vorgehen sollte dazu dienen, nach faschistischer Terminologie, „die Lauen und Faulen zur Raison zu bringen.“²³⁾ Strenge Strafen wurden auch für falsche Angaben bei statistischen Erhebungen, insbesondere bei den jährlichen, zum Teil, wie bei Schweinen, mehrmals im Jahr durch-

21) Ebenda

22) StAD, Reichenährstand, Nr. 15, Landesbauernführer Sachsen, Ortsbauernführerdienst, Nr. 11, 30.6.44, „Darüber hinaus werde ich nicht davor zurückschrecken, in besonders schlimmen Fällen (des Schwarzbutters, J.L.) das Abmeierungsverfahren einzuleiten und schwere kriminelle Strafen unter voller Namensnennung im Wochenblatt der Landesbauernschaft zu veröffentlichen. Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß in Zukunft bei schweren Fällen die Auswerfung einer Freiheitsstrafe zu erwarten sein wird, während Geldstrafen - abgesehen von ihrer Verhängung als Nebenstrafe - nur noch ausnahmsweise in Betracht kommen werden.“

23) Ebenda, Nr. 15, 29.12.44, Mit noch größerer Härte ins neue Jahr.

geführten Viehzählungen angedreht und verhängt.²⁴⁾

Alle diese vom faschistischen Regime für notwendig erachteten Zwangsmaßnahmen beweisen die verbreiteten Versuche, das engmaschige Netz der Erfassung und Ablieferung zu durchbrechen. Gleichzeitig erlauben sie einen Einblick in die soziale und politisch-ideologische Situation des Dorfes zu dieser Zeit, die in keiner Weise durch eine geschlossene Haltung der Bewohner, weder für das herrschende Regime noch gegen dieses gekennzeichnet ist. Die Quellen bieten aber auch zahlreiche Anhaltspunkte dafür, daß selbst Funktionäre der Zwangsorganisation des Reichsnährstandes, vor allem die unmittelbar mit den Problemen an der Basis konfrontierten Ortsbauernführer, teilweise nur zögernd und widerwillig die ihnen übertragenen Aufgaben erfüllten, dies besonders in Fällen von Bestrafungen und anderen unpopulären Maßnahmen. Eine derartige Haltung stand extrem scharfmacherischen Aktivitäten und charakterlosem Denunziantentum vieler Reichsnährstand-Funktionäre gegenüber.

Als ein besonders wirksames Mittel zur Erlangung einer absoluten Kontrolle über den einzelnen Betrieb wurden von der faschistischen Agrarführung die sogenannten Hofbegehungen angesehen, für die spezielle Kommissionen gebildet wurden. Bis Mitte 1942 waren die Hofbegehungen nur sporadisch bei Bedarf von einem wechselnden Personenkreis vorgenommen worden. Im Sommer 1942 veranlaßte „die für die-

24) ZD, Nr. 9e, 23.11.42, Viehhalter wegen ungenauer Angaben bestraft, „Da trotz wiederholter Aufklärung über die Bedeutung der Viehzählung und die Notwendigkeit, zuverlässige Erkenntnisse über den Viehbestand in Deutschland für die Ernährungswirtschaft zu bekommen, auch bei der Nachkontrolle des letzten Jahres derartige Fälle von bewußt falschen Angaben festgestellt werden mußten, sind inzwischen auf Grund von Nachkontrollen eine ganze Anzahl von Viehhaltern zu empfindlichen Strafen verurteilt worden.“; StAD, Reichsnährstand, Nr. 11, Protokoll einer Dienstbesprechung der Hauptabteilung II vom 29.3.43, „Es ist zu erwarten, daß die in Zukunft ermittelten Zahlen genauer werden, da scharfe Nachprüfungen durchgeführt wurden und die Staatsanwaltschaften zum Teil mit erhöhten Strafen gegen falsche Angaben vorgehen.“

ses Jahr zu erwartende Versorgungslage" den Reichsbauernführer am 17. Juli in einem Schnellbrief an die Landesbauernschaften zu der Forderung, „die Erfassung und Ablieferung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse noch mehr als bisher durch Hofbegehungen sicherzustellen.“²⁵⁾ Im Spätsommer 1942 setzte daraufhin eine verstärkte Propaganda für die Hofbegehungen ein. Ausgehend von den stark erweiterten Aufgaben der Hofbegehungen, als deren Ursache der Krieg und die durch ihn geschaffenen Bedingungen herausgestellt wurden, sprach man offen die Funktion der Begehungen als Hilfsmittel zur Leistungssteigerung an. Grundsätzlich und detailliert nahm der Reichsobmann des Reichsnährstandes Gustav Behrens im Frühjahr 1943 zu den umfassenden Aufgaben der Hofbegehungskommissionen Stellung.²⁶⁾ Nach Auffassung dieses faschistischen Spitzenfunktionärs, der in jedem Fall die einheitliche Auffassung der Agrarführung vertrat, handelte es sich auf dem Gebiet der Erzeugung um

- Nachprüfung der effektivsten Verteilung der Arbeitskräfte;
- Nachprüfung und Überwachung der Richtigkeit der angegebenen Anbaufläche und Viehbestände;
- Lenkung der Anbauflächen und Viehbestände.

Für die Marktleistung jedes Betriebes fiel der Katalog der Einzelmaßnahmen noch umfangreicher aus. Im einzelnen handelte es sich um

- Nachprüfung der Auflagen der Ablieferungskontingente, besonders bei Getreide und Kartoffeln, im Verhältnis zur sonstigen Marktleistung (z.B. Milch, Schweine und Gemüse);
- Überwachung der Einhaltung des Verbotes der Verfütterung von Brotgetreide zu dessen restlosen Ablieferung;
- Restlose Sicherstellung aller zur menschlichen Ernährung brauchbaren Kartoffeln, soweit sie nicht der eigenen Versorgung des Betriebes dienen;
- Überwachung der Erfüllung der Ablieferungspflicht für alle sonstigen Erzeugnisse.

25) -s.n.S.-

26) -s.n.S.-

Zusammengefaßt lautete die Aufgabenstellung: „Die höchstmögliche Erzeugungs- und Marktleistung zu erreichen ist das wesentlichste Ziel des Einsatzes der Hofbegehungskommissionen.“²⁷⁾

Ein Problem für die Initiatoren der großangelegten Hofbegehungsaktionen ergab sich bei der Auswahl für diesen Zweck geeigneter Personen. Ähnlich wie bei anderen Zwangsmaßnahmen war die Bereitschaft zur Mitwirkung unter der Dorfbevölkerung nicht übermäßig stark entwickelt. Sah der Einzelne keine Möglichkeit, sich der Mitarbeit in einer derartigen Kommission zu entziehen, versuchte er in der Regel zumindest alles zu tun, sich bei Nachbarn oder Verwandten nicht unbeliebt zu machen. Eine solche Sachlage veranlaßte die verantwortlichen Kräfte im Reichsnährstand zu wiederholten Stellungnahmen hinsichtlich der Anforderungen, die an Mitglieder der Hofbegehungskommissionen zu stellen seien.

Derartige Appelle erfolgten sowohl zentral²⁸⁾ als auch

-
- 25) StAM, Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt, Nr. 118, Reichsbauernführer an Landesbauernschaften am 17.7.42, Schnellbrief betreffend Hofbegehungen
- 26) NS-Landpost, Nr. 18, 5.3.43, Hieraus die folgenden Feststellungen
- 27) Ebenda
- 28) Ebenda, Nur dann, wenn jemand gewillt ist, nach diesen höheren Gesichtspunkten zu arbeiten und jedes Einzelinteresse dem großen Ziele unterzuordnen, hat es Sinn, ihn in die Hofbegehungskommission zu berufen oder ihn gar mit der Führung zu beauftragen.“; StAM, Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt, Nr. 118, Reichsbauernführer an Landesbauernschaften am 17.7.42, Schnellbrief betr. Hofbegehungen, „Ich erwarte, daß die Landesbauernschaften die Berufung dieser Kommissionen mit allem Nachdruck betreiben und dahin wirken, daß nur wirklich geeignete Personen, welche die Gesamtlage übersehen und sich ihrer Verantwortung gegenüber dem Volksganzen bewußt sind, in die Kommissionen berufen werden. Gelingt es dem Reichsnährstand nicht, in den Hofbegehungskommissionen einen einwandfrei arbeitenden Apparat zu schaffen, so ist eine planmäßige Durchführung der Ernährungswirtschaft nicht möglich.“

regional²⁹⁾ mit aller Deutlichkeit.

Zur Instruktion der Kommissionsmitglieder wurden zielgerichtete Versammlungswellen veranstaltet, in denen den Beteiligten vor allem eine Motivation der durchzuführenden Maßnahmen vermittelt werden sollte. Den Kommissionsmitgliedern wurde es zur Pflicht gemacht, „für die Verbreitung dieser Gedankengänge auch im Rahmen der Hofbegehung weitestgehend Rechnung zu tragen.“³⁰⁾

Einen interessanten Einblick in die Praxis der Hofbegehungen vermittelt die Tatsache, daß z.B. die Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt sich veranlaßt sah, „die Kommissionsmitglieder eingehend darüber zu belehren, daß sich ihre Tätigkeit in Form einer Hofbegehung im wahrsten Sinne des Wortes, also in einer Überprüfung des Hofes abzuspielen hat.“³¹⁾ In einem Nebensatz wurde auf die bislang geübte Praxis der Hofbegehung in der Wohnstube oder im Dorfkrug verwiesen.

Die zentralen Orientierungen bezüglich der Hofbegehungen forderten zunehmend die Beteiligung der Bürgermeister und der Ortsgruppenleiter der faschistischen Partei, um auf diese Weise die Hof- und Flurbegehungen zu einer Rechenschaftslegung der gesamten Ortsbauernschaft werden zu lassen. Im Ergebnis einer solchen Überprüfung sollten alle diejenigen, „welche nicht ordnungsgemäß gewirtschaftet

29) Ebenda, Landesbauernführer am 27.10.43 an Kreisbauernschaften, betr. Richtlinien für die Erfassung der Kartoffelvorräte durch die Hofkommissionen im November 1943, „Bei der Wichtigkeit der bevorstehenden Hofbegehungen für die Sicherstellung der gesamten Kartoffelversorgung ist es notwendig, noch einmal die Zusammensetzung der Hofbegehungskommissionen genauestens zu überprüfen, um in ihnen nur Männer zum Einsatz zu bringen, die in der Lage sind, ihre Arbeit nach den ihnen erteilten Weisungen ordnungsgemäß durchzuführen.“

30) Ebenda, Landesbauernführer an Kreisbauernschaften, o.D., betr. Versammlungen vom 1. - 6.2.43

31) Ebenda

haben", festgestellt und öffentlich angeprangert werden.³²⁾

Über die Wirksamkeit der Hofbegehungen gibt es kaum aussagefähige Unterlagen. In einer Zusammenfassung der Vierteljahresberichte der Landesbauernschaften für das I. Quartal 1943 wurde festgestellt: „Die Hofbegehungen haben die Ablieferungen durchweg günstig beeinflusst und die Stimmung kaum merklich belastet.“³³⁾ Ausgehend von der Berichtspraxis dieser Jahre, darf hinter dieser Feststellung die weitgehende Erreichung des angestrebten Effekts gesehen werden. Andererseits kann die vorsichtige Einschätzung der Auswirkungen auf die Stimmungslage in der Richtung gewertet werden, daß die Hofbegehungen zu erheblichen Mißstimmungen unter der ländlichen Bevölkerung geführt hatten. Diese Auffassung bestätigt einige der oben angeführten Zusammenhänge, vor allem in der Personalfrage für die Kommissionen. Betrachtet man indes die Produktion und die Ablieferung für das gesamte Reichsgebiet bis nahe an das Kriegsende heran, muß von einer weitgehenden Verwirklichung der mit den Hofbegehungen verfolgten Absicht der faschistischen Agrarführung gesprochen werden. Auch spärliche regionale Quellen vermitteln diesen Eindruck.³⁴⁾

In die Umsetzung der geschilderten Maßnahmen waren neben den Dienststellen des Reichsnährstandes auch andere Behörden des faschistischen Terrorapparates wie Polizei, Gestapo, Justiz und vor allem die weitverzweigte Organisation der faschistischen Partei eingeschaltet. Die Zusammenarbeit und Abtimmung zwischen Agrarapparat und Führung der Naziartei wurde vor allem durch Herbert Backe betrieben und intensiviert. Auch bei den Bemühungen zur

32) Ebenda, Landesbauernführer Sachsen-Anhalt an Reichsbauernführer am 5.6.43, betr. Hofbegehungen im Wirtschaftsjahr 1943/44, vgl. auch Dienstmeldungen des Reichsnährstandes, Nr. 26, 23.6.44

33) ZStA, REM, Nr. 2009, Bl. 215, Zusammenfassung der Vierteljahresberichte der Landesbauernschaften, abgeschlossen am 1.4.43

34) Staatsarchiv Potsdam (StAP), Landesbauernschaft Kurmark, Nr. 17, Kreisbauernschaft Jüterbog-Luckenwalde, Stimmungsbericht für den Monat Juni 1942, 25.6.42

Erfassung und Ablieferung aller erreichbaren landwirtschaftlichen Erzeugnisse wurde an den Ablieferungswillen der Produzenten „immer wieder mit allen Mitteln, insbesondere mit denen der Partei appelliert.“³⁵⁾ Der Leiter der Parteikanzlei Bormann machte die Nazi-Gauleiter auf Bitte Backes in seinen Rundschreiben wiederholt auf die Dringlichkeit der Beteiligung der faschistischen Partei an den wichtigen ernährungswirtschaftlichen Entscheidungen und Maßnahmen aufmerksam. Backe seinerseits wies seine nachgeordneten Dienststellen auf die unbedingte Notwendigkeit der Nutzung der Möglichkeiten der faschistischen Partei zur Beeinflussung der Bevölkerung hin.³⁶⁾ In der Praxis wurde von der Parteikanzlei über die Gauleiter bis hin zu den Ortsgruppen der NSDAP nach den vorgegebenen Richtlinien verfahren. Wie in allen wichtigen Entscheidungen arbeitete Backe auch in der Frage der Zwangsmaßnahmen mit den entsprechenden Organen der faschistischen Partei engzusammen und fand dort bereitwillige Unterstützung.³⁷⁾

35) ZStA, Fall XI, Nr. 391, ADB 105, Dok. PS 914, S. 46, Rede Backes vor Reichs- und Gauleitern der NSDAP am 6.2.43 in Posen

36) ZStA, REM, Nr. 2348, Reichsminister und Reichsbauernführer am 12.6.42 an Abt. I-IX des Reichs Ernährungsministeriums, „Einer verschiedentlich ausgesprochenen Bitte, des Reichsleiters Bormann folgend, weise ich mit allem Nachdruck darauf hin, daß es notwendig ist, bei sämtlichen wichtigen ernährungswirtschaftlichen Maßnahmen die Parteikanzlei rechtzeitig zu beteiligen. Die angespannte Ernährungslage wird weitgreifende Maßnahmen in den nächsten Monaten erforderlich machen. Diese Maßnahmen werden keinen Erfolg haben, wenn sie nicht seitens der Partei und ihrer Gliederungen rechtzeitig und gründlich politisch-psychologisch vorbereitet und untermauert werden. Die Hilfe, die uns hier durch die Tätigkeit der Parteikanzlei und der Gauleiter angeboten wird, können wir nicht entbehren, weil wir selbst derartige Möglichkeiten der politischen Einwirkung nicht besitzen. Ich bitte daher dringend, demgemäß zu verfahren. Mit der Führung der Geschäfte beauftragt. gez. Backe“

37) StAM, Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt, Nr. 32, Fernschreiben des Reichsernährungsministers an die Landesbauernführer vom 20.8.44. Hier Hinweis auf enge Kontakte Backes zu Goebbels in dessen Eigenschaft als Bevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz und dessen Einwirkung auf Gauleiter im Sinne der Vorstellungen des Reichsernährungsministeriums

Erfassung und Ablieferung aller erreichbaren landwirtschaftlichen Erzeugnisse wurde an den Ablieferungswillen der Produzenten „immer wieder mit allen Mitteln, insbesondere mit denen der Partei appelliert.“³⁵⁾ Der Leiter der Parteikanzlei Bormann machte die Nazi-Gauleiter auf Bitte Backes in seinen Rundschreiben wiederholt auf die Dringlichkeit der Beteiligung der faschistischen Partei an den wichtigen ernährungswirtschaftlichen Entscheidungen und Maßnahmen aufmerksam. Backe seinerseits wies seine nachgeordneten Dienststellen auf die unbedingte Notwendigkeit der Nutzung der Möglichkeiten der faschistischen Partei zur Beeinflussung der Bevölkerung hin.³⁶⁾ In der Praxis wurde von der Parteikanzlei über die Gauleiter bis hin zu den Ortsgruppen der NSDAP nach den vorgegebenen Richtlinien verfahren. Wie in allen wichtigen Entscheidungen arbeitete Backe auch in der Frage der Zwangsmaßnahmen mit den entsprechenden Organen der faschistischen Partei engzusammen und fand dort bereitwillige Unterstützung.³⁷⁾

35) ZStA, Fall XI, Nr. 391, ADB 105, Dok. PS 914, S. 46, Rede Backes vor Reichs- und Gauleitern der NSDAP am 6.2.43 in Posen

36) ZStA, REM, Nr. 2348, Reichsminister und Reichsbauernführer am 12.6.42 an Abt. I-IX des Reichsbrahrungsministeriums, „Einer verschiedentlich ausgesprochenen Bitte, des Reichsleiters Bormann folgend, weise ich mit allem Nachdruck darauf hin, daß es notwendig ist, bei sämtlichen wichtigen ernährungswirtschaftlichen Maßnahmen die Parteikanzlei rechtzeitig zu beteiligen. Die angespannte Ernährungslage wird weitgreifende Maßnahmen in den nächsten Monaten erforderlich machen. Diese Maßnahmen werden keinen Erfolg haben, wenn sie nicht seitens der Partei und ihrer Gliederungen rechtzeitig und gründlich politisch-psychologisch vorbereitet und untermauert werden. Die Hilfe, die uns hier durch die Tätigkeit der Parteikanzlei und der Gauleiter angeboten wird, können wir nicht entbehren, weil wir selbst derartige Möglichkeiten der politischen Einwirkung nicht besitzen. Ich bitte daher dringend, demgemäß zu verfahren. Mit der Führung der Geschäfte beauftragt. gez. Backe“

37) StAM, Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt, Nr. 32, Fernschreiben des Reichsernährungsministers an die Landesbauernführer vom 20.8.44. Hier Hinweis auf enge Kontakte Backes zu Goebbels in dessen Eigenschaft als Bevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz und dessen Einwirkung auf Gauleiter im Sinne der Vorstellungen des Reichsernährungsministeriums

tatsächliche Anwendung der vielfältigen Zwangsmaßnahmen kennzeichnet jedoch deutlich den Prozeß des Abbaus dieser Haltung unter den Bedingungen des fortdauernden Krieges.

Einer der aktivsten Mitarbeiter Backes, sein späterer Staatssekretär Hans-Joachim Riecke, versuchte in seiner apologetischen Studie über die Land- und Ernährungswirtschaft des faschistischen Deutschlands im zweiten Weltkrieg die Notwendigkeit und den Umfang der Zwangsmaßnahmen, deren Existenz er im übrigen nicht bestreiten kann, zu relativieren und auf diese Weise als untypisch zu qualifizieren.⁴¹⁾ Ausgangspunkt seiner Konstruktion ist die Konstatierung einer gegenüber dem ersten Weltkrieg sehr viel besseren Wirtschaftsdisziplin. Wenn er als Ursache hierfür primär „das sachverständige Ansprechen durch den Berufsgenossen“ gegenüber „den im Hintergrund stehenden Machtmitteln des autoritären Staates“ angibt und herausstellt, so tritt die Tendenz einer solchen Beurteilung und der mit ihr verfolgte Zweck offen zutage. Die vorhandenen Quellen widerlegen eine solche aus durchsichtigen Motiven erfolgende Interpretation.

Die vorgesehenen und angewandten Zwangsmaßnahmen waren einerseits Ausdruck der Tatsache, daß sich die faschistische Agrarführung in Abhängigkeit vom Verlauf des Krieges, der alle faschistischen Planungen und Konzeptionen zunichte machte, gezwungen sah, rigorose Vorkehrungen zur weiteren Intensivierung ihrer Eingriffe in die Führung des einzelnen landwirtschaftlichen Betriebes zu treffen und andererseits Bestätigung des Umstandes, daß auch die ländliche Bevölkerung durch die militärischen Ereignisse der Jahreswende 1942/43 - die faschistische Niederlage in der Schlacht an der Wolga - die Lage realistischer zu beurteilen begann und aus diesem Grunde durch den kombinierten „Druck des Terrors als auch der „Bauerntums“-Demagogie“⁴²⁾ zu noch weiter gesteigerten Anstrengungen für die faschistische Kriegswirtschaft gezwungen werden sollte. Die konsequente

41) Riecke, a.a.O., S. 345

a.a.O.

42) Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bd. 2, S. 318.
Vgl. zur allgemeinen Situation auch S. 318 ff. und 391 ff.

und umfassende Anwendung des differenzierten Instrumentariums der Maßnahmen auch im Bereich der Landwirtschaft erklärt sich vor allem aus der außerordentlichen Bedeutung der Nahrungsmittelversorgung für die Haltung und Stimmung der Gesamtbevölkerung, der seitens der faschistischen Führung allergrößte Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Bei allen Bemühungen bediente man sich des umfangreichen Repressiv- und Terrorapparates, den das faschistische Regime bot, angefangen vom Reichsnährstand über staatliche Dienststellen und die faschistische Partei mit ihren Gliederungen bis hin zur faschistischen Justiz und Gestapo.

1.4. Zusammenfassung

Die Veränderungen in der Führungsspitze der Landwirtschaft und Agrarpolitik des faschistischen Deutschlands im Jahre 1942, die mit der faktischen Absetzung des bisherigen Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und Reichsbauernführers Richard Walther Darré ihren Höhepunkt erreichten, stellten den Abschluß eines sich über Jahre erstreckenden Prozesses der Verlagerung des Einflusses innerhalb des fest in den ökonomischen Gesamtmechanismus des faschistischen Staates eingebauten Agrarapparates dar. Bei der Bewertung der Vorgänge ist davon auszugehen, daß die beiden Hauptfiguren Darré und Backe durch ihre grundsätzlichen politischen und weltanschaulichen Positionen überzeugte Faschisten waren. Die Veränderungen in den Möglichkeiten ihrer persönlichen Einflußnahme auf die faschistische Agrarpolitik standen in engem Zusammenhang mit den jeweiligen Etappen der faschistischen Gesamtpolitik. Die sich im Laufe der Herrschaft des Faschismus in Deutschland vollziehenden Modifikationen des Systems stellten latent die Frage nach der Verwendbarkeit der einen oder anderen Person und der von ihr verfolgten Konzeption für die Realisierung der Interessen des faschistischen deutschen Imperialismus.

Der Naziaktivist der Anfang 30er Jahre Darré entsprach mit seiner beim Aufbau des „agrarpolitischen Apparates“ unter Beweis gestellten speziellen Eignung und mit seiner „Blut-und-Boden“-Ideologie der aktuellen Interessenlage des Monopolkapitals und seiner faschistischen Vollstrecker zu einem Zeitpunkt, als es darum ging, auf dem Lande eine Massenbasis zu gewinnen, nach einem die Monopolinteressen berücksichtigenden Modell die deutsche Landwirtschaft zu organisieren und in das staatsmonopolistische System einzubeziehen. Die von Darré verfolgte Politik der relativen Stärkung und Sicherung der Landwirtschaft und der Intensivierung der Produktion mit dem Ziel weitestgehender Autarkisierung auf dem Ernährungssektor entsprach der Phase der Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus, in der er noch relativ geschwächt alle Kräfte für sein Wiederaufstärken einsetzte, um den bestehenden status quo zu sei-

nen Gunsten zu verändern, mit dem Ziel, seine Vorherrschaft vorerst in Europa zu errichten. Bereits Mitte der 30er Jahre jedoch brachte die von Darré betriebene Agrarpolitik ihn z.B. auf dem Devisensektor in Kollision mit dem forcierten Rüstungsprogramm des deutschen Faschismus. Das hing u.a. mit seiner fachlichen Qualifikation und mit der Absicht der Durchsetzung seiner eigenen Ideologie zusammen, die objektiv in Gegensatz zu den Forderungen stand, „die Landwirtschaft in eine Kriegsindustrie zu verwandeln“ im „Kampf um die Nahrungsfreiheit Deutschlands“¹⁾ als eine der Voraussetzungen für die geplante Expansion des deutschen faschistischen Imperialismus mittels Aggression. Subjektiv konnte ihm dieser unlösbare Widerspruch nicht bewußt werden. Besonders wirksam wurde der Faschist Darré bei der ihm konzeptionell von führenden Monopolen vorgegebenen Errichtung der Zwangsorganisation des Reichsnährstandes, nach der Einschätzung Edwin Hoernles „eines auf die Zwecke des Krieges eingestellten bürokratischen Apparates“, dessen Hauptaufgabe darin bestand, „durch Erpressung von unbezahlter Mehrarbeit aus Bauern, Landarbeitern, kleinen Bäckern und Fleischern, den Arbeitern der Ernährungsindustrie usw. eine möglichst große Menge Lebensmittel und agrarische Rohstoffe für die faschistische Rüstungsindustrie herauszupressen“ und darüber hinaus „die Massen des werktätigen Landvolkes chauvinistisch zu verhetzen und mit der faschistischen Rassenlehre und nationalistischen Vorurteilen zu verseuchen.“²⁾

Bereits hierbei wurden im betriebswirtschaftlichen und erzeugungspolitischen Bereich die eingeleiteten Maßnahmen im großen Umfange durch Staatssekretär Herbert Backe bestimmt, dessen Einflußmöglichkeiten sich nach seiner Übernahme in die Behörde des Vierjahresplanes Ende 1936 entsprechend dem Gewicht dieses staatsmonopolistischen Regulie-

1) Steinberger, Nathan/Graffunder, Siegfried/Herholz/Kurt, Edwin Hoernle - Ein Leben für die Bauernbefreiung, Berlin 1965, darin: Hoernle, Edwin, Der Kampf um die Bauernschaft (1935), S. 443 f.

2) Ebenda, darin: Hoernle, Edwin, Deutsche Bauern unterm Hakenkreuz (1939), S. 470

rungsinstrumentes erheblich erweitern mußten. Mit der Übertragung der Leitung der Geschäftsgruppe Ernährung des Vierjahresplanes an Backe begann eine Entwicklung des phasenverschobenen Rückganges der realen Macht Darrés einerseits und eines ständigen Machtzuwachses Backes auf dem Gebiet der Agrarpolitik und Landwirtschaft andererseits. Es darf davon ausgegangen werden, daß Darré seit Ende 1939 faktisch ohne Einfluß war, wenngleich seine auch für die Öffentlichkeit sichtbare Abschiebung noch bis 1942 auf sich warten ließ³⁾, und etwa vom gleichen Zeitpunkt ab Backe die bestimmende Figur der faschistischen Agrarpolitik darstellte.

Die Ursachen dieser Entwicklung erklären sich aus der Meinung einflußreicher Kreise der faschistischen Führung und der hinter ihnen stehenden Kräfte über die Verwendbarkeit beider bei der Verwirklichung der verbrecherischen Vorhaben des deutschen Imperialismus zu diesem Zeitpunkt. Alle verfügbaren Quellen und Hinweise lassen erkennen, daß diese Kreise in Backe den Mann sahen, der auf Grund seiner speziellen Voraussetzungen und Fähigkeiten am geeignetsten zur Bewältigung der ihm übertragenen Aufgaben zu sein schien. Aus der Sicht der faschistischen Machthaber und ihrer Hintermänner wiesen ihn besonders seine erzeugungspolitischen Überlegungen und Orientierungen, seine bereits Ende der 30er und Anfang der 40er Jahre entwickelten Vorstellungen über die Organisation einer den Interessen der Monopole untergeordneten arbeitsteiligen europäischen Landwirtschaft⁴⁾ innerhalb eines faschistisch beherrschten „großeuropäischen Wirtschaftsraumes“ und schließlich seine Konzeption für die landwirtschaftliche Ausplünderung der Sowjetunion, deren Eroberung und Vernichtung „Hauptziel und unbedingte Voraus-

3) Die faschistische Führung konnte sich mit dieser Maßnahme u. a. deshalb soviel Zeit lassen, da Backe bereits die Führung der Agrarpolitik, der Land- und der Ernährungswirtschaft praktisch innehatte und sie im Interesse der maßgebenden Kräfte des Monopolkapitals wahrnahm.

4) -s.n.S.-

setzung⁵⁾ der angestrebten Weltherrschaft darstellte, als besonders geeignet aus. Unterstützt wurden seine eigenen machtpolitischen Ambitionen durch die von ihm angestrebte oder bereits vorhandene weitgehende Übereinstimmung in Grundsatzfragen, z.B. mit der Führung der faschistischen Partei und der SS.

Aus den mit der Niederlage der Faschisten vor Moskau in Zusammenhang stehenden, notwendigen Veränderungen in der strategischen Konzeption des deutschen Imperialismus zog Backe für seinen Verantwortungsbereich die Konsequenzen, indem er den agrarpolitischen und landwirtschaftlichen Leitungsapparat zur Erhöhung von dessen Effektivität für die Kriegsführung vereinheitlichte und straffte. Im Rahmen dieser Veränderungen wurde gleichzeitig die ideologische Arbeit des Reichsnährstandes endgültig der faschistischen Partei als Dienststelle unterstellt.

Um den aus dem Kriegsverlauf ab 1942 sich ergebenden, ständig steigenden Anforderungen auch an die Landwirtschaft als Teil der Kriegswirtschaft entsprechen zu können, wurde der Druck auf die Landbevölkerung durch die konsequentere Anwendung bereits bestehender und die Einführung neuer Zwangsmaßnahmen erhöht.

Alle von Backe veranlaßten Maßnahmen hinsichtlich der Erhaltung und wenn möglich Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, der Ausplünderung der okkupierten Länder Europas und der Veränderungen des staatsmonopolistischen Apparates auf dem Gebiet der Land- und Ernährungs-

4) Von welcher grundsätzlicher Bedeutung für die strategischen Ziele des deutschen Imperialismus gerade dieser Teil der Überlegungen Backes war und ist, mag die Tatsache beleuchten, daß sein 1942 veröffentlichtes Buch „Um die Nahrungsfreiheit Europas“ von dem BRD-Institut für Geozozoologie und Politik unter vollem Namen mit dem Titel „Kapitalismus und Nahrungsfreiheit“, Bad Godesberg 1957, erneut veröffentlicht wurde, freilich unter Fortlassung der inkriminierenden, wie es heißt „durch die geschichtliche Entwicklung überholten Teile der früheren Auflage“, um dann „das Werk in seinem wirtschaftsgeschichtlich-agrarpolitisch unverlierbaren Gehalt dem Leser zugänglich zu machen.“ (S. 7)

5) Klassenkampf, Tradition, Sozialismus, a.a.O., S. 466

wirtschaft dienten dem Versuch, „die immer krasser zutage tretenden Widersprüche zwischen dem Potential der faschistischen Kriegswirtschaft und den Kriegszielen des deutschen Imperialismus zu überbrücken.“⁶⁾

6) Ebenda, S. 471

2. Produktionsbedingungen der deutschen Landwirtschaft im Kriege

2.1. Bereitstellung von Landmaschinen und Geräten für die Landwirtschaft

Im Zusammenhang mit den während des Krieges ständig erhobenen Forderungen nach Aufrechterhaltung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion kam unter den Erzeugungsbedingungen des Krieges dem Einsatz landwirtschaftlicher Technik besondere Bedeutung zu. Dies erklärte sich einmal aus dem ständig steigenden Wehrmachtsbedarf im Zuge des weiteren Ausbaus der faschistischen Armee vor allem nach den Niederlagen an der deutsch-sowjetischen Front 1941/42 und besonders 1942/43 sowie aus den ständig steigenden Anforderungen hinsichtlich der Erhöhung des Anbauanteils an Hackfrüchten und Ölfrüchten sowie des verstärkten Zwischenfruchtanbaus, die bei latenten Arbeitskräfteproblemen ohne umfangreichen Einsatz von landwirtschaftlichen Maschinen kaum zu erfüllen waren. Die Notwendigkeit des Maschineneinsatzes bestand auch bei Gemüsekulturen, die ebenso wie Hack- und Ölfrüchte einen relativ hohen Nährstofftrag je Flächeneinheit erbringen konnten und deshalb bei der gegebenen Ernährungslage besondere Aufmerksamkeit fanden.

In der Phase der Vorbereitung des Krieges waren seitens der faschistischen Agrarpolitik erhebliche Anstrengungen unternommen worden, Quantität und Qualität der technischen Ausstattung der deutschen Landwirtschaft zu verbessern, wobei die Konkurrenz der Aufrüstung, die eindeutig das Primat hatte, auch auf diesem Gebiet nur relative Verbesserungen zuließ. Das deutliche Zurückbleiben der Landwirtschaft auf dem Sektor des technischen Fortschritts hinter der Industrie war nicht zu übersehen.¹⁾ Alle Überlegungen der faschistischen Agrarführung hinsichtlich der Anwendung von Maschinen und ihrer Produktion sowie ihrer Einführung in die landwirt-

1) Vgl. hierzu und zur Gesamtentwicklung während der Vorkriegszeit und der ersten Kriegsjahre Rolf Melzer, a.a.O., S. 207 ff.

schaftliche Erzeugung hatten von der unumstößlichen Tatsache beschränkter Rohstoffe und Produktionskapazitäten für Landmaschinen auszugehen. Backe stellte unter Berücksichtigung dieser Umstände seine Politik auf diesem Sektor darauf ab, im Kriege keine Neuentwicklungen vornehmen zu lassen, sondern unter Beibehaltung des bestehenden technischen Niveaus der Landmaschinen darauf zu orientieren, „daß genügend Maschinen für die gesamte Landwirtschaft bereitgestellt werden, um die nötige Tiefenwirkung zu erzielen.“²⁾ Deutliche Unterschiede in den Möglichkeiten der effektiven Maschinenanwendung ergaben sich aus den unterschiedlichen Betriebsgrößen und -strukturen. Mittel- und kleinbäuerliche Betriebe waren gegenüber den Großbetrieben immer benachteiligt, sowohl von den Kapitalvoraussetzungen als auch von den rationellen Anwendungsmöglichkeiten der Landmaschinen her.³⁾ Die Möglichkeit eines gewissen Ausgleichs bot erst die Einführung z.B. von Elektromotoren, bereiften Kleinschleppern mit entsprechenden Zusatzgeräten und Vielfachgeräten.

Um den Erfordernissen wenigstens zum Teil gerecht zu werden, wurde versucht, die angestrebte Tiefenwirkung durch Serienproduktion bereits entwickelter und in der Praxis bewährter Maschinen zu erreichen. Hand in Hand mit der Aufnahme der Serienproduktion ging eine energische Typenbereinigung⁴⁾, deren Effekt auch in der Freimachung von Kapazität für andere Produktionen bestand. Gleichzeitig wurde versucht, mit der Serienproduktion einen Anschaffungspreis zu erreichen, der auch für die kleineren Betriebe tragbar erschien.

Bei der absoluten Priorität der unmittelbaren Kriegsproduktion mußte sich auf dem Gebiet der Erzeugung von Landma-

-
- 2) Backe, Herbert, Nahrungsfreiheit, a.a.O., S. 175
 - 3) Interessante Belege für die konkreten Auswirkungen für den Großgrundbesitz, die auch Folge der Bevorzugung dieser Betriebe bei der Zuteilung von Landtechnik waren, wird eine von Robert Pfahl auf regionaler Quellenbasis erarbeitete Studie erbringen.
 - 4) Der Vierjahresplan, Nr. V/1942, S. 236, Die Sicherung der Qualitätserzeugung bei Landmaschinen.

sohinen, die sich aus dem für das faschistische Deutschland zunehmend ungünstigeren Kriegsverlauf ergebenden Notwendigkeiten verstärkter Rüstung auswirken.

Die Absatzzahlen für landwirtschaftliche Maschinen ergeben folgendes Bild:

Tabelle 1

Tabelle 2

Tabelle 3

Die Zahlen verdeutlichen den Abfall unmittelbar nach Ausbruch des Krieges, die relative Wirksamkeit eingeleiteter Maßnahmen auch in Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion und das unaufhaltsame Absinken der Produktion im Januar 1944. Andere Quellen mit abweichenden Zahlen ergeben kein generell anderes Bild, erlauben aber weit^{er}gehende Rückschlüsse hinsichtlich der tatsächlichen Zuführung landwirtschaftlicher Maschinen an die Landwirtschaft in Deutschland, die schneller sank als die absolute Produktion, da in diesem Zusammenhang der Auslandsabsatz zu berücksichtigen ist. Dieser Auslandsabsatz setzte sich zusammen aus Lieferungen an die Satellitenstaaten des faschistischen Deutschlands und aus Ausfuhren in die okkupierten Gebiete, um hier mit intensiverem Maschineneinsatz höhere landwirtschaftliche Produktion für die faschistische Kriegsmaschine zu erreichen. Bei den insgesamt beschränkten Ressourcen mußte ein derartiger Abzug auf Kosten der Lieferungen an die deutsche Landwirtschaft gehen und deren ohnehin schon nicht gedeckten objektiven Bedarf noch weiter steigern. Backe veranschlagte Ende 1941 auf der Basis von Berechnungen des Berliner Institutes für Konjunkturforschung den Investitionsbedarf der deutschen Landwirtschaft nur auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte mit ca. 12 Milliarden Reichsmark.⁵⁾ Dieser Betrag läßt sich nur einordnen, wenn man zum Vergleich die 8,4 Milliarden Gesamtinvestitionen (Ersatz- und Neuinvestitionen) der deutschen Landwirtschaft in den Jahren

5) Backe, Herbert, Nahrungsfreiheit, a.a.O., S. 197

1925 - 1934 heranzieht.⁶⁾ Die uns vorliegenden Zahlen machen deutlich, daß sich der Investitionsbedarf durch mit erhöhter Belastung verbundenem größeren Verschleiß der Maschinen und geringerer Zuführung von Landmaschinen mit jedem Kriegsjahr nur erhöhen konnte.

Eine Vorstellung von den Einschränkungen in der Produktionskapazität für Landmaschinen vermittelt ein Vergleich der Beschäftigungszahl in der Landmaschinenindustrie zwischen den Jahren 1939 und 1944. Sie sank von 65.500 im Juli 1939 auf 37.100 im Januar 1944, d.h. auf 56,6 Prozent des Standes von 1939. Dabei muß davon ausgegangen werden, daß diese Anzahl der Beschäftigten nicht mehr ausschließlich mit der Fertigung von Landmaschinen befaßt war.⁷⁾ Auch hier offenbart sich die offensichtliche Zurückdrängung der Interessen der Landwirtschaft.

Der Gesamtsituation entsprachen auch die Gegebenheiten in Teilbereichen der Fertigung. Bedingt durch Verluste bei Produktionsstätten durch Bombenangriffe, die Befreiung bislang okkupierter Gebiete und deren Ausfall als Rohstoffquelle, vor allem aber die Vorrangstellung der Rüstungsproduktion führten zu einem rapiden Absinken der Produktion von Landmaschinen in den letzten beiden Kriegsjahren. Im späten Frühjahr 1944 ergaben sich folgende Fertigungszahlen für die noch im reduzierten sogenannten „Kriegsbauprogramm“ vorgesehenen Landmaschinentypen:

Tabelle 4

Die Fertigungszahlen sprechen eine eindeutige Sprache und sind aussagekräftiger als die Zuteilungskontingente für Eisen und Stahl an das Reichsernährungsministerium, da die mehr und mehr beschränkten Fertigungsmöglichkeiten der Industrie eine Verarbeitung selbst der eingeschränkten Zuteilungen nicht mehr zuließen. Die Fertigung blieb also noch hinter den Materialkontingenten zurück. Backe stellte ange-

6) Ebenda, S. 198

7) The Effects of Strategic Bombing on the German War Economy, o.O., 31. Oktober 1945 (im Folgenden: Effects), Appendix, S. 222, Table 23

sichts dieser Situation fest, auch nicht mehr annähernd in der Lage zu sein, durch Luftangriffe und auf andere Art eintretende Verluste zu ersetzen.⁸⁾ Den Bemühungen des Reichsernährungsministeriums während der letzten Kriegsmonate um eine Zurücknahme der Kürzungen bei den Rohstoffzuteilungen konnte seitens des für die Zuteilung zuständigen Planungsamtes unter Kehrl nicht entsprochen werden, wobei auf die Diskrepanz zwischen Auftragsbestand der eisenverarbeitenden Industrie und deren Produktionsmöglichkeiten verwiesen wurde.⁹⁾ Selbst die nach der Befreiung vorher faschistisch besetzter Gebiete im Gefolge der Invasion an der Westfront, besonders aber durch die großen Erfolge der Sowjetarmee im Jahre 1944 objektiv in wachsendem Maße notwendigen Intensivierungen der deutschen landwirtschaftlichen Produktion konnte bei dem begrenzten Potential das Planungsamt zu einer anderen Haltung nicht veranlassen. Die sich immer mehr zuspitzende Lage erlaubte schließlich in den letzten Kriegsmonaten nur noch Notprogramme für einfachstes Gerät.¹⁰⁾ Mit Kontingentskürzungen bei der Zuteilung von Eisen und Stahl hatte sich die Agrarführung laufend auseinanderzusetzen. Der in Abhängigkeit vom militärischen Verlauf des Krieges seit 1942 ständig steigende direkte Rüstungsbedarf wurde bei dem vorhandenen beschränkten Potential auf Kosten anderer Bedarfsgruppen der Wirtschaft zu decken versucht. Die im Laufe des Jahres 1942 vorgenommenen Kürzungen des Rohstoffkontingentes der Landwirtschaft veranlaßten Backe zu einer grundsätzlichen Stellungnahme gegenüber Rüstungsminister Speer.¹¹⁾ Das Schreiben enthielt alle wesentlichen

8) ZStA, REM, Nr. 1595/1, Blatt 25, Backe am 13.4.44 an die Zentrale Planung

9) Ebenda, Bl. 37, 40, 42;

Ebenda, Bl. 48, Planungsamt am 6.2.45 an Reichsernährungsministerium, „Der Auftragsbestand der Eisenschaffenden Industrie und der Eisenverarbeitenden Industrie ist infolge des Zurückbleibens der Produktion hinter den angegebenen Kontingentmengen wesentlich höher als die Produktionsmöglichkeiten dieser Industrie in den nächsten Monaten. Die Erteilung von Aufträgen erhöht nur den Auftragsbestand, führt aber im allgemeinen nicht zur tatsächlichen Bedarfsdeckung in angemessener Zeit.“

10) s.n.S.

11) s.n.S.

- 10) Zu dieser Tatsache Stellung zu nehmen, erfordert ein Versuch, in dreier Weise die historischen Sachverhalte zu verdrehen und auf diese Art mit apologetischer Absicht, die angeblichen „Leistungen“ führender Monopolvertreter bei der Organisierung und Führung der faschistischen Kriegswirtschaft herauszukehren. Hans Kehrl, Chef des erwähnten Planungsamtes, stellt in seinen 1973 erschienenen Memoiren (Kehrl, Hans, Krisenmanager im Dritten Reich, 6 Jahre Frieden - 6 Jahre Krieg, Erinnerungen, Düsseldorf 1973) unter gehührender Hervorhebung der eigenen Mitwirkung die Behauptung von der Möglichkeit der Durchführung eines umfassenden Programms zur Erzeugung landwirtschaftlicher Maschinen und Fahrzeuge auf, zu dessen Erstellung er den Staatssekretär Riecke ermuntert habe und das um die Jahreswende 1944/45 begonnen worden sei. Ebenda, S. 422.

„Bei unserer Organisation und unseren Möglichkeiten können wir jetzt (Jahreswende 1944/45, J.L.) mit unserer angeschlagenen Industrie in vier Wochen mehr für die Landwirtschaft der Zukunft erzeugen, als es uns nach der Kapitulation in einem halben oder ganzen Jahr möglich sein wird. Denn ob und was wir dann produzieren können, steht ganz dahin. Kapazitäts-, rohstoff- und arbeitseinsatzmäßig würde selbst ein großes Programm jetzt noch immer schnell über die Bühne zu bringen sein.“

Sowohl im Datum als auch hinsichtlich des Umfangs der Aktion gehen Kehrls Behauptungen an den Realitäten vorbei, wie ein von ihm unterzeichnetes Schreiben beweist:

„Leiter des Planungsamtes
Pla. 00210 306/2.III.45 g

2. März 1945

Geheim

Betr. Bereitstellung von Kohle, Strom und Gas für die „Sonderaktion Landwerkzeuge“ sowie für Landmaschinen-Reparaturwerkstätten und Landschmieden.

Das Ausfallen ernährungswirtschaftlicher Überschussgebiete im Osten macht den rechtzeitigen und ausreichenden Einsatz von Landmaschinen in den übrigen Gebieten des Reiches dringend erforderlich. Zu diesem Zweck wurde eine Vereinbarung mit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft als „Sonderaktion Landwerkzeuge“ ein besonderes außerordentlich knapp gehaltenes Programm festgelegt, das unbedingt durchgeführt werden muß, wenn die Ernährung des deutschen Volkes auch im laufenden Jahr einigermaßen sichergestellt sein soll.“

Es folgen Details des Programms (ZStA, REM, Nr.1595/1, Bl. 148)

Vgl. auch Anm. 9

- 11) ZStA, REM, Nr. 1941, Bl. 129 f, Backe am 20.8.42 an Speer, „Ich darf Sie daran erinnern, daß der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz und Sie selbst wiederholt Klagen darüber geführt haben, daß infolge nicht ausreichender Rationssätze die Arbeitsleistung der werktätigen Bevölkerung unzureichend sei. Alle Maßnahmen zur Steigerung der Kohleerzeugung, der Eisenerzeugung, der Erhöhung der Rüstungsprogramme usw. haben eine ausreichende Ernährung der Bevölkerung zur Voraussetzung. Die Sicherstellung dieser Ernährung steht und fällt mit der Versorgung der Landwirtschaft mit Maschinen, Geräten, Kleinisenzeug usw.“

Argumente über die Stellung der Landwirtschaft im Gefüge der faschistischen Kriegswirtschaft, die bei den sich in den folgenden Jahren ständig neu ergebenden Divergenzen über die Eisenkontingente in modifizierter, jedoch im Kern unveränderter Form Anwendung und in der Argumentation Berücksichtigung fanden. Dem damals bereits vorgebrachten Hinweis auf die beschränkte Kapazität der Landmaschinenindustrie begegnete Backe mit einer Stellungnahme des Bevollmächtigten für die Maschinenproduktion Karl Lange, der zu diesem Zeitpunkt die Verarbeitung des von der Landwirtschaft geforderten Eisen- und Stahlkontingentes noch garantieren zu können glaubte.¹²⁾ Wie die eingangs angeführten Zahlen für das gesamte Reich belegen, nahmen die Einschränkungen in Abhängigkeit vom Verlauf des Krieges und der damit verbundenen verstärkten Rüstung ständig zu.¹³⁾

Auch auf bestimmten Einzelgebieten wurde mit allen Mitteln versucht, die Ausgaben einzuschränken. Ende März 1944 forderte der Reichsbauernführer beim Reichsfinanzminister folgende Mittel für Generatorgasschlepper an:¹⁴⁾

12) Ebenda, Bl. 132. Der Bevollmächtigte für die Maschinenproduktion an den Reichsernährungsminister am 19.8.42, „Unter Bezugnahme auf die telephonische Anfrage bestätige ich, daß die deutsche Landmaschinenindustrie in der Lage ist, die vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft für das 4. Quartal geforderten 150.000 to Eisen und Stahl zu verarbeiten, weil der starke Abzug von Facharbeitskräften in der letzten Zeit in großem Umfange durch Zuweisung ausländischer Arbeitskräfte ausgeglichen werden konnte. Hünzu kommt, daß durch Rationalisierungsmaßnahmen, insbesondere durch die Streichung zahlreicher Typen die Leistungsfähigkeit der einzelnen Werke erheblich gestiegen ist.“

13) ZStA, REM, Nr. 1582, Vermerk über eine Sitzung am 2.3.43 im Munitionsmünisterium über die Eisenkontingente unter Vorsitz von Speer.

Auch ebenda, Nr. 1595/1, Backe an Speer am 21.10.43, „Für die Versorgung des Reichsgebietes mit neuen Landmaschinen steht mir für das IV. Quartal 1943 nur noch ein Eisenkontingent von 23.500 to zur Verfügung, das bedeutet gegenüber dem Stand von 1938 eine Kürzung von etwa 75 %.“

14) Vgl. zum gesamten Vorgang ZStA, REM, Nr. 1588, Bl. 161, 166, 167, 172, 173

| | |
|---|-------------------|
| Neubeschaffung | 13.750.000 RM |
| Umstellung | 25.000.000 RM |
| Beihilfe für die Beschaffung von Einsatzschleppern | <u>690.000 RM</u> |
| | 39.440.000 RM |

Bewilligt wurden jedoch nur 10.330.000 RM, die bereits im September 1944 fast verbraucht waren, was zu einem neuerlichen Gesuch nach der Nachbewilligung von 6.000.000 RM führte. Trotz der neuerlichen Zahlung konnten insgesamt nur ca. 45 % des Mindestbedarfes befriedigt werden.

Neben der ungenügenden Bereitstellung von Landmaschinen ergaben sich ähnliche oder gleichgelagerte Probleme bei Handgeräten und Kleineisenwaren des landwirtschaftlichen Bedarfs. Von 1942 an mußte das Reichsernährungsministerium ständig zunehmende Klagen aus den Landesbauernschaften über ernsthaften Mangel an Geräten zur Kenntnis nehmen.¹⁵⁾ Bemühungen, hier wenigstens teilweise Abhilfe durch Abgaben aus dem Landmaschinenkontingent zu schaffen, wurden durch die laufenden Kontingentskürzungen wiederholt zu nichte gemacht. Bei den Überlegungen zur Umverlagerung eines Teils des Landmaschinen-Rohstoffkontingentes auf die Handgeräteproduktion ließ man sich sowohl von den nicht zu übersehenden Notwendigkeiten als auch von den breiteren Einsatzmöglichkeiten in Mittel- und Kleinbetrieben leiten. Einhergehend mit der zunehmend geringeren Anwendung von Maschinen bedeutete die breitere Anwendung von Handgeräten nicht nur eine Stagnation, sondern einen Rückschritt in der Anwendung der Agrartechnik in der deutschen Landwirtschaft.

Einen Einblick in die Situation auf diesem Gebiet um die Jahreswende 1942/43 erlauben folgende Angaben:

Tabelle 5

15) ZStA, REM, Nr. 1582, Bl. 124 - 144, u.a. Reichsbauernführer an Reichsernährungsministerium am 20.4.43, „Die Versorgung der Landwirtschaft mit obigen Waren (Kleineisenwaren und Handgeräte, J.L.) ist in den letzten Monaten ständig schlechter geworden. Das hat bei einzelnen Betrieben teilweise schon katastrophale Auswirkungen gebracht.“

Das in allen Positionen zu konstatierende Zurückbleiben der Fertigung hinter der Materialzuteilung belegt auch für einen relativ frühen Zeitpunkt die oben getroffene Feststellung hinsichtlich der Diskrepanz zwischen Kontingent und Produktion. Es gibt keine Anhaltspunkte für die Annahme, daß sich die Situation in den Folgejahren in positiver Hinsicht veränderte.

Als Reaktion auf die bereits Anfang 1942 erkennbaren verstärkten Mangelercheinungen war Ende Mai ein Sonderausschuß „Ernährungswirtschaftliches Gerät“ gebildet worden, für den Speers Munitionsministerium verantwortlich zeichnete, was die zuständigen Stellen des Reichsernährungsministeriums zu voreiligen optimistischen Schlüssen hinsichtlich der Möglichkeiten der Bedarfsdeckung der Landwirtschaft verleitete.¹⁶⁾ Zwei Jahre später mußte Backes Experte Prof. Woermann auf der 57. Tagung der Zentralen Planung am 18. Mai 1944 feststellen:

„Ein ausgesprochener Mangel herrscht an Handgeräten, namentlich an Sensen, Spaten, Gabeln, Hacken, die gerade bei der Hackfruchtpflege unentbehrlich sind.“¹⁷⁾ Und nicht nur auf die hier genannten Geräte war das Fehlen beschränkt.

Die Belastungen und zum Teil weitreichende Konsequenzen, die sich für die landwirtschaftliche Produktion aus der ungenügenden Bereitstellung nur eines Produktes ergeben konnten, sollen am Beispiel der Milchkannenproduktion erläutert werden.¹⁸⁾

-
- 16) ZStA, REM, Nr. 2049, Bl. 168, Leiter der Abteilung II C 7 am 21.5.42, „Der Leiter dieses Sonderausschusses erhält außerordentliche Vollmachten, um den Bedarf der Landwirtschaft an ernährungswirtschaftlichem Gerät sicherzustellen. ... Damit ist die Initiative in dieser für die Landwirtschaft außerordentlich wichtigen Frage auf das Munitionsministerium übergegangen, so daß die Hoffnung auf ein nigermaßen ausreichende Versorgung besteht.“
- 17) ZStA, Fall XI, Nr. 411, Dol. R-124, S. 202, Referat von Prof. Woermann „Die Ernährungslage und die Produktionsleistungen der deutschen Landwirtschaft“
- 18) Das gesamte Material findet sich ZStA, REM, Nr. 1595/6, Bl. 18 ff.
Die Relevanz dieses Beispiels ergibt sich auch daraus, daß Backe in seiner Rede am 6.2.43 in Posen u.a. den Mangel an Milchkannen als brennendes Problem bezeichnete (ZStA, Fall XI, Nr. 391, ADB 105, Dok. PS-914, S. 40)

Bei der unter der Bezeichnung „Fettlücke“ bekannten absoluten Unterversorgung an Speisefetten kam der Steigerung und restlosen Erfassung der Milchproduktion im Rahmen des Ernährungsgefüges besondere Bedeutung zu. Ohne eine genügende Anzahl von Milchkannen waren bei der damaligen Melktechnik eine Erfassung der Milch und ihre Ablieferung an die Molkereien nicht durchzuführen.

Bereits für den Zeitraum Januar 1941 bis Januar 1942 waren 1.510.149 Bedarfsscheine für Milchkannen durch den Reichsnährstand ausgestellt worden, denen eine Produktion von 1.183.875 Kannen gegenüberstand, was eine Differenz von 326.296 Kannen ergab. Anfang Februar 1942 war der Rückstand bereits auf ca. 500.000 Kannen angewachsen. Dieser Umstand veranlaßte den Leiter der zuständigen Hauptvereinigung am 2. Februar 1942 zu der Mitteilung an das Reichsernährungsministerium: „Alle Bemühungen des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau sowie auch der Hauptvereinigung der deutschen Milch- und Fettwirtschaft, eine Besserung der Versorgungslage herbeizuführen, sind leider ohne Erfolg geblieben. Meine Befürchtungen, in der Zeit der Milchschwemme auf Grund des Milchkannenmangels das Aufkommen nicht restlos erfassen zu können, werden sich in diesem Jahr erfüllen.“ Ende August 1942 betrug das Defizit bereits 894.703 Milchkannen.

Eine Steigerung der Produktion von Kannen durch Heranziehung neuer Firmen wurde durch die im Kartell des Milchkannenverbandes zusammengeschlossenen Firmen erfolgreich hintertrieben, wie das Reichsamt für Wirtschaftsausbau am 6. Oktober 1942 dem Reichsernährungsministerium mitteilen mußte.

Zusätzliche Abgänge aus der ohnehin schon unzureichenden Produktion ergaben sich aus Beschlagnahmen durch Dienststellen der faschistischen Partei, der Feuerwehr, der Polizei und der Waffen-SS bei den produzierenden Firmen, um die Kannen bei Luftangriffen und Katastrophenfällen für Essentransporte und Trinkwasser zu benutzen oder, wie durch die SS, im berüchtigten Konzentrationslager „Dora“ einzusetzen.

Auf Anordnung Speers vom 14. Dezember 1943 wurden Milch-

kannenbleche auch für die Notabdeckung bombenbeschädigter Häuser verwendet.

Derartige Eingriffe und die durch Qualitätsmängel beim Material von sechs auf zwei Jahre gesenkte Lebensdauer der Kannen reduzierten die Zahl der tatsächlich der Landwirtschaft zur Verfügung gestellten Kannen bzw. schufen bald neuen Bedarf.

Anfang August 1944 wurde der Hauptausschuß Eisen-, Blech- und Metallwaren wegen des erneuten Abfalls der Produktion noch einmal bei Speer vorstellig und verwies nach Herausstellung der Bedeutung der Milchkannenproduktion für die Fettversorgung auf die Ursachen des Produktionsabfalls:

- nie ausreichende Materialzuteilung
- lange Lieferzeiten bei Blechen
- Entzug von Fachkräften
- nicht erfolgte Zuführung zugesagter Arbeitskräfte.

Alle diese Hemmnisse ergaben sich direkt aus den Folgen des Krieges durch Vorrang der Rüstungsproduktion und Einziehungen zur Wehrmacht. Selbst eine so zentrale Aufgabe wie die Fettversorgung der Wehrmacht und der Bevölkerung konnten auf diesem Gebiet eine positive Veränderung nicht bewirken.

Tabelle 6

Gelang es auch, die Produktion im wesentlichen zum Versand zu bringen, wobei die prekäre Transportlage zu beachten bleibt, so signalisiert der schwankende Auftragsbestand eindeutig einen Mehrbedarf, der nicht befriedigt werden konnte. Die Aufträge an die Industrie waren zudem auf Grund des bestehenden Zuteilungssystems von vornherein bereits gesteuert. Unter Berücksichtigung der jahreszeitlich bedingten Schwerpunkte der Produktion ist jedoch das deutliche Absinken der Fertigung 1944 nicht zu übersehen.

Die Beschränkungen in der Produktionskapazität, der Bereitstellung von Rohstoffen und im Einsatz dringend benötigter Arbeitskräfte führte zu den angeführten Reduzierungen bei der Neufertigung. Die geringe Anzahl von Maschinen insgesamt hatte zwangsläufig die höhere Belastung des vorhande-

nen Maschinenparks zur Folge. Die intensivere Nutzung der vorhandenen Technik brachte einen erheblich gesteigerten Verschleiß mit sich, der durch zum Teil unsachgemäße Bedienung durch Nichtfachkräfte und durch Sabotage von Zwangsarbeitern noch erhöht wurde.

Diese allen Verantwortlichen bekannten Umstände und die Tatsache, daß auch in Zukunft mit einer Steigerung bei der Neufertigung von Landmaschinen auf keinen Fall gerechnet werden konnte, mußte zu Grundsatzentscheidungen hinsichtlich der Nutzung der beschränkten Ressourcen für die Neufertigung bzw. die Ersatzteilerzeugung führen. Bei ständigem Rückgang der Neuproduktion kam einer stabilen Ersatzteilversorgung und entsprechender Reparaturkapazität zunehmend wachsende Bedeutung zu.

Bereits Ende 1941 wurde der Bevollmächtigte für Maschinenproduktion durch Göring zum Sonderbeauftragten für das Reparaturwesen in der Landwirtschaft eingesetzt und gleichzeitig die Entziehung von Arbeitskräften aus Reparaturbetrieben untersagt, den Ersatzteilerstellern und dem Reparaturhandwerk höhere Materialkontingente zugeteilt und grundsätzlich der Ersatzteilerzeugung der Vorrang vor der Neuproduktion eingeräumt.¹⁹⁾ Speer erklärte im April 1942 laut Führeranweisung die Gleichstellung des landwirtschaftlichen Reparatur- und Ersatzteilbedarfs mit der Rüstung und bekundete sein persönliches Engagement in dieser Hinsicht.²⁰⁾

Alle organisatorischen Maßnahmen mußten in ihrer Wirksamkeit abhängig sein von den vorhandenen Ressourcen. Und auf diesem Gebiet zeigten sich bereits frühzeitig die

19) ZStA, REM, Nr. 2049, Bl. 5, Abt. II C 7 am 18.11.41

20) Ebenda, Bl. 172, Speer am 28.4.42 an Gruppenführer Pondorf, „Sie werden aus dieser Anordnung ersehen, daß mir die Sicherstellung der Reparaturen ganz besonders am Herzen liegt. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß sich die Zusagen für diese Aufgabengebiete nach der Eisen- und Stahlerzeugung richten müssen. Ich glaube aber, daß durch diese Anordnung des Führers alles getan ist, was nach Lage der Dinge für die Sicherstellung des Ersatzteilbedarfs geschehen kann.“

Grenzen der Möglichkeiten, die im Verlaufe des Krieges immer enger gezogen werden mußten. Am 17. Juli 1942 teilte der Vorsitzende des Sonderausschusses Ernährungswirtschaftliches Gerät Backe u.a. mit: „Die Versorgung der Landwirtschaft mit Geräten und Maschinenersatzteilen wird immer schwieriger und gibt zu den allergrößten Befürchtungen Anlaß. ... Soeben erhalte ich vom Hauptausschuß IV „Allgemeines Wehrmachtsgeschütz“ das ... beigelegte Schreiben, wonach mit einer weiteren Kürzung der Kontingente zugunsten der Schwerpunktprogramme gerechnet werden muß. Jegliche angebahnte Leistungssteigerung in den mir unterstehenden Betrieben wird dadurch illusorisch.“²¹⁾

Die Priorität der Ersatzteilmontage vor der Neuproduktion wurde von Backe wiederholt betont.²²⁾

Die sich ständig komplizierter gestaltende Rohstofflage führte 1944 zu Anordnungen, die die Bereitstellung von Ersatzteilen für viele Maschinen, z.B. Mähbinder, Düngestreuer und Pflüge, nur gegen Abgabe der verbrauchten Teile erlaubte.²³⁾ Selbst unter dieser Voraussetzung war ein direkter Austausch nicht möglich, so daß viele Maschinen zeitweilig außer Betrieb gesetzt werden mußten. Für die Nichtbeachtung der Abgabepflicht wurden Strafen angedroht.

Die Wirksamkeit der eingeleiteten Maßnahmen konnte einzig und allein daran gemessen werden, was der landwirtschaftlichen Produktion tatsächlich an Maschinen, Geräten, Ersatzteilen und Reparaturkapazität zur Verfügung gestellt wurde. Das Berichtswesen des Reichsnährstandes und des Reichsernährungsministeriums bietet genügend Material, um sich ein Bild von der realen Situation zu machen.

Bereits in den ersten Kriegsmonaten mußte Darré eingestehen, daß bei den der Landwirtschaft zur Verfügung

21) ZStA, REM, Nr. 1941, Bl. 77, Gapp an Backe am 17.7.42

22) ZStA, REM, Nr. 1595/1, Bl. 68, Backe an Speer am 21.10.43, Bl. 25, Backe an die Zentrale Planung am 13.4.44

23) Anordnung I/44 des Bevollmächtigten für Maschinenproduktion vom 31.10.44, vgl. NS-Landpost, Nr. 47, 17.11.44

stehenden Rohstoffmengen eine Aufrechterhaltung der Landmaschinenproduktion nicht denkbar sei, geschweige denn die durch Abzug von Menschen und Pferden bedingte notwendige Steigerung der Produktion von Maschinen. Auch Geräte und Handgeräte waren bereits zu diesem Zeitpunkt kaum noch zu beschaffen. Die zugeteilten Eisen- und Stahlkontingente reichten in keiner Weise aus, den auf acht Milliarden Reichsmark geschätzten Maschinenpark der Landwirtschaft instandzuhalten.²⁴⁾

Die Berichte der Landesbauernschaften klagten bereits 1942 regelmäßig über fehlenden Treibstoff, ungenügende Bereitstellung von Ersatzmaschinen, fehlende Ersatzteile und Reparaturkapazität und ähnliches. Summarisch und typisch war eine Stellungnahme in einer Zusammenfassung der Vierteljahresberichte der Landesbauernschaften, die am 1. April 1943 abgeschlossen wurde.²⁵⁾ Dort hieß es: „Sämtliche Berichte bemängeln wieder stark die völlig unzureichenden Beschaffungsmöglichkeiten der notwendigen Hilfsmittel für die Fortführung des landwirtschaftlichen Betriebs wie Handgeräte, Ersatzteile, Koppeldraht, Holz, Dachpappe, Teer, Geschirrleder, Eimer, Töpfe, Radreifen, Zugketten, Ochsenhufeisen, Schrauben und besonders Nägel. Es wird wieder darauf hingewiesen, daß dies starke Verärgerung in der landwirtschaftlichen Bevölkerung hervorruft. ... Infolge Mangels an Fachkräften werden die Verhältnisse in den Instandsetzungswerkstätten immer schwieriger. ... Der Schaden, der durch die unzureichende Zuteilung entsteht, kann nicht mehr länger verantwortet werden. Wenn der Landwirtschaft eine entscheidende Rolle in der weiteren Kriegsführung zugesprochen werde, so müsse ihr auch das notwendige Rüstzeug zuerkannt werden.“

Die Lage verschärfte sich unter den Bedingungen des Zusammenbruches an den Fronten unter den Schlägen der

24) ZStA, Fall XI, Nr. 392, ADB 106, Dok. NG-453, S. 43 ff, Denkschrift Darrés: Aufgaben der Produktion in der Landwirtschaft im Kriege, 27.11.39

25) ZStA, REM, Nr. 2009, Bl. 212 f.

Armeen der Anti-Hitlerkoalition immer mehr. Für die letzten Kriegsmonate steht uns eine regionale Quelle zur Verfügung, die für den Bereich der Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt u.a. die Lage auf dem Gebiet der Landmaschinen und landwirtschaftlichen Geräte zeitlich bis fast zur Befreiung vom Faschismus dokumentiert.²⁶⁾ Lagebericht in der Landwirtschaft in der Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt für Juli 1944: „Der gesamte Wagenpark der Landwirtschaft ist außerordentlich heruntergewirtschaftet, so daß ein Ausweichen auf die Nachharschaftshilfe in der Ernte vielfach nicht mehr möglich ist, infolgedessen bleibt die Versorgung mit Eisen ein ernstes Problem. ... Die Verknappung an Landmaschinen und Geräten aller Art hat weiter zugenommen. Schwierigkeiten bei der diesjährigen Ernte werden nicht ausbleiben, wenn auch versucht wird, durch Beschlagnahme von Maschinen auf Grund des Reichleistungsgesetzes Abhilfe zu schaffen. ... Im übrigen bestehen die bereits mehrfach erwähnten Schwierigkeiten unverändert fort.“ August 1944: „Die Landmaschinenbeschaffung sowie die Lieferung von Ersatzteilen für Maschinen und Geräte hat sich weiterhin beträchtlich verschlechtert.“ September 1944: „Die immer umfangreicheren Fliegerschäden in landwirtschaftlichen Betrieben können bei der geringen Zahl verfügbarer Maschinen nicht mehr ausgeglichen werden. ... Ein vom Reichsbauernführer im Mai erhaltenes Maschinenkontingent ist z.T. jetzt noch nicht den Händlern übergeben.“ Dezember 1944: „Nur geringe Fortschritte machte der Schlepperumbau. Infolge der sehr umfangreichen Fliegerschäden hat sich die Lage hinsichtlich der Beschaffung von Landmaschinen weiterhin verschlechtert, zumal die Firma Lanz, die bei einigen Maschinengattungen bis zu 90 % als Lieferfirma in Frage kommt, ausgefallen ist.“

Für das gleiche Territorium existieren zwei agrar- und

26) StAM, Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt, Nr. 241, Bl. 21 ff., Lageberichte der Landwirtschaft, Landeshauptabteilung II, für Juli, August, September und Dezember 1944

ernährungspolitische Lageberichte vom Januar und März 1945.²⁷⁾ Im Januarbericht war zu lesen: „Die Nachfrage nach Landmaschinen aller Art wächst in gleichem Ausmaß wie die Schwierigkeiten hinsichtlich ihrer Zuteilung. Es kann nur ein Bruchteil der dringendsten Anträge gedeckt werden. Da sich freiwillige Nachbarschaftshilfe schwer durchführen läßt, wird den Empfängern neuer Maschinen die Auflage gemacht, die Maschinen auch für Gemeinschaftshilfe zur Verfügung zu stellen. ... Um den in der Kreisbauernschaft Merseburg (von Luftangriffen, J.L.) besonders stark betroffenen Gemeinden einigermaßen zu helfen, ist beabsichtigt, Genossenschaften zu bilden und diese mit großen Maschinen auszurüsten. Aber auch hier fehlen zur Zeit die Großdreschmaschinen, von denen im letzten Quartal überhaupt nur zwei Stück zugeteilt sind. Der Einsatz von Arbeitskräften für das Landmaschinenreparaturhandwerk konnte noch nicht erfolgen, da sich trotz aller Bemühungen die neuen Arbeitsstellen von den Innungen noch nicht in Erfahrung bringen ließen.“ Schließlich wird im Märzbericht festgestellt: „Die Versorgung der Landwirtschaft mit Maschinen, Ersatzteilen und Betriebsmitteln hat sich besonders infolge der Transportschwierigkeiten bzw. Nichtbeförderungen der Bahn weiterhin verschlechtert. Bei Bindemähern, Pferderechen und Schwadenwender erfolgen überhaupt keine Zuteilungen mehr. ... Bei dem Einsatz für Notfälle und für Wehrmatterszwecke leiden die Schlepper bedeutend mehr als bei Ackerarbeiten. So sind durch die Soforthilfe für Magdeburg bisher 20 Schlepper ausgefallen, da auch kaum Reparaturmöglichkeiten bestehen.“

Die Tendenz der Aussagen dieser regionalen Quellen wurde bestätigt in einer Anordnung des Leiters der faschistischen Parteikanzlei Bormann vom Januar 1945.²⁸⁾ Hier findet sich als Begründung für besondere Schutzbestimmungen für Arbeits-

27) StAM, Oberpräsidium der Provinz Sachsen zu Magdeburg, Nr. 2267, Bd. IV, Bl. 92 ff., Lagebericht Nr. 40 vom 5.1.45, Bl. 96 ff., Lagebericht Nr. 41 vom 5.3.45.

28) ZStA, REM, Nr. 1595/1, Bl. 144, Anordnung 33/45 des Leiters der Parteikanzlei vom 28.1.45, Betr. Schutz des Landmaschinen-Reparatur- und Ersatzteildienstes.

kräfte der Landmaschinen-Reparaturwerkstätten und Produktionsstätten von Landmaschinen-Ersatzteilen, sie wurden u.a. von der Einberufung zum Volkssturm befreit, die Feststellung, daß die Kriegseignisse dazu zwangen, die Landmaschinenproduktion um 85 % zu drosseln.

Die Forderungen der faschistischen Agrarpolitiker nach weiterer Produktion von Landmaschinen während des Krieges oder zumindest Erhaltung des vorhandenen Maschinenparks wurden mit eindrucksvollen Zahlen hinsichtlich der Möglichkeiten zur Steigerung der Arbeitsproduktivität zu untermauern versucht.²⁹⁾ Doch selbst überzeugende Argumente konnten dort keine Wirkung erzielen, wo die elementaren Voraussetzungen fehlten, Schritte einzuleiten, die einen auch für die faschistischen Machthaber wichtigen ökonomischen Sektor in seiner Produktion hätten stärken können. Backe brachte die Hintergründe für diese Situation 1944 auf folgende Formel: „Die für den Maschinenbau notwendigen Rohstoffe gehören vorrangig der Rüstung, und so müssen wir uns mit dem bescheiden, was die Front nicht braucht.“³⁰⁾ Bei den sich mehrenden Niederlagen brauchte die Front alles. Bereits Anfang 1943, als das ganze Ausmaß der Einschränkungen, sowohl hinsichtlich der Neuproduktion als auch bei der Ersatzteilherstellung, noch nicht abzusehen war, sah sich Backe in einer Rede vor den Reichs- und Gauleitern der faschistischen Partei gezwungen darauf hinzuweisen, daß alles, was in Zukunft an Maschinen und Geräten noch zu erwarten sei, nicht produktionsentscheidend sein könnte.³¹⁾

Alle angeführten Einzelaussagen finden ihre umfassende Bestätigung in den Zahlen der Entwicklung der Eisenkontingente für die Landwirtschaft während des Krieges.

29) So gab Prof. Woermann im Auftrage Backes auf der 39. Sitzung der Zentralen Planung am 23. April 1943 eine Einsparungsmöglichkeit von 300 bis 400 Stunden im landwirtschaftlichen Betrieb an durch eine Maschine, für deren Herstellung 100 Arbeitsstunden erforderlich seien (ZStA, Fall XI, Nr. 411, Dok. R 124, Bl. 136 f., Referat Woermann, Anlage zur 39. Sitzung der Zentralen Planung am 23.4.43)

30) DAP, Heft 4/5, 1944, S. 107, Backe, Herbert, Die Erzeugungsschlacht im fünften Kriegsjahr

31) ZStA, Fall XI, Nr. 391, ADB 105, Dok. PS - 914, S. 40, Rede Backes vor Reichs- und Gauleitern der NSDAP am 6.2.43 in Posen.

Tabelle 7

Der laufende Abbau der Kontingente wurde unterbrochen durch eine gewisse Aufstockung im Rahmen der Vorbereitung und der ersten Phase des Überfalls auf die Sowjetunion, um für deren umfassende Ausplünderung auch landwirtschaftstechnisch gewappnet zu sein. Diese Entwicklung endete 1942 und mündete in den permanenten Abbau bis Ende 1944, der sich 1945 mit Sicherheit fortsetzen mußte. Ende 1944 stand noch ein knappes Drittel der Mengen von 1939 zur Verfügung. In diesem Zusammenhang muß bei der Bewertung die Tatsache der erhöhten Belastung und des daraus resultierenden höheren Verschleißes unbedingt berücksichtigt werden.

Eine ähnliche Entwicklung weist das Ende 1942 eingeführte Handelskontingent auf.

Tabelle A

Hier fällt die uneinheitliche, aber insgesamt sinkende Zuteilung, besonders aber der deutliche Abbau Ende 1944 auf.

Den unmittelbaren Auswirkungen der verminderten Produktion versuchte die verantwortliche Agrarführung durch oktroyierte Nachbarschafts- oder Gemeinschaftshilfe, die zwangsweise Bildung von Maschinengemeinschaften und auf dem Gebiet der Zugkraft durch das Ausweichen auf tierische Zugkraft zu entgegen.³²⁾ Vor allem aber wurde ein Rückgriff auf die in

32) Letztere Auffassung findet sich auch in Effects, a.a.O., S. 133,

Vgl. auch Statistisches Handbuch, a.a.O., S. 190, Der Pferdebestand entwickelte sich im Kriege folgendermaßen:

| Jahr | Gesamt | unter 3 Jahre alt | über 3 Jahre alt |
|------|-----------|-------------------|------------------|
| 1939 | 3.023.000 | 719.000 | 2.304.000 |
| 1940 | 3.093.000 | 707.000 | 2.386.000 |
| 1941 | 3.125.000 | 713.000 | 2.412.000 |
| 1942 | 3.096.000 | 716.000 | 2.380.000 |
| 1943 | 3.142.000 | 759.000 | 2.383.000 |

Bei Bullen, Stieren, Ochsen (letztere als Zugtiere ebenfalls besonders geeignet) entwickelte sich der Bestand in dieser Weise:

(Folge s.n.S.)

höchster Weise intensivierte Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft durch alle Arten der Handarbeit vorgenommen. Dieser „Ausweg“ ergab sich vor allem durch die massenhafte Beschäftigung von ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen auch in der deutschen Landwirtschaft, wemngleich von der erhöhten Arbeitsbelastung die Masse der deutschen Werktätigen ebenfalls betroffen wurde.

Die entscheidenden Einbußen, die das technische Potential der Landwirtschaft durch Verminderung der Ausstattung, Veralterung wegen fehlender laufender Zufuhr und erheblich gesteigertem Verschleiß erlitt, wurden in voller Breite erst langfristig und damit im wesentlichen nach der Befreiung vom Faschismus wirksam.

In der Studie Rieckes finden sich folgende Behauptungen: „Landmaschinen und Geräte wurden bis zum Jahre 1943 noch in großem Umfange hergestellt. ... Die Ersatzteilherstellung für die in der Landwirtschaft vorhandenen Maschinen konnte bis zum Ende des Krieges sichergestellt werden.“³³⁾

Das Ausweichen vor der Nennung konkreter Zahlen, im Gegensatz zu anderen Bereichen, in denen eine vorgeblich positive Bilanz glaubte gezogen werden zu können, darf als bewußte Methode zur Verschleierung der tatsächlichen damaligen Verhältnisse gewertet werden, die natürlich auch Riecke bekannt sein mußte. Durch Verschweigen der Tatsachen oder, wie im Falle der Ersatzteilversorgung durch bewußt falsche Darstellung wird versucht, die historischen Tatbestände mit dem Ziel zu verfälschen, die verantwortlichen Kräfte ihrer Verantwortung zu entheben und die Fiktion einer reibungslos funktionierenden Kriegsernährungswirtschaft auch auf diesem Gebiet aufrechtzuerhalten.

| 32/Folge) | Jahr | Gesamt |
|-----------|------|---------|
| | 1939 | 819.000 |
| | 1940 | 857.000 |
| | 1941 | 860.000 |
| | 1942 | 919.000 |
| | 1943 | 967.000 |

33) Riecke, a.a.O., S. 343

Die bislang bekannten uns vorliegenden Materialien hingegen kennzeichnen die Lage in der vorangehend ausgeführten Weise und belegen überzeugend die gewaltigen Verluste an technischen Produktionsmitteln, die die deutsche Landwirtschaft im Verlaufe und Ergebnis des imperialistischen zweiten Weltkrieges hinnehmen mußte, verbunden mit sofort wirkenden, aber vor allem auch langfristigen Auswirkungen für die Lebensbedingungen der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes während des Krieges und etliche Jahre darüber hinaus.

2.2 Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln

Die im Zusammenhang mit der Kriegsvorbereitung im Rahmen der landwirtschaftlichen „Erzeugungsschlachten“ erzielten Produktionssteigerungen in der deutschen Landwirtschaft standen in engem Zusammenhang mit dem Umfang des möglichen Einsatzes von Betriebsmitteln. Unter diesen Betriebsmitteln kam den Düngemitteln wegen ihrer von der landwirtschaftlichen Nutzfläche des jeweiligen Betriebes relativ unabhängigen Einsatzmöglichkeiten eine besondere Bedeutung zu. Bei den Überlegungen zur Erhaltung und Steigerung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft des faschistischen Deutschlands nahm die Nährstoffversorgung des Bodens durch Düngemittel den ersten Platz noch vor dem Arbeitskräfte- und Zugkräfteeinsatz und der Versorgung mit Maschinen und Geräten ein.

An der Versorgung des Bodens mit den drei wichtigsten Pflanzennährstoffen Stickstoff, Phosphorsäure und Kali waren in den dreißiger Jahren Handelsdünger etwa in einem Verhältnis von 6 : 4 beteiligt. Die erfolgreichen Bemühungen zur Steigerung der Hektarerträge in Vorbereitung auf den Krieg wurde durch intensivierte und erheblich erweiterte Anwendung von Handelsdünger wesentlich beeinflusst. Zur Erhöhung des Handelsdüngereinsatzes wurden verschiedene Regelungen getroffen, deren wesentlichste die 1937 auf Betreiben der Industrie von Göring in seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan dekretierte Herabsetzung der Preise für diese Artikel darstellte.¹⁾ Den Erfolg dieser Bemühungen belegen die Steigerungen des Handelsdüngerverbrauchs. Bezogen auf den Durchschnitt der Jahre 1928/29 bis 1932/33 war bis 1938/39 bei Stickstoff eine Erhöhung des Verbrauchs um 91 %, bei Phosphorsäure um 50 %, bei Kali um 85 % und bei Kalk um 58 % zu verzeichnen.²⁾

Bei der den Handelsdüngemitteln zukommenden Bedeutung nahm die Erörterung der Notwendigkeiten und Möglichkeiten

1) Vgl. Hanau, Arthur / Plate, Roderich, Die deutsche landwirtschaftliche Preis- und Marktpolitik im Zweiten Weltkrieg, Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 28, Stuttgart 1975, S. 21; Zu den gesamtwirtschaftlichen Hintergründen vgl. Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 6, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland 1933 bis 1945, Berlin 1964, S. 122 f.

2) Backe, Herbert, Nahrungsfreiheit, a.a.O., S. 191

der Versorgung der Landwirtschaft mit diesem wichtigen Betriebsmittel im Kriege breiten Raum in Grundsatzdokumenten faschistischer Landwirtschaftspolitik ein. Darré gab bereits gut zwei Monate nach Kriegsausbruch in seiner bereits erwähnten Denkschrift auch für die Situation auf dem Gebiet der Düngerwirtschaft eine umfassende Einschätzung der Lage.³⁾ Während er die verfügbare Erzeugung von Kali und Kalk für ausreichend hielt, beurteilte er die Lage bei Phosphorsäure kritischer. Hier hatte bereits vor dem Kriege eine Einfuhrabhängigkeit bestanden und aus eigener Produktion war im Grunde nur das beim Hochofenprozeß anfallende Thomasmehl verfügbar. Unter den konkreten Außenhandelsbedingungen und wegen der Beschlagnahme der vorhandenen Rohphosphatebestände für Zwecke der faschistischen Wehrmacht nahm er eine Versorgungsmöglichkeit von 50 - 60 % bei Phosphorsäuredünger für das Jahr 1940 an. Wegen der Langzeitwirkung dieses Düngers glaubte man, befangen in Blitzkriegsvorstellungen, eine solch zeitweilige Reduzierung für relativ kurze Zeiträume in Kauf nehmen und überbrücken zu können. Anders war die Lage bei Stickstoffdünger, dessen Anwendung im Rahmen der „Erzeugungsschlachten“ in Vorbereitung auf den Krieg besonders stark gesteigert worden war. Er wirkte unmittelbar und war besonders wichtig für die Ernten bei Hackfrüchten, auf dem Grünland und beim Zwischenfruchtanbau, also bei Kulturen, denen unter den Bedingungen des Krieges erhöhte Bedeutung zukam. Von den Experten des Reichsnährstandes war allenfalls eine Einbuße von 10 - 12 % angenommen worden. Bereits im ersten Kriegsmonat aber erhob die Wehrmacht Anspruch auf erhebliche Teile des zur Kaliumstickstoffproduktion unbedingt benötigten Karbids. Erst im Oktober wurde dem zuständigen Reichsminister die Tatsache der Aufstellung eines neuen Sprengstoffprogramms bekannt, das einen Rückgang des Stickstoffverbrauchs im ersten Kriegsjahr auf 75 % und im zweiten Kriegsjahr auf gut die Hälfte des Verbrauchs von 1938/39 zur Folge haben mußte. Dies alles erfolgte, nachdem in den Jahren der Kriegsvorbereitung „bei jeder Anfrage, ob es etwa notwendig wäre, Stick-

3) Vgl. dazu und für das folgende ZStA, Fall XI, Nr. 392, ADB 106, Dok. NG-453, S. 32 ff., Denkschrift Darrés vom 27.11.1939 „Die Aufgaben der Produktion der Landwirtschaft im Kriege“

stoff für den Fall eines Krieges auf Lager zu nehmen, geantwortet worden (war), daß diese Notwendigkeit nicht bestehe, da genügend Produktions-Kapazitäten vorhanden seien.⁴⁾ Bei dieser Sachlage forderte der Reichsernährungsminister den Bau neuer Stickstoffwerke und untersagte die bislang erfolgte jährliche Ausfuhr von 60 000 t zugunsten einer Vorratsbildung. Seine Forderungen motivierte er mit dem Hinweis darauf, „daß eine Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion und damit der deutschen Ernährung bei einem Rückgang der Stickstofflieferungen selbst nur um 10 - 15 % nicht durchzuführen ist.“⁵⁾ Zur Verdeutlichung der Größenordnungen, um die es sich handelte, wurde festgestellt, „daß ein Ausfall von 100 000 t Stickstoff gleich einem Ausfall von je rd. 1,5 Millionen t Getreidewert (x¹) bedeuten würde.“⁶⁾

Bei den am Schluß der Denkschrift in zwölf Punkten festgehaltenen unabdingbaren Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung einer den Erfordernissen entsprechenden landwirtschaftlichen Produktion fanden sich die Forderungen nach dem Neubau von Stickstoffwerken und der erhöhten Einfuhr von Phosphaten zur Sicherstellung des dringendsten Düngemittelbedarfs an vorderster Stelle.⁷⁾

Mitte Februar 1940 sah sich Backe gezwungen, in einer Sitzung des Generalrates der Wirtschaft die angespannte Versorgungslage bei Handelsdünger mit konkreten Zahlen zu belangen, um auf diese Weise zu versuchen, den Bedarf der Landwirtschaft soweit als irgend möglich sicherzustellen.⁸⁾ In allen drei Düngergruppen zeigten sich erhebliche Rückstände bei der Lieferung der gegenüber dem Düngejahr (x²) 1938/39

4) Ebenda, S. 34

5) Ebenda, S. 35

(x¹) Getreidewert: Einer der möglichen Maßstäbe, der benutzt wird, um die verschiedenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf einen vergleichbaren Nenner zu bringen. Dabei wird das Getreide mit seinem eigentlichen Wert gerechnet, tierische Produkte aber umgerechnet auf die Menge Getreide, die zu ihrer Erzeugung notwendig sind.

6) Ebenda

7) Ebenda, S. 52

8) ZStA, Fall XI, Nr. 392, ADB 106, Dok. NG-1408, S. 103 ff. Ausführungen Backes im Generalrat am 14. Februar 1940, hiernach das Folgende

(x²) Als Düngejahr wurden gerechnet bei Stickstoff 1.6.-31.5., bei Phosphorsäure 1.5.-30.4., bei Kali 16.5.-15.5. und bei Kalk 1.7.-30.6..

schon bedeutend gekürzten Kontingent -. Nach Backes Ausführungen war die Lage bei Stickstoff, vor allem aber bei Phosphorsäure, am kritischsten. Um den mit der Anwendung von Dünger angestrebten Effekt der Ertragserhöhung zu sichern, war die rechtzeitige Bereitstellung und Ausbringung des Düngers von entscheidender Bedeutung. In diesem Zusammenhang machte Backe auf das Transportproblem aufmerksam, auf das Darré ebenfalls hingewiesen hatte. Nach den Unterlagen Backes ergab sich allein für den Zeitraum 27.-31. Januar 1940 folgendes Bild der Bereitstellung von Transportraum:

| Düngersart | zgl.gestellt im \emptyset | Bedarf | Fehlbedarf |
|---------------|-----------------------------|--------|------------|
| Stickstoff | 1.200 | 2.200 | 1.000 |
| Phosphorsäure | 570 | 1.000 | 430 |
| Kali | 1.500 | 2.500 | 1.000 |

Zusammenfassend hieß es für die Situation zu Jahresbeginn 1940: „Die Schwierigkeiten bei der Düngemittelversorgung liegen also nicht bei einer ungenügenden Produktion von Düngemitteln (Phosphorsäure ausgenommen), sondern allein beim Verkehr. Diese Nichtgestellung von Wagen für Düngemittel ist in späteren Monaten nicht mehr nachzuholen und der daraus entstehende Verlust in der Ernte ist ebenfalls unwiederbringlich verloren.“⁹⁾

Zum gleichen Zeitpunkt glaubte Carl Krauch, der Generalbevollmächtigte für Sonderfragen der chemischen Erzeugung von einer „gesicherten Düngemittelversorgung“ sprechen zu können.¹⁰⁾ Als Begründung für eine solche Feststellung führte er an, daß das faschistische Deutschland im Gegensatz zu der Situation im ersten Weltkrieg über eine vergleichsweise umfangreiche Stickstoff- und Kaliindustrie verfüge, zusätzlich noch die Anlagen im okkupierten Polen und in der Tschechoslowakei nutzen könne und aus diesem Grunde „voll und ganz in der Lage (wäre), die deutsche Landwirtschaft mit diesem wichtigsten Pflanzennährstoff zu versorgen.“ Einzig schwacher Punkt sei die Versorgung mit Phosphorsäure, deren Verbrauch auf 50 % des bisherigen Bedarfs kontingentiert werden mußte. Hier aber wäre eine Verbesserung durch handelsvertragliche Lieferungen aus der Sowjetunion zu erwarten. Im

9) Ebenda, S. 108

10) NS-Landpost, 16.2.1940

übrigen sei bei der Langzeitwirkung der Phosphorsäure kaum eine Schwächung der Ernte zu erwarten, zumal durch zusätzliche Gaben von Kalk und Kali als Ausgleich die endgültige Festlegung der Phosphorsäure im Boden verhindert und verzögert werde. Bei Bewältigung der vordringlichen Transportprobleme beantwortete er die Frage nach einer gesicherten Versorgung mit Handelsdüngemitteln eindeutig positiv.

Inwieweit solche optimistischen Prognosen und Feststellungen sich im weiteren Verlauf des Krieges bewahrheiteten bzw. aufrechterhalten ließen, wird im einzelnen noch zu untersuchen sein.

Im April 1943 jedenfalls mußte Backes Fachmann für Fragen der landwirtschaftlichen Erzeugung, Prof. Woermann, auf der 39. Sitzung der Zentralen Planung schon eine ganz andere Beurteilung der Lage geben.¹¹⁾ Konnte bei Kali noch eine praktisch 100 %ige Zuteilung konstatiert werden, die jedoch ebenfalls bereits gefährdet erschien, war die Versorgung mit Phosphorsäure und namentlich mit Stickstoff zunehmend rückläufig. Nach Woermanns Berechnungen ging die Stickstoffversorgung um mehr als ein Drittel zurück, stand bei einem Verbrauch von 24,3 kg Reinstickstoff pro ha im Jahre 1943 gegenüber 35,8 kg pro ha im Jahre 1939 und erreichte damit wieder den Stand von 1936, also vor den erwähnten Preisherabsetzungen. Woermann machte eindringlich auf die verhängnisvollen Folgen weiterer Einschränkungen aufmerksam und verwies auf die wissenschaftlich erwiesene Tatsache, daß bei sinkender Nährstoffzufuhr die Erträge nicht proportional, sondern progressiv sinken würden.

Um bei dem mehr und mehr beschränkten Aufkommen an Handelsdüngern einen für die landwirtschaftliche Produktion optimalen Einsatz zu ermöglichen, waren bereits in der ersten Phase des Krieges Maßnahmen „zur Gewinnung zuverlässiger Unterlagen über den Nährstoffzustand der deutschen Böden durch

11) Vgl. hierzu ZStA, Fall XI, Nr. 411, Dok. R-124, S. 135 f., Referat Prof. Woermann „Die Ernährungslage und die Voraussetzungen zur Erhaltung der Produktionsleistung der deutschen Landwirtschaft“ auf der 39. Sitzung der Zentralen Planung am 23.4.1943

eine systematische Bodenkontrolle angeordnet worden.¹²⁾ 1944 wurde festgestellt, daß „diese im Interesse der Ernährungssicherung liegende, besonders staats- und kriegswichtige Maßnahme sich hinsichtlich einer zweckentsprechenden Lenkung und eines produktiven Einsatzes der während des Krieges nur beschränkt zur Verfügung stehenden mineralischen Düngemittel als überaus wertvoll erwiesen“ hat. Kurze Zeit später wurde der die hierzu benötigten Geräte produzierenden Firma durch das Reichsernährungsministerium bescheinigt, daß „angesichts der schwieriger werdenden Versorgung der Landwirtschaft mit Handelsdüngemitteln ... auch in Zukunft auf die Fortsetzung dieser für die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der deutschen Böden bedeutsamen Sonderaktion“ größter Wert gelegt werden muß.

Über die tatsächlich zur Verfügung stehenden Mengen an Handelsdünger geben die Verbrauchszahlen Auskunft.

Bei Kalidünger (hier enthaltend Kaliröhsalze, Kalifabrikate und Kalifabrikate für Mischdünger) ergab sich folgender Verbrauch:

Tabelle 9

Es zeigt sich ein erheblicher Anstieg des Verbrauchs nach der Preissenkung von 1937, die 1938 voll wirksam wurde. Während des Krieges wurde bis 1942 der Versuch unternommen, durch verstärkten Kalieinsatz den akuten Phosphormangel partiell zu kompensieren, wobei die zur Verfügung stehenden Mengen in den einzelnen Jahren unterschiedlich waren, bis dann nach 1942 ein rasches Abnehmen zu verzeichnen war. Diese Tendenz wurde auch im Hektarverbrauch deutlich.

Tabelle 10

Die Gesamtproduktion erklärte die vom Trend abweichende nochmalige Steigerung im Jahr 1943. Naturgemäß konnte der Bedarf

12) Vgl. hierzu und für das Folgende ZStA, REM, Nr. 2178, Bl. 87, Stellungnahme des REM am 11.5.44; Ebenda, Bl. 88, Stellungnahme des Reichsernährungsministers, ohne Datum; Vgl. auch DAP, 2. Jg., Heft 11/44, S. 341, Agrarpolitische Rundschau, hier Hinweis auf eine Arbeitstagung des Reichsbeirates Ackerbau, die sich vor allem mit der Erhaltung der natürlichen Fruchtbarkeit des Bodens befaßte und bei den beschränkten Möglichkeiten der Versorgung mit zusätzlichen Düngemitteln der Bodenuntersuchung nach den Sekera-Verfahren grundlegende Bedeutung beimaß.

bei Kali, das aus eigener Produktion kam, ebenso wie bei Kalk länger und umfangreicher gedeckt werden als bei Phosphorsäure oder Stickstoff, bei denen man entweder auf Importe angewiesen war oder wo eine erhebliche Konkurrenz der Rüstung bestand.

Bei Kalk (Brandkalk, kohle-saurer Kalk und Scheideschlamm) entwickelte sich die Lage wie folgt:

Tabelle 11

Für diesen Dünger blieben nach den vorhandenen Unterlagen die Kontingente für 1942/43 und 1943/44 auf dem Niveau von 1940/41 und sollten für 1944/45 ca. 60 - 70 % des Kontingents von 1943/44 betragen, da 1944 als neues Bezugsjahr anstelle des bislang verwendeten Jahres 1938/39 für alle Düngergruppen galt. Unter Zugrundelegung dieser Zahlen wäre für das Düngjahr 1944/45 noch ein Kontingent von ungefähr 880.000 t vorgesehen gewesen. Auch hier zeigt sich also bei Kriegsende ein rapider Abfall der Produktion von Kalkdüngemitteln, die, wie bereits erwähnt, aus inländischen Ressourcen gewonnen werden konnten.

Demgegenüber bestand bei Phosphorsäure insofern eine andere Situation, als hier aus inländischer Produktion nur Thomasmehl zur Verfügung stand, ansonsten aber eine absolute Importabhängigkeit bestand. Auf dem Gebiet der Phosphorsäuredüngemittel bot sich folgendes Bild:

Tabelle 12

Der Anstieg im Verbrauch war vor dem Kriege kontinuierlicher, um sofort mit Kriegsbeginn erheblich abzufallen, während des Krieges mit einer Unterbrechung 1942 und 1943 permanent abzusinken und schließlich im letzten Kriegsjahr, abgeschnitten von allen Importen auf einen Tiefstwert zu sinken, der den Erfordernissen auch nicht mehr annähernd entsprach.

Nach den Berechnungen von Woermann für den Hektarverbrauch war das Bild einheitlicher und der Abfall des Verbrauchs gradliniger.

Tabelle 13

Hier wurde die unmittelbar mit Kriegsbeginn einsetzende Verbrauchs-drosselung noch augenscheinlicher.

Unter den Handelsdüngemitteln nahm der Stickstoff (Ammoniakstickstoff, Salpeterstickstoff und Kalkstickstoff; Chile-Salpeter spielte während des Krieges keine Rolle) eine Sonder-

stellung ein, als er sich unmittelbar und schnell wirksam für gezielte Ertragssteigerungen einsetzen ließ. Seine Bedeutung wurde unterstrichen durch den gesteigerten Anbau von Hackfrüchten, besonders aber von Ölpflanzen. Für diese Kulturen mit höchsten Nährstoffträgen war Stickstoffdünger besonders wichtig. Unter Berücksichtigung der mit Stickstoffgaben zu erzielenden Wirkungen hatte der Einsatz dieses Handelsdüngers in den Vorkriegsjahren einen enormen Aufschwung genommen und einen wesentlichen Faktor bei den nicht zu verkennenden Ertragssteigerungen bis 1938/39 gebildet.

Tabelle 14

Die Zahlen belegen die Steigerungen in der Stickstoffanwendung bis 1938/39 und den im Verlauf des Krieges zunehmend geringeren Verbrauch, der zwar bis 1943/44 noch fast an das Niveau von 1935/36 heranreicht, dann aber, bedingt durch die zur Verfügung stehenden geringen Mengen, rapide abnimmt. In der Tendenz ähnliche Werte, jedoch erheblich abweichende Zahlen finden sich in einer anderen Quelle über die deutsche Kriegswirtschaft.

Tabelle 15

Den absoluten Zusammenbruch der Versorgung mit Stickstoffdünger dokumentiert ein Überblick über die Mengen, die der Landwirtschaft vom Januar 1944 bis zum Zusammenbruch des faschistischen Regimes zur Verfügung gestellt werden konnten.

Tabelle 16

Noch plastischer wird das Bild, wenn man die ersten vier Monate der Jahre 1944 und 1945 gegenüberstellt, wobei die auch Anfang 1944 bereits entscheidend reduzierte Produktion zu berücksichtigen bleibt.

Tabelle 17

Der Verbrauch betrug in den ersten vier Monaten 1945 noch ca. 5 Prozent des Verbrauchs im gleichen Zeitraum des Jahres 1944.

Zur Bewertung der Lage ist es erforderlich, im Vergleich den direkten Wehrmachtsverbrauch während des Krieges heranzuziehen, der laufend gesteigert werden konnte.

Tabelle 18

Diese Zahlen belegen eindringlich einmal mehr, in welcher Weise der imperialistische Krieg auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft und damit der Versorgung der Bevölkerung direkt als Konkurrent in Erscheinung trat. Begrenzt wurde der Wehrmachtsverbrauch für Artilleriemunition nur durch die inzwischen mehr und mehr beschränkten Möglichkeiten zur Herstellung von Geschöshülsen. In einer pragmatischen Verfahrensweise wurde dann soviel Stickstoff für die Pulverherstellung verwendet, wie Geschöshülsen vorhanden waren.¹³⁾

Eine Bestätigung erfahren die getroffenen Feststellungen bei einem Vergleich der Stickstoffdüngergaben pro ha LNF, die 1938/39 bei 21,5 kg pro ha lagen, 1943/44 noch 11,5 kg pro ha betragen und für das Düngejahr 1944/45, nach einem Eingeständnis Speers, bei Realisierung der geplanten Produktion noch höchstens 5 kg pro ha betragen konnten.¹⁴⁾

Die große Bedeutung, die man in der Führung des faschistischen Regimes der Versorgung mit Handelsdüngemitteln und besonders mit Stickstoff beimaß, führte zu ständigen Erörterungen des Problems auch an höchster Stelle, ohne daß freilich die bestehenden unlösbaren Widersprüche zwischen beschränkter Kapazität und Rüstungsbedarf auf der einen und dem dringendsten landwirtschaftlichen Bedarf auf der anderen Seite hätten gelöst werden können.¹⁵⁾ An den Prioritäten

13) Kehrl, Hans, a.a.O., S. 423

14) Vgl. Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg, Hitlers Konferenzen mit Albert Speer, 1942-1945, herausgegeben und eingeleitet von Willi A. Boelcke, Frankfurt/Main 1973, S. 264;

tatsächlich konnten auch die 5 kg/ha nicht mehr gegeben werden, da einer solchen Berechnung eine Lieferung von 192.000 t an die Landwirtschaft zugrunde lag, die aber tatsächlich nicht mehr erfolgte;

eine andere Quelle gibt abweichende Zahlen:
Verbrauch der deutschen Landwirtschaft an Stickstoff
in kg Reinstickstoff pro ha LNF, Reichsgebiet 1937:

| 1932 | 1933 | 1934 | 1935 | 1936 | 1937 | 1938 | 1939 | 1940 | 1941 | 1942 |
|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| 11,3 | 12,2 | 13,3 | 14,9 | 17,1 | 19,9 | 22,2 | 25,2 | 24,5 | 23,6 | 21,8 |

bei Woermann, a.a.O., S. 118

15) Vgl. u.a. ZStA, REM, Nr. 1941, Schnellbrief Backes vom 20.8.42 an Speer, Nr. 2039, Fernschreiben Bormanns am 19.4.42 an Backe; Besprechungen zwischen Speer und Hitler am 1. und 13. bis 15.5.1942 im Führerhauptquartier, zitiert in Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg, a.a.O., S. 252, S. 264

ließ Backe auch hier keinerlei Zweifel: „Sind die Düngemittel für uns auch noch so wichtig, der Bedarf der Rüstungsindustrie geht im Interesse unserer Frontsoldaten vor.“¹⁶⁾ Daß gerade deren Interesse durch eine Weiterführung des Krieges in keiner Weise gewahrt war, bedarf keiner Erörterung.

Die immer prekärer werdende Lage auf dem Düngesektor konnte auch in der Presse nicht verschwiegen werden, da jedem damit Befassten der Ernst der Lage ohnehin klar war. Aus diesem Grunde wurde die Propaganda darauf abgestellt, den effektivsten Einsatz der vorhandenen beschränkten Düngemittel zu fordern und hierfür dienliche Hinweise zu geben. Letztlich konnte das Eingeständnis der Unvermeidbarkeit von Ertragseinbußen nicht mehr umgangen werden. Der tatsächliche Rückgang der Erträge wurde aber in der Regel verhüllt und relativiert, um ein Gefühl der Resignation bei den unmittelbaren Produzenten zu vermeiden. Typisches Beispiel für diese propagandistische Linie ist eine Meldung aus dem Februar 1945 hinsichtlich der Erträge des Jahres 1944, die davon sprach, daß diese „im ganzen betrachtet, trotz der starken Inanspruchnahme des Bodens und des Mangels an den verschiedenen Düngemitteln auf einer befriedigenden Höhe geblieben sind.“¹⁷⁾

Die Durchsicht regionaler Lageberichte aus den letzten Kriegsmonaten macht auf einen Umstand aufmerksam, der bei der Betrachtung der in diesem Zusammenhang interessierenden Gesamtzahlen der Produktion von Düngemitteln und ihrer Bereitstellung nicht zutage treten konnte. Es handelte sich hierbei um die Tatsache, daß bei der Lieferung an die Landesbauernschaften und schließlich an den Verbraucher Rückstände auftraten, die sich in den Kontingenzahlen für das Reich nicht niederschlugen, hinsichtlich der Anwendung des Düngers aber die Lage noch zusätzlich verschlechterten. Nachdem ähnliche Klagen in den Vormonaten laufend geführt wurden, findet sich in einem Lagebericht der Landeshauernschaft Sachsen-Anhalt für den Monat Dezember 1944 folgende Einschätzung: „Auf dem Düngemittelmarkt hat sich die Lage gegenüber den Vormonaten kaum geändert. Bei Stickstoff dürften etwa 46 %,

16) Backe, Herbert, Die Erzeugungsschlacht im fünften Kriegsjahr, in: DAP, 2. Jg., Heft 4/5, 1944, S. 107

17) ZdR, Nr. 10, 2.2.45

bei Kali 27 % und bei Phosphorsäure noch nichts von dem Jahresanspruch 44/45 geliefert sein. Bei Phosphorsäure müssen noch 50 % des Jahresanspruchs 1943/44 geliefert werden.¹⁸⁾

Verschärfend auf die Situation wirkte sich die Lage im Transportwesen aus, die bei dem Primat militärischer Transporte den Verlusten und Zerstörungen durch Luftangriffe den Transport landwirtschaftlicher Düngemittel nur noch bedingt zuließ. Abhängig von der Gesamt-Kriegslage, hier vor allem der gegen Kriegsende fast absoluten Luftherrschaft der Luftstreitkräfte der Antihitlerkoalition, spitzte sich die Situation auf dem Transportsektor immer mehr zu. Für diese Feststellung existieren zahlreiche Belege, die die Ausweitung der Schwierigkeiten verdeutlichen.¹⁹⁾ Wegen der Relevanz des Problems unternahmen die zuständigen faschistischen Behörden und sonstigen Einrichtungen, aber auch mit der Düngerversorgung befaßte Privatfirmen, erhebliche Anstrengungen, um zumindest einen partiellen und zeitweiligen Ausgleich zu schaffen. Die Schwierigkeiten beim Aktransport führten gegen Kriegsende z.B. bei Kali und Kalk zu einer Überfüllung der Lager der Werke, so daß für eine begrenzte Zeit der freie Bezug von diesen Düngemitteln für bestimmte

18) StAM, Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt, Nr. 241, Lagebericht der Landwirtschaft für den Monat Dezember 1944, Bl. 32

19) z.B. StAW, Reichsstatthalter 300, Thüringisches Wirtschaftsministerium, Führungsstab Wirtschaft, Lagebericht an den Beauftragten für den Vierjahresplan vom 7.2.42, „Die Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln ... geht z.Zt. außerordentlich schlecht vonstatten. Die Ursache liegt in den augenblicklich herrschenden Transporteschwierigkeiten.“

Ebenda, Thüringisches Ministerium des Innern, Nr. 69, Strengvertraulicher Versorgungsbericht des Thüringischen Wirtschaftsministerium vom 10.6.42 für März, April, Mai 1942: „Die Kontingentierungen an Düngemitteln sind etwa zu 90 v.ä. ausgeliefert. Kali kommt besonders schwer heran. Beförderungsschwierigkeiten verursachen Lieferungsrückstände.“

Bericht vom 14.6.44 für März, April, Mai 1944, „Transporteschwierigkeiten haben nicht unerhebliche Rückstände in der Auslieferung von Düngemitteln mit sich gebracht.“

Vgl. auch NS-Landpost, Nr. 5, 2.2.45, Vorbereitung der Frühjahrsbestellung, Nr. 52, 22.12.44, Wohin gehört der Handelsdünger?, Nr. 12, 17.3.44, Die Düngerversorgung im fünften Kriegsjahr

Gebiete unter der Bedingung der Selbstabholung erlaubt wurde.²⁰⁾

Im Reichsmaßstab wurde hingegen versucht, die Ausfälle beim Bahntransport durch zunehmende Nutzung der Wasserverladung auf Binnenschiffe zu kompensieren. Dabei gelang es, innerhalb der Prioritäten-Liste, die für den Wassertransport aller Güter galt, im Frühsommer 1944 eine Gleichstellung von Kohle und Thomasphosphat zu erreichen.²¹⁾ Unter Ausnutzung bestehender verkehrsrechtlicher Bestimmungen konnte für den Weitertransport des Düngers an Land in gewissem Umfange dann auch die Reichsbahn eingeschaltet werden.²²⁾ Typisch war diese Verfahrensweise jedoch für die letzten Kriegsmonate nicht. Zu diesem Zeitpunkt mußte zunehmend versucht werden, Ersatzlösungen auf dem Wege der Selbstabholung durch die Bauern in den verschiedensten Formen zu schaffen.²³⁾ Die realen

-
- 20) StAM, Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt, Nr. 241, Bl. 32, Lagebericht für den Monat Dezember 1944, „Wegen der Abholung von Kalk von den überfüllten Lagern der Kaliwerke verhandelt die Hauptvereinigung der Deutschen Kaliindustrie mit dem Reichsbauernführer. Es ist möglich, daß demnächst außerkontingentliche Kalkmengen von den in der Landesbauernschaft liegenden Kalkwerken im Landabsatz abgeholt werden können.“
- 21) Ebenda, Nr. 483, Bl. 170, Niederschrift über die Besprechung mit Direktor Harmann von den Thomasphosphatfabriken GmbH., z.Zt. Luxemburg
- 22) Ebenda, Bl. 171, „Der weitere Transport der Ware vom Hafen in die Verbrauchergebiete hinein sollte ursprünglich in keinerlei Weise mit der Reichsbahn in Berührung gebracht werden. Es bestehen jedoch Möglichkeiten auf dem Wege der Definierung als Umschlaggut die schwierigsten Gebiete mit Hilfe der Reichsbahn zu beliefern. ... Man wird diesen Weg auf das Allernotwendigste beschränken müssen.“
- 23) Ebenda, Bl. 174, Firma J.G. Klamroth, Halberstadt, am 20.3.44 an Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt: „Allerdings sollen die Mengen Thomasmehl für die Landesbauernschaften Rheinland, Westfalen, Weser-Ems, Westmark und Moselland nicht auf dem Bahnwege, sondern ausschließlich durch Abholung in den Erzeugungsteilen dem Verbrauch zugeführt werden.“
Ebenda, 6 20 I B Oberpräsidium der Provinz Sachsen zu Magdeburg, Nr. 2267, Bl. 96, Landwirtschaftlicher Lagebericht vom 5.3.45: „Auf dem Schienenwege erfolgte nur vereinzelte Lieferung von Kontingentware. Bei Stickstoff fand lediglich Selbstabholung vom Werk Piesteritz statt. Bei Kali und Kalk beschränkte sich die Abholung auf die Kreisbauernschaften, die zu den Werken verkehrsgünstig liegen. Für die Altmark und die östlichen Kreisbauernschaften muß versucht werden, Handelsdünger durch Kahnverladung bzw. motorische oder Pferdetrucks heranzubringen.“

Bedingungen für den Eisenbahntransport von Handelsdüngemitteln verdeutlichen die Zahlen der Wagengestellung während einiger Monate der Jahre 1943 und 1944.

Tabelle 19

Bei regelmäßiger Abnahme der Bestellungen im Herbst zugunsten anderer Transportaufgaben, z.B. bei Brotgetreide, verringerte sich laufend die Zahl der tatsächlich gestellten Waggons, so daß auch der prozentuale Ausfall ständig stieg.

Die Bemühungen um eine Einschränkung der negativen Folgen der bestehenden Transportsituation wurden durch vielfältige Anstrengungen und Maßnahmen flankiert, die real zur Verteilung kommende Düngermenge mit höchstem Effekt einzusetzen.

Eine dieser Vorkehrungen war die Bildung sogenannter Härtefonds mit dem Ziel, Verbraucher mit ungenügendem Grundkontingent und Betriebe ohne ein solches Kontingent zu versorgen. Bei der Prüfung der Bedürftigkeit wurde die Hofkarte und vor allem die Marktleistung zur Grundlage der Entscheidung gemacht. Derartige Härtefonds wurden zunächst nur für Stickstoff und Phosphorsäure, ab 1943 auch für Kali und schließlich Ende 1944 auch für Kalk gebildet. Aber auch hier erfolgten die Zuführungen, abhängig von der Gesamtsituation, immer spärlicher.²⁴⁾ Außerdem existierten, im Umfange ebenfalls ständig abnehmende, in ihrer Verwendung durch strenge Richtlinien äußerst beschränkte, Fonds für Katastrophenfälle.

Administrativ wurde durch Einführung eines Systems von Düngerbezugskarten für die einzelnen Düngerarten versucht, einen möglichst effektiven Einsatz der vorhandenen beschränkten Mengen an Handelsdünger zu sichern.

Solche Lenkungsmaßnahmen wurden unterstützt durch eine permanente Aufklärungswelle in der Presse des Reichsnährstandes zum Thema eines rationellen und wirksamen Dünger-

24) StAM, Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt, Nr. 479, Bl. 35, Landesbauernführer an Kreisbauernschaften am 29.8.44, betr. Düngemittelversorgung 1944/45, „Die Härtefonds sind gegenüber dem Vorjahr erheblich niedriger. Setzt man die Höhe des Härtefonds II 1943/44 = 100, so ist die Zuteilung 1944/45

| | |
|---------------|----------|
| Stickstoff | 77,4 % |
| Phosphorsäure | 63,8 % |
| Kali | 72,1 % " |

einsatzes bis hin zu einem „Wettbewerb zur Mobilmachung der letzten Düngerreserven.“

Die wesentlichste Reserve auf diesem Gebiet stellte der Wirtschaftsdünger dar, der in jedem Betrieb, unterschiedlich nach Qualität und Quantität, anfiel. Besonders um den immer stärkeren Ausfall an Stickstoff zu mildern, kam der Pflege und dem Einsatz des Stallmistes große Bedeutung zu. Jedoch auch bei Wirtschaftsdünger war der Stickstoffgehalt während des Krieges zurückgegangen, was seine Ursache vor allem darin hatte, daß die Eiweißversorgung der Viehbestände sich unter den bestehenden Außenhandelsbedingungen bedeutend verschlechterte. Die rückläufige Eiweißversorgung beeinträchtigte wiederum die Stallmistqualität. Auf diese Weise war ein Kreislauf durchbrochen, da die Stickstoffdüngung über Jauche entscheidend wichtig für den Eiweißertrag des Dauergrünlandes war. Die Notwendigkeit einer optimalen Ausnutzung des anfallenden Wirtschaftsdüngers veranlaßte Backe bereits 1942 zu einer Stellungnahme auf einer Großveranstaltung in Posen, auf der er im Rahmen grundsätzlicher Hinweise zur Führung der Erzeugungsschlacht auf das Wirtschaftsdüngerproblem hinwies. Er machte auf die Möglichkeit aufmerksam, bei Senkung der auftretenden Verluste an Wirtschaftsdünger um nur 10 % dem Boden nicht 700.000 t Stickstoff wie bisher, sondern 800.000 t und entsprechende Mengen Kali und Phosphor zuzuführen.²⁵⁾

Um diese angestrebte Wirkung erzielen zu können, entwickelten einige Landesbauernschaften Vorstellungen, die Belieferung mit Handelsdünger von einer entsprechenden Pflege des Stallmistes abhängig zu machen.²⁶⁾

Beachtung finden muß in diesem Zusammenhang die Tatsache der Erhaltung des Rinderbestandes fast auf der Höhe des Vorkriegsniveaus und die Erhöhung des Schafbestandes, Umstände, die den quantitativen Anfall an Wirtschaftsdünger wesentlich beeinflussen.

Eine weitere Maßnahme zur Milderung des Stickstoff-

25) DAP, 1. Jg., Heft 3 1942, S. 95, Agrarpolitische Rundschau

26) ZStA, REM, Nr. 2009, Bl. 213, Zusammenfassung der Vierteljahresberichte der Landesbauernschaften, abgeschlossen am 1.4.43

mangels war der verstärkte Anbau von Leguminosen in Zwischenfrucht als Stickstoffsammler, wobei sich hier die Probleme durch die gleichzeitigen Forderungen nach Anbau von nährstoffreichen Kulturen ergaben, die eine Ausdehnung des Leguminosenanbaus von vornherein beschränkten.

Bei der verminderten Produktion konnte die Preisgestaltung den Verbrauch von Handelsdünger nur noch in den Bereichen stimulieren, in denen zumindest eine Zeitlang noch genügende Mengen zur Verfügung standen.

Tabelle 2c

Wo die Ware fehlte, konnte der kapitalistische Marktmechanismus nicht wirksam werden. Die Zahlen für den Aufwand hingegen bestätigen das Bild, das bei der Produktion und Bereitstellung von Handelsdünger entstanden war.

Tabelle 21

Auch die absoluten Zahlen unterstreichen die oben getroffene Feststellung.

Die verfügbaren und dargelegten Fakten sprechen eine eindeutige Sprache und widerlegen die Behauptung des für diesen Produktionszweig verantwortlichen Monopolisten Carl Krauch von der „gesicherten Düngemittelversorgung“²⁷⁾ ebenso wie die Feststellung Rieckes, daß „mit Ausnahme der Phosphorsäure ... auch die Versorgung der Landwirtschaft mit Mineraldünger ausreichend“²⁸⁾ gewesen sei. Zu durchsichtig ist der Versuch, durch den Vergleich mit den katastrophalen Verhältnissen der Jahre 1917/18 eine ausreichende Bereitstellung von Handelsdünger zu suggerieren. Auch die Auswahl des Jahres 1943/44 und nicht des Jahres 1944/45 beweist die apologetische Absicht der Argumentation nur zu deutlich. Riecke trifft seine Feststellungen unter bewußter Ignorierung der auch ihm bekannten realen Situation und der Einverständnisse, die bereits während des Krieges hinsichtlich der Unterversorgung der deutschen Landwirtschaft mit Han-

27) Vgl. Anm. 10

28) Riecke, a.a.O., S. 343

deldünger und deren Auswirkungen gemacht werden mußten.²⁹⁾

Auch eine der wichtigsten Quellen zur faschistischen Kriegswirtschaft konstatiert den Umstand der besonders bei Düngemitteln deutlich werdenden kriegsbedingten Reduzierung von landwirtschaftlichen Betriebsmitteln.³⁰⁾

Daß die enorm rückläufigen Handelsdüngergaben bis zur Befreiung vom Faschismus ihren Niederschlag nur bedingt in den Hektarerträgen fanden, hat seinen Grund vor allem in der Langzeitwirkung einiger Düngemittel und darin, daß günstige Witterungsbedingungen die Ernten bei Kriegsende positiv beeinflussten. Auf die konkrete Entwicklung der Hektarerträge und Erntemengen bei wichtigen Kulturen wird im einzelnen noch einzugehen sein.

Die katastrophalen Auswirkungen der geschilderten Entwicklung der Düngerversorgung traten voll erst in den Jahren unmittelbar nach Kriegsende zutage und bestimmten entscheidend das Niveau der Ernten.

29) z.B. Völkischer Beobachter, Nr. 65, 9.3.44, Ludolf Haase, Aufmarsch des Landvolkes, „Darüber hinaus fehlt es an Treibstoff, Maschinen und Stickstoff, der heute an der Front verschossen wird, und die Zwangslage, in der wir uns nun einmal auf Grund unserer bisherigen Raumenge und des Krieges vorübergehend befinden, bringt es mit sich, daß Raubbau am Acker getrieben werden muß.“

Die Landware, Nr. 178, 10.12.43, A. Becker, Gegenwartsfragen der Kalidüngung, „Die Folge dieser Kontingentierung des Kalidüngers ist, daß der Kalibedarf unserer Böden im Augenblick nicht gedeckt werden kann... Um wenigstens vorübergehend diese Folgen der ungenügenden Kaliversorgung etwas abzuwenden, wird man danach trachten, durch besonders gute Bodenbearbeitung und Kulturmaßnahmen den Kaligehalt des Bodens stärker aufzuschließen, soweit diese Maßnahmen unter den Kriegsverhältnissen durchführbar sind.“

30) Effects, S. 133

2.3. Bemerkungen zur Arbeitskräftelage und zur Bodennutzung

Die ausreichende Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften stellte nicht erst während des Krieges ein brennendes Problem dar. Die Landflucht nahm bereits unter den Bedingungen der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung erheblich zu. In der Zeit von 1933 bis 1939 hatte sich die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Berufsangehörigen um fast 1,5 Millionen, das entsprach etwas über 10 Prozent, verringert.¹⁾ Die Lage während des Krieges, gekennzeichnet durch einen relativ hohen Anteil von Kräften aus der Landwirtschaft an den Einberufungen, mußte die Arbeitskräftelage verschärfen. Die Probleme auf fast allen Gebieten der Produktionsmittel, vorangehend am Beispiel der Landmaschinen- und Geräteproduktion und der Düngerbereitstellung untersucht, erhöhten zusätzlich die Bedeutung der Arbeitskräftelage und ließen nach Ansicht der faschistischen Agrarpolitiker die „Befriedigung des Arbeitskräftebedarfs das entscheidende Ernährungsproblem“ werden.²⁾

Da an anderer Stelle bereits ausführlicher zu dem Komplex der Arbeitskräfte Stellung genommen wurde³⁾, sollen im Folgenden nur einige wesentliche Gesichtspunkte des Themas zusammenfassend dargestellt werden.

1) Pacyna, Günther, Das Landvolk im deutschen Volksaufbau, in: NS-Landpost, 27.9.1940

2) ZStA, Fall XI, Nr. 391, ADB 105, Dok. PS - 914, Bl. 35, Rede Backes am 6.2.43 vor Reichs- und Gauleitern der NSDAP in Posen.

3) Vgl. dazu:

Joachim Lehmann, Zum Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter in der deutschen Landwirtschaft während des Zweiten Weltkriegs (unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1942-1945), in: Wesen und Kontinuität der Fremdarbeiterpolitik des deutschen Imperialismus (Kolloquium am 7.2.1974 in Rostock), Rostock 1974, S. 133 ff.

Ders., Zur Mobilisierung deutscher Arbeitskräfte für die Landwirtschaft in den Jahren 1942 bis 1945, in: WZ Universität Rostock, XVIII. Jg. 1974, Gesellschaftswissenschaftlich-Sprachwissenschaftliche Reihe, S. 551 ff., Heft 5

Rolf Melzer, a.a.O., S. 139 ff.

Bei den Bemühungen um die Aufrechterhaltung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion kam der Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Arbeitskräften zentrale Bedeutung zu. Das faschistische Regime versuchte diese Aufgabe in seinem Sinne prinzipiell auf zwei Wegen zu lösen, einmal durch die Verschleppung von Millionen von Zwangsarbeitern aus vielen Ländern Europas zum Einsatz in der deutschen Landwirtschaft und zum anderen durch den Versuch der umfassenden Mobilisierung aller innerdeutschen Arbeitskräfte reserven. Die Intensität dieser Bemühungen stand in direkter Abhängigkeit von den im Verlauf des Krieges zunehmenden Verlusten der faschistischen Wehrmacht, die wiederum verstärkte Einberufungen aus der deutschen Wirtschaft zur Folge hatten. Die konkreten Auswirkungen für die Landwirtschaft im Vergleich zur Rüstungsindustrie verdeutlichte eine Angabe aus dem Jahre 1944.⁴⁾ Zu diesem Zeitpunkt verfügte die Rüstungsindustrie noch über 59,6 Prozent kriegsverwendungsfähiger Männer der Jahrgänge 1906 - 1927 unter ihren Beschäftigten, die Landwirtschaft aber nur über 6 Prozent. Bei den Jahrgängen 1897 - 1905 lautete das Verhältnis 52 Prozent zu 14 Prozent.

Zur organisatorischen Lösung der Aufgaben bei der Heranziehung aller verfügbaren Kräfte für die Zwecke der faschistischen Kriegswirtschaft wurde im Rahmen der Umgestaltung des kriegswirtschaftlichen Leitungssystems im Frühjahr 1942 der Nazi-Gauleiter von Thüringen, Fritz Sauckel, zum „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ ernannt. Innerhalb dessen Apparates übernahm der thüringische Landesbauernführer Rudi Peuckert die Aufgaben eines „Beauftragten für den Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft und Kriegsernährungswirtschaft“.

Über die Auswirkungen der im Kriege getroffenen Festlegungen und durchgeführten Maßnahmen gibt folgende Übersicht Aufschluß:

Tabelle 22

4) StAW, Reichsstatthalter, Nr. 192, S. 191 ff.. Sauckel vor Reichsverteidigungskommissaren am 15.8.1944 in Weimar.

Nach dem Absinken der Gesamtzahl der Arbeitskräfte mit Kriegsbeginn konnte von 1940 zu 1941 nur ein leichtes Ansteigen verzeichnet werden. Die Lage änderte sich entscheidend mit dem Jahre 1942, dem Beginn des unheilvollen Wirkens von Sauckel, das für Millionen Angehörige überfallener Länder den Weg in die Sklaverei der Deutschen Kriegswirtschaft, in diesem Falle der Landwirtschaft des faschistischen Deutschland, bedeutete. Diese Unglücklichen wurden unter Anwendung brutalen Zwanges und unter fast völliger Entrechtung zur Arbeit eingesetzt und gleichen auf diese Weise die Zahl der aus dem Bereich der Landwirtschaft eingezogenen Männer von 1942 bis 1944 mehr als aus. Diese Situation veranlaßte Peuckert im Herbst 1942 zu der bezeichnenden Feststellung, „daß zum ersten Mal nach vielen Jahren der deutschen Landwirtschaft die Hauptsorge, nämlich die Gestellung von landarbeitsgewohnten Arbeitskräften ... genommen worden“ sei.⁵⁾

Die Zahl der in der Landwirtschaft zu Zwangsarbeit eingesetzten Deportierten und Kriegsgefangenen nahm während des ganzen Krieges laufend zu und trug, insgesamt gesehen, zu einer relativen Stabilität in der Zahl der Gesamtbeschäftigten, mit der Ausnahme 1940 und 1941, entscheidend bei.

Die nur bedingte Wirksamkeit der Versuche zur Mobilisierung der innerdeutschen Arbeitskräfte reserven wird in den Zahlen der in der Landwirtschaft tätigen Deutschen deutlich. Mit Ausnahme des Jahres 1942, das gegenüber 1941 eine leichte Steigerung zu verzeichnen hatte, nahm deren Zahl kontinuierlich ab. Dem Ausfall von, bezogen auf 1939, 2.278.000 deutschen Arbeitskräften im Jahre 1944 standen 2.402.000 ausländische Arbeitskräfte gegenüber, die in der deutschen Landwirtschaft arbeiten mußten.

5) StAW, Landesbauernschaft Thüringen, vorl. Nr. 301, Bl. 1, Peuckert auf der Dienstbesprechung der Leiter der Arbeitsämter des Großdeutschen Reiches am 10./11.9.1942 in Weimar.

Der gegenüber dem Ausgangsjahr mit 1942 zunehmende Anteil an Frauen darf nicht primär als Erfolg der Kampagnen zur Gewinnung von deutschen Frauen für die Arbeit in der Landwirtschaft gewertet werden, da in den Zahlen der Übersicht nicht nach ausländischen und deutschen Frauen differenziert wird.

Am Beispiel des Einsatzes deutscher Arbeitskräfte wurde der Zusammenhang mit den Erfordernissen, die sich für die herrschende Klasse aus dem Verlauf des Krieges ergaben, besonders deutlich. Während der Phase zeitweiliger Erfolge wurden die theoretisch gegebenen Möglichkeiten nur sehr zurückhaltend genutzt.

Als die Verluste nach dem Überfall auf die Sowjetunion das Interesse am deutschen Arbeitskräftepotential entscheiden aktivierten, wurden Anfang 1942 zahlreiche Festlegungen getroffen, um auch für die Landwirtschaft Kräfte bereitzustellen.

Die nur bedingten Erfolge der Anstrengungen zur Gewinnung deutscher Arbeitskräfte erklärten sich aus unterschiedlichen Gründen. Zum einen war die Masse der deutschen Bevölkerung nicht bereit, freiwillig noch mehr für den faschistischen Krieg zu opfern und zu leisten. Hinzu kam die Furcht vor Stimmungseinbrüchen, die lange Zeit die Politik in der Durchführung der gegebenen Anordnungen bestimmte. Die bestehenden Divergenzen zwischen, aus der Sicht der faschistischen Machthaber, ökonomischen Zwängen und politischen Rücksichten und hieraus resultierende schwankende Haltungen selbst in der faschistischen Führung sowie unklare Verantwortlichkeiten begünstigten lange Zeit die dilatorische Behandlung des Problems.

Wesentlich war auch, daß die in großem Umfang durchgeführten Verschleppungen ausländischer Zwangsarbeiter nach Deutschland immer wieder die zurückhaltende Politik vor allem gegenüber deutschen Frauen ermöglichte.

Bei den deutschen Arbeitskräften wurde eine Tatsache weniger deutlich, die bei der Aufteilung der Zwangsarbeiter aus den überfallenen und okkupierten Ländern eindeutig nachzuweisen ist. Es handelte sich um die im Verlaufe

des Krieges immer klarer zutage tretende erfolgreiche Konkurrenz der Monopole beim Kampf um die Möglichkeiten zur besonders profitablen Ausbeutung von ausländischen Zwangsarbeitskräften. War bei Kriegsbeginn die Landwirtschaft anteilmäßig noch absolut im Vorteil, so änderte sich das mit zunehmender Kriegsdauer und führte zu einem immer deutlicheren Vorsprung, vor allem für die Rüstungsindustrie--.. Die Grenzen dieser Entwicklung wurden schließlich nur gezogen durch die Notwendigkeiten der landwirtschaftlichen Produktion als Voraussetzung für die Weiterführung des Krieges.

In diesem Zusammenhang darf nicht übersehen werden, daß die faschistische Agrarführung durch ihre ständig wiederholten Forderungen nach Arbeitskräften in erheblichem Maße aktivierend auf die Verschleppungen in die Zwangsarbeit einwirkte.

Insgesamt gesehen, gelang es, durch die Anstrengungen zur Beschaffung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft des faschistischen Deutschland den Ausfall an deutschen Kräften im Kriege quantitativ mehr als wettzumachen.

Bei dieser Feststellung muß jedoch berücksichtigt werden, daß der Arbeitskräftebestand z.B. durch Umsetzungen in die Rüstungsindustrie jahreszeitlich sehr schwankend war und in den Arbeitsspitzen der Landwirtschaft regelmäßig zu einem nicht zu befriedigenden Bedarf führte. Auch die Beschränkungen beim Einsatz der Landtechnik hatten einen steigenden Arbeitskräftebedarf zur Folge.

Niemals kompensiert wurde der qualitative Schwund durch Einziehungen von Betriebsführern und landwirtschaftlichen Fachkräften.

Die Konstatierung des quantitativen Ausgleichs der Abgänge an deutschen Arbeitskräften darf nicht zu der Annahme verleiten, daß die Belastung durch die Arbeit vergleichsweise erträglich gewesen wäre. Das Gegenteil war der Fall.⁶⁾ Besonders belastet war die Bäuerin, die, wie üblich, die Doppelarbeit auf dem Hof und im Haushalt zu

6) -s.n.S.-

verrichten hatte, deren Arbeit aber bei Einziehung des Mannes qualitativ entscheidend durch die Übernahme sogenannter „Männerarbeit“ und erhöhte Verantwortung verändert wurde.

Die Ausweitung des Anbaus arbeitsintensiver Kulturen mußte die an sich schon hohen Belastungen noch weiter steigern.

Die Arbeitsleistungen aller in der Landwirtschaft Tätigen, ihre Ausbeutung für die Zwecke der faschistischen Kriegsführung stellten einen wesentlichen Faktor für die Leistungen der deutschen Landwirtschaft im Rahmen der Kriegswirtschaft des deutschen Imperialismus und damit für die Führung des verbrecherischen Krieges dar.

Die im folgenden Kapitel zu untersuchenden Fragen der landwirtschaftlichen Produktion im Kriege sind neben der Beachtung der Arbeitskräftesituation, der Anwendung der Landtechnik und der Versorgung des Bodens mit Nährstoffen, vor allem unter Berücksichtigung der Nutzung des Bodens als dem grundlegenden und damit die Voraussetzung für die Produktion bildenden Produktionsmittels zu sehen.

Tabelle 23

- 6) Vgl. ZdR, Nr. 228, 4.12.41, Wilm Greve, Das deutsche Dorf im Kriegseinsatz, hier Erhebungen eines Göttinger Institutes über Arbeitszeitbelastung in 16 mittelbäuerlichen Betrieben für die Zeit vom 1.5. bis 1.11.1941.
- | | | |
|---|------|---------|
| Durchschnittsarbeitszeit bäuerlicher Familien und mithelfender Familienangehöriger pro Woche: | 78,7 | Stunden |
| davon Bauer: | 80,5 | " |
| " Bäuerin: | 81,9 | " |
| mithelfende Ang.: | 76,3 | " |

darüber hinaus: einzelne Bauern (z.T. Beschädigte) durchschnittlich 90 Stunden, in der Ernte über 100 Stunden pro Woche, Bäuerinnen in der Regel noch höher, einzelne über 90 Wochenstunden, Spitze: Bäuerin in einem 19 ha-Betrieb mit 96,4 Wochenstunden. Altbäuerinnen und Töchter durchschnittlich 79,6 Wochenstunden (ohne Stricken, Stopfen etc.) Kinder bei Ernte und Ferien oft 30 Wochenstunden und mehr.

Daß sich die Lage im weiteren Kriegsverlauf grundlegend positiv geändert hätte, ist unwahrscheinlich.

Bei der Betrachtung der Angaben fällt die laufend abnehmende landwirtschaftliche Nutzfläche auf (die Zunahme von 1939 zu 1940 erklärt sich aus der Annexion des Memelgebietes und des Sudetengebietes). Während aber in der Phase der Kriegsvorbereitung bis 1938 eine uneinheitliche Entwicklung zu verzeichnen war, kennzeichnete die fortwährende Abnahme die Lage im Verlauf des Krieges.

Dieser Trend muß unter dem Gesichtspunkt des Vergleiches mit der Entwicklung des Umfanges des Öd- und Unlandes betrachtet werden. Bei dieser Position war eine laufende Abnahme bis 1939 festzustellen. Im Kriege jedoch nahm das Öd- und Unland zu.

Ein anderer wichtiger Anhaltspunkt ist die Entwicklung der Fläche für infrastrukturelle Vorhaben sowie für Übungs- und Flugplätze. Hinter den hierfür gegebenen ständig wachsenden Zahlen verbarg sich ein Landbedarf vor allem für militärische Zwecke.

Innerhalb der landwirtschaftlichen Nutzfläche fanden ebenfalls erhebliche Veränderungen statt.

Tabelle 24

Die Abnahme des Ackerlandes und die gleichzeitige, wenn auch uneinheitliche Zunahme bei Wiesen und Weiden hatten ihre Ursachen primär in der kriegsbedingten Arbeitskräftelage und der Situation auf dem Betriebsmittelsektor. Dauergrünland erforderte einen wesentlich geringeren Arbeits- und Technikaufwand sowie Düngereinsatz.

Der Anteil der Wiesen und Weiden stieg, bezogen auf das Ackerland, von ca. 45 Prozent im Jahre 1941 auf 49 Prozent im Jahre 1944.

Andererseits wurden Teile des Dauergrünlandes durch Neueinsaat, Einkoppelung und Pflegemaßnahmen einer intensiveren Nutzung zugeführt.

Die Ausweitung der Fläche des Dauergrünlandes lief parallel mit einer Einschränkung der Ackerweide und des Futteranbaus auf Ackerland.⁷⁾

7) Woermann, Emil, Zehn Jahre Erzeugungsschlacht und Ernährungswirtschaft, in: DAP, 2. Jg., Heft 4/5 1944, S. 117.

2.4. Zusammenfassung

Bei der gegebenen Quellenlage muß eine zusammenfassende Wertung der Entwicklung der wichtigsten Produktivkräfte notwendig fragmentarisch bleiben. Dennoch erscheint es möglich und nötig, auf der Basis der angeführten Beispiele einige verallgemeinernde Feststellungen zu treffen.

Die Hauptproduktivkraft Mensch stand in der Landwirtschaft des faschistischen Deutschlands quantitativ nach ihrem Absinken zu Beginn des Krieges für den Untersuchungszeitraum in ausreichender Anzahl zur Verfügung. Die Konstatierung dieses Sachverhaltes darf jedoch nicht über die qualitativen Veränderungen im Arbeitskräftebereich hinwegsehen lassen. Die unmittelbaren Auswirkungen des imperialistischen Krieges auf die menschliche Arbeitskraft durch hohe Einziehungsquoten aus der Landwirtschaft zur faschistischen Wehrmacht versuchte der deutsche Imperialismus durch die massenweise Verschleppung ausländischer Arbeitskräfte zur Zwangsarbeit in der deutschen Landwirtschaft zu kompensieren. Dieser, dem faschistischen Regime adäquate Weg war Grundbestandteil imperialistischer Politik überhaupt und erklärtes Kriegsziel des deutschen Monopolkapitals.¹⁾ Er wurde der Mobilisierung innerdeutscher Arbeitskräftereserven vorgezogen, die erst unter dem wachsenden Druck ökonomischer Zwänge intensiviert wurde. Der qualitative Schwund durch Entzug von Fachkräften und hieraus resultierende Folgen nahmen während des gesamten Krieges zu.

Hinsichtlich des Hauptproduktionsmittels Boden war die Entwicklung durch laufende Abnahme des Anteils der landwirtschaftlichen Nutzfläche am Gesamtbodenfonds gekennzeichnet. Dem stand während des Krieges ein Zuwachs des Landanteils für direkten oder mittelbaren militärischen Bedarf und eine ständige Zunahme des Öd- und Unlandes gegenüber. Innerhalb der landwirtschaftlichen Nutzfläche wiederum war ein Rückgang des Ackerlandes und gleichzeitig eine Erhöhung des weniger arbeitsintensiven Weide- und Wiesenanteils zu ver-

1) Eichholtz, Dietrich, a.a.O., S. 88

zeichnen.

Die skizzierte Entwicklung entsprang dem militärischen Landbedarf ebenso wie der Situation auf dem Arbeitskräfte- und Produktionsmittelsektor.

Die Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit Produktionsmitteln wies, bezogen auf Landtechnik und Mineraldünger, eine absolut fallende Tendenz auf. Diese Bewertung schließt nicht aus, daß z.B. bei der Landtechnik in den einzelnen Kriegsjahren - abhängig von der konkreten militärischen Situation, besonders aber von den Aggressionsplänen - vom allgemeinen Trend abweichende Zahlen zu verzeichnen waren. Die unmittelbar bei Kriegsbeginn drastisch reduzierte Materialbereitstellung erfuhr eine relative Aufstockung, die in der ersten Hälfte 1941 fast das Vorkriegsniveau erreichte. Von diesem Zeitpunkt an trat jedoch ein Rückgang ein, der von Mitte 1943 an besonders gravierend war und stetig zunahm. Parallel zu den sinkenden Möglichkeiten der Materialversorgung verlief der Prozeß des Rückgangs der Produktionskapazitäten, die schließlich nicht einmal mehr die Verarbeitung der erheblich gekürzten Materialkontingente erlaubten. Aus dieser Gesamtlage ergab sich eine zunehmende Anwendung von Handgeräten, die im Zusammenhang mit dem Einsatz von Zwangsarbeitern zu sehen ist und einem Rückschritt in der Anwendung der Agrartechnik in der deutschen Landwirtschaft gleichkam.

Auf dem Gebiet der Mineraldünger verlief die Entwicklung bei den einzelnen Düngergruppen unterschiedlich. Kali und Kalk - aus inländischer Produktion stammend - standen bis Mitte 1944 noch in ausreichender Menge zur Verfügung. Als relativer Ausgleich für das Fehlen anderer Mineraldünger trat sogar teilweise eine Steigerung der Anwendung auf. Anders sah die Situation bei Phosphor und Stickstoff aus, bei denen der Bedarf durch Importe gedeckt werden mußte bzw. wo ein unmittelbarer Rüstungsbedarf vorlag. Bei Phosphor war sofort nach Kriegsbeginn eine deutliche Reduzierung des Verbrauchs notwendig geworden. Im letzten Kriegsjahr fiel die Anwendung dann weit unter das erforderliche Minimum ab. Hinsichtlich des Stickstoffverbrauchs war ein allmählicher Rückgang zu verzeichnen,

der sich im Jahre 1943 verstärkte und 1944 ein wachsendes Tempo annahm. Dieser Prozeß stand im unmittelbaren Zusammenhang mit dem ab 1943 sprunghaft wachsenden direkten Wehrmachtsverbrauch an Stickstoff. Die im Kriegsverlauf ständig zunehmenden Kürzungen bei wichtigen Düngemitteln hatten hinsichtlich der Nährstoffversorgung der Böden sowohl unmittelbare als auch Langzeitwirkungen für die Bodenfruchtbarkeit.

Insgesamt gesehen mußte die Lage bei der Versorgung der Landwirtschaft mit wichtigen Produktionsmitteln Auswirkungen haben, die zeitlich weit über den Zusammenbruch des faschistischen Regimes hinausgingen. Der Krieg mit allen seinen Komponenten trat hier besonders deutlich als direkter Konkurrent hervor und hatte für die Lebensbedingungen des deutschen Volkes unmittelbare Auswirkungen in großer Breite.

3. Landwirtschaftliche Produktion im Kriege

3.1. Zur Pflanzenproduktion

3.1.1. Aufgaben und Zielstellungen

Nach Jahren intensiver Vorbereitung durch den aggressiven deutschen Imperialismus auf einen neuen verbrecherischen Weltkrieg auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft und Ernährung wurde in der Phase unmittelbarer Aggressionen des deutschen Faschismus am 31. Dezember 1938 die „Ernährungswirtschaftliche Forschungsstelle“ im Stabsamt des Reichsnährstandes damit beauftragt, bis zum Frühjahr 1939 eine exakte Analyse und Bilanzierung der im Kriegsfall zu erwartenden Ernährungslage und der zu erwartenden Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft des faschistischen Deutschlands vorzunehmen.¹⁾ Ein wesentlicher Gesichtspunkt solcher Aufgabenstellung bestand darin, kriegsbedingte Veränderungen in der landwirtschaftlichen Produktion zu erkennen und vorauszusagen, um gezielte Maßnahmen zur weitestgehenden Einschränkung unvermeidlicher Ernterückgänge einleiten zu können. Grundsatz sollte eine möglichst effektive Nutzung der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Sinne der Erzielung höchster Mehrerträge pro Flächeninhalt sein, was gewisse Veränderungen in der Struktur des Anbaus zur Folge haben mußte. Bestimmende Faktoren der Produktion waren neben der Bereitstellung der notwendigen Arbeitskräfte und Betriebsmittel besonders die Erfordernisse des zu erwartenden Verbrauchs, bei denen die verschiedenen denkbaren Varianten in der Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen zu berücksichtigen waren.

In seiner grundlegenden Denkschrift „Aufgaben der Produktion in der Landwirtschaft im Kriege“ von Ende 1939 beantwortete Darré die selbst gestellte Frage „Was brauchen wir

1) Vgl. hierzu Melzer, Rolf, a.a.O., S. 102 ff. Ähnliche Aufgabenstellungen hatte die bereits am 1.5.1936 eingerichtete „Dienststelle für Ernährungssicherung“, Vgl. Dienstmeldungen des Reichsnährstandes Nr. 183, 29.4.1936, zitiert bei Werner Tornow, Chronik der Agrarpolitik und Agrarwirtschaft des Deutschen Reiches von 1933 - 1945, Berichte über Landwirtschaft, Neue Folge, 188. Sonderheft, 1972, S. 138

an Produktion im Kriege?" für den Bereich der Pflanzenproduktion folgendermaßen: „1. insgesamt höhere Ernten, 2. Erweiterung, mindestens Erhaltung des Hackfruchtanbaus. 3. Verbreiterung einer wirtschaftseigenen Futtergrundlage (Zwischenfruchtanbau, Silo, Luzerne, zweckmäßige Weidewirtschaft, Mais usw.). 4. Die Erreichung einer für die deutsche Volkswirtschaft notwendigen Faserpflanzenversorgung. 5. Verstärkter Gemüseanbau. 6. Ölpflanzenanbau.“²⁾

Aus der Sicht der faschistischen Agrarpolitiker sollte bei denkbaren Veränderungen in der Anbaufläche die entsprechende Bewegungsfreiheit vor allem durch gesteigerte Hektarerträge insgesamt ermöglicht werden, wobei die Verlagerungen besonders auf Kosten solcher Kulturen gehen mußten, die die geringsten Erträge pro Hektar erwarten ließen. Ausweitungen im Anbau sollten bei Öl- und Faserpflanzen sowie im Feldgemüseanbau angestrebt werden. Da aus Gründen der Erfordernisse der menschlichen und tierischen Ernährung die Flächen für Hackfrüchte, Hafer, Wintergerste und Mais auf jeden Fall erhalten bleiben mußten, kamen für Einschränkungen im Grunde nur die Flächen für Brotgetreide, Sommergerste und Gemenge in Frage. Wegen der Verwendung der Sommergerste als Braugerste schien für diese Frucht eine Veränderung im Anbau an ehesten vertretbar.

Verschiebungen im Anbaugesüge in erheblichem Umfange waren von vornherein unter den Sachverständigen ausgeschlossen worden³⁾ und mußten sich auf die zur Deckung des Mindestfettbedarfs unbedingt benötigten Ölfrüchte beschränken.

Neben den durch die Notwendigkeiten der Ernährung sich ergebenden Prioritäten spielten die Fragen des unterschiedlichen Arbeitsaufwandes bei den einzelnen Kulturen eine bestimmende Rolle. Die nachfolgende Aufstellung vermittelt

2) ZStA, Fall XI, Nr. 392, ADB 106, Bl. 17, Denkschrift Darrés vom 27.11.1939

3) Ebenda, Bl. 21, „Sie (die Verschiebungen in der Anbaufläche, J.L.) erzielen einen Scheinerfolg. Das Loch entsteht jedoch dann an einer anderen Stelle und trifft die Produktion mit unverminderter Kraft.“

einen Eindruck von den erheblichen Unterschieden für die einzelnen Fruchtarten:

| <u>Kultur</u> | <u>Stunden pro ha</u> |
|------------------------------|-----------------------|
| Weiden | 30 |
| Getreide | 70 |
| Grünfutter u. Zwischenfrucht | 100 |
| Öl- und Hülsenfrüchte | 120 |
| Wiesen | 140 |
| Luzerne und Klee | 160 |
| Lein | 200 |
| Kartoffeln | 260 |
| Rüben | 540 4) |

Besonders ins Auge fallend ist der relativ geringe Arbeitsaufwand für Getreide und der hohe Arbeitsbedarf bei Hackfrüchten, bei denen die Rüben wiederum den doppelten Aufwand der Kartoffeln erforderten. Gerade den letzten beiden Kulturen kam für den direkten menschlichen Verzehr bzw. für die Verfütterung in der Kriegszeit besondere Bedeutung zu.

Nicht unwesentlichen Einfluß auf die Ernten hatte -neben der Bereitstellung von Arbeitskräften, landwirtschaftlicher Technik und Düngemitteln- das Wetter, das die Erträge bestimmter Fruchtarten auch während des Krieges nachhaltig beeinflusste. Auf schlechte Witterungsbedingungen, Auswinterungsschäden und Beeinträchtigungen durch fehlenden bzw. übermäßigen Niederschlag, waren die schlechten Ernten bei Getreide 1942, bei Kartoffeln 1941 und 1943, bei Ölfrüchten in den Wirtschaftsjahren 1940/41 bzw. 1942/43 und zum Teil bei Zuckerrüben 1943 zurückzuführen.

Die gegen Kriegsende zunehmenden Ertragsminderungen bei allen wichtigen Kulturen hatten dann aber ihre Ursachen vielmehr in immer geringer werdenden Düngergaben und in

4) ZdR, Nr. 13, 2.4.43, von Prof. Dr. Blohm aus Betrieben in Pommern errechnete Zahlen. Selbst wenn man für die einzelnen Reichsgebiete gewisse Abweichungen feststellen können wird, bleiben doch die Grundrelationen davon unberührt.

nicht ausreichender Bodenbearbeitung durch Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und fehlender landwirtschaftlicher Technik. Die angedeuteten Aufgabenstellungen für die Landwirtschaft des faschistischen Deutschlands und die konkreten Produktionsbedingungen im Kriege schlugen sich in produktions-politischen Forderungen und Orientierungen nieder, die - unter Wahrung eines Grundschemas, das sich aus den objektiven Zwängen ableitete - im Kriegsverlauf relativ variabel jeweils gegebenen Situationen angepaßt wurden. Zu ihrer Propagierung und Realisierung bediente man sich aller Möglichkeiten der Organisation des Reichsnährstandes und setzte zu ihrer weitgehenden Durchsetzung auch die Machtmittel des faschistischen Regimes unter Anwendung direkten Zwanges und unmittelbarer Gewalt ein.

Die Parolen, im Prinzip seit Verkündung der „Erzeugungsschlacht“ ausgegeben, lauteten für das Gebiet der Pflanzenproduktion auch für die Kriegszeit:

1. Keine Einschränkungen der Brotgetreideflächen
2. Erzielung von Höchstserträgen im Hackfruchtanbau, vor allem bei Kartoffeln und Zuckerrüben
3. Höchstleistungen im Gemüseanbau
4. Steigerung des Ölsaatenanbaus

Als Möglichkeiten und Voraussetzungen für die Durchsetzung der erhobenen Forderungen und zur Intensivierung der Produktion wurden ausgewiesen:

1. Sorgsamste Bodenbearbeitung
2. Beste Pflege des Wirtschaftsdüngers
3. Größtmöglicher Saatgutwechsel
4. Geschickteste Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskräfte.⁵⁾

Entsprechend den jeweiligen konkreten Erfordernissen eines jeden Jahres wurden in der Anbauplanung Modifikationen vorgenommen, die u.a. bestimmt wurden durch die sich verändernde Verbrauchsstruktur, witterungsbedingte Ausfälle, die Arbeitskräfte- und Betriebsmittellage, aber auch nicht zuletzt

5) NS-Landpost, Nr. 49, 4.12.42, Rede Backes am 29.11.42 in Posen, Die Erzeugungsschlacht im 4. Kriegsjahr

durch die vom Kriegsverlauf abhängigen unterschiedlichen Möglichkeiten, die landwirtschaftlichen Ressourcen überfallener und besetzter Länder auszubeuten.

Ständig wiederholter Grundsatz war: „Brot, Kartoffeln, Fett und Gemüse sind die Grundlagen unserer Volksernährung.“

Für die Anbauplanung 1942/43 ergaben sich die Prioritäten aus den Auswüsterungsschäden des Winters 1941/42, der mit 82 Frosttagen noch erheblich länger und härter war als die beiden vorangegangenen mit jeweils 58 Frosttagen, in dem rd. 2,5 Millionen ha landwirtschaftlicher Nutzfläche auswinterten, so daß sie im Frühjahr 1942 umbrochen und neu bestellt werden mußten.⁶⁾ Vor diesem Hintergrund lauteten die Festlegungen bei Brotgetreide auf Wettmachung des Rückganges der Anbaufläche und bei Kartoffeln auf Erhöhung der Hektarerträge, da eine Anbauerweiterung kaum durchführbar erschien, allenfalls auf Kosten des Hafers, bei dem man auf die Ausplünderung der Sowjetunion spekulierte. Bei Zuckerrüben wurde auf Haltung der Anbaufläche und eventuelle Ausdehnung auf Kosten von Runkeln und Futterrüben orientiert. Bei Ölsaaten sah man eine Erweiterung der Anbaufläche vor, um einmal den grundsätzlichen Anforderungen der Fettversorgung gerecht zu werden und zum anderen die erheblichen Auswintungen auszugleichen. Schließlich sollte es auch bei Feldgemüse darum gehen, den erreichten Stand zu halten, da nach der Steigerung der Vorjahre eine weitere Ausdehnung der Anbaufläche nicht real erschien.

In den Jahren 1943/44 und 1944/45 wurde in der Anbauplanung vor allem auf die Steigerung der Ölfruchtfläche orientiert. Für Brotgetreide galt der Durchschnitt der Jahre 1938 und 1939 als Maßstab für die Anbaufläche. Bei den Hackfrüchten sollte die Frühkartoffelfläche erhalten bleiben, während Spätkartoffeln und Zuckerrüben im Anbau nach Möglichkeit gesteigert werden mußten. Feldgemüse und Faserpflanzen waren unverändert oder mit leichter Ausweitung der Flächen anzubauen, während Hülsenfrüchte vor allem als

6) DAP, 1. Jg., Heft 4/1943, S. 128, Agrarpolitische Rundschau

Stickstoffsammler Beachtung zu finden hatten. Alle geforderten Steigerungen waren auf Kosten des Anbaus von Sommergetreide und hier vor allem der Sommergerste vorgesehen. Gegen Kriegsende rückte auch die wirtschaftseigene Erzeugung des notwendigen Saatgutes zunehmend in den Blickpunkt der Anbauplanung.

Die Veränderungen durch die Kriegsjahre 1944/45 zwangen für das Frühjahr 1945 zu erneuten Veränderungen in den Orientierungen, die unter dem Zwang der Ereignisse davon bestimmt wurden, „daß die Ernährung noch mehr als bisher auf pflanzliche Kost“ umgestellt werden mußte.⁷⁾ Die Aufgaben, für deren Lösung detaillierte Anweisungen erfolgten, wurden in sechs „Leitsätzen“ zusammengefaßt:

1. Erhaltung des Zuckerrübenanbaus überall dort, wo eine ausreichende Ernte und die Verwertung in Fabrik, eigenem oder benachbartem Viehbestand gesichert ist.
2. Ausdehnung des Kartoffelanbaus, unter Umständen auf Kosten des Zuckerrübenanbaus.
3. Volle Erfüllung des Brotgetreideanbausolls.
4. Unbedingte Erfüllung des Ölerzeugungsprogramms.
5. Einstellung des Gemüseanbaus auf Massengemüse und stadtnahe Erzeugung.
6. Größere Erzeugung von Speisehülsenfrüchten, Sicherung des notwendigen Futterhülsenfrüchtesaatgutes durch eigenen Anbau.“

7) NS-Landpost, Nr. 9, 2.3.45, Die Parolen der Frühjahrsbestellung, hieraus die folgenden "Leitsätze". Eine solche Parole war bereits im Herbst 1944 von Backe ausgegeben worden. Vgl. Keesings Archiv der Gegenwart, Jg. 1944, Nr. 6600, Rede am 19.11.44 zur 6. Kriegserzeugungsschlacht, „2. Rechtzeitige Umstellung der menschlichen Ernährung von tierischen und pflanzliche Erzeugnisse und Anpassung der Schweinebestände an die Futterdecke.“ Die Hintergründe für dieses Vorgehen finden sich in einer regionalen Quelle: Wochenblatt der Landesbauernschaft Kurhessen, Nr. 52/53, 23.12.44, Grundsätzliches zur Frühjahrsbestellung 1945, „Im 6. Kriegsjahr wird aber jetzt die bestimmteste Forderung gestellt, daß der Anbau von Pflanzen für die direkte menschliche Ernährung dem Anbau von Futterpflanzen, die unsere Ernährung nur indirekt und mit großen Verlusten zugute kommen, vorgezogen werden muß.“

Diese „Leitsätze“ dokumentieren den desolaten Zustand einer durch den imperialistischen Krieg an den Rand des Ruins gebrachten Landwirtschaft, die zu diesem Zeitpunkt von der Hand in den Mund leben mußte und zu einer geordneten Erzeugung nicht mehr in der Lage war. Dabei wirkte der Krieg nicht primär durch die unmittelbaren Kampfhandlungen auf die Lage, sondern umfassend und entscheidend durch den Entzug von qualifizierten Arbeitskräften und von Betriebsmitteln in jeder Form, was zu einer Entwicklung der Pflanzenproduktion führte, die im folgenden am Beispiel wichtiger Fruchtarten dargestellt werden soll.

3.1.2. Einzelne Fruchtarten

3.1.2.1. Getreide

Grundanliegen auf dem Gebiet der Getreideerzeugung war es, diese auf einer Höhe zu halten, die die Versorgung mit Brot und Nahrungsmitteln sowie mit dem unbedingt benötigten Futtergetreide garantierte. Im Rahmen des intensiven Getreideanbaus kam dem auf mittleren und leichten Böden gedeihenden Roggen besondere Bedeutung zu, da seine Nutzung zur Brotgetreideversorgung auf Kosten des Einsatzes als Futtergetreide vorgesehen war.

Tabelle 25

Tabelle 26

Bei dieser wichtigsten Getreidefrucht nahm sowohl die Anbaufläche als auch die Gesamternte während des Krieges ab, wobei das Jahr 1942 mit seiner besonders starken Auswinterung als Extremfall innerhalb des Trends angesehen werden muß. Ähnliches gilt in umgekehrter Weise für das besonders witterungsbegünstigte Jahr 1943.

Bei der Berechnung der Durchschnitte wird die Abnahme sowohl bei der Anbaufläche, den Hektarerträgen als auch bei der Erntemenge deutlich, die in allen drei Fällen das Niveau der Krisenjahre noch eindeutig unterschritt.

Tabelle 27

Tabelle 28

Auch bei der zweiten Brotgetreidefrucht, dem Weizen, waren

ähnliche Entwicklungen zu verzeichnen, wobei die Rückgänge in der Anbaufläche und in der Ernte prozentual stärker waren und die Hektarerträge während des Krieges den Durchschnitt der Vorkriegsjahre nicht erreichten.

Beide Brotgetreidearten zusammengenommen zeigten ein Bild, das die oben getroffenen Aussagen bestätigt. Die absolute Abnahme der Anbaufläche und der Erntemenge blieben bestehen und ebenso die Abnahme der Hektarerträge, die im Durchschnitt bis 1944, mit Ausnahme des Jahres 1943, unter dem Mittel der Vorkriegsjahre lagen.

Tabelle 29

Tabelle 30

Im Kriege verringerte sich die jährliche Anbaufläche um durchschnittlich fast 760.000 ha, die Hektarerträge verringerten sich um etwa einen Zentner (bei Roggen durchschnittlich um 0,31 dz und bei Weizen um 0,87 dz) und die jährliche Erntemenge ging um durchschnittlich ca. 720.000 Tonnen zurück, immer bezogen auf den Durchschnitt der Vorkriegsjahre.

Eine ähnliche Entwicklung war beim Anbau von Futtergetreide zu verzeichnen.

Tabelle 31

Tabelle 32

Absolut gesehen ging auch hier die Anbaufläche und in noch stärkerem Maße die Erntemenge zurück, wenngleich die Hektarerträge bis 1943 relativ hoch waren und erst gegen Kriegsende deutlich abfielen, durchschnittlich in den Kriegsjahren um 0,65 dz.

Anbau und Erzeugung bei den einzelnen Futtergetreidearten nahmen folgende Entwicklung:

Tabelle 33

Tabelle 34

Die Anbaufläche für Wintergerste verringerte sich sofort bei Kriegsbeginn, nahm aber erst ab 1943 entscheidend ab. Der besonders geringe Anbau 1942 war bedingt durch Auswinterungs-

schäden, die auch die Erträge in diesem Jahr minderten. Die sinkenden Erntemengen standen in direkter Abhängigkeit sowohl von der Abnahme der Anbauflächen als auch von den sinkenden Hektarerträgen.

Tabelle 35

Tabelle 36

Die Sommergerste-Anbaufläche erfuhr während des Krieges ebenfalls eine starke Einschränkung. Die Steigerung 1942 erklärt sich aus den Neubestellungen für die Auswinterung bei Wintergerste. Die Hektarerträge verringerten sich entscheidend erst im letzten Kriegsjahr, was die vergleichsweise hohen Durchschnittszahlen bei den Erträgen im Verlaufe des Krieges erklärt. Die absolute Erntemenge dagegen sank, abgesehen von dem Sonderfall des Jahres 1942, zunehmend.

Bei dem Hauptfuttergetreide Hafer, das den größten Anteil am Futtergetreideaufkommen hatte und dem vor allem für die Versorgung der faschistischen Wehrmacht große Bedeutung zukam, ergab sich folgende Entwicklung:

Tabelle 37

Tabelle 38

Auch bei dieser Frucht trat eine entscheidende Reduzierung der Anbaufläche und damit der Erntemenge bereits 1941 und dann 1943 und 1944 ein. Die Hektarerträge nahmen erst 1944 deutlich ab. Hieraus erklärt sich auch der relativ gute Durchschnittswert für den Krieg. Die durchschnittliche Anbaufläche pro Jahr verminderte sich im Kriege um mehr als 190.000 ha und die durchschnittliche Erntemenge jährlich um fast 420.000 Tonnen.

Eine vom allgemeinen Trend abweichende Entwicklung war bei Menggetreide festzustellen. Dieses Anbauverfahren für Futtergetreide wurde während des Krieges erkennbar ausgeweitet mit einer Spitze 1942 als Ausgleich für die Auswinterungen und bewegte sich auch noch 1943 und 1944 eindeutig über dem Vorkriegsniveau. Bei den Hektarerträgen und der Erntemenge trat bis 1943 nur ein langsames Absinken auf, das sich 1944 aber erkennbar verstärkte.

Tabelle 39

Tabelle 40

Die erweiterte Anbaufläche war auch die Ursache für die bei sinkenden Hektarerträgen steigende Erntemenge, die im Durchschnitt der Kriegsjahre jährlich fast 615.000 Tonnen mehr verfügbar machte.

Einen Gesamtüberblick über die Getreideversorgung des faschistischen Deutschlands vermitteln folgende Übersichten:

Tabelle 41

Tabelle 42

Die Abweichungen ab 1941 ergeben sich daraus, daß Brandt die Minderangaben der deutschen Produzenten für Brotgetreide zu Gunsten der Futterfläche ausgleicht. Diese falschen Angaben über die Anbaufläche wurden gemacht, um sich zumindest teilweise der Ablieferungspflicht für Brotgetreide zu entziehen. Die reale Mehrernte wurde für 1941 auf ca. 300.000 t, für 1942 auf 500.000 t und für 1943 auf mehr als eine Million t geschätzt, die hauptsächlich der Fütterung von Selbstversorgervieh zugute kamen.⁸⁾

Die vorangehend dargestellte Entwicklung bei den einzelnen Getreidearten findet hier zusammenfassend ihren Niederschlag. Die Erntemenge nahm während des Krieges, abgesehen von der vor allem witterungsbedingten guten Ernte 1943,

8) Hanau/Plate, a.a.O., S. 49, nach Material der Schaubilder (s. Anm. ^x47) und unveröffentlichtem Material der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft;

Die beiden Autoren geben bei ihren Quellenangaben der Statistik grundsätzlich keine Seitenzahlen an und beziehen sich des öfteren auf unveröffentlichtes Material, das ihnen für die Erstellung ihrer 1949 verfaßten Studie zur Verfügung gestellt wurde. Vergleiche ergaben eine weitgehende Übereinstimmung mit anderweitig verfügbarem Material, wobei sich Abweichungen höchstwahrscheinlich aus den unterschiedlichen Provenienzen des Zahlenmaterials erklären lassen.

Die Differenzen bei den Einfuhrzahlen erklären sich daraus, daß Brandt den Wehrmachtsverbrauch in den okkupierten Ländern mit berücksichtigt.

x) Anhang

laufend ab. Da der Verbrauch insgesamt gesehen nur bis zu einer gewissen Grenze gedrosselt werden konnte, verringerten sich die jeweiligen Anfangsbestände, ein Gradmesser für die Solidität und Ausgewogenheit der Bilanz, entscheidend. Die Einfuhren wiederum standen in direkter Abhängigkeit vom Kriegsverlauf und den sich hieraus ergebenden Nutzungsmöglichkeiten der Ressourcen der okkupierten oder abhängigen Staaten Europas.

Festgehalten werden muß die Veränderung, die sich beim Verbrauch durch die Verschiebung der Anteile von menschlichem Verzehr und Verfütterung vollzog. In dem Maße, in dem sich eine Strukturveränderung im menschlichen Verzehr, bedingt durch Fett- und Fleischmangel, hin zu pflanzlichen Produkten vollzog, mußte dies auf Kosten der Verfütterung gehen, was eine entscheidende Verengung der Futterbasis bedeutete. Der insgesamt sinkende Verbrauch hatte seine Ursache in der abnehmenden verfügbaren Gesamtmenge an Getreide.

Wichtig für die Vorstellungen von der Versorgung der Bedarfsträger sind die Angaben über die Ablieferung von Getreide durch die Landesbauernschaften des Reichsnährstandes.

Tabelle 43

Bereits seit 1937 bestand eine totale Ablieferungspflicht für Brotgetreide. Diese Regelung blieb bestehen und wurde im Kriege durch Rationierung des Eigenverbrauchs der landwirtschaftlichen Betriebe ergänzt. Das notwendige Futtergetreideaufkommen wurde durch Umlagen erbracht. Die schlechte Ernte 1942 zwang zur Einführung der Ablieferungspflicht auch für Gerste, die besonders 1942/43 zur Streckung des Brotgetreides verwendet wurde und für die eine Verfütterungsgenehmigung erforderlich war. Zur Erreichung einer hohen Ablieferung wurden alle Mittel des Regimes, vornehmlich die der Hofbegehung eingesetzt, was zu einer absoluten Steigerung der Ablieferung führte, die vor dem Hintergrund der kontinuierlich abnehmenden Erntemenge zu sehen ist.

Nach dem Tiefststand in der Ablieferung 1940/41 gelang es, die Abgaben von Getreide von Jahr zu Jahr weiter zu steigern, um 1943/44 die Ablieferung des Jahres 1939/40 wieder zu übertreffen. Während des gesamten Krieges lag die Getreideablieferung, abgesehen von 1938/39 mit einer ausgesprochen guten Ernte, erheblich über den Ablieferungen der Vorkriegsjahre.

Bei Brotgetreide wurde 1943/44 die höchste Ablieferung erzwungen. Bei Futtergetreide war dies 1942/43 der Fall.

Bei der mit zunehmender Kriegsdauer immer schwieriger werdenden Lage bei der Versorgung mit Brotgetreide kam einer frühzeitigen Einbringung und Ablieferung der Ernte zur Überwindung der Versorgungsengpässe große Bedeutung zu. Auch hierfür wurden neben ökonomischen Anreizen, wie Preiszuschlägen, ebenso massive Druckmittel zur Erreichung des angestrebten Ziels in Anwendung gebracht. Für den Erfolg dieser Bemühungen sprechen Angaben z.B. aus der Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt.

Tabelle 44

Tabelle 45

Bei der laufenden Reduzierung der Anfangsbestände, die den Anschluß an die neue Ernte zu sichern hatten, kam der rechtzeitigen Ablieferung immer größere Bedeutung zu. Im letzten Kriegsjahr traten allerdings Verlängerungsercheinungen ein, die einmal psychologisch aus der Kriegslage, aber auch objektiv durch fehlende Dreschmaschinen und Arbeitskräfte zu erklären sind.

Hierfür ein Beispiel aus der Landesbauernschaft Kurmark.

Tabelle 46

Es zeigt sich, daß in einzelnen Gebieten durchaus unterschiedliche Entwicklungen zu verzeichnen waren, wobei die regionalen Unterschiede vielfältige Ursachen mit sehr verschiedenem Gewicht haben konnten.

Derartige Erscheinungen differenzieren in bestimmtem Maße das aus den Zahlen für das Reich gewonnene Bild. Die aufgezeigte Entwicklung bei der Getreideproduktion,

gekennzeichnet durch relativ stabile Erträge mit geringfügigen Unterschieden bis ca. 1943, gleichzeitig aber Abnahme der Anbaufläche während des Krieges um etwa 15 %⁹⁾ und der damit verbundenen Ernteminderung ist vor dem Hintergrund der erwähnten Verschiebung des Ernährungsgefüges hin zu mehr pflanzlichen Produkten zu sehen, die wiederum durch die ungenügende Bereitstellung von Fett und Fleisch verursacht wurde. Auf die zu erwartenden Schwierigkeiten im Kriege und den Ernst der Lage hatte Backe bereits Anfang 1940 hingewiesen und Kürzungen der Brotationen der Zivilbevölkerung erwogen.¹⁰⁾ Er verwies darauf, daß bei einer nur 10 %igen Änderung gegenüber einer Normalgetreideernte ein Ausfall entstünde, „der fast die gesamte Brotgetreidereserve, die in jahrelangen Anstrengungen aufgestapelt wurde, innerhalb eines Jahres aufbraucht.“¹¹⁾

Die für den räuberischen deutschen Imperialismus praktikabelste Variante, die sich aus der wenig stabilen Getreidebasis ergebenden Probleme zu lösen oder doch zu mildern, bestand in der Ausbeutung der überfallenen oder abhängigen Länder, die forciert betrieben wurde und 1943/44 ihren Höhepunkt erreichte. (Vgl. Tabelle 41). 1944/45 schränkte dann die militärische Entwicklung mit den großen Erfolgen der Streitkräfte der Antihitlerkoalition die Chancen einer solchen Ernährungspolitik in zunehmendem Maße ein. Hinzu

9) Neuling, Willy, Neue deutsche Agrarpolitik, Grundlagen, Entwicklung und Aufgaben der deutschen Landwirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg, Tübingen 1949, S. 136; Vgl. auch Brünker, Willi, Die Selbstversorgung in der deutschen Landwirtschaft, Dissertation Bonn 1953, S. 143

10) ZStA, Fall XI, Nr. 392, ADB 106, Dokument NG - 1408, Bl. 92 f. und 111, Backe am 14.2.1940 im Generalrat der Wirtschaft.

11) Ebenda, Bl. 93, Diese Feststellung widerlegt auch hier eine Behauptung seines späteren Staatssekretärs Riecke aus dem Jahre 1953: „Bei verringerten Einfuhren, normaler Ernte und einem gelenkten Verzehr konnte erwartet werden, daß die bei Kriegsbeginn vorhandenen Reserven an Getreide und Fett den Zuschußbedarf für mindestens drei Jahre decken würden.“; Riecke, Hans, a.a.O., S. 334

kam die Tatsache, daß sich in dieser Zeit die Unterversorgung der deutschen Landwirtschaft mit Handelsdünger und landwirtschaftlicher Technik im Produktionsaufkommen mehr und mehr bemerkbar machte.

3.1.2.2. Hackfrüchte

Unter dem Gesichtspunkt einer möglichst intensiven Bodennutzung kam dem Anbau von Hackfrüchten besondere Bedeutung wegen des vergleichsweise hohen Nährwertes je Flächeneinheit zu. Dieser Umstand und die Verschiebungen im Verbrauch sowohl beim menschlichen Verzehr als auch bei der Verfütterung veranlaßte die faschistische Agrarführung, die Forderungen nach Erhaltung und wenn möglich Ausdehnung der Anbaufläche für Hackfrüchte während des ganzen Krieges ständig zu wiederholen und ihre Realisierung im Rahmen des Möglichen voranzutreiben.

Flächenerweiterungen bei Kartoffeln sollten auf Kosten des Futtergetreides Hafer durchgeführt werden. Dabei berücksichtigte man, daß Hafer nur den halben Nährstofftrag pro Flächeneinheit gegenüber der Kartoffel erbrachte und durch die geplante Ausplünderung der okkupierten Gebiete der Sowjetunion bald im notwendigen Umfange zur Verfügung stehen würde. Die geforderten Ausweitungen im Anbau von Zuckerrüben auf Kosten von Futterrüben und Runkeln gingen von den vielseitigen Einsatzmöglichkeiten der Zuckerrübe sowohl für die menschliche Ernährung als auch für die Verfütterung, besonders an die Rinderbestände, und von der Tatsache aus, daß diese Frucht den höchsten Nährwerttrag pro Flächeneinheit erbrachte. Übergeordneter Gesichtspunkt war in jedem Fall die Forderung nach Steigerung der Hektarerträge im Hackfruchtanbau.

Die Kartoffelerzeugung in Deutschland hatte sowohl für die Verfütterung als auch für den menschlichen Verzehr große Bedeutung. Auf die anteilige Entwicklung der beiden Hauptverbrauchergruppen wird noch einzugehen sein. Die Angaben für die Anbaufläche Hektarerträge und Gesamternten in Deutschland für Kartoffeln insgesamt (Früh- und Spätkartoffeln) für die Jahre 1928 bis 1944 lauten wie folgt:

Tabelle 47

Tabelle 48

Die Anbaufläche zeigte, bei uneinheitlichem Bild der Jahre 1941 bis 1944, insgesamt eine Abnahme. Die zeitweiligen relativen Erhöhungen 1942 und 1944 erklären sich aus dem Bemühen, den witterungsbedingten Ausfall 1941 und 1943 im Folgejahr durch erweiterten Anbau auszugleichen. Die im Frühjahr 1942 verstärkt einsetzende Propagierung der Ausweitung des Kartoffelanbaus entsprang den geschilderten Witterungsbedingungen, nicht zuletzt aber auch der Erkenntnis, daß bei der gegebenen und noch zu erwartenden Lage bei den Betriebsmitteln, und hier vor allem dem Handelsdünger, ein Nachlassen der Erträge in Zukunft zu erwarten war, dem man mit einer Ausweitung des Anbaus begegnen zu können hoffte. Der durch letztere Faktoren bedingte Rückgang der Hektarerträge während des Krieges erwies die Berechtigung der gehegten Befürchtungen. Sie lagen zwar bis 1942 relativ hoch, z.T. sogar über den Ergebnissen der Vorkriegsjahre, ließen aber 1943 und 1944 erheblich nach. Der Jahresdurchschnitt lag im Kriege, bezogen auf die Vorkriegsjahre, um mehr als 9 dz niedriger. Die Gesamterntemenge erreichte 1943 einen Tiefststand, der letztmalig 1927 zu verzeichnen gewesen war. Auch 1944 lag die Ernte, diesmal von Witterungsunbilden unbeeinflusst, nur um ein Geringes höher als 1943. Im Jahresdurchschnitt der Kriegsjahre betrug die Minusdifferenz über 4.320.000 Tonnen Kartoffeln. Die durchschnittliche Anbaufläche pro Jahr verringerte sich um mehr als 103.000 Hektar.

Die insgesamt gesehen ungewöhnliche Bedeutung der Kartoffelversorgung im Kriege auf Grund der zentralen Stellung der Kartoffel als Nahrungsmittel und Futtermittel erfordert eine Berücksichtigung der Entwicklung der Verwendung dieser Frucht.

Tabelle 49

Bei einer solchen vergleichenden Gesamtschau der Erzeugung verfügbaren Menge und Verwendung werden einmal der unein-

heitliche, aber rückläufige Trend in der Erntemenge bestätigt, gleichzeitig jedoch auch die Bemühungen deutlich, durch Einfuhren (auch enthaltend den Raub in besetzten Ländern) den Fehlbedarf auszugleichen. Besonders augenfällig wird aber sowohl bei den absoluten Zahlen als auch, und noch deutlicher bei den Verhältniszahlen, die fast genaue Umkehr bei der Verwendung als Nahrungsmittel und Futtermittel. Diese Entwicklung erklärt sich aus dem Ausweichen der menschlichen Verbraucher auf die bis 1941 noch frei verfügbaren, später kontingentierten Kartoffeln für den Verzehr in dem Maße, in dem die Rationierung und Zuteilung bei anderen wichtigen Lebensmitteln strenger bzw. niedriger wurden. Selbst wenn man die besonders augenfällige Steigerung des menschlichen Verzehrs 1942/43 zumindest zum Teil auf die Verwendung bei der erst im nächsten Jahr entscheidend eingeschränkten Kleintierhaltung zurückführen konnte, blieb der Trend eindeutig. Die hier zu verzeichnende Konkurrenz zwischen Menschenmagen und Tiermagen mußte bei Ernterückgängen die Fleisch- und Fettversorgung stark beeinflussen, da die Schweinebestände der jeweiligen Kartoffellage in jedem Falle angepaßt werden mußten, weil ein theoretisch denkbare Ausgleich über Kraftfuttermittel unter den konkreten Bedingungen des Krieges nur im bescheidensten Umfange möglich war.

Die geschilderte Lage führte zu laufender Verschärfung der Ablieferungsmaßnahmen und der hierzu erlassenen Zwangsbestimmungen. Zusätzlich wurden die Sortierungsvorschriften in der Weise geändert, daß ein möglichst hoher Anteil von Speisekartoffeln entstand und Verfütterungsverbote für zur menschlichen Ernährung geeigneter Kartoffeln erlassen. Solche Behelfe divergierten wiederum mit den Bemühungen zu einem planmäßigen Wiederaufbau der Schweinebestände. Die technische Verarbeitung von Kartoffeln ging aus den angeführten Gründen ebenfalls laufend zurück.

Der Zuckerrübe kam als der Frucht mit dem höchsten Nährwertbeitrag innerhalb des ernährungswirtschaftlichen Gefüges hervorragende Bedeutung zu. Die hohen Flächenerträge und die Verwendbarkeit für die menschliche Ernährung in Form von Zucker und als Futtermittel sicherten ihr in den Über-

legungen der landwirtschaftlichen Planer einen hervorragenden Platz. Die Verfütterung erfolgte vornehmlich an die Rinderbestände in Form von Zuckerrübenschnitzel und durch Verwertung des Rübenblattes hauptsächlich als Silage. In den letzten beiden Kriegsjahren zwangen die Verhältnisse in der Kartoffelproduktion auch zu Überlegungen hinsichtlich des Einsatzes von breiförmig aufbereiteten Zuckerrüben bei der Schweinemast.¹²⁾

Der Anbau und die Ernte von Zuckerrüben nahmen folgende Entwicklung:

Tabelle 5a

Tabelle 5l

Die Angaben für die Erntefläche dokumentieren das Wirksamwerden der zu Kriegsbeginn eingeleiteten Maßnahmen zur Erweiterung des Zuckerrübenanbaus wie Preisanreize, staatliche Zuschüsse, Naturalprämien u.a.m.. Die Hektarerträge und die Erntemengen verdeutlichen andererseits die bekannte Tatsache, daß Rüben wohl hohe Mehrerträge pro Flächeneinheit erbringen, aber ebenso hohe Ansprüche an Bearbeitung und Nährstoffzufuhr stellen. Die bereits mehrfach erwähnte und im vorangegangenen Kapitel untersuchte Situation auf dem Gebiet der Landtechnik, des Handelsdüngers und der Arbeitskräfte führte trotz Anbauflächenerweiterung durch zunehmend sinkende Hektarerträge zu einer ab 1943 festzustellenden zunehmenden Abnahme der Gesamterntemenge. Diese Gesamterntemenge lag aber auch noch im letzten Kriegsjahr mit dem niedrigsten Ertrag während des Krieges bedeutend über den Ernten der Vorkriegsjahre, wenn man von den Jahren 1937 und 1938 absieht. Andererseits standen 1944, bezogen auf 1939, bei einer mehr als 40.000 Hektar erweiterten Anbaufläche fast 3.100.000 Tonnen weniger Zuckerrüben zur Verfügung.

Der Vergleich der Durchschnittswerte der Vorkriegsjahre und der Kriegsjahre unterstreicht die Feststellung hinsichtlich der Anbaufläche und der Ernte und belegt ebenfalls den Rückgang bei den Hektarerträgen.

12) NS-Landpost, Nr. 28, 9.7.43 und vom 1.9.44

Eine dritte, für die Futterbereitstellung wichtige Hackfrucht, die Futterrübe, erlebte mit Kriegsbeginn ebenfalls eine erhebliche Erweiterung im Anbau.

Tabelle 52

Tabelle 53

Bei dieser Frucht war die Flächenerweiterung bis Kriegsende, mit einer besonders starken Ausweitung 1944, kontinuierlich zunehmend, wie die Hektarerträge und Erntemengen während des Krieges abnahmen, wenn man die witterungsbedingte Ausnahme des Jahres 1942 ausklammert.

Bezogen auf 1939 ging die Erntemenge 1944 bei einer Anbauflächenerweiterung von mehr als 260.000 Hektar um fast 7.450.000 Tonnen zurück. Die Hektarerträge sanken um fast 150 Doppelzentner.

Neben einer den hohen Ansprüchen der Kulturen entsprechenden Nährstoffzufuhr durch Düngemittel wurden bei den Hackfrüchten die Erträge entscheidend durch die Qualität der Bearbeitung der bebauten Flächen bestimmt. Der absolut und relativ hohe Arbeitsaufwand für Hackfrüchte, bei Rüben wiederum mehr als doppelt so hoch wie bei Kartoffeln, ließ die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Arbeitskräften zu einem vorrangig zu lösenden Problem werden, das sowohl die Fläche des Anbaus als auch die Erträge wesentlich mitbestimmte. Eine zusätzliche Schwierigkeit ergab sich daraus, daß Hackfrüchte aber nicht nur insgesamt einen hohen Arbeitsaufwand erforderten, sondern zusätzlich für die meisten Betriebe in der Erntezeit eine Arbeitsspitze bedeuteten, die rationell nur mit nichtständigen Arbeitskräften zu bewältigen war, die mit zunehmender Kriegsdauer und daraus sich ergebender immer gespannterer Gesamtarbeitskräfte-lage schwierig zu bekommen waren. Geling es nicht, die zusätzlichen Arbeitskräfte rechtzeitig bereitzustellen, waren erhebliche Ernteverluste nur unter günstigsten Witterungsbedingungen vermeidbar.

In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, daß die geschilderte Arbeitslage für Hunderttausende Zwangsarbeiter, aber auch zwangsweise eingesetzte deutsche Arbeitskräfte

und zu einem großen Teil auch für die Landbevölkerung eine unerhörte Belastung mit strapaziösester Arbeit bedeutete.

3.1.2.3. Ölfrüchte

Bereits in der Phase der Kriegsvorbereitung auf landwirtschaftlichem Gebiet mit dem Ziel größtmöglicher Unabhängigkeit von Einfuhren stellte die unter dem Namen „Fettlücke“ bekannt gewordene Auslandsabhängigkeit in der Fettversorgung die faschistischen Autarkiepolitiker vor kaum zu lösende Probleme. Mit einer Selbstversorgung von 50 - 60 % im letzten Friedensjahr 1938/39 war vergleichsweise auf dem Fettsektor die Einfuhrabhängigkeit am größten.¹³⁾ Diese hohe Abhängigkeit von Importen mußte die Steigerung der inländischen Fettproduktion zu einer zentralen Frage der autarkieorientierten faschistischen Agrarpolitik machen. Durch die Unterbrechung der Beziehungen zu den traditionellen Märkten

13) Petzina, ~~Hans~~^{Dieter}, a.a.O., S. 95, Selbstversorgung bei wichtigen Nahrungsmitteln in Prozent

| | |
|--------------------------------|-----|
| Brotgetreide | 115 |
| Hülsenfrüchte (ohne Linsen) | 71 |
| Kartoffeln | 100 |
| Gemüse | 91 |
| Zucker | 101 |
| Eier | 97 |
| Fleisch | 82 |
| Fett | 57 |

Hanau/Plate, a.a.O., S. 87, sprechen von einer Einfuhrabhängigkeit von 60 bis 65 %; Hemberger, Horst, Zu einigen Problemen der Rohstoffversorgung und der Versorgung der Bevölkerung mit Verbrauchsgütern im faschistischen Deutschland in der Periode der Vorbereitung und Durchführung des 2. Weltkriegs, in: Der Deutsche Imperialismus und der 2. Weltkrieg, Bd. 3, Berlin 1962, S. 240, gibt den Grad der fehlenden Erzeugung folgendermaßen an (Auswahl):

| | |
|---|-----------|
| Getreide, Kartoffeln, Zucker, Rindfleisch, | 0 - 2 % |
| Milch | 10 - 20 % |
| Schweinefleisch | 20 - 30 % |
| Geflügel, Eier | 40 - 50 % |
| Fette (einschl. Butter, Schmalz, Margarine) | 95 - 99 % |
| pflanzliche Fette | |

Ertel, H., Die Grundlagen der deutschen Volksernährung, Leipzig 1938, S. 63, nennt für Nahrungsfette wiederum eine Selbstversorgung von 50 - 55 %

Vgl. Einleitung, Anm. 30

erfuhr das Problem während des Krieges zwangsläufig eine Verschärfung. Der Umstand, daß die Milchwirtschaft als wesentliche inländische Fettquelle ebenfalls durch die Einfuhr von Kraftfutter in erheblichem Maße durch fehlende Importe beeinflusbar war, komplizierte die Lage noch zusätzlich. Vor diesem Hintergrund sind die Bemühungen zu sehen, bereits vor dem Kriege, verstärkt aber im Kriege das inländische Fettaufkommen durch erweiterten Anbau von Ölsaaten zu steigern, wobei das hohe Risiko dieser Kulturen in bezug auf Auswinterungsgefahr und hohe Schädlingsanfälligkeit in Kauf genommen wurde. Die Erweiterung des Ölsaatenanbaus hatte nicht nur die Aufgabe, die ausfallenden Einfuhren zu ersetzen, sondern auch die, das durch den Rückgang der Schweinebestände verursachte Minderaufkommen an Schlachtfett soweit als möglich zu kompensieren.¹⁴⁾

Bei den infrage kommenden Ölsaaten handelte es sich, in der Reihenfolge ihrer Bedeutung, um Raps und Rübsen, Leinsamen, Mohn und Hanfsamen. Lein und Hanf hatten noch zusätzliche Bedeutung als Faserpflanzen.

Anbau, Ertrag und Ernte dieser Ölsaaten nahmen im Krieg folgende Entwicklung:

Tabelle 54

Tabelle 55

Tabelle 56

Tabelle 57

14) Backe, Herbert, Die Erzeugungsschlacht im 5. Kriegsjahr, in: DAP, 2. Jg., Heft 4/5 1944, S. 103, "Je länger der Krieg dauert, umso mehr sind wir auf dem Fettsektor auf unsere eigene Erzeugung angewiesen. In den ersten Kriegsjahren hatten wir noch große Reserven an Ölsaaten und Waltran; auch hatten wir noch bedeutende Bezugsmöglichkeiten, insbesondere aus Ostasien. Heute sind unsere Fettquellen im wesentlichen die Milch und der eigene Ölfruchtanbau."

Die gleichzeitig erhobene Forderung nach Anbau von 600.000 ha Ölfrucht wurde allerdings nie erreicht.

Tabelle 58

Tabelle 59

Lein, Hanf und Mohn wurden erst nach der Machtübertragung an den deutschen Faschismus wieder in den Anbau aufgenommen und erfuhren eine bedeutende Anbauerweiterung, ebenso wie die Hauptölf Frucht Raps. Die Entwicklung verlief für die einzelnen Fruchtarten während des Krieges durchaus unterschiedlich. Zu berücksichtigen sind die witterungsbedingten Ausfälle 1940/41 und 1942/43. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache war bei Raps die höchste Anbauerweiterung festzustellen, gefolgt von Mohn, Hanf und Lein. Vom Umfang der Anbaufläche her dominierte der Raps eindeutig gegenüber Lein, Mohn und Hanf.

Diese enorme Zunahme erklärt sich aus verschiedenen Gründen. Erste Maßnahmen zur Wiedereinschaltung der Ölfrüchte in den Anbau waren Preissubventionen, die aus öffentlichen Mitteln finanziert wurden und deren Gesamtsumme im Jahre 1943/44 ca. 100 Millionen Reichsmark betrug.¹⁵⁾ Neben diesem Preisanreiz wirkten Naturalprämien wie die Rücklieferung von Ölkuchen, Anbau- und Ablieferungsprämien in Form von Speiseöl und -fett und zusätzliche Kontingente von Stickstoffdünger für Ölsaatenanbau.¹⁶⁾ Besonders die Düngemittelsonderzuteilungen und die Speiseölprämien stellten einen

15) Hanau/Plate, a.a.O., S. 92

16) NS-Landpost, Nr. 28, 9.7.43, Danach betrug die Rücklieferung von Ölkuchen 52,5 - 65 % der gelieferten Menge Ölsaaten. Speiseöl wurde 1 kg geliefert an jeden, der mehr als 25 kg Ölsaaten ablieferte. Auf 10 dz gab es 7,5 kg Öl, die bei einer Ablieferung von mehr als 365 dz Ölsaaten erreicht wurde. Zusätzlich konnte unter Anrechnung auf die Fettkarte eine bestimmte Menge Öl für den Haushalt geschlagen werden. Ab 1943 erfolgte auch die Sonderzuteilung von Stickstoff in Höhe von 30 kg pro ha Ölsaatenanbaufläche.

Vgl. zum Stickstoff-Ölfruchtfonds auch StAM, Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt, Nr. 479, Bl. 42 ff., Landesbauernführer Sachsen-Anhalt an Reichsbauernschaften am 13.4.44, betr. Düngemittelverteilung 1943/44, hier Ölfruchtfonds.

wirksamen Anreiz für den Anbau dar. Für die Reichsnährstandsorganisation ergaben sich Probleme aus den Versuchen vieler Bauern, durch bloße Meldung von Ölfruchtanbau, aber nicht tatsächliche Bestellung, in den Genuß des dringend benötigten Stickstoffs zu gelangen.¹⁷⁾ Neben einer intensiven und pausenlosen Propagierung des Ölfruchtanbaus wurden alle Möglichkeiten der massiven Beeinflussung durch den Reichsnährstand und seine Funktionäre eingesetzt, die während des Krieges zu einem praktischen Anbauzwang für diese Kulturen führten.

Unter Berücksichtigung der witterungsbedingten Ausfälle blieben die Erträge während des Krieges relativ stabil, was nicht zuletzt auf die Sonderzuteilungen an Stickstoffdünger zurückzuführen war. Eine solche Sonderstellung der Ölsaaten bei der Belieferung mit Handelsdünger erklärte sich ausschließlich aus der eminenten Bedeutung der inländischen Fettproduktion für das Gesamtgefüge der Ernährungswirtschaft des faschistischen Deutschlands.

Beachtenswert ist die Tatsache, daß die festzustellende Anbauerweiterung bei Ölfrüchten erheblich über das Maß dessen hinausging, das von den Sachverständigen des Reichsernährungsministeriums zu Beginn des Krieges betriebswirtschaftlich für vertretbar gehalten worden war.¹⁸⁾ Diese gingen dabei von den beschränkten Möglichkeiten der Anbauflächenverschiebung aus, die bei zu großem Umfang wohl Scheinerfolge erzielen würde, „das Loch... jedoch an einer anderen Stelle“ entstehen ließen und „die Produktion mit unverminderter Kraft“ träfen. Die Notwendigkeit wurde nur zu Gunsten des Ölsaatenanbaus, des Anbaus von Faserpflanzen

17) Ebenda, und Wochenblatt der Landesbauernschaft Danzig-Westpreußen, Nr. 51, 18.12.43

18) ZStA, Fall XI, Nr. 392, ADB 106, Bl. 21, 51, 77 f., Dokument NG - 453, Denkschrift Darrés „Aufgaben der Produktion in der Landwirtschaft im Kriege“, vom 27.11.39 und Stellungnahme zu den „Anregungen zum Kriegserzeugungsplan der deutschen Landwirtschaft vom 10.11.39“ vom 27.11.39, hieraus die folgenden Feststellungen.

und Feldgemüse anerkannt. Für Raps z.B. wurden 200.000 ha Anbaufläche als erreichbares Maximum angesehen. Eine stärkere Ausdehnung würde aus betriebswirtschaftlichen, besonders Fruchtfolgegründen, und vor allem wegen der hierbei befürchteten Konkurrenz mit dem Zuckerrübenanbau abgelehnt.

Tatsächlich trat die befürchtete Wirkung im Hinblick auf die Deformierung des Anbaugesüges nicht in der angenommenen Weise ein, da die stärksten Einbußen an Anbaufläche bei Getreide zu verzeichnen waren und die sich aus der Gesamtsituation ergebenden Zwänge die Prioritäten im Anbau setzten.

3.1.3. Zusammenfassung

Die vorgeführten Beispiele der Produktionsentwicklung von für die Ernährung besonders signifikanten Fruchtarten erlauben zusammenfassende Beurteilungen der Situation in der deutschen Landwirtschaft unter den Bedingungen des imperialistischen zweiten Weltkrieges. Wesentliche Teilaspekte der Produktionsbedingungen sind im vorangehenden Kapitel darzustellen versucht worden. Die geschilderte Situation auf dem Gebiet der Landtechnik und bei der Bereitstellung von Handelsdünger mußte ebenso entscheidenden Einfluß auf die Pflanzenproduktion haben wie der Zugkräfteeinsatz und die Lage bei den landwirtschaftlichen Arbeitskräften.

Die dem deutschen Faschismus zur Verfügung stehenden Ressourcen auf landwirtschaftlichem Gebiet konnten im Rahmen der Blitzkriegsstrategie wohl ausreichen, die dieser Strategie zugrunde liegenden Zielstellungen zu realisieren. Mit dem Scheitern dieser abenteuerlichen strategischen Konzeption mußten mehr und mehr die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten wirksam werden und sich gegen die faschistischen Eroberer wenden.

Zeitweilige Ausgleichsmöglichkeiten sah und nutzte der Imperialismus während des Krieges durch die Ausplünderung der überfallenen und besetzten Länder Europas bzw. durch Lieferungen aus den Satellitenstaaten des faschistischen Deutschlands, deren Land- und Ernährungswirtschaft den Bedürfnissen der faschistischen Kriegsmaschinerie rigoros untergeordnet wurde.

Bei der Nutzung des Grund und Bodens als Hauptproduktionsmittel der Landwirtschaft wird das ernährungswirtschaftliche Leistungsvermögen wesentlich von der Verteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf Ackerland und Dauergrünland bestimmt. Höchste Ergebnisse werden im allgemeinen dann erreicht, wenn das Verhältnis Ackerland zu Grünland den Erfordernissen einer optimalen Pflanzen- und Tierproduktion entspricht und gleichzeitig das Grünland so intensiv wie möglich genutzt wird sowie auf dem Ackerland den Fruchtarten mit höchsten Nährwertträgen je Flächeneinheit entsprechender Raum gewährt wird. Dabei bedarf es bei der Gestaltung der Anbauverhältnisse auf dem Ackerland der Beachtung bestimmter Proportionen, die sich aus den Anforderungen des Gesamternährungsgefüges ergeben. Beispielsweise bildeten während des Krieges die betriebswirtschaftlichen Grenzen des Anbaus von Hackfrüchten und Ölsaaten die Erfordernisse der Brotversorgung der Bevölkerung und die Befriedigung des Futterbedarfs der Viehbestände, die eine weitere Einschränkung des Getreide- und Futteranbaus nicht zuließen. Andererseits ergaben sich unter dem Zwang vorhandener Anbaumöglichkeiten Veränderungen der Verbrauchsgewohnheiten in Richtung auf eine erhebliche Steigerung des Brot-, Nahrungsmittel- und Speisekartoffelkonsums, um einen relativen Ausgleich für den Ausfall an Fetten und Fleisch zu schaffen.

Veränderungen im Anbauegefüge zu Gunsten nährwertreicher Kulturen stellten sich mit zunehmender Kriegsdauer Probleme entgegen, die sich aus dem hohen Arbeits-, Technik- und Düngeraufwand ergaben, der bei dem sich zunehmend verringernenden Potential immer ungenügender erbracht werden konnte.

Die durch den imperialistischen Krieg geschaffenen Produktionsbedingungen und die zu seiner Führung vorhandenen Voraussetzungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft standen sich diametral gegenüber, „auf der einen Seite das Bestreben der Landwirtschaft, arbeits- und düngerintensive Kulturen, die ernährungswirtschaftlich besonders leistungsfähig sind, im Anbau auszudehnen; auf der anderen Seite stark verminderte Nährstoffzufuhr (Stickstoff und Phosphorsäure)

und schlechte Versorgung mit Betriebsmitteln (Treibstoff, Maschinen und Geräte etc.)¹⁹⁾ Einer solchen, von fachlich kompetenter Seite im Frühjahr 1943 getroffenen Einschätzung wird weiter hinzugefügt: „Im Anbaugesüß 1942/43 sind gewisse extensivierende Tendenzen nicht zu verkennen.“ Weiter wird ein „Rückgang der Erträge, der sich bei den düngerintensiven Kulturen und bei der Strohernte am stärksten durchgesetzt“, konstatiert.

In einer 13 Monate später, Mitte Mai 1944, an gleicher Stelle und zum gleichen Zweck gegebenen Beurteilung der Lage²⁰⁾ fanden sich, der inzwischen eingetretenen Entwicklung gerecht werdend, bereits unmißverständlichere Feststellungen: „Im Anbaugesüß des Erntejahres 1943/44 sind gewisse extensivierende Merkmale deutlich sichtbar. ... Während die Hektarerträge bei Getreide im wesentlichen gehalten werden konnten, haben sich bei den düngerintensiven Hackfrüchten, namentlich bei Kartoffeln und Zuckerrüben, erhebliche Ertragsrückgänge durchgesetzt.“

Der Versorgungsstand, der relativierend im Vergleich mit den katastrophalen Verhältnissen des ersten Weltkriegs gesehen und als „befriedigend“ bezeichnet wurde, könne jedoch „nur gehalten werden, wenn die produktions- und ablieferungsfreudige deutsche Landwirtschaft instand gesetzt wird, das Äußerste aus dem Boden herauszuholen.“

Laufend genannte entscheidende Voraussetzungen für die Realisierung dieser Forderungen waren

1. ausreichende Nährstoffversorgung des Bodens;
2. ein den Erfordernissen entsprechender Arbeitskräfte- und Zugkräfteeinsatz;
3. hinreichende Versorgung mit Maschinen und Geräten.

19) ZStA, Fall XI, Nr. 411, ADB 120 B, Bl. 135, Dokument R - 124, Referat Prof. Woermanns auf der 39. Sitzung der Zentralen Planung am 23.4.43 „Die Ernährungslage und die Voraussetzungen zur Erhaltung der Produktionsleistungen der deutschen Landwirtschaft“

20) Ebenda, Bl. 201, Dokument R - 124, Referat Prof. Woermanns auf der 57. Sitzung der Zentralen Planung am 18.5.44 „Die Ernährungslage und die Produktionsleistungen der deutschen Landwirtschaft“

Konnte die Versorgung mit Arbeitskräften zumindest in quantitativer Hinsicht im allgemeinen als ausreichend bezeichnet werden, entwickelte sich die Lage beim Dünger und bei der Landtechnik im Laufe des Krieges immer katastrophaler.

Diese Tatsachen erlauben den berechtigten Schluß, daß auch das Wirtschaftsjahr 1944/45 keine positiven Veränderungen bringen konnte, sondern daß sich in diesem Zeitraum bis zur Befreiung von der faschistischen Herrschaft die Probleme im Gegenteil mehr und mehr zuspitzen mußten.

Betrachtet man die Pflanzenproduktion im faschistischen Deutschland während des zweiten Weltkriegs, so muß generell festgestellt werden, daß die intensiven Kriegsvorbereitungen auf landwirtschaftlichem Gebiet relative Erfolge in der Richtung zeitigten, daß es gelang, die Ernten bei insgesamt sinkender Tendenz, mit Unterschieden bei den einzelnen Kulturen über einen längeren Zeitraum auf einem Niveau zu halten, das eine Ernährungskatastrophe verhinderte.

Tabelle 6c

Im Vergleich zum ersten Weltkrieg vollzog sich der Rückgang der Bodenerträge relativ langsam. In der Versorgung wirkten sich die Ertragsrückgänge solange nicht voll aus, solange die Möglichkeit ihrer Kompensierung durch Einfuhren bestand (vgl. z.B. Tabellen 41, 42 und 49). Bis ins Wirtschaftsjahr 1942/43 waren die Ernterückgänge, soweit sie nicht eindeutig witterungsbedingt waren, nicht übermäßig stark. Mit dem Wirtschaftsjahr 1943/44 setzte allgemein ein progressiv wirksam werdendes Absinken der Hektarerträge und Erntemengen ein, das seine Ursachen in den kriegsbedingten Einschränkungen auf dem Betriebsmittelsektor hatte. Ebenfalls zu diesem Zeitpunkt begannen mehr und mehr die Langzeitwirkungen verminderter Düngergaben und der Vernachlässigungen in der Bodenbearbeitung aus den Vorjahren einzusetzen. Ihre höchste Stufe erreichten die durch den Krieg verursachten Beeinträchtigungen der Produktion schließlich in den Gebieten, die im Zuge der Rückkehr des Krieges nach Deutschland Ort unmittelbarer Kampfhandlungen wurden.

3.2. Zur Tierproduktion

3.2.1. Probleme der Futtergrundlage

In engem Zusammenhang mit den Ausführungen zu der Entwicklung und den Ergebnissen der Pflanzenproduktion im faschistischen Deutschland während des zweiten Weltkrieges ist die Tierproduktion zu sehen, die wesentlich auf die Vorleistungen der Pflanzenproduktion aufbauen mußte.

Im Rahmen der Kriegsernährungswirtschaft lagen zwei der drei wesentlichen Quellen zur Deckung des Fettbedarfs, nämlich Butter sowie Schmalz und Speck, im Bereich der Tierproduktion, dem naturgemäß auch das gesamte Aufkommen an Fleisch entstammte.

Für diesen Bereich der landwirtschaftlichen Produktion wurden als grundsätzliche Orientierungen der weitere Aufbau und die Erhaltung „gesunder und leistungsfähiger Kuhbestände, die auf die eigene Futtergrundlage abgestimmt sind“, und der „weitgehende Ausbau und die Stabilisierung der Milchwirtschaft als eine der wichtigsten eigenen Fettquellen“ gegeben.¹⁾ Damit wurde die im Rahmen der landwirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen betriebene Produktionspolitik nur einmal mehr in ihrem Grundsatz betont.

Der Gesamtkomplex der Tierproduktion ist bei der insgesamt angespannten Ernährungslage unter Berücksichtigung der Tatsache zu beurteilen, daß sich bei der Verwertung pflanzlicher Erzeugnisse durch den Tiermagen ein erheblicher Kalorienverlust ergibt, was dazu führte, daß die Bemühungen in die Richtung gingen, den direkten menschlichen Verzehr pflanzlicher Erzeugnisse zu steigern und gleichzeitig die Aufnahme tierischer Produkte zu drosseln. Aus dieser Absicht folgte, daß die Viehbestände, bei den einzelnen Tierarten auf Grund ihrer hauptsächlichlichen Futteransprüche unterschiedlich, grundsätzlich dem sogenannten

1) ZStA, Fall XI, Nr. 392, ADB 106, Bl. 17, Denkschrift Darrés „Die Aufgaben der Produktion in der Landwirtschaft im Kriege“ vom 27.11.39

Futterrest angepaßt werden mußten, der an Getreide, Kartoffeln und anderen Nährfrüchten verblieb, nachdem primär der menschliche Bedarf an pflanzlichen Erzeugnissen abgedeckt worden war. In diesem Zusammenhang ist die bereits erwähnte Wechselwirkung zwischen reduziertem Gesamtlebensmittelangebot im Kriege und sich daraus ableitender Verlagerung des menschlichen Verzehrs hin zu pflanzlichen Produkten zu sehen. Während im Jahre 1938/39 ca. 23,3 % der Bodenerzeugung und Einfuhr der unmittelbaren menschlichen Ernährungsdienten, stieg dieser Anteil bis ins Jahr 1943/44 auf 28,1 %.²⁾

Die Anpassung an die vorhandene Futtermenge bestimmten demgemäß entscheidend die produktionspolitischen Parolen für die Veredelungswirtschaft. Von den notwendig werdenden Abbau wurde die Schweinehaltung am stärksten betroffen, während der Rinderbestand nur unwesentliche Einbußen erlitt. Dies erklärte sich aus der eminenten Bedeutung der Milchkühe als Fettlieferanten und durch die, im Vergleich zu Schweinen, relativ gute Ausnutzung der über das Futter zugeführten Energie, die wiederum in der Milcherzeugung effektiver war als bei einer Schlachtung.

Für die zweite Hälfte des Krieges bestanden die der Landwirtschaft gestellten Aufgaben bei der Tierproduktion in der Erhaltung und Intensivierung der Milcherzeugung sowie in der Wiederaufstockung der dezimierten Schweinebestände.³⁾ Die im einzelnen verfolgten Absichten und die bestehenden Wechselbeziehungen innerhalb der Veredelungswirtschaft verdeutlichen die folgenden Parolen: „Hohe Leistungen in der Rindviehhaltung sichern die Fett- und verbessern die Fleischversorgung! Aufrechterhaltung der Schweinemast sichert die Fleisch- und verbessert die Fett-

2) Riecke, a.a.O., S. 344

3) Backe, Herbert, Die Erzeugungsschlacht im fünften Kriegsjahr, in: DAP, 2. Jg., Heft 4/5 1944, S. 104 f.; Vgl. auch NS-Landpost, Nr. 49, 4.12.42, Rede Backes am 29.11.42 in Posen

versorgung!"⁴⁾

Die Realisierung der gegebenen Richtlinien wurde mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln der Propaganda, mit den durch das faschistische Herrschaftssystem gegebenen Mitteln des direkten und indirekten Zwanges sowie durch Schaffung ökonomischer Anreize durchzusetzen versucht.

Immer wieder mußte der Zusammenhang zwischen der schmalen Futtergrundlage und der unumgänglichen Anpassung der Viehbestände hergestellt werden. In einer grundsätzlichen Stellungnahme zu den Aufgaben der sogenannten sechsten Kriegserzeugungsschlacht nannte Backe im Spätherbst 1944 „die Verknappung an Futtermitteln für die Ernährung unserer Viehbestände“ als eine der Schwierigkeiten, die zu überwinden waren durch „Stoßaufgaben, auf die wir die Kräfte konzentrieren.“ Hinsichtlich der Viehwirtschaft ginge es um „restlose Auswertung aller Futterquellen, Sparsamfüttern, Leistung erhalten, Viehbestand der Futterlage anpassen.“⁵⁾

Die Situation auf dem Futtergebiet im Kriege ist unter Berücksichtigung mehrerer Faktoren zu sehen, die sich zum Teil gegenseitig beeinflussen oder auch in ihrer Wirkung entgegenstanden. Einmal existierte die dringende Notwendigkeit, im Interesse der Fleisch-, besonders aber der Fettversorgung, die Viehbestände und hier in erster Linie milcherzeugenden Rinderbestände zu erhalten. Bei dieser Aufgabe galt es zusätzlich, ausfallende Einfuhren durch wirtschafts-eigenes Futter auszugleichen. Der Verringerung der Auslandsabhängigkeit bei Futtermitteln hatte bereits im Rahmen der Kriegsvorbereitung die Anbauerweiterung und Intensivierung des Hackfruchtanbaus gedient. In die gleiche Richtung gingen die Anstrengungen zur Konservierung des wirtschaftseigenen Futters durch Trocknungsverfahren, den Bau von Gärfutter-

4) StAW, Landesbauernschaft Thüringen, Nr. 292/2, Rednerdienst der Landesbauernschaft Thüringen, Folge 11 (September 1944), S. 7

5) StAM, Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt, Nr. 180, Abschrift eines Briefes des Reichsbauernführers an die Landesbauernführer vom 9.11.44, betr. 6. Kriegserzeugungsschlacht

behältern etc.. Am Vorabend des Krieges betragen die jährlichen Einfuhren wichtiger Getreidearten z.B. bei Weizen 1,3 Millionen t, bei Mais 1,9 Millionen t und bei Gerste 0,5 Millionen t. Wichtig für die Kriegssituation war die Herkunft dieser Mengen.

Tabelle 61

Das bedeutete, daß bei Weizen über die Hälfte, bei Mais über 90 % und bei Gerste über 45 % der Importe aus Ländern stammten, die im Kriege als Bezugsquellen ausfielen. Die Mais- und Getreideimporte wurden in der Schweinemast eingesetzt, während die fehlenden Weizeneinfuhren eine zusätzliche Konkurrenz für das Futtergetreide darstellten.

Gravierend waren auch die kriegsbedingten Ausfälle bei Ölkucheneinfuhren.

Die ökonomische Gesamtlage des faschistischen Deutschlands mußte vor allem durch die Autarkiebestrebungen und die devisa bedingten Einfuhrbeschränkungen Rückwirkungen auf die Gestaltung der Futtergrundlagen der Rinderbestände haben.

Tabelle 62

Bis 1933 wurde Ölkuchen auch zur Pferde- und Schweineverfütterung verwandt. Ab 1933 erfolgte im Rahmen des sogenannten „Fettplanes“ eine Drosselung der Importe und eine Preiserhöhung durch eine Monopolabgabe. Bis Kriegsbeginn steigerte sich die verfügbare Menge zeitweilig leicht durch das Aufkommen der inländischen Ölsaatenproduktion, um mit Kriegsbeginn und in dessen Verlauf rapide abzufallen und sich nur 1943 noch einmal leicht zu erholen als Auswirkung der Befriedigung eines Mindestbedarfes bei den Rinderbeständen. Das Aufkommen stand dabei in direkter Wechselbeziehung zu der Entwicklung des inländischen Ölsaatenanbaus.

Die Orientierungen gingen in Richtung auf eine Verstärkung der wirtschaftseigenen Futtergrundlage, die durch die Verbilligung des Handelsdüngers, die Ausweitung des Zwischenfruchtanbaus und subventionierten Grünlandumbruch mit dem Ziel von dessen intensiver Nutzung als Wiese und Weide angestrebt wurde. Die angeführten Zahlen lassen die zeitweilige Wirksamkeit der Bemühungen um die Umschichtung der

Futtergrundlage erkennen. Das Aufkommen an Rauh- und Gärfutter stieg erheblich an, ohne jedoch von den allgemeinen Rückgängen in der Pflanzenproduktion während des Krieges verschont zu bleiben.

Die enorme Entwicklung beim Silobau bis 1940 konnte wegen der allgemeinen Beschränkungen hinsichtlich der Arbeitskräfte und der Baustoffe im Kriege nicht ihre Fortsetzung finden.

Aus der skizzierten Lage ergaben sich die Bemühungen zur Intensivierung des Futteranbaus, denn einer Ausweitung des Futteranbaus standen die dringenden Erfordernisse in der Gesamtpflanzenproduktion gegenüber, die eine Ausweitung der nährwertreichen Kulturen erfordern. Der Anbau von Futter, sei es auf Wiesen, Weiden oder aber auch im Ackerfutterbau, brachte bei einem Anteil von etwa einem Drittel an der landwirtschaftlichen Nutzfläche die relativ niedrigsten Nährwertträge je Flächeneinheit.

In dem Maße, in dem sich die Pflanzenproduktion verringerte, mußte sich auch die Lage bei den Futtermitteln verschärfen. Der erklärte Primat der menschlichen Versorgung mit den Grundnahrungsmitteln Getreide und Kartoffeln führte bereits 1942 neben den seit langem bestehenden Verfütterungsverboten für Brotgetreide auch zu dem Verbot der Verfütterung von Gerste, die zur Streckung des Brotgetreides eingesetzt wurde. Wenngleich dieses Verbot 1943 wieder aufgehoben werden konnte, blieb doch die Tatsache bestehen, daß die Viehbestände dem vorhandenen Futterrest angepaßt werden mußten. Stärksten Einschränkungen wurden die Nutztviehbestände unterworfen, die, wie z.B. die Schweine, durch ihre Futteransprüche als Nahrungskonkurrenten des Menschen auftraten. Die durchgeführten umfangreichen Reduzierungsmaßnahmen hatten etwa 1943 zum Ergebnis, daß bei mittleren Ernten zwischen Futterbedarf und Futterversorgung, ein, wenn auch recht labiles, Gleichgewicht eintrat. Die durch die allgemein sinkenden Hektarerträge gegen Kriegsende zunehmenden Verknappungen führten zu der Forderung nach Einsatz des beschränkten Futteraufkommens in den Sparten der Veredelungswirtschaft, die, wie die Milchproduktion, den höchsten Ef-

fekt verhiessen und zur Schaffung von Ausweichlösungen für andere Nutztviehbestände. 1944 sollten z.B. Rüben und Grünfütter für die Schweinehaltung eine wesentliche Futtergrundlage bilden.⁶⁾ Derartige Entwicklungen resultierten aus der ungenügenden Versorgung mit Futtermitteln insgesamt, für die sich im Verlaufe des Krieges mehr und mehr Belege finden.⁷⁾ Die angespannte Lage führte wiederum zu Einsparungsversuchen auf allen Gebieten, von denen verstärkt auch die Kleintierhaltung betroffen wurde, die durch Anordnung vom März 1944 im Hinblick auf die Futtersituation rigoros eingeschränkt werden sollte.

Andererseits konnte die prekäre Lage Backes nicht dazu veranlassen, bei der faschistischen Wehrmacht die Einstellung der Verfütterung von Roggen durchzusetzen.⁸⁾ Eine solche Verfahrensweise mußte den Ablieferungswillen der Bauern nicht gerade positiv beeinflussen, die gezwungen wurden, auch ihr letztes Futtergetreide herzugeben. Deshalb wurde ersucht, die Tatsache der Roggenverfütterung zu verheimlichen. Ursprünglich wurde diese Praxis auf Anweisung Backes nur außerhalb der Reichsgrenzen geübt. Nach der Rückkehr des Krieges nach Deutschland sollte die Tatsache der Verfütterung möglichst geheim gehalten werden. Man war sich „voll bewußt, welche nachteilige Wirkung die Roggenverfütterung an Wehrmachtspferde auf die Ablieferungspflicht der deutschen Landwirtschaft für Roggen und auf das Roggenverfütterungsverbot für die deutsche Landwirtschaft haben kann.“ Selbst solche doch recht gravierenden Feststellungen konnten zu

-
- 6) Krakauer Zeitung, Nr. 199, 2.8.44, Völkischer Beobachter, Nr. 264, 21.9.44, Bericht über Arbeitsbesprechung des Reichsausschusses für Schlachtvieherzeugung beim Reichsbauernführer
 - 7) z.B. StAW, Thüringisches Ministerium des Innern, Nr. 69, Strengvertraulicher Versorgungsbericht des Thüringischen Wirtschaftsministeriums für Dezember 1941 und Januar, Februar 1942 vom 11.3.42
 - 8) Vgl. zu dem gesamten Vorgang StAW, Landesbauernschaft Thüringen, Nr. 570, Bl. 98, Schreiben Backes vom 27.2.45 an die Landesernährungsämter, Abt. A und B

einer Veränderung des Verfahrens nicht führen, da der Vorrang der Versorgung der faschistischen Wehrmacht wie in allen anderen so auch in diesem Fall unbestritten blieb. Gleichzeitig jedoch zwang die Futterlage zu einem weiteren Abbau der Nutztviehbestände.

Die Gesamtentwicklung beim Futtermittelaußkommen verlief in erheblichem Maße rückläufig. Der aus deutscher Erzeugung und aus Einfuhren verfügbare Kraftfutterrest sank von 25,1 Mio t Getreidewert im ersten Kriegsernährungsjahr auf 15,5 Mio t im Kriegsernährungsjahr 1943/44.⁹⁾ Diese Entwicklung hatte sich bereits früher absehen lassen. Ende 1942 wies eine Analyse der Ertragslage der deutschen Landwirtschaft einen Rückgang der Betriebsausgaben vom Wirtschaftsjahr 1938/39 zum Wirtschaftsjahr 1941/42 um ca. eine Milliarde Reichsmark aus. Ein Viertel des Rückgangs entfiel auf die Ausgaben für Futtermittel, die nur rd. 40 % des 1938/39 ausgegebenen Betrages ausmachten.¹⁰⁾

Bei der sich auf allen Gebieten der landwirtschaftlichen Produktion und ihrer Voraussetzungen zuspitzenden und verschärfenden Lage konnte der Futtermittelsektor nicht unbeteiligt bleiben. In einer resümierenden und orientierenden Einschätzung von Ende 1944 findet sich dann auch die Feststellung, daß „die größten Schwierigkeiten im sechsten Kriegsjahr zweifellos auf dem Gebiet der Futterwirtschaft zu überwinden“ seien.¹¹⁾ Eine solche Beurteilung der Lage ging aus von der geringen Futtergetreideernte und den hohen Wehrmachtsbedarf, „der bisher zu einem wesentlichen Teil aus den besetzten Gebieten befriedigt werden konnte, nunmehr

9) ZStA, Fall XI, Nr. 411, ADB 120 B, Bl. 201, Dok. R-124, Referat Prof. Woermanns „Die Ernährungslage und die Produktionsleistungen der deutschen Landwirtschaft“, auf der 57. Sitzung der Zentralen Planung am 18.5.44

10) ZStA, REM, Nr. 943, Bl. 201, Produktion und Ertragslage der deutschen Landwirtschaft im dritten Kriegswirtschaftsjahr 1941/42 im Altreich

11) DAP, 2. Jg., Heft 12/1944, S. 352, Die Ernährungswirtschaft an der Wende des fünften Kriegsjahres, hieraus auch die folgenden Feststellungen

aber in größerem Umfange von der heimischen Landwirtschaft aufzubringen ist." Aus dieser Tatsache ergab sich ein erhebliches Zurückbleiben der verfügbaren Kraftfuttermenge hinter den schon geringen Vorräten des Vorjahres.

Für den Einsatz des vorhandenen Kraftfutters bestand die Rangfolge Spanntiere, Rindvieh, Schweine und Kleintiere. Den Spanntieren kam bei rückläufiger Treibstoffversorgung und der Notwendigkeit bester Bodenbearbeitung zur Erschließung der Bodennährstoffe bei geringen Handelsdüngergaben grundlegende Bedeutung zu. Der Milchviehbestand bildete das Rückgrat der Fetterzeugung. Hier ließ sich Kraftfutter, das im übrigen nur 10 % der benötigten Futtermenge gegenüber 90 % Rauh- und Saftfutter ausmachte, mit höchstem Effekt einsetzen. Der Rest stand der Schweine- und Geflügelhaltung zur Verfügung, wobei wahlweise einsetzbares Futter wieder in erster Linie der Schweinemast zugute zu kommen hatte.

Alle Bemühungen zur Lenkung des Futtereinsatzes zielten darauf ab, zu erreichen, „durch sinnvolles Zusammenwirken der Hauptnutzviehzweige aus einer gegebenen Futtergrundlage die höchstmögliche Menge an tierischen Erzeugnissen zu gewinnen.“

Diese wertungsfreie betriebswirtschaftliche Feststellung ließ die beschränkte Futtergrundlage und die aus ihr sich ableitende notwendige Reduzierung des Nutzviehbestandes außer acht.

Die konkreten Wirtschaftsbedingungen des Jahres 1945 erlaubten dann in keiner Weise mehr die in den vorangegangenen Jahren zu verzeichnenden Extensivierungserscheinungen im Futteranbau, eine Sachlage, die in die Anbaurichtlinien zur Gewinnung des wirtschaftseigenen Futters von möglichst kleinen Flächen folgerichtig einmündete, da jede Ausdehnung des Futteranbaus als Hauptfrucht zwangsläufig zu einem Flächenverlust für die Nährfrüchte führen mußte, dem der unter dem Zwang der Ereignisse entwickelte Grundsatz des Primats der pflanzlichen Grundnahrungsstoffe entgegenstand.

Schließlich wurde vor diesem Hintergrund die Organisation der Tierproduktion zum offiziellen Vabanque-Spiel. Reichsminister Backe forderte im Frühjahr 1944 dringlich

die Aufstockung der Schweinebestände und gestand im gleichen Atemzuge ein, noch nicht übersehen zu können, „in welchem Umfange (er) die zusätzlichen Getreidemengen für Mastzwecke hereinbekomme, die zum Ausgleich des Futterdefizits gebraucht werden.“ Falls die Hoffnungen auf eine überdurchschnittliche Ernte, bei der gegebenen Produktionsmittellage ohnehin nur bei extrem günstigen Witterungsbedingungen denkbar, sich nicht erfüllen würden, verwies er darauf, daß „es immer noch leichter (sei), unreife Schweine abzuschlachten, als zusätzliche Schweine aus dem Boden zu stampfen, wenn die Futtergrundlage eine höhere Schweinemast erlaubt.“¹²⁾ Solchen Feststellungen des verantwortlichen Ministers bleibt nichts hinzuzufügen.

Die Entwicklung bei den einzelnen Nutztierarten verlief durchaus unterschiedlich und soll im folgenden am Beispiel wichtiger Tiergattungen untersucht werden.

3.2.2. Einzelne Tierarten

3.2.2.1. Rinder

Bei der Betrachtung des Rindviehbestandes und seiner Leistungen ist primär von seiner Funktion als Butterlieferant auszugehen. Butter wurde von den faschistischen Agrarpolitikern als wichtigste inländische Fettquelle angesehen. Unter diesem Blickwinkel sind alle Maßnahmen im Hinblick auf die Erhaltung und Versorgung des Rindviehbestandes zu sehen und zu bewerten.

Tabelle 63

Es zeigt sich, daß der Gesamtbestand an Rindern im Kriege nur relativ geringe Einbußen erlitt und in den einzelnen Kriegsjahren in Abhängigkeit von der Futterlage eine uneinheitliche, keinesfalls aber sinkende Tendenz aufwies. Die Zahl der Milchkuhe nahm während des Krieges sogar zu. Der Rückgang der Bestände am Vorabend des Krieges und im ersten Kriegsjahr ist im Zusammenhang mit der in diesen Jahren verstärkt auftretenden Maul- und Klauenseuche zu sehen.

12) Backe, Herbert, Die Erzeugungsschlacht im fünften Kriegsjahr, in: DAP, 2. Jg., Heft 4/5 1944, S. 105 f.

Die beschriebene Entwicklung erklärt sich aus der Funktion des Rinderbestandes im Rahmen der faschistischen Ernährungswirtschaft als Fettlieferant. Hinzu kam die Tatsache, daß bei der Milcherzeugung die Ausnutzung der mit dem Futter zugeführten Energie mit 25 % wesentlich günstiger lag als bei der Rindfleischerzeugung mit etwa 10 %.¹³⁾

Tabelle 64

Die Gesamterzeugung von Kuhmilch fiel bis 1942 ab, um dann ab 1943 geringfügig anzusteigen und dabei 1944 die Werte bis 1941 nie mehr zu erreichen. Trotz erhöhten Bestandes erklärt sich dies aus dem Abnehmen der Milcherträge je Kuh, die auf Grund der Futtermittellage nicht gehalten werden konnten, wenngleich auch hier ab 1942 eine leichte Steigerung zu erkennen war.

Tabelle 65

Bei insgesamt rückläufigem Frischmilchverbrauch wurde die Verfütterung, der Absatz vom Hof und der Eigenbedarf der Kuhhalter stark eingeschränkt, während der Absatz von Molkereien im Kriegsverlauf anstieg. Hierbei wurden die mit allen Mitteln betriebenen Versuche zur Erfassung der Milchproduktion wirksam, die vor allem darauf gerichtet waren, die Butterung auf das höchstmögliche Niveau zu bringen. Der rechnerische Erfolg dieser eingeleiteten Maßnahmen wird an der folgenden Aufstellung sichtbar.

Tabelle 66

Hier zeigt sich in Relation zu der Vorkriegszeit ein hohes Niveau der Produktion, die 1943 ihren Höhepunkt erreichte und 1944 zu sinken begann. Möglich wurde diese Entwicklung u.a. durch die fast restlose Erfassung der Milch mit Hilfe

13) Woermann, Emil, Zehn Jahre Erzeugungsschlacht und Ernährungswirtschaft, in: DAP, 2. Jg., Heft 4/5 1944, S. 120;
Ebenda, Heft 12/44, S. 350, Die Ernährungswirtschaft an der Wende des fünften Kriegsjahres finden sich folgende Angaben für den Aufwand: Eine Kalorie Rindfleisch = 24 Kalorien, eine Kalorie Milch = 4 Kalorien

des Zwangsapparates des faschistischen Staates, was sich in dem ständig steigenden Anteil der Molkereibutterung und im gleichen Prozeß bedeutungslos werdender Eigenbutterung ablesen läßt.

Die Erfüllung der Milchablieferungspflicht wurde neben Preisanreizen und Leistungswettbewerben vor allem mit verschärften Kontrollen und anderen Zwangsmaßnahmen durchzusetzen versucht. Solche Maßnahmen reichten von der Schließung privater Zentrifugen über Kontrollen der Kuhhalter allgemein bis hin zu Probemelken in den Ställen und Verwarnungen und Bestrafungen bei geringsten Versäumnissen.

Die Verbutterung der Milch in Molkereien half fernerhin, vermeidbare Verluste, die im Eigenbutterungsverfahren unvermeidlich waren, weitgehend auszuschalten.

Über diese Entwicklung und den Stand der Molkereierfassung¹⁴⁾ im Kriege gibt nachstehende Aufstellung Auskunft.

Tabelle 67

Einer solchen Entwicklung war die Festlegung der Einzugsgebiete und Lieferungsgebiete der Molkereien vorausgegangen. Neben den notwendigen Neubauten von Molkereibetrieben boten umfassende Zwangsmaßnahmen, wie Ablieferungszwang, Selbstmarkteverbot, Selbstfütterungsverbot, die notwendigen Voraussetzungen für den angestrebten Effekt. Diesen schon in Vorbereitung des Krieges eingeleiteten Maßnahmen folgten mit Beginn des Krieges erhebliche Verschärfungen. Die Erfassung von schließlich 4/5 der Gesamterzeugung in den ebenfalls schärfstens überwachten Molkereien bot die Voraussetzung für eine von der zuständigen Hauptvereinigung der deutschen Milch- und Fettwirtschaft absolut beherrschten Lenkung der so wichtigen Fettquelle im Interesse der faschistischen Kriegsführung.

Tabelle 68

14) Die Ausführungen hierzu sowie zur Milchfetterzeugung und Milchleistungsprüfung folgen im wesentlichen Hanau/Plate, S. 74 f., S. 78 f und S. 83 f.

In dieser, nur die Milchfetterzeugung berücksichtigenden, Darstellung, wird ebenfalls das absolute Sinken der Gesamtproduktion bei zeitweiliger Steigerung der Butterherstellung erkennbar, die auf Kosten des laufend eingeschränkten Verbrauchs als Tränkmilch und Aufzuchtfutter erfolgte. An dieser Aufschlüsselung wird besonders deutlich das Verfahren zur Sichtbarmachung des Fetts über die Butterproduktion bei gleichzeitiger drastischer Einschränkung des bislang „unsichtbar“ verzehrten Milchfetts erkennbar. Die im Kriege sinkende Produktion an Milchfett konnte für eine reale Erhöhung des Konsums, wie sie durch die Statistik der Butterherstellung vorgegaukelt wurde, nicht die elementaren Voraussetzungen schaffen.

Unter den Maßnahmen zur Steigerung der Milchproduktion hatte die obligatorische Milchleistungsprüfung besondere Bedeutung. Diese bereits Ende 1935 für Betriebe mit einer bestimmten Anzahl Milchkühe eingeführte regelmäßige Überwachung erlaubte dirigistische Eingriffe vor allem hinsichtlich einer nach Leistung erfolgenden Fütterung und entsprechenden Futterzuteilung. Unter den Bedingungen der Futtersituation während des Krieges lag die Bedeutung der regelmäßigen Milchleistungsprüfungen auf der Hand.

Tabelle 69

Die außerordentliche Steigerung im Rahmen der Kriegsvorbereitung war offensichtlich und erreichte bis zu Kriegsbeginn über 70 %. Der Abfall bis 1943 hatte seine Ursache in der Einziehung von Kontrollbeamten zur Wehrmacht. Durch den verstärkten Einsatz von Frauen konnte zu Kriegsende hin der Anteil der Prüfungen wieder gesteigert werden. Unter den Bedingungen des Krieges bestand die Hauptaufgabe der Milchleistungsprüfungen neben der Regulierung von Futterzuteilungen, die mehr und mehr in den Hintergrund traten, darin, die Erfüllung der Ablieferungspflicht der Betriebe zu überwachen.¹⁵⁾

15) Hanau/Plate, a.a.O., S. 85

Dennoch stellte die statistisch feststellbare bedeutende Steigerung der Buttererzeugung keine echte Mehrerzeugung dar, da sie durch vielfältige Maßnahmen, von denen die Frischmilchenträmmung und die Erhöhung des Wasseranteils in der Butter die bekanntesten sind, den sonst in anderen Milchprodukten wie z.B. Käse und Speisequark enthaltenen MilCHFettverzehr statistisch erfaßbar machte, ohne daß damit eine Mehrerzeugung verbunden gewesen wäre. Das sonst in vielerlei Formen unsichtbar eingenommene Fett wurde nur statistisch sichtbar gemacht.

Trotzdem trug die Aufrechterhaltung der Milchproduktion entscheidend dazu bei, im Verein mit der Ausweitung des Ölsaatenanbaus den Zusammenbruch der Fettversorgung in der zweiten Kriegshälfte zu verhindern.

Tabelle 70

Im Vergleich zu der rapide sinkenden Schlachtfettproduktion und der aus vielerlei Gründen unsicheren Ölsaatenproduktion war die Buttererzeugung anteilmäßig wie auch in der Kontinuität der Produktion wesentlicher Faktor der Fettversorgung. Der Anteil der inländischen Erzeugung blieb bei Butter weitgehend stabil. Dagegen schwankte der Anteil der stark gesunkenen Schlachtfettproduktion in Abhängigkeit von den Schweinebeständen erheblich und entsprach ziemlich genau dem Gesamtbestand. Bei den Margarinerohstoffen und dem Speiseöl war die Übereinstimmung mit Anbau und Erntemenge der Ölfrüchte besonders deutlich.

Unter dem Gesichtspunkt der fundamentalen Bedeutung der Milchproduktion war die Rindfleischerzeugung nur von relativ untergeordnetem Gewicht. Bei der produktionspolitischen Orientierung zur Rindviehhaltung wurde erst an letzter Stelle dazu aufgefordert, „zur Milchviehhaltung und -nachzucht nicht benötigtes Futter durch Rindermast auszunutzen.“¹⁶⁾

Tabelle 71

16) StAW, Landesbauernschaft Thüringen, Nr. 299/2, Rednerdienst der Landesbauernschaft Thüringen, Folge 11 (September 1944)

Die Zahl der Schlachtungen der Rinder insgesamt nahm während des Krieges langsam ab, mit einer deutlichen Abnahme von 1943 zu 1944. Der leichte Anstieg 1943 war bedingt durch die steigenden Anforderungen, vor allem durch den Wehrmachtbedarf an Fleisch, der aus den dezimierten, im Wiederaufbau begriffenen Schweinebeständen nicht abgedeckt werden konnte. Bei Kühen bewegte sich die Entwicklung in gleichen Bahnen. Auslandstiere spielten eine außergewöhnliche Rolle in den Jahren 1940 bis 1943 durch den Raub in den okkupierten Ländern, wobei die zunehmend beschränkten Möglichkeiten der Ausplünderung sich in ihren zu Kriegsende wieder sinkenden Anteil ausdrücken. Für die Schlachtungszahlen des Jahres 1944 ist zu beachten, daß in der zweiten Hälfte des Jahres durch das Räumungsvieh aus den kriegsbedrohten Gebieten Deutschlands eine erhöhte Schlachtquote entstand.

Die Produktionspolitik im Hinblick auf Schlachtrinder befolgte aus den erwähnten Gründen den Grundsatz der Erhaltung eines leistungsfähigen Milchviehbestandes. Aus diesem Grunde wurden die Preise bewußt niedrig gehalten und erst im Frühjahr 1944 aufge bessert, allerdings erheblich mit über 30 %. Diese Preisregulierung stellte keinen Anreiz für große Eingriffe in die Bestände dar, gleich erfolgte Preiserhöhungen bei Milch und Schlachtschweinen aus und diente vor allem dazu, den Verkauf alter, wenig leistungsfähiger Milchkühe zu stimulieren.¹⁷⁾

Tabelle 72

Diese Absicht erklärt auch die gleichzeitige Festschreibung der Preise für Kälber, um auf diese Weise die Bestände zu verjüngen und frühzeitige Schlachtungen zu verhindern.

Tabelle 73

Der Rückgang war mit zunehmender Kriegsdauer progressiv und die verfügbare Fleischmenge erreichte 1944 ihren Tiefpunkt. Das Ansteigen bei Kalbfleisch 1942 und 1944 war bedingt durch den Futtermangel, der trotz fehlenden Anreizes zu

17) Hanau/Plate, a.a.O., S. 112

den Schlachtungen zwang.

Die Qualitätsminderung im Schlachtrinderangebot wird durch eine Gegenüberstellung der durchschnittlichen Schlachtgewichte erkennbar, die den Abfall der verfügbaren Menge wesentlich mit erklären.

Tabelle 74

Bei den angeführten Schlachtrinderarten sind die Abnahmen im Schlachtgewicht vornehmlich auf die Minderungen in Quantität und Qualität vor allem der Kraftfuttergaben zurückzuführen.

3.2.2.2. Schweine

Den relativen Erfolgen auf dem Gebiet der Milch- und Buttererzeugung bei der Verminderung der Folgen der „Fettlücke“ stand auf dem Gebiet der Schlachtfetterzeugung mittels der Schweinehaltung ein ganz anders gearteter Prozeß gegenüber.

Innerhalb der Kriegswirtschaft nahm die Schweinehaltung durch ihr Aufkommen an Fleisch, Fett und Leder eine wichtige Stellung ein.

Die Schweinemast stellte nach Butter und Ölsaaten die dritte wichtige inländische Fettquelle dar. Trotzdem wurde mit der Schweinemast vor allem Fleisch und erst in zweiter Linie Fett erzeugt. Vier Fünftel der Mast dienten der Fleisch- und nur ein Fünftel der Fetterzeugung. Über 60 % der in den letzten Vorkriegsjahren verfügbaren Fleischmenge entfielen auf Schweinefleisch.¹⁸⁾ (Zum Anteil der Schlachtfette an der Fettversorgung vgl. Tabelle 70 dieses Kapitels.)

Der Umfang der Schweinehaltung wurde entscheidend bestimmt durch die zur Verfügung stehende Menge an Mastfutter. Im Gegensatz zur Rinderhaltung, die zu 90 % mit Rau- und Saftfutter realisiert wurde, das der menschlichen Ernährung nicht unmittelbar nutzbar gemacht werden konnte, trat bei Kartoffeln und Getreide als dem hauptsächlichlichen Schweinefutter eine direkte Konkurrenz zwischen Mensch und Tier auf,

18) Statistisches Handbuch, S. 231

bei der der menschliche Verzehr unbedingten Vorrang hatte. (Zur Entwicklung der Anteile am Kartoffelverbrauch vgl. Tabelle 49)

Die Schweinebestände mußten der vorhandenen und beschränkten Futtergrundlage, die vor allem bei Kartoffeln erheblichen Schwankungen unterworfen war, laufend angepaßt werden. Nicht die Zahl der vorhandenen Schweine war entscheidend für die Produktion, sondern die verfügbare Futtermenge, die auch den Ausmästungsgrad bestimmte. Eine hohe Ausmästung mit entsprechend höherer Fettgewinnung erforderte die Anwendung progressiv höherer Futtermengen. Da die Futtermenge begrenzt war, hätte solch ein Weg nur über die weitere Reduzierung der Bestände beschritten werden können.

Diese Tatsache in Verbindung mit der Pflanzenproduktionsentwicklung, dem Ausfall von Importen und den Veränderungen in den Verbrauchsgewohnheiten der Bevölkerung unter den Bedingungen des Mangels an Fleisch und Fett zwangen zu einer Anpassung der vorhandenen Schweinebestände an die Futtermenge, was folgende Entwicklung ergab.

Tabelle 75

Tabelle 76

Der Gesamtbestand erreichte 1942 seinen Tiefststand. Hierbei spielte die schlechte Kartoffelernte 1941 eine Rolle. Diese Lage, vor allem die Beschränkung des Nachwuchses und der Abbau von Zuchtsauen, die die zukünftige Fleischversorgung gefährdete und befürchten ließ, daß selbst für eine Normalernte nicht genügend Verwerter vorhanden sein würden, zwangen zu Maßnahmen. Da die elementaren Voraussetzungen für die Erhöhung der Bestände durch die Situation auf dem Futtermittelmarkt fehlten, konnten Preisanreize allein nicht wirksam werden. Die Regelungen mußten also vornehmlich den Futterbereich betreffen. Organisatorisch wurde das Problem durch die Installierung von sogenannten Leistungsausschüssen für Schlachtvieherzeugung auf allen Stufen der Reichsnährstandsorganisation angegangen. Ziel der Arbeit dieser Ausschüsse war u.a. die Ausweitung der Schweinehaltung auch in den Gebieten, die an sich keine günstige Futtergrundlage

boten und die Umstellung der Futterbasis auch auf die Fützung von Zucker- und Futterrüben, Grünfütter und Rübenblatt. Die auftretenden Widerstände wurden durch Agitation, aber auch, wo diese nicht fruchtete, durch Zwangsmaßnahmen aller Spielarten überwunden. Die administrative und propagandistische Einflußnahme wurde durch Einzelmaßnahmen ergänzt, von denen man sich vor allem eine Stimulierung für die Aufstockung der Schweinebestände erhoffte. Dabei handelte es sich im einzelnen¹⁹⁾

- um den Abschluß von Lieferverträgen zwischen Viehhandel und Züchtern über mehrere 100.000 Läufer im Frühjahr 1942, die eigentlich nur eine Absatzgarantie darstellten, da der Züchter jederzeit vom Vertrag zurücktreten konnte, wenn er z.B. selbst mästen wollte;
- um den Abschluß von Lieferverträgen für Zuchtsauen auf gleicher Grundlage;
- um die Zugestehung von 50 kg Brotgetreide pro Zuchtsau beim Liefersoll 1942/43;
- um die Absetzung von 250 kg Futtergetreide vom Liefersoll 1942/43 für jede Jungsau, die nach dem 1.2.43 abferkelte;
- um Freistellung größerer Mengen Futtergetreide vom Liefersoll zur Verfütterung im eigenen Betrieb, gegen Verpflichtung zur Lieferung einer entsprechenden Menge Schlachtschweine;
- um Zuteilung von 12 - 15 kg Eiweißkonzentrat für jedes ab 1.9.42 gelieferte Schlachtschwein.

Dieses Bündel von Maßnahmen zeitigte gewisse Erfolge, deren Grenzen durch die vorhandene Futtergrundlage und die bei seiner Verwendung festgelegten Prioritäten gegeben waren. Die Bestände insgesamt und vor allem bei Zuchttieren erholten sich 1943 deutlich, wenngleich die Schlacht- und Mastschweine weiterhin in der Zahl absanken.

19) Hanau/Plate, a.a.O., S. 110 ff.

Bei den für den Wiederaufbau der Bestände besonders wichtigen Zuchttieren war die Aufwärtsentwicklung bereits Mitte 1944 wieder unterbrochen, was in Zusammenhang mit der schlechten Hackfruchternte 1943 und 1944 zu sehen ist.

Tabelle 77

Weiterführende Zahlen liegen im Reichsmaßstab nicht vor. Die Entwicklung des verfügbaren Futterrestes läßt jedoch den Schluß zu, daß eine erneute Erholung ausgeschlossen war. Eine regionale Quelle von Ende 1944 konstatiert für Thüringen einen starken Rückgang der trächtigen Zuchtsauen, der „den Schluß auf eine schlechte Weiterentwicklung der Schweinebestände“ zulasse. Mit den Werten für September 1944 sei, abgesehen vom September 1942, die tiefste Zahl seit 1934 erreicht.²⁰⁾

Tabelle 78

Diese beschränkt aussagefähige Quelle bestätigt immerhin die für das Reichsgebiet getroffenen Aussagen und unterstützt die Annahme des ab Mitte 1944 zu verzeichnenden erneuten Rückgangs der Bestände.

Diese bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1944 abzu- sehende Tendenz veranlaßte Backe, die Aufstockung der Schweinebestände als „eine der dringendsten Forderungen“ zu stellen und gleichzeitig dieses Problem als so wichtig zu bezeichnen, „daß es sich der einzelne Betriebsleiter gar nicht oft genug ins Bewußtsein rufen kann.“²¹⁾

Die Realisierungsmöglichkeiten solcher Pläne hingen ausschließlich von der verfügbaren Futtermenge ab. Die hier gegebenen Zusammenhänge verdeutlicht folgende Übersicht:

Tabelle 79

Als Reaktion auf die unterschiedliche Futtermenge wurde ein

20) StAW, Reichsstatthalter, Nr. 300, Wirtschaftlicher Lagebericht des Landesernährungsamtes vom 6.11.44

21) Backe, Herbert, Die Erzeugungsschlacht im fünften Kriegsjahr, in DAP, 2. Jg., Heft 4/5 1944, S. 105

Ausgleich durch die Einflußnahme auf den Ausmästungsgrad angestrebt.²²⁾ In Jahren mit guter Ernte wurden die schweren Schweine im Preis begünstigt, während bei nichtausreichender Futterdecke solche Begünstigungen ganz oder teilweise aufgehoben wurden. Im Kriege kam angesichts der Lage derartigen Manipulationen besondere Bedeutung zu. Sie wurden darum ergänzt durch Prämien von 14 und später 12 Reichsmark für jedes gelieferte Schlachtschwein von mindestens 100 kg, was zu einer schnellen Abschachtung der älteren Schweine und der Erhaltung des Futters für die Nachwuchsschweine führte.

Außerdem gab es Preisdifferenzierungen, jahreszeitlich gestaffelt zwischen Fleisch- und Fettschweinen zugunsten letzterer.

Tabelle 80

Unter den genannten Gesichtspunkten spiegelt die Preisentwicklung die Zuspitzung auf dem Futtergebiet direkt wider.

Ein weiteres Mittel zur Einflußnahme auf die Schweineproduktion war der seit 1936 praktizierte Abschluß von Schweinemastverträgen²³⁾, die vor allem die Lenkung des Futtermiteleinsatzes ermöglichten. Bis 1941 stiegen die Zahlen der gemästeten Schweine auf 1,5 Millionen an, um dann abzufallen. Das vorher in Abhängigkeit von der jeweiligen Futterlage 100 bis 120 kg betragende Mindestschlachtgewicht wurde ab 1943 auf 90 kg gesenkt. Die gelieferten Futtermittel deckten nach und nach nur noch etwa 50-70 % der benötigten Menge. Ferner trat durch den Mangel an Eiweißfuttermitteln eine Verlängerung der Mastdauer ein. Die Gründe für den Eiweißfuttermangel lagen vor allem im Fortfall der Magermilch, die für den menschlichen Verzehr eingesetzt werden mußte, und in dem Ausfall der Fischmehleinfuhr und dem Rückgang der eigenen Fischmehlerzeugung.

22) Vgl. zu den preispolitischen Maßnahmen Hanau/Plate, a.a.O., S. 103 ff.

23) Ebenda, S. 108 f., vgl. ZStA, REM, Nr. 2340, Bl. 6, Reichsbauernführer an die Landeshauptabteilungsleiter III vom 1.3.44

Tabelle 81

Die Zahl der Hausschlachtungen nahm während des Krieges fast kontinuierlich ab. Die Entwicklung bei den gewerblichen Schlachtungen ist in direktem Zusammenhang mit der Entwicklung der Bestände zu betrachten. Die Zahlen bis 1942 erklären sich aus dem Dezimierungen in Anpassung an die Futtergrundlage. Ab 1943 erlaubten die Bemühungen zum Wiederaufbau der Schweinebestände auch eine leichte Steigerung der Schlachtungen, wobei der stärkere Anstieg zu 1944 wiederum mit der Notwendigkeit der Anpassung an die geringer werdende Futtermenge zu erklären ist. Unter den genannten Gesichtspunkten ist auch die Entwicklung des Auslandstieranteils zu bewerten, die einen gleichen Prozeß durchläuft.

Tabelle 82

In dieser für den möglichen Verbrauch wichtigen Kategorie ist die Tendenz eindeutig sinkend. Der absolute Rückgang bei der verfügbaren Fleischmenge erklärt sich zum Teil auch aus dem Rückgang der durchschnittlichen Schlachtgewichte bei Haus- und gewerblichen Schlachtungen von 1938 zu 1944 von 102 auf 96 kg je Stück²⁴⁾, deren Ursachen eindeutig in der bereitstehenden Futtermenge liegen.

Der Abbau der Schweinebestände hatte zwei wesentliche Auswirkungen. Einmal konnte der Futterbedarf an Kartoffeln und auch Getreide verringert werden, die der direkten menschlichen Ernährung zugeführt wurden. Zum anderen zog der Verbrauch Nutzen aus dem Abbau, da das Fleischaufkommen sowohl aus echter Erzeugung als auch aus dem Abbau der Bestände abgedeckt wurde. Entscheidend war jedoch, daß aus dem Bestand gewirtschaftet wurde, ohne ihn, aus den bekannten Gründen, ergänzen zu können. Die zeitweilig erfolgreiche Aufstockung, die angeordnet wurde, als der Bestand unter das Niveau des vermutlichen Futteranfalls absank, sollte wesentlich aus Einführen ermöglicht werden²⁵⁾, die jedoch in Abhängigkeit von

24) Statistisches Handbuch, S. 233

25) Backe, Herbert, Die Erzeugungsschlacht im fünften Kriegsjahr, in: DAP, Heft 4/5 1944, S. 105, hieraus auch die folgenden Zitate

der Kriegslage nicht mehr zu realisieren waren. Dieser Situation standen steigende Anforderungen der faschistischen Wehrmacht gegenüber, die zunehmend aus der deutschen Landwirtschaftlichen Produktion befriedigt werden mußten. Das geringe Aufkommen an Schweinefleisch zwang zu einem Eingreifen in die Rinderbestände im Jahre 1943, da zu diesem Zeitpunkt „eine noch weitere Aufstockung der Schweinebestände unmöglich“ wurde, „weil die Futterdecke zu knapp wurde“. Nach Backes Ansicht wurde vor dem Hintergrund steigender Anforderungen an die Fleischversorgung „die Aufstockung des Schweinebestandes ... umso zwingender“. Die Antwort auf die Frage nach dem hierfür notwendigen Futter konnte er nach Lage der Dinge nicht beantworten und verwies auf das bereits erwähnte abenteuerliche und letztlich ruinöse Vabanque-Spiel als Lösungsweg.²⁶⁾ Um trotzdem jedes verfügbare Schwein der Kriegsernährungswirtschaft nutzbar zu machen, wurde 1944 erstmalig eine Ablieferungsumlage für jeden Hof festgelegt.²⁷⁾ Diese Umlage wurde in Zusammenarbeit mit den Hauptvereinigungen der Kartoffel- und Viehwirtschaft als Mindestlieferung jedes Hofes festgelegt.

3.2.2.3. Kleintiere

Mit der sich zuspitzenden Lage auf dem Futtermittelgebiet rückte ein an sich relativ unbedeutender Teil der Viehwirtschaft, nämlich die Kleintierhaltung zwangsläufig in den Blickpunkt der faschistischen Agrarpolitik im Kriege.

Gerade im Zusammenhang mit den nicht mehr zu befriedigenden Futterbedürfnissen der Schweinemast wurde die Einschränkung der Kleintierhaltung als eine der Quellen angesehen, aus denen noch zusätzliches Futter zu gewinnen war.

In der Vorkriegszeit wurde bei der damals ausreichenden Futtermenge die Kleintierhaltung mit vielen Maßnahmen ge-

26) Vgl. Anmerkung 12

27) ZStA, REM, Nr. 2340, Bl. 8, Bericht über die wichtigsten Vorgänge auf dem Gebiet der III C vom 1.3.44 und Backe, Herbert, Die Erzeugungsschlacht im fünften Kriegsjahr, in: DAP, Heft 4/5 1944, S. 106

fördert. Die Entwicklung im Kriege ließ schließlich eine solche Politik nicht mehr zu, da jetzt alle Ressourcen zur Abdeckung der Rationssätze genutzt werden mußten. Die Überlegungen gingen schließlich unter dem Zwang der Ereignisse dahin, „die gesamte Kleintierhaltung bis auf den notwendigen Zuchtbestand abzuschaffen“²⁸⁾, um einen weiteren Einbruch in die Fleischversorgung der Gesamtbevölkerung zu vermeiden.

Tatsächlich hatte im Kriege der Viehbestand in der Regel einen Abbau zu verzeichnen, während die Kleintierhaltung, mit Ausnahme der Hühner, im gleichen Zeitraum zum Teil um das Mehrfache anstieg.

Tabelle 83, Tabelle 84

Auch hier ist eine unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Tierarten feststellbar. Die Zahl der Hühner insgesamt nahm im Kriege stark ab, um sich gegen Kriegsende wieder etwas zu erhöhen. Der Anteil der Legehennen ging kontinuierlich zurück. Bei Gänsen und Enten erfolgte ein Rückgang mit Kriegsbeginn, dann aber ein sofortiger Wiederaufbau des Bestandes, der nur 1941 unterbrochen wurde und bei Gänsen stärker war als bei Enten. Die Zahl der unterhaltenen Tiere nahm gegen Kriegsende verstärkt zu. Die deutlichste Ausweitung erfuhr die Kaninchenhaltung, die sich gegenüber 1938 im Jahre 1944 um mehr als das Zweieinhalbfache gesteigert hatte.

Die vorliegenden Zahlen sind Ausdruck der Bemühungen der Bevölkerung, die Fleischknappheit wenigstens teilweise auszugleichen. Dabei fand die Vergrößerung der Bestände vor allem in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben und Privathaushalten statt, wie das Beispiel der Kaninchenhaltung deutlich vor Augen führt. Gerade bei dieser Position ist noch mit einer erheblichen statistischen Dunkelziffer zu rechnen.

Das Futter wurde für die Haltung in nichtlandwirtschaft-

28) Ebenda

lichen Betrieben oder von Privaten bei den Bauern beschafft, die „bei gutem Zureden und Tausch von in der Wirtschaft fehlenden Dingen immer wieder landwirtschaftliche Erzeugnisse für die Fütterung“ herausgaben²⁹⁾, wie eine Quelle von Anfang 1943 aussagt. Die Situation wirkte sich zum Kriegsende hin in dieser Richtung weiter, was Backe zu der Erklärung veranlaßte, daß er „nicht die Absicht (habe), hier unhaltbare Zustände einreißen zu lassen!“³⁰⁾ Administrativer Ausdruck der Bemühungen, die Kleintierhaltung einzuschränken, um Futter, das für Großtiere bestimmt war, diesen zuzuführen und auch die auf Kosten des Futteranbaus gedrosselte individuelle Gemüseproduktion zu steigern, war die Anordnung über die Kleintierhaltung vom 28. März 1944.³¹⁾

Nachdem am 31. August 1944 die Übergangszeit zur Anpassung der Kleintierbestände an die Futtergrundlage abgelaufen war³²⁾, folgte dieser Anordnung am 9. September 1944 eine Durchführungsbestimmung, die detaillierte Anweisungen zur Regulierung der Kleintierhaltung gab.³³⁾

Im September 1944 nahmen dann Ausschüsse für Kleintier-

-
- 29) ZStA, REM, Nr. 2009, Bl. 211, Zusammenfassung der Vierteljahresberichte der Landesbauernschaften, abgeschlossen am 1.4.43, vgl. auch DAP, Heft 12/44, S. 370, Agrarpolitische Rundschau, „... das Futter muß irgendwie 'besorgt' werden, sei es 'hintenrum' durch Kauf beim Landwirt, sei es durch Tausch gegen verknappte Waren oder sei es als Gegenleistung für handwerkliche oder nichtlandwirtschaftliche Arbeit. In allen Fällen aber handelt es sich um eine verbotene Futterbeschaffung und Futterhergabe...“
- 30) Backe, Herbert, Die Erzeugungsschlacht im fünften Kriegsjahr, in: DAP, 2. Jg., Heft 4/5 1944, S. 106
- 31) Deutscher Reichsanzeiger, Nr. 79
- 32) Diese Frist wurde dann noch einmal bis 31.12.44 verlängert. Daraus ergaben sich wiederum Anträge, die Abschaffung hinauszuschieben, da die Tiere zu diesem Zeitpunkt noch nicht schlachtreif waren. Hierfür galt die Festlegung, die Anträge restlos abzulehnen, „weil die Kleintierhalter Gelegenheit hatten, sich auf den 31.12. einzustellen.“ Vgl. StAM, Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt, Nr. 241, Bl. 33, Lagebericht für den Monat Dezember 1944
- 33) StAW, Landesbauernschaft Thüringen, Nr. 98, Durchführungsbestimmung über die Anordnung über die Kleintierhaltung vom 28.3.44, 9.9.44, hieraus die folgenden Feststellungen und Zitate.

haltung ihre Arbeit auf, die darin bestand, durch Hofbegehungen die Überprüfung der Tierzahl und der wirtschaftseigenen Futtermittelversorgung vorzunehmen.

Diese wirtschaftseigene Futtererzeugung, zu diesem Zeitpunkt grundsätzliche Voraussetzung für jede Kleintierhaltung, umfaßte nach der amtlichen Bekanntmachung des Reichsbauernführers folgende Kategorien: Haushaltsabfälle, Deputatfutter, nachgelesene Ähren, Futter von Pachtland, das schon länger für diesen Zweck genutzt wurde, von Unland, von Wegrändern und aus Gärten, sofern im letzteren Fall keine Einschränkung des Gemüseanbaus eintrat, Unkräuter und Futterabfälle in Gewerbebetrieben. Die vom Kreisbauernführer vorzunehmende Benennung eines Vorsitzers des Ausschusses hatte im Benehmen mit dem zuständigen Hoheitsträger der Nazipartei zu erfolgen, wie überhaupt eine laufende Unterrichtung desselben „als empfehlenswert und notwendig“ angesehen wurde.

Über die Ergebnisse der Ermittlungen der Ausschüsse auf den Höfen mußte regelmäßig an die zuständige Reichsnährstandsbehörde berichtet werden.

Hinsichtlich der Hühnerhaltung sollte der Bestand wegen der Markterzeugung an Eiern erhalten bleiben, eine Neuzulassung von Haltungen und die Erweiterung des Bestände gegenüber den Zahlen von Dezember 1943 aber unterbunden werden, „um zu verhindern, daß nunmehr eine Verlagerung von anderen Kleintierarten auf Hühner erfolgt und daß Hühner in erster Linie zu Schlachtzwecken aufgezogen und gehalten werden.“

Der umfangreiche Strafenkatalog für Übertretungen der Anordnung sah Strafen bis zu fünf Jahren Gefängnis und Geldstrafen in unbeschränkter Höhe vor. Zusätzlich waren diskriminierende öffentliche Bekanntmachungen und die Einziehung der bestimmungswidrig gehaltenen oder verwerteten Kleintiere möglich.

Die Untersagung der Kleintierhaltung ganz oder teilweise auf Zeit oder für die Kriegsdauer sowie die Einziehung der gehaltenen Tiere war auch Bestandteil der Zwangsmaßnahmen gegenüber den Bauern bei Nichterfüllung der

Ablieferungspflicht.³⁴⁾

Kardinalfrage bei allen Maßnahmen und Festlegungen hinsichtlich der Kleintierhaltung war die Konkurrenz gegenüber den Großtieren auf dem Futtergebiet. Für Ende 1944 wurden allein für die Geflügelhaltung nach „Beseitigung der krassensten Auswüchse“ durch die Kleintierverordnung eine Inanspruchnahme von mehr als einer Million t Getreidewert als Futter angenommen, bei dem es sich nicht um absolutes Geflügelfutter handelte, sondern um solches, das zu wesentlichen Teilen auch für die Schweinemast einsetzbar war.³⁵⁾ Für die Kleintierhaltung sollten nur noch jene Futterstoffe angewendet werden, deren Nutzung ohne die Kleintierbestände nicht möglich war. Die Haltung zu der Aufrechterhaltung der Hühnerbestände erklärt sich darum auch aus der Tatsache, daß das Huhn zu einem großen Teil Suchfutter verwertet, das ansonsten umkommen würde.

Eine solche Funktion verloren auch andere Kleintiere in dem Moment, wo ihr Bestand so groß wurde, daß Handfutter als zusätzliches Futter gegeben werden mußte. Der Kleintierbestand hatte sich in jedem Fall nach dem vorhandenen absoluten Kleintierfutter zu richten.

Vor diesem Hintergrund standen die Kleintierausschüsse vor der schwierig zu lösenden Aufgabe, in ihrem Verantwortungsbereich dafür zu sorgen, „daß die Versorgung der Allgemeinheit, insbesondere der Arbeiter in Rüstung und Kriegproduktion und der Städter überhaupt mit Fett und Fleisch gesichert wird, daß aber gleichzeitig dem anständigen Kleintierhalter die Freude an seinen Kleintieren und der Nutzen daran verbleibt.“³⁶⁾

3.2.2.4. Zum Fleischaufkommen anderer Tierarten

Neben den bereits ausgewiesenen Rind- und Schweinefleisch-

34) StAW, Thüringisches Wirtschaftsministerium, Nr. 165, Runderlaß des Reichsernährungsministeriums vom 8.11.44

35) DAP, Heft 12/1944, S. 353, Die Ernährungswirtschaft an der Wende des fünften Kriegsjahres

36) DAP, Heft 12/44, S. 371, Agrarpolitische Rundschau

mengen existierte ein weiteres Fleischaufkommen aus anderen Tierbeständen, das folgende verfügbare Gesamtfleischmenge ergab:

Tabelle 85

Tabelle 86

Diese Angaben dokumentieren den Niedergang der Tierproduktion, die, bezogen auf das Fleisch, 1944 etwa die Hälfte der Menge erbrachte, die in der Zeit der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise von 1929/32 zur Verfügung stand. Bei den Werten für 1944 muß noch der erhöhte Fleischanfall durch das Abschlachten von sogenanntem Räumungsvieh beachtet werden, das entweder in den kriegsbedrohten Landesbauernschaften im Osten und Westen Deutschlands direkt abgeschlachtet wurde oder auf den Märkten in das Reichsinnere, wo es als Zucht- und Nutztvieh untergebracht werden sollte, erhebliche Abgänge zu verzeichnen hatte.

Über die Entwicklung der Viehbestände von Ende 1944 bis zur Befreiung vom Faschismus liegen repräsentative Zahlen nicht vor. Einen gewissen Anhaltspunkt bieten hier regionale Quellen, die für die Zeit von Juni 1944 bis Mai 1945 die Viehbestände in Thüringen vergleichen. Danach ging in diesem Zeitraum die Zahl der Rinder von 581.000 auf 544.000 zurück und die der Schweine sogar von 618.000 auf 437.700.³⁷⁾ Hier zeigte sich neben den kriegsbedingten Schlachtungen auch die Tatsache, daß die faschistischen Machthaber gezwungen waren, weiter in die Substanz der Viehbestände einzugreifen. Für derartige Maßnahmen gab es entsprechende Festlegungen, die z.B. bei Eingriffen in die Rinderbestände für Schlachtungen auch die Herausnahme der Milchkühe vorsah, die zu geringe Milchleistungen erbrachten.³⁸⁾

37) Berechnet nach einer Zusammenstellung des Landesernährungsamtes Thüringen, Abt. B, ohne Datum vom Sommer 1945, StAW, Thüringisches Landesernährungsamt, Abt. B, Nr. 91

38) StAP, Landesbauernschaft Kurmark, Nr. 15, Bericht für Landeshauptabteilungsleiter III Sievers vom 22.9.44

3.2.3. Zusammenfassung

Von den für die Versorgung besonders bedeutsamen Vieharten erfuhren die Rinderbestände wegen ihrer Doppelfunktion als Fett- und Fleischlieferant sowie auf Grund ihrer Futteransprüche die geringsten Einbußen, während die Schweinebestände wegen ihres speziellen Futterbedarfs in besonders starker Konkurrenz zum menschlichen Verzehr pflanzlicher Produkte die größten Einschränkungen zu verzeichnen hatten. Bei den Schweinen äußerte sich die Kausalkette Mangel an Futter, Abbau der Viehbestände, Einschränkung des Fleisch- und Fettverbrauchs, steigender menschlicher Verzehr an pflanzlichen Erzeugnissen, weitere Beschränkung des Futterrestes usf. besonders prägnant. Somit wurde das Schweinefleischaufkommen, bei latenter Rückgang, sowohl aus den Abschlachtungen als auch aus echter Erzeugung erbracht. Die von anderen Tierarten verfügbare Fleischmenge ging nicht so entscheidend zurück. Die Bedeutung dieses Fleischaufkommens war im Vergleich zu den Hauptlieferanten Schwein und Rind relativ unbedeutend.

Dreh- und Angelpunkt der gesamten Tierproduktion waren die Möglichkeiten zur Erzeugung des benötigten Futters. Diesem Problem schenkte die faschistische Agrarführung bei ausbleibenden oder stark eingeschränkten Einfuhren und dem im Kriegsverlauf angestiegenen menschlichen Verzehr an pflanzlichen Erzeugnissen gezwungenermaßen erhöhte Aufmerksamkeit, ohne die sich aus den objektiv beschränkten Ressourcen ergebenden Einschränkungen im Futteraufkommen, in für die Höhe der benötigten Produktion entscheidendem Maße, ausgleichen zu können. Dies äußerte sich u.a. in den vielfältigen produktionspolitischen Hinweisen, propagandistischen Ansprachen und administrativen Maßnahmen, die sich mit der Futterwirtschaft befaßten, am deutlichsten aber in der Entwicklung der Viehbestände, die vorangehend exemplarisch dargestellt wurde.

Neben den quantitativen Einbußen der Bestände ist ihre qualitative Verschlechterung zu beachten, die unter anderem aus unzureichender tierärztlicher Betreuung und der Vernachlässigung der Leistungsprüfungen und Hauptkörungen sei-

tens der Tierzuchtämter herrührten.³⁹⁾

Bei den qualitativen Einbußen der Viehbestände spielte die rückläufige Eiweißversorgung der Tiere, die sich gegenüber der Vorkriegszeit um mehr als eine Million Tonnen verschlechterte, eine ebenso große Rolle wie die Entwicklung des zur Verfügung stehenden Kraftfutterrestes, der sich vom ersten Kriegsernährungsjahr bis Anfang 1944 schon von 25,1 Mio t Getreidewert auf 15,5 Mio t Getreidewert verringerte.⁴⁰⁾ Unter den gegebenen Bedingungen konnte sich eine solche Entwicklung nur weiter fortsetzen.

Im Rahmen seiner Kriegsvorbereitungen auf landwirtschaftlichem Gebiet hatte das faschistische Deutschland auch seine Viehbestände erheblich ausgebaut. Die Entwicklung der Futtereinfuhren und die im Inland zur Verfügung stehende Futterproduktion führten zur unumgänglichen Anpassung des Gesamtviehbestandes an das abnehmende Futteraufkommen. Während der Rinderbestand aus den angeführten Gründen im Kriegsverlauf relativ konstant blieb, sank z.B. der Schweinebestand von Dezember 1939 bis Dezember 1943 um 34 %⁴¹⁾ und verringerte sich bis Kriegsende weiter. Die Gesamtentwicklung führte zu einer Reduzierung des inländischen Fleischverbrauchs um 37 %, wobei die Zivilbevölkerung sogar 58 % Fleisch weniger bekam⁴²⁾, was sich aus den ständig steigenden Ansprüchen der faschistischen

39) Vgl. z.B. ZStA, REM, Nr. 2909, Bl. 210, Zusammenfassung der Vierteljahresberichte der Landesbauernschaften, abgeschlossen am 1.4.43

40) ZStA, Fall XI, Nr. 411, ADB 120 B, Bl. 136, Referat Prof. Woermanns auf der 39. Sitzung der Zentralen Planung am 23.4.43 und Bl. 201, Referat Prof. Woermanns auf der 57. Sitzung der Zentralen Planung am 18.5.44. In diesem Zusammenhang verdient die Tatsache Erwähnung, daß die verringerte Eiweißfütterung, etwa 1/6 des Futtereisweißes ist Stickstoff, zu einer erheblichen Qualitätsminderung des Wirtschaftsdüngers führte, dem bei der unzureichenden Zuteilung von Handelsdünger immer größere Bedeutung zukam.

41) Effects, S. 134

42) Ebenda

Wehrmacht auch auf diesem Gebiet erklärte.

In die Bemühungen um die Erhaltung der Tierproduktion schalteten sich auch die Spitzenfunktionäre des Reichsnährstandes bzw. des Reichsernährungsministeriums ein, was die Bedeutung unterstreicht, die man diesem landwirtschaftlichen Produktionszweig beimaß. So nahmen z.B. die Hauptabteilungsleiter Brummenbaum und Pflaumbaum sowie Prof. Woermann und selbst Backe an einer Arbeitstagung deutscher Rinderzüchter im Februar 1944 in Passau teil, „in der die Ausrichtung der deutschen Rinderzucht für die zukünftigen Aufgaben erfolgen“ sollte.⁴³⁾

Die Vertreter und die Apologeten faschistischer Agrarpolitik versuchten, die tatsächlich verheerende Entwicklung der Viehbestände dadurch zu kaschieren⁴⁴⁾, daß vornehmlich die rein numerische Betrachtung der Entwicklung des Rinderbestandes in den Vordergrund gestellt wird und ansonsten die „Planmäßigkeit“ der Anpassung der Viehbestände an den Futterrest gegenüber dem „planlosen Schweinemord“ im imperialistischen System Weltkrieg betont wird. Angesichts der nicht zu leugnenden objektiv gegebenen Verhältnisse kann selbst Riecke, der ansonsten alles unternimmt, eine angeblich „erfolgreiche“ Landwirtschafts- und Ernährungspolitik während des zweiten Weltkrieges zu konstruieren, nicht umhin festzustellen, daß im Verlaufe des Krieges „die Versorgung der Zivilbevölkerung mit tierischem Eiweiß in die Nähe des Minimums und darunter“ geriet.⁴⁵⁾

Trotz der in der Tat letztlich katastrophalen Entwick-

43) StAW, Landesbauernschaft Thüringen, Nr. 138, Notiz, betreffend Arbeitstagung in Passau am 1.2.44

44) Auch von führenden Vertretern der Hitlerclique war diese Entwicklung bei nüchterner Überlegung nicht zu übersehen gewesen. „Er (DAF-Chef Robert Ley) glaubt, daß die Politik Backes allmählich zu einer vollkommenen Devastierung unserer Viehbestände führen würde.“ Goebbels Tagebücher, a.a.O., S. 357 f., Eintragung vom 22.5.43

45) Riecke, a.a.O., S. 344

lung der deutschen Viehbestände unter den Bedingungen des imperialistischen Krieges, der auch hier ein Erbe hinterließ, das die Jahre nach der Befreiung vom Faschismus wesentlich belastete, bleibt die Tatsache zu konstatieren, daß es der faschistischen Agrarführung lange Zeit gelang, eine Befriedigung des Mindestbedarfes an Fleisch und Fett zu sichern. Auf diese Weise wurden wesentliche Voraussetzungen für die Erhaltung der Arbeitskraft der in der Kriegswirtschaft eingesetzten Menschen und des Gesundheitszustandes der Soldaten der faschistischen Wehrmacht geschaffen. Letztlich wurde damit die Weiterführung des verbrecherischen Krieges mit ermöglicht.

4. Zur Situation bei Kriegsende

Auf die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen und der landwirtschaftlichen Produktion bis in das letzte Kriegsjahr hinein ist - soweit das immer spärlicher werdende Material Aussagen zuließ - in den beiden vorangegangenen Kapiteln an Beispielen eingegangen worden. Die bei diesen Untersuchungen festzustellende Tendenz der in der Regel ab 1943 verstärkten Einschränkungen bei der Zuführung von Produktionsmitteln, die Abnahme der Hektarerträge und auch der Erntemengen, setzte sich 1944 fort. Alle bisher bekannten Umstände weisen darauf hin, daß sich diese Entwicklung auch im letzten Drittel des Jahres 1944 und für die ersten fünf Monate des Jahres 1945 bis zur Befreiung vom Faschismus - ein Zeitraum, für den statistisches Material im allgemeinen nicht vorliegt - fortsetzen mußte.

Die bestehenden und sich zunehmend ausweitenden Probleme führten ab Sommer 1944 zu Einschätzungen und Stellungnahmen faschistischer Agrarpolitiker, die bei allem Euphemismus und zur Schau getragenen Optimismus die prekäre Lage mehr und mehr verdeutlichten. In solchen Verlautbarungen paarten sich übelste antikommunistische Greuelpropaganda mit relativierenden Lagebeurteilungen und daraus abgeleiteten Orientierungen.¹⁾

1) Thüringer Allgemeine Zeitung 31.7.1944, Sauckel und Peuckert anlässlich der Verkündigung der Frauendienstpflicht auf 50 Jahre: "Jede deutsche Frau wird sich sagen, daß es besser ist, heute für Deutschland zu arbeiten, als eines Tages die eigene Tochter den bolschewistischen Soldaten ausgeliefert zu sehen." ZdR, Nr. 224, 27.9.1944, Riecke, Hans-Joachim, Ernährungsbilanz am 6. Kriegserntedanktag. Nach Darstellung der notwendigen Beschränkungen: "... von einschneidender Bedeutung sind sie jedoch nicht, der Kern unserer Ernährungswirtschaft bleibt intakt und unberührt... Vorweg muß die Ernährung des Volkes mit allen unmittelbar dem Verzehr dienenden Ackererzeugnissen sichergestellt werden. Was dann als Futterrest verbleibt, muß so eingesetzt werden, daß es den höchsten ernährungswirtschaftlichen Erfolg ergibt."

Backe machte in seiner Rede zum Erntedanktag 1944²⁾ über den Rundfunk die neuen Rahmenbedingungen der faschistischen Agrarpolitik deutlich, die von nun an auf eine Erzeugung aus dem noch unter faschistischer Herrschaft stehenden Gebiet mit weitgehendem Verzicht auf die Ausplünderung bialang okkupierter Gebiete zu orientieren hatte. Einzig möglicher Weg zu einer Reduzierung des offensichtlichen Dilemmas schien die ausgegebene Parole "Mehr abliefern und sparsamer Verbrauch." Eine solche Politik entlarvte sich vor dem Hintergrund der vorgeführten Tatsachen als der untaugliche Versuch, das Scheitern der bisher verfolgten Konzeption in seiner Wirkung hinauszuzögern. Eine reale Lösungsmöglichkeit bedeutete sie nicht.

Die um die Jahreswende 1944/45 und in den ersten Monaten des Jahres 1945 zu konstatierende Situation, die eingeleiteten Maßnahmen und die erreichten Ergebnisse dokumentieren das Fiasko der verbrecherischen Kriegspolitik des deutschen Imperialismus auch auf dem Gebiet der Land- und Ernährungswirtschaft, auf dem sich dieser für seine Aggressionspolitik besonders gut vorbereitet gewähnt hatte.

Ein Problem, das die bereits erwähnten vorhandenen Schwierigkeiten noch zusätzlich verschärfen mußte, bestand in den gegebenen Transportmöglichkeiten. Bereits im Herbst 1944 waren durch die direkten Kriegseinwirkungen, vor allem durch Bombenangriffe, auf deutschem Territorium die Transportverhältnisse so zerrüttet, daß ein Ausgleich zwischen landwirtschaftlichen Überschußgebieten und Verbraucherzentren nicht mehr garantiert werden konnte und gegen Kriegsende unmöglich w.r.d.e.³⁾ Die

2) Völkischer Beobachter, Nr. 274, 3.10.1944.

Auch Rheinische Landeszeitung Nr. 266, 3.10.44

3) ZStA, Fall XI, Nr. 550, Darré Verteidigungs-Dokumentenbuch IV B Dok. Darré 16, Bl. 85, eidesstattliche Erklärung Rieckes vom 8.7.1948

Vgl. auch Chmelniczka, J.L., Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus während des zweiten Weltkrieges, in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, Bd. 3, Bln. 1962, S. 208

Transportprobleme nahmen durch die Kriegsereignisse zwangsläufig zu und beschränkten sich nicht mehr auf den zwischen-
gebietlichen Ausgleich, sondern betrafen bald auch die ein-
zelnen Landesbauernschaften und Kreisbauernschaften. Eine
solche Lage führte zu einer Anordnung des Reichsbauernführers,
der Anfang Januar 1945 in allen Kreisbauernschaften die Auf-
stellung von Transportgemeinschaften befahl⁴⁾, mit dem Ziel,
den regionalen Transport zu ermöglichen und zu organisieren.
In der Praxis sah die Durchführung so aus⁵⁾, daß - vordringlich
für Lebensmitteltransporte - in den Städten Pferdegespanne,
Straßenbahnen sowie Hand- und Tafelwagen eingesetzt, auf dem
Lande jeweils für Gebiete von 10 bis 12 Kilometer Durchmesser
ein Abholverkehr mit Pferdegespannen eingerichtet wurde.
Zusätzlich bildete man Fahrbereitschaften des Lebensmittelgroß-
handels und bezog Transportraum der Wehrmacht, der Waffen-SS,
der SS, der Polizei, der Transporteinheiten Speer und des männ-
lichen Arbeitsdienstes über neugebildete Wehrmachtsfahrbereit-
schaften in die Versorgung ein.

Die Dringlichkeit der Maßnahmen wurde unterstrichen: "Die
Versorgungslage ist durch die Transportschwierigkeiten so außer-
ordentlich angespannt, daß die gegebenen Richtlinien mit größtem
Nachdruck durchgeführt werden müssen."⁶⁾

Die zunehmenden Schwierigkeiten führten bald zu Versuchen,
die Transportprobleme durch Regelungen im Reichsmaßstab zu
verringern. Zur organisatorischen Lösung der dringenden Aufgaben
auf dem Transportgebiet erwirkte Speer am 18. Februar 1945 einen
Führererlaß, der die Bildung eines Verkehrsstabes unter seiner
Leitung zum Gegenstand hatte.⁷⁾ In einer Erläuterung Speers vom

4) Eildienst der Zeitungsverleger, 8.1.45

5) StAW, Landesbauernschaft Thüringen, Nr. 570, Landesbauern-
schaften an Kreisbauernschaften am 29.1.1945, Betrifft Sicher-
stellung der Versorgung im Hinblick auf die Transportlage;
hiernach das Folgende

6) Ebenda

7) ZStA, REM, Nr. 1595/5, Bl. 9, Abschrift, Reichsminister und
Chef der Reichskanzlei an die Obersten Reichsbehörden, 22.2.1945
betrifft Erlaß des Führers über die Bildung eines Verkehrs-
stabes, Hiermit wurde der nicht veröffentlichte Erlaß bekannt-
gemacht.

19. Februar 1945⁸⁾ zu diesem Erlaß fanden die Fragen der Landwirtschaft und Ernährung ganz wesentlich Berücksichtigung. In dem Schriftstück wurde festgestellt, daß der Verkehr nicht mehr den an ihn zu stellenden Forderungen gerecht werden könne, was zu "schärfsten Maßnahmen" und zum Einsatz "der noch verbleibenden Verkehrskapazität nach einheitlichen Gesichtspunkten" zwingt. Zur Illustrierung der Lage wurde u.a. ausgeführt: "Lebenswichtigstes Ernährungsgut wird aus den zu räumenden Gebieten nicht mehr abgefahren... Nur eine Steigerung des Verkehrsvolumens kann darüber entscheiden, ob die uns verbliebenen Industrie- und Wirtschaftskapazitäten ausgenutzt und die Ernährung unseres Volkes sichergestellt werden kann."

Ausgehend von der Notwendigkeit der "Erhaltung der deutschen Volkskraft" für die Weiterführung des Krieges, die an erste Stelle gerückt wurde, forderte Speer, die Ernährung und Versorgung der Bevölkerung in "größtmöglichstem Umfang" sicherzustellen. Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, unterstrich er noch einmal den absoluten Vorrang aller Truppentransporte und die Berücksichtigung der unmittelbaren Rüstungsproduktion.⁹⁾

-
- 8) ZStA, REM, Nr. 1591/1, Bl. 153 f., Abschrift, Der Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion, 19.2.45, Hiernach das Folgende
- 9) Die ausdrückliche Berücksichtigung der Ernährungsbelange benutzte die Verteidigung Speeres während des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg zu dem durchsichtigen Versuch, unter Entstellung der historischen Sachverhalte, Speer als Leiter des Verkehrsstabes eine Bevorzugung der Ernährung gegenüber der Rüstung zu attestieren. IMG, Bd. XLI, Dok. Speer 36, S. 450, undatierte Antworten Kehrls auf Fragen der Verteidigung Speers. "10. Frage: Unterstützte Speer zu Lasten der Rüstung ab Februar 1945 die Ernährung und Ernährungsindustrie und welche Anordnungen sind Ihnen hierzu noch erinnerlich?" Antwort: "Ab Februar 1945 erklärte Speer Vorrang für die Ernährung und Ernährungsindustrie praktisch auf allen Gebieten, die durch die zentrale Steuerung damals noch beeinflusbar waren, z.B. ... in der Transportfrage. Dok. Speer 39, S. 479, Antwort Hupfauers, Leiter des Zentralamtes der DAF, Verbindungsmann zu Speer, vom 10.5.46: "In dieser Eigenschaft hat Speer angeordnet, daß nunmehr im Interesse der Lebenssicherung des Volkes alles Ernährungsgut den Dringlichkeitsplatz Nr. 1 hat und daß selbst die Rüstung in jedem Fall hinter der Ernährungsfracht zu rangieren hat." Ein solcher Versuch darf indes nicht als reine Apologie bewertet werden. Die Haltung Speers ist einzuprdnen in die Bemühungen führender Monopolkreise, wesentliche Machtgrundlagen des deutschen Imperialismus über die Niederlage hinwegzuretten und als wichtige Voraussetzung dafür eine Revolutionierung der Massen zu verhindern.

Hier zeigen sich bereits Elemente einer Orientierung auf die Nachkriegszeit, die von führenden Kreisen des Monopolkapitals in den letzten Kriegsmonaten konzipiert wurde und auf die noch einzugehen sein wird.

Alle diese Maßnahmen hatten jedoch einen nur noch begrenzten oder gar keinen Effekt mehr, da die faschistische Herrschaft unter den Schlägen der Sowjetarmee und ihrer Alliierten zusammenbrach.¹⁰⁾

Auch auf anderen Gebieten wurden vielfältige Versuche unternommen, das sich abzeichnenden Desaster hinauszuschieben. Bereits in der Planung des Anbaus für das Wirtschaftsjahr 1944/45 verlangte man eindeutig die Befolgung des Grundsatzes, dem Anbau von Pflanzen für den menschlichen Verzehr gegenüber dem Futteranbau unbedingten Vorrang einzuräumen.¹¹⁾ Bei der Ausgabe dieser Orientierung wurde versucht, den Eindruck zu erwecken, als stelle diese Festlegung und die mit ihr verbundene weitere Schwerpunktverlagerung keine neue Linie dar, sondern eine kontinuierliche Weiterführung bereits befolgter Grundsätze. Die sich unter dem Druck vor allem der Sowjetarmee verengende räumliche Basis der Landwirtschaft des

-
- 10) Lüdde-Neurath, Walter, Regierung Dönitz, Die letzten Tage des dritten Reiches, 3. wesentlich erweiterte Auflage, Göttingen 1964, S. 49, von Dönitz Lüdde-Neurath in Gefangenschaft diktierter Einschätzung der militärischen Lage 1945: "1. ... das Verkehrswesen lag vollkommen darnieder, so daß ein Ausgleich oder eine Verlagerung irgend welcher Rohstoffe... oder Nahrungsmittel außerordentlich schwierig, wenn nicht unmöglich war."
Vgl. auch: Die Überwindung des Hungers, Maßnahmen der Ernährungs- und Agrarpolitik seit dem Zusammenbruch, (Übergeben von Schlange-Schöningen) Frankfurt/Main 1949, S. 3
Effects, S. 133; "Although the food rationing system deteriorated rapidly from the latter part of 1944 the main cause was the breakdown of transport which finally made it necessary to abandon the attempt to maintain uniform rations throughout the country."
- 11) Vgl. zu dieser Problematik NS-Landpost Nr. 37, 1.9.44; Anbau 1944/45
Donau-Zeitung, Nr. 251, 5.11.44,
Wochenblatt der Landesbauernschaft Kurhessen, Nr. 52/53
23.12.44, Grundsätzliches zur Frühjahrsbestellung 1945

faschistischen Deutschland führte zu einer immer deutlicheren Ausprägung der angeführten Anbaurichtlinien und entsprechender propagandistischer Umsetzung.¹²⁾

Bei der bestehenden Unterversorgung der Landwirtschaft mit Betriebsmitteln kam der vollen Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft wachsende Bedeutung zu. Auch auf diesem Gebiet wurde massive Propaganda zur Beeinflussung der Landbevölkerung betrieben¹³⁾, die aber bereits seit längerer Zeit durch andere Stimuli ergänzt wurde. Unter dem Druck der militärischen, ökonomischen und politischen Zwänge entdeckte die faschistische Agrarführung plötzlich ihr Herz für die bislang unter besonders schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen leidenden Landarbeiter. Erste Ansätze zu einer materiellen Stimulierung für diesen Teil der Landbevölkerung hatte es bereits 1942 gegeben.¹⁴⁾ Diese ersten

-
- 12) NS-Landpost, Nr. 9, 2.3.45, Parolen für die Frühjahrsbestellung "Die militärischen Ereignisse im deutschen Osten und die zusätzliche Ernährung der Rückgeführten zwingen dazu, größte Anstrengungen in der landwirtschaftlichen Erzeugung zu machen, um für das deutsche Volk auch in Zukunft möglichst viele Nahrungsmittel bereitzustellen. Voraussetzung dafür ist, daß die Ernährung noch mehr als bisher auf pflanzliche Kost umgestellt wird."
- 13) Ein besonders typisches Beispiel für die letzten Kriegsmomente in ZdR, Nr. 14, 16.2.45: "Unser Landvolk ist in diesem Frühjahr vor die gleiche große Aufgabe gestellt wie unsere Kameraden an der Front und in den Rüstungsbetrieben. Alle müssen ihr Letztes und Bestes geben! Am meisten aber diejenigen, die dem Kriegsgeschehen entfernter sind, als jene, die unter täglicher Bedrohung und Feindeinwirkung ihre Äcker bestellen müssen. Unser Raum hat sich bedenklich verengt. Umso größer müssen die Leistungen auf jenen Äckern sein, die wir noch ungestört bebauen können."
- 14) NS-Landpost, Nr. 19, 8.5.42, Anordnung des Reichsbauernführers vom 1.4.42, betrifft Sozialmaßnahmen für deutsche Landarbeiter.
Völkischer Beobachter Nr. 277, 4.10.42, Landarbeitererährungsverordnung Backes zu Erntedank 1942, erlassen "in Würdigung der Verdienste, die sich die landwirtschaftlichen Gefolgschaftsangehörigen während des Krieges in der Durchführung der Erzeugungsschlacht und damit um die Sicherung der deutschen Volksernährung erworben haben."

Schritte sind auch im Zusammenhang mit dem verstärkten Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft zu sehen, der etwa zu diesem Zeitpunkt begann. Unter anderem durch Vergünstigungen sollten die deutschen Landarbeiter korrumpiert und ihren ausländischen Klassenbrüdern entfremdet werden. Ausgehend von der zugespitzten Lage versuchte man nun ab Herbst 1944 verstärkt, durch Einführung eines Leistungslohnes für Landarbeiter die Mobilisierung aller Reserven zu beeinflussen. Zu diesem Zweck wurde am 13. Oktober 1944 eine Anordnung des Reichsbauernführers "Über Lohnzulagen für besondere Leistungen in der Landwirtschaft" erlassen, die am 1. November 1944 in Kraft trat. Die Zielstellungen und die mit der Anordnung verfolgte Absicht offenbarte bereits die Präambel: "Die der deutschen Ernährungswirtschaft im Kriege gestellten Aufgaben fordern von allen in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitskräften eine weitere Steigerung der Leistungen. Bei der großen Zahl der in den landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Ausländer ist die vorbildliche Leistung der deutschen Gefolgschaftsmitglieder von entscheidender Bedeutung."¹⁵⁾ Die erwähnte Anordnung wurde in den Folgemonaten durch das Reichsernährungsministerium in Abstimmung mit den Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz mit dem Ziel modifiziert, dem Betriebsleiter noch mehr Einfluß auf die Entlohnung seiner Arbeiter zu gewähren.¹⁶⁾ Territorial wurde die neue Lohnordnung schrittweise eingeführt.

In die Versuche zur Intensivierung der Arbeit auf dem Lande und die Erhöhung der Arbeitsproduktivität ordnen sich auch die bis in die letzten Kriegsmonate hinein unternommenen Anstrengungen ein, die Qualifizierung landwirtschaftlicher

15) Amtliche Mitteilungen des Reichstreuhänders der Arbeit, Nr. 19/20, 6.10.44
Vgl. auch Der Angriff, Nr. 294, 3.12.44 "Für die 6. Kriegserzeugungsschlacht kommt es nicht zuletzt darauf an, die Leistungskraft jedes in der Landwirtschaft Schaffenden auf das wirksamste zu mobilisieren."

16) Ebenda

Arbeitskräfte durch eine Berufsausbildung zu erhöhen. Noch im Januar 1945 machte der mit der Leitung des sogenannten "Bäuerlichen Berufserziehungswerkes" betraute Dr. Haase auf das von den Faschisten in diesem Zusammenhang gesehene Bedingungsgefüge aufmerksam: "Militärische, ernährungswirtschaftliche, raumpolitische, biologische und gesittungsmäßige Gründe fordern unerbittlich die Stärkung der land- und ernährungswirtschaftlichen Berufe,"¹⁷⁾ Die relative Perspektivlosigkeit solcher Überlegungen zu diesem Zeitpunkt mußten dem fanatischen Durchhaltepolitiker Haase weitgehend verborgen bleiben.

Zum anderen versuchte man durch propagandistisch wirksame soziale Maßnahmen, wie die Verschickung von 12 000 Frauen vom Lande zur Erholung während des Winters 1944/45, die Haltung der Landbevölkerung zu manipulieren.¹⁸⁾

Je mehr sich die faschistische Herrschaft ihrem Ende zuneigte, desto mehr bestimmten auch auf dem Arbeitskräftesektor ad hoc-Entscheidungen das Bild. So wurden auf einer Staatssekretärsbesprechung am 28. Februar 1945 im Beisein Rieckes Überlegungen hinsichtlich des Einsatzes bei der Auflösung von Flüchtlingstrecken freiwerdenden männlichen und weiblichen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft des Aufnahmegebietes angestellt.¹⁹⁾

17) ZdR, Nr. 3, 5.1.45 Haase, Ludolf, Kampf um Nachwuchs 1945, Zum "Bäuerlichen Berufserziehungswerk" insgesamt vgl. J. Lehmann, Zur Rolle des "Bäuerlichen Berufserziehungswerkes in den Plänen der faschistischen Agrarführung während des 2. Weltkrieges, in: WZ Rostock, XXXI. Jg. 1976, Gesellschafts- u. Sprachwissenschaftliche Reihe, H. 10, S. Andererseits zwang die Arbeitskräftelage im Winter 1944/45 zur Schließung der Jungen-Klassen in den landwirtschaftlichen Fachschulen, um die Lehrkräfte, vor allem als Berater, in Betrieben ohne Fachkräfte einzusetzen. ZStA, REM, Nr. 944, Bl. 47, Reichsbauernführer an den Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz Goebbels, 16.8.44

18) NS-Landpost, Nr. 51, 15.11.44

19) Förster, Gerhard/Lakowski, Richard, 1945. Das Jahr der endgültigen Niederlage der faschistischen Wehrmacht, Dokumente, Bln. 1975, S. 199, Dok. 72
Protokoll einer Staatssekretärsbesprechung über Ernährungsprobleme und das Schicksal der evakuierten Zivilbevölkerung am 28.2.45

Ein überzeugender Beweis für die außerordentlich angespannte Arbeitskräftelage in den letzten Kriegsmonaten ist eine Festlegung des Reichsjustizministers vom 5. Januar 1945, die für bestimmte Regionen die Strafaussetzung für verurteilte Personen aus der Land- und Ernährungswirtschaft vorsah.²⁰⁾ Der Reichsminister für Justiz ordnete auf Wunsch des Reichsernährungsministeriums vor dem Hintergrund, daß "der Kräfterangel in der Land- und Ernährungswirtschaft durch die Verschärfung des feindlichen Luftterrors, durch die Heranziehung zu Schanzarbeiten und durch vermehrte Einberufungen zur Wehrmacht so verstärkt worden" sei, an, "die Vollstreckung kürzerer Freiheitsstrafen gegen Angehörige der Land- und Ernährungswirtschaft bis zur Behebung des gegenwärtigen Zustandes... zurückzustellen." Das Reichsjustizministerium konnte sich "den vorgetragenen Gründen nicht verschließen" und war einverstanden, daß bei Freiheitsstrafen bis zu sechs Monaten gegen Bauern, Landwirte, landwirtschaftliche Arbeitskräfte und mithelfende Familienangehörige bis auf weiteres Strafaufschub gewährt wird, wenn der Verurteilte im Einzelfall... auch in den Wintermonaten in seinem Betrieb unter keinen Umständen entbehrt werden kann."

Eine ähnliche Widersprüchlichkeit offenbarten die Maßnahmen hinsichtlich der Räumung der unmittelbar von Kriegshandlungen bedrohten Gebiete von Vieh. Bereits im Herbst 1944 wurden Viehherden aus dem Westen und aus dem Osten in das Innere Deutschlands in Marsch gesetzt. Erklärtes Ziel dieser Aktionen bestand darin, Nutzvieh - das Schlachtvieh wurde meistens schon an Ort und Stelle verwertet - vor allem nach Mitteldeutschland zu bringen, um es hier weiter für die faschistische Ernährungswirtschaft einsetzen zu können. Dabei wurde so verfahren, daß in den zu evakuierenden Landesbauernschaften Sammelstellen für Vieh eingerichtet wurden, die

20) ZStA, R EM, Nr. 1552, Bl. 2 f., Reichsminister für Justiz an den Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwalt in Oldenburg, vertraulich, 5.1.1945, betrifft Strafvollstreckung gegen Angehörige der Ernährungswirtschaft

Trecks von Räumungsvieh vor allem in die Landesbauernschaften Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg und Kurmark in Bewegung setzten. Für solche Trecks wurden bestimmte Auffang-Kreisbauernschaften festgelegt. Bei der Durchführung der Aktion trat aufgrund unklarer Richtlinien die Tendenz auf, jeweils nur das beste Vieh auszusondern, um es zu behalten und den Rest an minderwertigen Tieren einfach weiterzuleiten.²¹⁾ Solche Erscheinungen und die sich aufgrund der Priorität menschlicher Ernährung verschärfende Futterlage veranlaßten den Reichsbauernführer am 29.11.1944 zu Festlegungen hinsichtlich der Unterbringung von Räumungsvieh.²²⁾ Wesentlicher Ausgangspunkt der Anweisungen war der Versuch, keinen zusätzlichen Futterbedarf entstehen zu lassen. Zu diesem Zweck wurde angeordnet, eintreffendes Vieh an die weiternutzenden Betriebe zu verkaufen, um zu vermeiden, "daß besondere Futteransprüche entstehen, da die Tiere aus der vorhandenen wirtschaftseigenen Futtergrundlage versorgt werden." Im Hinblick auf ausgesuchte Zuchttiere, "die durch den Zuchtverband der abgebenden Landesbauernschaft festgelegt werden", wurde angeordnet, daß diese "dem ursprünglichen Eigentümer erhalten bleiben" könnten. Für den trotzdem entstehenden Futterbedarf war die Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft verantwortlich, wobei darauf hingewiesen wurde, das Futter "nur für die Versorgung der Zugpferde bereitgestellt werden" könne. Abschließend wurde der Grundsatz betont, daß durch die Futterversorgung "die restlose Aufbringung der auferlegten Futtergetreidekontingente nicht gefährdet werden darf."²³⁾

-
- 21) StAW, Landesbauernschaft Thüringen, Nr. 105, Landesbauernschaft Westmark an Landesbauernschaft Thüringen, 18.10.44 betr. Aufnahme von Räumungsvieh
- 22) Ebenda, Reichsbauernführer an Landesbauernschaften und Gaubauernschaften 29.11.44, betr. Unterbringung von Räumungsvieh, insbesondere von Zuchtvieh, Hiernach das Folgende
- 23) In diesem Zusammenhang ist eine Feststellung der bereits erwähnten Staatssekretärsbesprechung vom 28.2.45 bemerkenswert: "Fest steht bereits jetzt, daß ab 1.6.45 für alle im Reichsgebiet vorhandenen Pferde kein Futter mehr vorhanden ist. Das Reichsernährungsministerium wird daher eine starke Einschränkung des Pferdebestandes fordern."
- Förster/Wakowski a.a.O., S. 199, Dok. 72, vgl. Anm. 19

Es zeigte sich bei der Vieh-Räumungsaktion, daß bei den Bemühungen, das Vieh für die Kriegsernährungswirtschaft wenigstens teilweise zu erhalten, elementare Voraussetzungen der Futterbasis und zum Teil auch der Arbeitskräfte unberücksichtigt blieben. Eine solche Politik diene der Verlängerung des verbrecherischen Krieges zu einem Zeitpunkt, wo dessen Ausgang sich bereits deutlich abzeichnete. Sie ließ jede Überlegung hinsichtlich der Lebensgrundlagen der deutschen Bevölkerung in den bereits befreiten Gebieten nach der Niederlage außer Acht. Einen Eindruck von den Größenordnungen der Viehtrecks vermitteln Angaben aus der Landesbauernschaft Thüringen. Allein in diesem Gebiet wurden aus der Landesbauernschaft Westmark in der Zeit vom 21.9.44 bis 23.10.44 fast 4000 Rinder registriert.²⁴⁾ Im gleichen Zeitraum wurden aus Ostpreußen 3000 Stück Schlachtvieh angekündigt.²⁵⁾

Besondere Aktivitäten wurden entfaltet, um mit allen Mitteln die in der Landwirtschaft tätigen Menschen für die faschistische Kriegsmaschine einzuspannen. Dabei verlagerte sich der Schwerpunkt innerhalb des dafür vorgesehenen Maßnahmegefüges immer mehr hin zu offenem Druck und Terror, ohne daß die propagandistischen Beeinflussungsversuche aufgegeben wurden. Ein typisches Beispiel hierfür stellt der "Ortsbauernführerdienst" des Landesbauernführers Sachsens von Ende Dezember 1944 dar.²⁶⁾ Hier wurde in einer Grundsatzorientierung für 1945 befohlen: "Sentimentalitäten und irgendwelche Rücksichtnahme auf gute Nachbarn und selbst Verwandte müssen nun endlich verschwinden und einer größeren Härte Platz machen." Damit wurde das Ziel verfolgt, "die Lauen und Faulen zur Raison" zu bringen. Bei Nichtbefolgung der gegebenen Anweisungen wurden den Ortsbauernführern mit Bestrafung und Absetzung gedroht.

24) Zusammengestellt nach StAW, Landesbauernschaft Thüringen Nr. 105

25) Ebenda

26) StAD, Reichsnährstand, Nr. 15, Ortsbauernführerdienst Nr. 15, 29.12.44, Hieraus die folgenden Feststellungen und Zitate.

Im Januar 1945 betonte auch das Mecklenburgische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, daß es "dringend notwendig" sei, bei der "Überwachung der Domänen einen scharfen Maßstab" anzulegen,²⁷⁾ um deren Produktion aufrechtzuerhalten.

Was all diese Drohungen letztlich bewirken konnten, wenn der Krieg mit seinen Kampfhandlungen in den Verwaltungsmechanismus einbrach, veranschaulicht eine Anordnung des Reichsstatthalters Danzig-Westpreußen vom Januar 1945, der sich gezwungen sah, die "Schließung von Landesernährungsämtern infolge Kriegsereignissen" ausdrücklich zu verbieten, bis eine Räumungsanordnung durch die Organe der faschistischen Partei vorläge.²⁸⁾ Die Zuwiderhandlungen wurden nach Kriegsrecht bestraft.

Waren Gebiete einer Landesbauernschaft Operationsgebiet geworden, mußte man sich auf die reine Registrierung noch vorhandener Vorräte beschränken. So wies der Landesbauernführer Kurmark im März 1945 die Kreisbauernschaften an,²⁹⁾ ihm "mit Zustimmung der Heeresgruppe Weichsel über die noch vorhandenen Vorräte zu berichten, da es nur durch einen genauen Überblick möglich ist, unter den derzeitigen Verhältnissen die Ernährung der Bevölkerung zu sichern." Die Meldungen sollten durch Kuriere erfolgen. Es war vorgesehen, bei den Ermittlungen eng mit den Landwirtschaftskommandos der faschistischen Wehrmacht zusammenzuarbeiten.

Über die Lage auf einem Teilgebiet der landwirtschaftlichen Betriebsmittel Anfang 1945 gibt u.a. ein Rundschreiben Bornmanns über den "Schutz des Landmaschinen-Reparatur- und Ersatzteildienstes" vom 28.1.1945 Auskunft.³⁰⁾ Hier wurde als

-
- 27) StAS, Mecklenburgisches Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Nr. 5548, Abschrift des Rundschreibens G I/94, 9.1.45 vom 5.2.45
- 28) StAW, Thüringisches Landesernährungsamt Abt. B, Nr. 6, Schnellbrief des Reichsstatthalters Danzig-Westpreußen vom 25.1.45
- 29) StAP, Landesbauernschaft Kurmark, Nr. 15, Bl. 18, Sonder-runderlaß des Landesbauernführers Kurmark an Kreisbauernführer, 6.3.45, betr. Monatsmeldung über Vorratslage, Hieraus die folgenden Feststellungen und Zitate
- 30) ZStA, REM, Nr. 1595/1, Bl. 144

Begründung für die Notwendigkeit besonderer Schutzbestimmungen für den angeführten Bereich die Tatsache angeführt, daß die Produktion von Landmaschinen allgemein um 85 Prozent reduziert und zum Teil völlig eingestellt werden mußte. Die Zuführung dieser minimalen Produktion wurde in vielen Fällen noch durch die bestehende Transportlage beeinträchtigt oder unmöglich gemacht.

Umfassende Angaben für die Entwicklung der Bodennutzung und der Viehbestände von 1944 bis 1945 sind zur Zeit nicht bekannt.

Gewisse Anhaltspunkte geben Zahlen für Thüringen, das zur Zeit der Bestellung nicht Schauplatz von Kampfhandlungen war. Danach entwickelte sich die Anbaufläche für nachstehend aufgeführte Fruchtarten folgendermaßen:

| Fruchtart | Anbaufläche | | Anbau 1945 in % des Anbaus 1944 |
|--------------|-------------|-------|------------------------------------|
| | 1944 | 1945 | |
| Roggen | 78143 | 74783 | 95,7 |
| Weizen | 103192 | 94833 | 91,9 |
| Gerste | 62975 | 55355 | 87,9 |
| Hafer | 94922 | 89511 | 94,3 |
| Menggetreide | 24310 | 24091 | 99,1 |
| Mischfrucht | 2800 | 5040 | 180,0 |
| Kartoffeln | 89740 | 88125 | 98,2 |
| Gemüse | 6879 | 6542 | 95,2 |
| Raps | 16105 | 12385 | 76,8 |
| Rübsen | 952 | 727 | 83,7 |
| Mohn | 3963 | 3095 | 78,1 |
| Öllein | 2141 | 1315 | 61,4 |

31)

Der, bis auf eine Ausnahme zu verzeichnende Rückgang war recht deutlich und besonders bei den Kulturen festzustellen, die bis dahin, wie Ölpflanzen, besonders stark in ihrem Anbau durch die faschistische Agrarführung gefördert worden war.

31) StAW, Thüringisches Landesernährungsamt Abt. B, Nr. 91

Die Viehbestände bei Rindern und Schweinen nahmen in Thüringen vom Juni 1944 bis Mai 1945 folgende Entwicklung:

| | Junii 1944 | Mai 1945 | % von 1944 |
|----------|------------|----------|---------------------|
| Rinder | 581100 | 544000 | 93,6 |
| Schweine | 618100 | 437700 | 70,8 ³²⁾ |

Die Verminderung des Bestandes war auch hier bedeutend. Die besonders starken Verluste bei Schweinen hatten ihre Ursache in der wachsenden Konkurrenz des menschlichen Verzehrs bei dem Hauptschweinefutter Kartoffeln und daraus resultierenden Schlachtungen, sicherlich aber auch in direkten Kriegseinwirkungen.

Zu welch absonderlichen Vorschlägen die ernste Versorgungslage zum Teil führen konnte, mag das besonders abstruse Beispiel des Gauleiters von Thüringen, Fritz Sauckel, belegen, der im Juli 1944 in einer Ansprache³³⁾ ernsthaft anregte, Glas zu beschlagahmen, um die Südhänge des Thüringer Waldes mit Mistbeeten für Gemüsekulturen zu versehen. Bei der gleichen Gelegenheit beauftragte er die Kreisleitungen der faschistischen Partei damit, alle verfügbaren Fabrikhöfe für den Frühkartoffelanbau 1945 herrichten zu lassen.

Die reale Versorgungssituation der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung läßt sich an den vorgesehenen und zugeordneten Lebensmittelrationen für Normalverbraucher ablesen. Die zur Verteilung gekommene Kalorienmenge entwickelte sich während des zweiten Weltkrieges wie folgt:

| Zuteilungsperiode | Zeitraum | Kalorien | |
|-------------------|----------|-------------------|-------------------|
| | | absolut | % 1936/38 = 100 |
| - 1 | 1936-38 | 3000 | 100 |
| 02. - 14. | 1939/40 | 2435 | 81 |
| 15. - 27. | 1940/41 | 2445 | 81 |
| 28. - 40. | 1941/42 | 1928 | 64 |
| 41. - 53. | 1942/43 | 2078 | 69 |
| 54. - 66. | 1943/44 | 1981 | 66 |
| 67. - 79. | 1944/45 | 1671 | 56 |
| 80. - 92 | 1944/45 | 1412 ^x | 47 ³⁴⁾ |

x = nur Britische Zone

32) Ebenda

33) Ebenda, Reichsstatthalter Nr. 192, Bl. 60, Rede Sauckels am 10.4.44 in Weimar vor Kreisleitern und Kreisamtleitern

34) ZSTA Fall XI, Nr. 550, Darré-Verteidigungsdokumentenbuch IV B Bl. 113, Dok. Darré 17, Harmssen-Denkschrift: Reparationen, Sozialprodukt-Lebensstandard, Dezember 1947, Anlage IV, Landwirtschaft und Ernährung

Als Existenzminimum wurden täglich 1800 Kalorien angenommen. Bis zum Ende 1944 konnten die aufgerufenen Rationen weitgehend auch an die Verbraucher abgegeben werden.³⁵⁾ In diesem Zusammenhang muß jedoch Berücksichtigung finden, daß die auf den Lebensmittelkarten ausgewiesenen Rationen tendenziell seit Kriegsbeginn, absolut aber ab 1942/43 einen sowohl qualitativ als auch quantitativ sinkenden Trend verzeichneten. Qualitative Veränderungen betrafen vor allem die Umstrukturierung der Ernährung durch starke Reduzierung von Fleisch, Fleischwaren und Fetten im Vergleich zu Nahrungsmitteln pflanzlicher Provenienz.³⁶⁾

In den letzten Monaten war auch die Belieferung der ausgewiesenen Rationen nicht mehr möglich. Im Februar, März und April 1945 sah sich die faschistische Führung gezwungen, die Gültigkeitsdauer der ausgegebenen Karten zu verlängern, was praktisch einer Reduzierung der Rationen gleichkam.³⁷⁾

Rationskürzungen wurden mit zunehmender Kriegsdauer zu einem erstrangigen Politikum, weshalb bei allen Veränderungen die Parteikanzlei der faschistischen Partei zu konsultieren war, bei größeren Veränderungen sogar eine persönliche Genehmigung Hitlers benötigt wurde.³⁸⁾ Dieser mußte bei der gegebenen Lage bereits im Februar einer 25%igen Kürzung der Lebensmittelrationen zustimmen, ab 9. April 1945 sogar einer Verringerung um 35 %.³⁹⁾

-
- 35) Vgl. Hans-Joachim Braun, Die kriegswirtschaftlichen Theorien des deutschen Imperialismus als Ergebnis und Moment der Militarisierung der Volkswirtschaft, Wirtschaftswiss. Diss., Dresden 1963, S. 235
Kuczynski, Jürgen, a.a.O., S. 292
- 36) Ausführliche Zusammenstellungen bei Heike Horn, Bewirtschaftung und Verteilung von Lebensmitteln in der Vorbereitung und während des 2. Weltkrieges im faschistischen Deutschland, Dipl.Arb. Rostock 1975
- 37) Keesings Archiv der Gegenwart, Jg. 1945 /Wachkrieg Nr. 94 DNB-Meldung vom 2.11.45
- 38) Riecke, Hans-Joachim, a.a.O., S. 336
- 39) Förster/Lakowski, a.a.O., S. 199 f., Dok. 72

Bei Kriegsende war selbst an eine reduzierte, aber geregelte Versorgung kaum noch zu denken. So mußte sich der Lebensmittel-Großmarkt in Weimar im wesentlichen mit der Verteilung von Kohlrüben befassen und schließlich im Mai 1945 wegen Warenmangel faktisch schließen.⁴⁰⁾ Zu diesem Zeitpunkt versagte der übergebietliche Ausgleich völlig. Jede Stadt und jeder Kreis mußten in erster Linie für sich selbst sorgen. Mittels eines "Punktsystems" erfolgten ständig wechselnde Aufrufe gerade verfügbarer Vorräte.⁴¹⁾

Hinzu kamen Preissteigerungen für Lebensmittel, bei deren Ermittlung die Preise des "Schwarzen Marktes" noch unberücksichtigt blieben. Die Indexziffer für Gesamtlebenshaltungskosten und Kosten für Ernährung nahmen im ersten Halbjahr 1945 folgende Entwicklung:

1913/14 = 100

| | <u>Gesamtlebenshaltung</u> | <u>Ernährung</u> |
|-----------|----------------------------|----------------------|
| 1939 | 126,2 | 122,8 |
| 1944 | 141,4 | 138,1 |
| 1945 Jan. | 141,6 | 137,4 |
| Febr. | 141,9 | 137,8 |
| März | 142,4 | 138,6 |
| April | 142,8 | 139,2 |
| Mai | 144,4 | 142,1 |
| Juni | 148,0 | 148,6 ⁴²⁾ |

(berechnet ab 1939 nach einem veränderlichen Mengenschema, das der jeweiligen Zuteilung und Versorgungslage entsprach. Ab April 1945 berechnet nach Ermittlungen in Hamburg und Lübeck).

Dem immer offensichtlicher werdenden Debakel in der Ernährung versuchte die faschistische Führung mit einer substantiell haltlosen und demagogischen Propaganda im Hinblick auf die

40) StAW, Thüringisches Wirtschaftsministerium, Nr. 179
Meldungen über Verbraucherlage, Großmarkt Weimar vom
21.1.45 und 18.5.45

41) Neuling, Willy, a.a.O., S. 138

42) Handbook, a.a.O., Pr. 5

Stimmung der Bevölkerung entgegenzuwirken. So mutete die NS-Parteikorrespondenz vom 21. Febr. 1945 ihren Lesern folgende Interpretation zu: "Amtliche Unterlagen haben bewiesen, daß, mehr als man annimmt, die Willenskraft auch zur Überwindung mancher Essensschwierigkeiten eine erhebliche Rolle spielt... Nur charakterschwache Menschen haben eine panische Angst vor dem Hunger und werden ihm daher gegebenenfalls eher unterliegen... Wir befinden uns mit den derzeitigen Rationen noch lange nicht an der untersten Grenze... Es ist eine feststehende Tatsache, daß viele Stoffwechselkrankheiten nur im Zusammenhang mit zu reichhaltigem Essen standen."⁴³⁾ Einen Höhepunkt in den Überlegungen der Faschisten und gleichzeitig die Bankrotterklärung für die Möglichkeit der ausreichenden Ernährung des deutschen Volkes stellen die "Richtlinien für das Leben unter einfachsten Verhältnissen" dar, die am 5. April 1945 an die "Gauämter für Volksgesundheit" der faschistischen Partei ausgegeben wurden.⁴⁴⁾ In diesen Richtlinien wurde eingangs festgestellt: "Die zur Zeit zur Verfügung stehenden Lebensmittelrationen liegen im Reichsgebiet unter dem Erhaltungsminimum. Es droht somit in absehbarer Zeit eine Hungersnot." Es folgten dann detaillierte Hinweise z.B. für die Verwertung von Öl- und Futterpflanzen, die Streckung von Brot durch Baumrinde, Baumflechten und Sägemehl, die Nutzung von Kastanien und Eichelohr und - zur Verbesserung der Eiweißgrundlage - für den Fang "aller greifbaren warmblütigen Tiere" bis hin zu Empfehlungen für den Fang von Fröschen.

Mit der Rückkehr des Krieges nach Deutschland bestand für das deutsche Volk nun eine Ernährungssituation, die man anderen Völkern durch die faschistischen Machthaber zgedacht und an Sowjetbürgern praktiziert hatte.

Ungeachtet der allenthalben sichtbar werdenden Katastrophe unternahm die mit dem Versuch der Erhaltung der politischen Herrschaft des deutschen Imperialismus beauftragte sogenannte

43) Zit. bei Kuby, Erich, Das Ende des Schreckens, 2. Aufl., München 1961, S. 51

44) Zit. ebenda, S. 93 f.

"Regierung Dönitz" alles, um auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft und Ernährung die Kontinuität imperialistischer Machtausübung über das Ende des Faschismus hinaus zu sichern. Man benutzte sogar die selbst herbeigeführte und zu verantwortende katastrophale Lage, um sie als Verhandlungsgrundlage in Gesprächen mit den Westalliierten zu benutzen und die "Fachkenntnisse" der faschistischen landwirtschaftlichen Administration anzubieten.

Bereits in dem "Politischen Testament Hitlers"⁴⁵⁾ war eine Kabinettsliste enthalten, die nur solche Personen berücksichtigte, die nach dessen Meinung die Verpflichtung erfüllten, "den Krieg mit allen Mitteln weiter fortzusetzen." Das Landwirtschaftsressort wurde darin Backe übertragen.

Als sich der militärische Druck der Sowjetarmee auf Berlin immer mehr verstärkte, begaben sich Backe und sein Staatssekretär Riecke in den Flensburger Raum, um hier Dönitz zur Verfügung zu stehen.

Bei den Versuchen, unter Umgehung einer offiziellen Regierungsbildung und Ministerernennung ein reines Fachkabinetts zu bilden, wurde Anfang Mai 1945 Herbert Backe mit der Führung der Geschäfte des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft beauftragt.⁴⁶⁾

Da in dem verbliebenen Territorium an eine praktische Regierungstätigkeit nicht zu denken war, beschäftigte man sich mit der Sammlung von Unterlagen, der Erstellung von Memoranden und der Ausarbeitung von Plänen. Diese Tätigkeit

45) Lüdde-Neurath, Walther, a.a.O., S. 125, Anlage 3a
Das politische Testament Hitlers

46) Förster/Lakowski, a.a.O., S. 311, Dok. 146, Aufzeichnungen (vermutlich) des Adjutanten des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine, Korvettenkap. Walther Lüdde-Neurath, über die Entwicklung der Lage des faschistischen Deutschlands vom 20.4. bis Anfang Mai 1945
Vgl. auch Walther Lüdde-Neurath, a.a.O., S. 49 ff., S. 82 ff.
Nach diesen Unterlagen die folgenden sachlichen Informationen.

wurde aktiviert, nachdem Speer am 3.5.45 im Auftrage Dönitz' über den Rundfunk zu den aktuellen Aufgaben gesprochen hatte und neben der Ingangsetzung des Verkehrs der landwirtschaftlichen Erzeugung Priorität eingeräumt hatte.

Backe erarbeitete einen genauen Produktionsplan, der versuchte, die realen Produktionsbedingungen der Landwirtschaft zu berücksichtigen.⁴⁷⁾ Hatte Speer noch im Februar, sicherlich aus taktischen Gründen, eine Gleichstellung der Ernährungsfragen mit anderen Kriegswirtschaftsproblemen angeordnet, so konnte er bei der seither erfolgten Entwicklung der Lage taktische Erwägungen außer acht lassen. Die Maßnahmen zur Ernährungssicherung ordnen sich in die Nachkriegsorientierungen führender Monopolkreise, die nicht unwesentlich davon bestimmt wurden alles zu tun, um eine Revolutionierung der Massen wie 1918 im Ausgang des ersten Weltkrieges zu vermeiden. Ernährungsproblemen maßen diese Kräfte bei ihren Überlegungen zur Rettung essentieller Machtgrundlagen des deutschen Imperialismus eine nicht geringe Bedeutung bei.

Auf solcher Art vorbereiteter Basis glaubte man, mit den Westalliierten auf dem Ernährungsgebiet in sachliche Verhandlungen treten zu können. Dönitz schilderte dem britischen Generalmajor Brooks am 13.5.45 die bestehende Ernährungslage mit den Aussichten auf Hungersnot, Seuchen und Chaos, um daraus den Vorschlag abzuleiten, z.B. den Ernährungsminister, "der mit seinen allumfassenden Kenntnissen der Gesamternährungslage Deutschlands entsprechende Vorschläge machen" könnte,⁴⁸⁾ in das alliierte Hauptquartier zu General Eisenhower zu schicken.

-
- 47) Baum, Walter, Die Regierung Dönitz in der heutigen wissenschaftlichen Forschung, Percy Ernst Schramm zum 70. Geburtstag, in: Lüdde-Neurath, Walter, a.a.O., S. 167 ff., S. 198
- 48) Förster/Lakowski, a.a.O., S. 401, Dok. 217, Aktennotiz über eine Unterredung zwischen dem Nachfolger Hitlers, Großadmiral Karl Dönitz und dem Bevollmächtigten General des Oberbefehlshabers der Alliierten Expeditionstreitkräfte in Europa bei der Dönitz-Regierung, Generalmajor Lowell W. Rooks, 13.5.45

Als von alliierter Seite Interesse bekundet wurde, flog Backe am 15.5.45 von Flensburg ab, in der Annahme, zu Eisenhower gebracht zu werden. Bei der Landung wurde er jedoch sofort verhaftet und in ein Internierungslager gebracht.

Noch am 20.5.1945 übergab Dönitz dem amerikanischen und britischen Leiter der "Alliierten Kontrollkommission beim OKW" einen "Schriftsatz über die geschäftsführende Reichsregierung"⁴⁹⁾, in dem besonders auf die Ernährungslage eingegangen und der Versuch unternommen wurde, "fachlich und durch ihre Erfahrung besonders qualifizierte Persönlichkeiten", zu denen man ohne Zweifel auch Backe rechnete, anzudienen.

Als Voraussetzung für deren Arbeit wurde u.a. auf folgende Notwendigkeit verwiesen: "Die Presse und der Rundfunk müssen ihnen für die Verbreitung von Mitteilungen an die Bevölkerung, z.B. in der Landwirtschaft für die Herausgabe von Weisungen an die Bauern, zur Verfügung stehen."

Die konsequente Haltung der Sowjetregierung beendete schließlich alle Versuche zur Verlängerung der widerrechtlichen Tätigkeit der "Regierung Dönitz".

Backe wurde als Kriegsverbrecher angeklagt und nahm sich in der Haft das Leben, um sich auf diese Weise seiner Verantwortung zu entziehen.

Drei Monate vor dem Ende der faschistischen Schreckensherrschaft hatte der bekannte kommunistische Agrarpolitiker Edwin Hoernle gewarnt: "Die Hitler-Bande will die ganze deutsche Landwirtschaft, die Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes mit in ihren Untergang hineinreißen. Rücksichtslos, ohne das geringste nationale Verantwortungsbewußtsein werden Millionen deutsche Männer, Frauen und vor allem Kinder zusätzlich zu allen bisherigen Leiden und Schrecken des Krieges einen langsamen, aber umso gewisseren Hungertod entgegengetrieben. Die Zeit drängt."⁵⁰⁾ Um eine solche

49) Lüdde-Neurath, Walther, a.a.O., Anlage 23, S. 159

50) Freies Deutschland, Organ des NKPD, 4. März 1945

durchaus im Bereich des Möglichen liegende Katastrophe zu vermeiden, tat die KPD alles, um das Erbe des Faschismus auch in der deutschen Landwirtschaft so schnell wie möglich zu beseitigen.

Bereits 1944 hatte Hoernle auf der Grundlage einer umfassenden Analyse des Gesamtkomplexes der anstehenden agrarpolitischen Fragen unter Berücksichtigung von Hinweisen des Zentralkomitees der KPD einen Entwurf des "Agrarprogramms der kämpferischen Demokratie" entwickelt, dessen Maßnahmen in Einklang mit den Gesamtaufgaben der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung standen.⁵¹⁾ Wesentliche Forderungen waren die Beseitigung aller faschistischen Zwangseinrichtungen und -verordnungen auf dem Lande, Auflösung des Reichsnährstandes, Sicherung der demokratischen Rechte der Bauern in den Gemeinden, den landwirtschaftlichen Berufsverbänden und Genossenschaften und an hervorragender Stelle die Durchführung einer umfassenden Bodenreform.

51) Steinberger/Graffunder/Herholz, a.a.O., S. 138 f.

Schlußbemerkung

Der für die Interessen des deutschen Monopolkapitals geführte verbrecherische Krieg bezog in seiner Vorbereitung und während seiner Führung auch die deutsche Landwirtschaft völlig ein. Durch ein frühzeitig ausgebildetes und in der Kriegszeit vervollkommnetes System staatsmonopolistischer Regulierung und Lenkung wurde das ökonomische Potential der Landwirtschaft weitgehend für die faschistische Kriegswirtschaft als Basis der Expansionsbestrebungen des deutschen Imperialismus wirksam gemacht. Eben dieses System im Zusammenhang mit dem der faschistischen Form imperialistischer Machtausübung wesenseigenen Terror und einer demagogischen Propaganda wurde eingesetzt, um aus der Landwirtschaft und den in ihr arbeitenden Menschen die Leistungen herauszupressen, die sie im Rahmen der faschistischen Kriegswirtschaft erbrachte.

Dabei wurden den Bauern und Landarbeitern und darüber hinaus der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes Opfer, Kosten und Leiden aufgebürdet. Die auf diese Weise erzielten "Leistungen" sind für immer mit den größten Verbrechen in der Geschichte des deutschen Volkes verbunden.

Es wurde versucht, auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft, den unlöslichen Widerspruch zwischen den abenteuerlichen Kriegszielen des deutschen Imperialismus und seinem begrenzten ökonomischen, militärischen und politischen Potential zu überbrücken oder doch zu verringern.

In der Agrarpolitik der faschistischen Handlanger des deutschen Monopolkapitals offenbarte sich die auch auf anderen Gebieten festzustellende Absicht, den Krieg bis zur Vernichtung der Existenzgrundlage des deutschen Volkes zu führen.

Die Katastrophe, in die das deutsche Volk durch den Faschismus gestürzt wurde, wirkte sich auf die Landwirtschaft verheerend aus. Die Tatsache, daß sie durch den imperialistischen Krieg dem Ruin nahegebracht worden war, behinderte wesentlich den Wiederaufbau unseres Landes nach der Befreiung.

Im Verlaufe des Krieges offenbarte sich auch auf diesem Teilgebiet der faschistischen Kriegswirtschaft in der Auseinandersetzung mit der Sowjetarmee und den Völkern der Sowjetunion die eindeutige politische, militärische, ökonomische und moralische Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber dem deutschen Imperialismus, der bis zum Ende des Krieges die historisch überlebten gesellschaftlichen Kräfte verkörperte.

Nach der Niederlage des Faschismus konnte unter dem Schutz und mit Hilfe der Sowjetunion damit begonnen werden, die deutsche Landwirtschaft, die in den zwölf Jahren der faschistischen Herrschaft in einen Trümmerhaufen verwandelt worden war, wieder ihrer Bestimmung bei der Sicherung der Ernährung des deutschen Volkes zuzuführen.

Mit der unverzüglichen Durchführung der Bodenreform begann eine qualitativ völlig neue Agrarpolitik in der Geschichte des deutschen Volkes, die sich auf den Boden der DDR konsequent an den Interessen der werktätigen Menschen orientierte. Ihre heute sichtbaren Ergebnisse dokumentieren die Richtigkeit und Notwendigkeit des Weges zum Sozialismus auf dem Lande in überzeugender Weise.

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|-------------|---|
| DAP | = Deutsche Agrarpolitik |
| IMG | = Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg |
| NS-Landpost | = Nationalsozialistische Landpost |
| REM | = Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft |
| RGBl. | = Reichsgesetzblatt |
| StAD | = Staatsarchiv Dresden |
| StAM | = Staatsarchiv Magdeburg |
| StAP | = Staatsarchiv Potsdam |
| StAS | = Staatsarchiv Schwerin |
| StAW | = Staatsarchiv Weimar |
| ZAA | = Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie |
| ZD | = Zeitschriftendienst des Reichsnährstandes |
| ZG | = Zeitschrift für Geschichtswissenschaft |
| ZStA | = Zentrales Staatsarchiv Potsdam |

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Quellen

1.1. Ungedruckte Quellen

1.1.1. Zentrales Staatsarchiv Potsdam (ZStA)

Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft
Reichsnährstand
Reichswirtschaftsministerium
Statistisches Reichsamt
Nürnberger Prozesse, Fall XI (Vereinigte Staaten
gegen Ernst v. Weizsäcker und Genossen)
Reichslandbund (Pressearchiv)

1.1.2. Staatsarchiv Dresden (StAD)

Ministerium des Innern
Reichsnährstand, Landesbauernschaft Sachsen

1.1.3. Staatsarchiv Magdeburg (StAM)

Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt
Oberpräsidium der Provinz Sachsen in Magdeburg
Oberpräsident, Landeskulturabteilung
Bodenämter

1.1.4. Staatsarchiv Potsdam (StAP)

Landesbauernschaft Kurmark

1.1.5. Staatsarchiv Schwerin (StAS)

Ministerium des Innern
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten
Sonderarchiv „VdgB“ (Akten der Raiffeisen-Genossenschaften)

1.1.6. Staatsarchiv Weimar (StAW)

Landesbauernschaft Thüringen
Thüringisches Ministerium des Innern
Thüringisches Wirtschaftsministerium
Thüringisches Landesernährungsamt, Abt. B, Weimar
Thüringisches Statistisches Landesamt
Gauarbeitsamt Thüringen, Weimar
Landesarbeitsamt Mitteldeutschland
Der Reichsstatthalter in Thüringen

1.1.7. Vereinigtes Betriebsarchiv der Kaliindustrie, Staßfurt (VBAK)

A VII, 43-10-11, RA. 1

1.1.8. Pressearchiv des ehemaligen Reichslandbundes
Museum für Deutsche Geschichte, Berlin

Akten-Nr. 1, 36, 42, 53, 76, 109, 113, 132, 154,
163, 193, 256, 311, 492,
Darré, Backe, Riecke, Peuckert

1.2. Gedruckte Quellen

- Anatomie des Krieges, Neue Dokumente zur Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges
hrsg. von D. Eichholtz und W. Schumann
Berlin 1969
- Keesings Archiv der Gegenwart
- Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg, Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942-1945
hrsg. und eingeleitet von Willi A. Boelcke
Frankfurt/Main 1969
- The Effects of Strategic Bombing on the German War Economy, o.O., 31. Oktober 1945
- Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 14. Oktober 1945 - 1. Oktober 1946
Nürnberg 1947 ff., 42 Bde.
- Reichsbauerntage in Goslar, Tagungsberichte 1934/1938
Berlin o.J.
- Statistisches Handbuch von Deutschland 1928-1944, hrsg. vom Länderrat der Amerikanischen Besatzungszone,
München 1949
- Statistical Handbook of Germany, Office of Military Government of Germany (US), Ministerial Collecting Centre, Economics Division,
Fürstenhagen 1947
- Weltherrschaft im Visier, Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945
hrsg. von W. Schumann und L. Nestler unter Mitarbeit von W. Gutsche, W. Ruge
Berlin 1975
- 1945, Das Jahr der endgültigen Niederlage der faschistischen Wehrmacht, Dokumente
hrsg. von G. Förster und R. Lakowski
Berlin 1975
- Deutsche Agrarpolitik

- Völkischer Beobachter
- Dienstnachrichten des Reichsnährstandes
- Nationalsozialistische Landpost
- Das Reich
- Reichsarbeitsblatt
- Reichsgesetzblatt

2. Literatur

2.1. Klassiker des Marxismus-Leninismus

- Engels, Friedrich Anti-Dühring (Herrn Eugen Dührings
Umwälzung der Wissenschaft)
MEW, Bd. 20, Berlin 1962, S. 5
- ders. Der europäische Krieg, MEW, Bd. 10,
Berlin 1961, S. 3
- Lenin, Wladimir Auf sachlicher Basis, Werke, Bd. 27,
L. P. Litsch Berlin 1970, S. 61
- ders. Zur Geschichte der Frage eines un-
glückseligen Friedens, Werke, Bd. 26,
Berlin 1969, S. 442

2.2. Darstellende Literatur

- Abel, Wilhelm Agrarpolitik, Grundriß der Sozialwissen-
schaft, Bd. 11
Göttingen 1967
- Baade, Fritz Brot für ganz Europa
Hamburg - Berlin(West), 1952
- Backe, Herbert Die europäische Landwirtschaft an der
Wende, Rückblick und Ausblick,
Sonderdruck der Internationalen
Agrarrundschau
Berlin 1941
- ders. Kapitalismus und Nahrungsfreiheit
Bad Godesberg 1957
- ders. Um die Nahrungsfreiheit Europas
Leipzig 1942
2. Aufl., Leipzig 1943
- Belli, A.v. Das Volk in Waffen, in: Militärwissen-
schaftliche Rundschau, Jg.1936, H.1
- Beutler, Major Gesichtspunkte für die Beurteilung
der wehrwirtschaftlichen Kraft,
in: Kriegswirtschaftliche Jahres-
berichte, Jg. 1936
- Bleyer, Wolfgang Staat und Monopole im totalen Krieg,
Der staatsmonopolistische Machtapparat
und die „totale Mobilisierung“ im er-
sten Halbjahr 1943
Berlin 1970
Neue deutsche Biographie,
Bd. 1, Berlin(West) 1953
Bd. 3, Berlin(West) 1953
- Bracher, Karl-
Dietrich Die deutsche Diktatur, Entstehung,
Struktur und Folgen des National-
sozialismus
Köln - Berlin(West) 1969

- Brandt, Karl Management of Agriculture and Food in the German-occupied and other areas of Fortress Europe. A Study in Military Government, Stanford, California o.J. (1953)
- Braun, Hans-Joachim Die kriegswirtschaftlichen Theorien des deutschen Imperialismus als Ergebnis und Moment der Militarisierung der Volkswirtschaft
Wirtschaftswiss. Diss. Dresden 1963
- Brünker, Willi Die Selbstversorgung der deutschen Landwirtschaft, Rechts- und staatswiss. Diss. Bonn 1959
- Carroll, Berenice A. Design for total war, Arms and Economics in the third Reich, Studies in European History, XVII The Hague - Paris 1968
- Chmelnizkaja, I.L. Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland während des zweiten Weltkrieges, in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, Bd. 3, Berlin 1962
- Dallin, Alexander Deutsche Herrschaft in Rußland 1941-1945 Eine Studie über Besatzungspolitik Düsseldorf 1958
Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 2, Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Juni 1941 bis November 1942), Berlin 1975
- Drechsler, Karl Der Platz Zentraleuropas in der Konzeption der Großraumwirtschaft (Zum Problem der Kriegsziele des faschistischen deutschen Imperialismus in Europa 1939/45)
in: Bulletin des Arbeitskreises "Zweiter Weltkrieg", Nr. 1/2/ 1970
- Dreß, Hans
Haß, Gerhard
- Eichholtz, Dietrich Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. 1: 1939-1941, 2. Aufl., Berlin 1972
- Ertel, H. Die Grundlagen der deutschen Volksernährung Leipzig 1938
- Förster, Gerhard Totaler Krieg und Blitzkrieg, Die Theorie des totalen Krieges und des Blitzkrieges in der Militärdoktrin des faschistischen Deutschlands am Vorabend des zweiten Weltkrieges.
Militärhistorische Studien 10, Neue Folge, Berlin 1967

- Forschungsdienst, Sonderheft 18, Agrarpolitik - Betriebslehre
Neudamm 1942
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, von Januar 1933 bis Mai 1945, Bd. 5, Berlin 1966
- Gies, Horst** NSDAP und landwirtschaftliche Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik,
in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, H. 3/1967
- Goebbels Tagebücher aus den Jahren 1942 - 1943, mit anderen Dokumenten
herausgegeben von Louis P. Lochner, Zürich 1948
- Hanau, Arthur**
Plate, Roderich Die deutsche landwirtschaftliche Preis- und Marktpolitik im Zweiten Weltkrieg, Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 28,
Stuttgart 1975
- Haushofer, Heinz** Die deutsche Landwirtschaft im technischen Zeitalter, Deutsche Agrargeschichte Bd.5,
Stuttgart 1963
- ders.** Herausforderung des Landes, Landwirtschaft und Weltwirtschaft
Hannover o.J. (1968)
- Hemberger, Horst** Zu einigen Problemen der Rohstoffversorgung und der Versorgung der Bevölkerung mit Verbrauchsgütern im faschistischen Deutschland in der Periode der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges,
in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, Bd. 3,
Berlin 1962
- Herferth, Wilhelm** Der faschistische „Reichsnährstand“ und die Stellung seiner Funktionäre im Bonner Staat,
in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 5, 1962
- Hesse, Kurt** Wehrwirtschaft als wissenschaftliche militärische und wirtschaftliche Aufgabe,
in: Kriegswirtschaftliche Jahresberichte Jg. 1938
- Hoefl, Klaus-Dieter** Zur Agrarpolitik des deutschen Imperialismus 1933 bis zur Gegenwart
Berlin o.J. (1960)
- Horn, Heike** Bewirtschaftung und Verteilung von Lebensmitteln in der Vorbereitung und während des zweiten Weltkrieges im faschistischen Deutschland. Dipl.Arb. Rostock 1975

- Die Überwindung des Hungers, Maßnahmen der Ernährungs- und Agrarpolitik seit dem Zusammenbruch (Übergeben von Schlange-Schöningen)
Frankfurt/Main 1949
- Jacobsen, Hans-Adolf Zur Konzeption einer Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939 - 1945
Frankfurt/Main 1964
- Kehrl, Hans Krisenmanager im Dritten Reich, 6 Jahre Frieden - 6 Jahre Krieg
Düsseldorf 1973
- Klassenkampf, Tradition, Sozialismus, Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik
Grundriß
Berlin 1974
- Klein, Burton H. Germany's ^{Communist} preparations for war.
Cambridge, Massachusetts 1959
- Klein, Ernst Geschichte der deutschen Landwirtschaft im Industriezeitalter,
Wiesbaden 1973
- Kotow, G.G. Agrarverhältnisse und Bodenreform in Deutschland, I. Teil
Berlin 1959
- Kuby, Erich Das Ende des Schreckens, 2. Aufl.,
München 1961
- Kuczynski, Jürgen Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus
Bd. 6, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland 1933-1945
Berlin 1964
- Lovin, Clifford R. Die Erzeugungsschlacht 1934-1936
in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, H. 2/1974
- Ludendorff, Erich Der totale Krieg,
München 1935
- Lüdde-Neurath, Walter Regierung Dönitz, Die letzten Tage des Dritten Reiches,
3. wesentlich erweiterte Auflage
Göttingen 1964
- Melzer, Rolf Studien zur Agrarpolitik der faschistischen deutschen Imperialisten in Deutschland im System der Kriegsplanung und Kriegsführung 1933 - 1941.
Phil.Diss. Rostock 1965
- Militärstrategie, unter Redaktion von W.D. Sokolowski
Berlin 1965

- Milward, Alan S. Die deutsche Kriegswirtschaft 1939-1945
Stuttgart 1966
- Mottek, Hans Wirtschaftsgeschichte Deutschlands,
Becker, Walter Ein Grundriß, Bd. III
Schröter, Alfred Berlin 1975
- Neuling, Willy Neue deutsche Agrarpolitik, Grundlage,
Entwicklung und Aufgabe der deutschen
Landwirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg
Tübingen 1949
- Neumann, Kurt Die Rolle des Reichslandbundes bei der
Vorbereitung und Errichtung der faschisti-
schen Diktatur in Deutschland (1928-1933),
als Dissertation eingereicht
- Pacyna, Günther Agrarfabriken oder Bauernhöfe
Hamburg 1958
- Petruschow, A. Agrarverhältnisse in Deutschland und die
Agrarreform
Berlin 1948
- Petzina, Dieter Autarkiepolitik im dritten Reich, Der
nationalsozialistische Vierjahresplan.
Schriftenreihe der Vierteljahreshefte
für Zeitgeschichte Nr. 16
Stuttgart 1968
- Riecke, Hans- Ernährung und Landwirtschaft im Kriege,
Joachim in: Bilanz des Zweiten Weltkrieges
Oldenburg 1953
- Seeber, Eva Zwangsarbeiter in der faschistischen
Kriegswirtschaft, Die Deportation und
Ausbeutung polnischer Bürger unter beson-
derer Berücksichtigung der Lage der Ar-
beiter aus dem sog. Generalgouvernement
(1939-1941)
Berlin 1964
- Sohn-Rethel, Ökonomie und Klassenstruktur des deut-
Alfred schen Faschismus
Frankfurt/Main 1973
- Steinberger, Nathan Edwin Hoernle -
Graffunder, Siegfried Ein Leben für die Bauernbefreiung
Berlin 1965
- Herholz, Kurt
- Thomas, Georg Wirtschaftliche Wehrkraft und Landes-
verteidigung
in: Militärwissenschaftliche Rundschau,
Jg. 1938, H. 4
- Tornow, Georg Chronik der Agrarpolitik und Agrarwirt-
schaft des Deutschen Reiches 1933-1945,
Berichte über Landwirtschaft, Neue Folge,
188. Sonderheft Berlin(West) 1974
- Zimmermann, Der Umbruch der Weltagrarwirtschaft
Werner Leipzig 1943

Erklärung

Hiermit erkläre ich, daß ich die vorliegende
Dissertation selbständig und nur unter Verwendung
der angegebenen Hilfsmittel und Quellen angefertigt
habe.

Joachim Wimmer

Restock, Juni 1977

Lebenslauf

Am 13. Oktober 1943 wurde ich in Stendal/Altmark geboren. Von 1950 bis 1958 besuchte ich die Grundschule und im Anschluß bis 1962 die Winckelmann-Oberschule in Stendal. Nach Ablegung des Abiturs lernte ich den Beruf eines Buchdruckers, den ich mit der Facharbeiterprüfung abschloß. Während meiner Tätigkeit als Buchdrucker bewarb ich mich zum Studium, das ich von 1964 bis 1968 in der Fachrichtung Geschichte/Germanistik in Rostock absolvierte und mit dem Staatsexamen beendete.

Nachdem ich ursprünglich in die wissenschaftliche Aspirantur aufgenommen wurde, setzte man mich für verschiedene Aufgabenbereiche in der Sektion Geschichte der Wilhelm-Pieck Universität ein.

Seit 1973 bin ich wissenschaftlicher Assistent.

Jochim Ulms

Rostock, 1. Juni 1977